

**perspektiven des demokratischen
sozialismus**
Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse
und Reformpolitik
29. Jahrgang 2012 Heft 1
ISBN 978-3-89472-587-7
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes
der HDS von Nils Diederich, Iring Fetscher,
Helga Grebing, Leo Kißler und Karl Theodor
Schuon

Redaktion: Bernhard Claußen, Klaus Faber,
Horst Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder,
Jens Kreibaum, Thomas Meyer, Thomas
Noetzel, Roland Popp, Walter Reese-Schäfer,
Hans-Joachim Schabedoth, Klaus-Jürgen
Scherer, Joachim Spangenberg.

Redaktionsleitung:
Roland Popp
eMail: rpopp-perspektiven@email.de

HDS-Geschäftsstelle:
c/o Kulturforum
WBH, Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Weitere Informationen unter:
www.hds-perspektiven.de
www.perspektiven-ds.de

Verlag und Abo-Vertrieb:
Schüren Verlag GmbH,
Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg
Informationen zu perspektiven ds und zum
Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden
Sie im Internet: www.schuere-verlag.de
Die perspektiven ds erscheinen zweimal im
Jahr. Einzelpreis 9,90 €, Jahresabo 16,90 €
incl. Versand. Der Bezugspreis für HDS-
Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
© Schüren Verlag GmbH
Alle Rechte vorbehalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Für unverlangt eingesandte Manu-
skripte wird keine Haftung übernommen.
Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag
Druck: Gruner-Druck, Erlangen

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns
die Vision einer freien, gerechten und solidari-
schen Gesellschaft, deren Verwirklichung für
uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip
unseres Handelns ist die soziale Demokratie.*

Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

Perspektiven sozialer Demokratie

perspektivends
1/12

Inhalt

Editorial	4	<i>Marcel J. Dorsch</i> „Die Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden“. Eine Kritik der Öffentlichkeit mit Jürgen Habermas und Michel Foucault	81
Aktueller Beitrag		<i>Horst Heimann</i> Die Zweite Große Transformation – nicht ohne Alternative zum Kapitalismus (Teil II)	96
<i>Klaus-Jürgen Scherer</i> Die Piraten – ein politischer Gegner! Ein polemisches Plädoyer für eine offensive Auseinandersetzung	6	Beiträge und Diskussionen	
Themenschwerpunkt: Perspektiven sozialer Demokratie		<i>Gert Weisskirchen</i> Willy Brandt – Freiheit braucht Sozialdemokraten. Rede zum Erscheinen des 10. Bandes der Berliner Willy-Brandt-Gesamtausgabe	111
<i>Heinz-Josef Bontrup</i> Aus der weltweiten Wirtschaftskrise so gut wie nichts gelernt. Wir brauchen eine völlig andere EU-Wirtschaftspolitik	14	<i>Tilman P. Fichter / Siegwald Lönnendonker</i> Der Weimarer SDS – Einige Bemerkungen zum Beitrag von Klaus Faber	118
<i>Nina Scheer</i> Nachhaltigkeitspolitik und Finanzierung der Energiewende	35	<i>Klaus Faber</i> Erwiderung zu den Bemerkungen von Tilman P. Fichter und Siegwald Lönnendonker	126
<i>Roland Popp</i> Vom Arbeits-Flow zum „unternehmerischen Selbst“. Handlungsformen gegen eine despotische Politik	41	Berichte und Rezensionen	
<i>Carsten Sieling</i> Finanztransaktionssteuer – Es ist an der Zeit	56	<i>Kira Ludwig / Ralf Ludwig</i> Energiewende nicht isoliert betrachten. Kapitalismuskritik und Ökologie – ein Tagungsbericht	130
<i>Christian Zimmermann</i> Politische Bildung im postdemokratischen Staat	66		

<i>Nils Diederich</i>		<i>Uli Schöler</i>	
Rezension zu Gustav A. Horn: <i>Des Reichtums fette Beute</i>	136	Rezension zu <i>Mario Kessler:</i> <i>Kommunismuskritik im westlichen</i> <i>Nachkriegsdeutschland. Franz</i> <i>Borkenau, Richard Löwenthal,</i> <i>Ossip K. Flechtheim.</i>	150
<i>Tobias Kühne</i>			
Rezension zu Siegfried Heimann: <i>Der preußische Landtag</i> <i>1899–1947</i>	141	Satzung der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e.V. (HDS)	154
<i>Hannes Warnecke</i>			
Rezension zu Hartmut Elsenhans: <i>The Rise and Demise of the</i> <i>Capitalist World System</i>	144	Autorinnen und Autoren	158
<i>Edgar Göll</i>			
Rezension zu Kora Kristof: <i>Model of Change. Einführung</i> <i>sozialer Innovation und</i> <i>gesellschaftliche Veränderungen</i>	147		

Editorial

Mit dem Einzug der „Piratenpartei“ in die politische Arena hat sich nicht nur die Parteienlandschaft verändert. Gleichmaßen hat sich daraus eine demokratiethoretische Debatte entfacht, die wieder verstärkt den Zusammenhang von repräsentativen und direktdemokratischen Elementen in der politischen Willensbildung und Herrschaftsausübung diskutiert. Um nur einige Fragen zu benennen, die in diesem Zusammenhang auftauchen: In welche Richtung sollen die Entscheidungsverfahren verändert werden? Welche Defizite, aber auch welche Vorzüge gibt es in unserem Demokratiesystem? Was heißt eigentlich „liquid democracy“? Wo liegen möglicherweise einige belebende Elemente, wo liegen aber auch darin versteckte autoritär-technokratisch-infantile Wirklichkeitsvorstellungen?

Klaus-Jürgen Scherer beleuchtet die politischen, gesellschaftlichen und mentalen Charakteristika der Piraten. In seinem Beitrag führt er aus, dass die Piraten ein falsches Demokratieverständnis und einen falschen Freiheitsbegriff pflegen. Die bei manchen Wählern zunächst als charmant empfundene „piratistische Ahnungslosigkeit“ wird schon jetzt zunehmend als problematisch empfunden.

In unserem Schwerpunkt verfolgen wir alternative Theorie- und Politikkonzepte, die für eine andere soziale Demokratie von Bedeutung sein könnten. *Heinz-J. Bontrup* konstatiert, dass die Neoliberalen immer noch nichts aus der Krise gelernt hätten und einen radi-

kalisierten Klassenkampf von oben führen. *Nina Scheer* unterstreicht in ihren Ausführungen, wie notwendig, sinnvoll und finanzierbar die Entwicklung und Einführung Erneuerbarer Energien ist. *Roland Popp* erörtert die neuen Subjektivierungsformen wie „Arbeits-Flow“ und das „unternehmerische Selbst“ und bringt sie in einen Zusammenhang mit einer freiheitlichen Lebensführung, die sich gegen despotische Systeme wendet. *Carsten Sieling* zeigt aus der Sicht eines Bundestagsabgeordneten nochmal deutlich, dass eine soziale Demokratie sich auch ganz konkret in die Finanzmarktpolitik einmischen und diese verändern muss. *Christian Zimmermann* steckt das Terrain für eine politische Bildung ab, die in Zeiten der Postdemokratie sich wieder auf ihren emanzipatorischen Geist besinnen muss. Thematisch in eine ähnliche Richtung argumentiert der Beitrag von *Marcel J. Dorsch*, der die Konzepte der politischen Öffentlichkeit von Jürgen Habermas und Michel Foucault diskutiert, und daraus folgert, dass es nicht um feste Entscheidungsverfahren, sondern gerade um das Aufbrechen solcher Verfahren gehen muss. Und zum Abschluss des Schwerpunkts verfolgt *Horst Heimann* nochmals seine Überlegungen zur Transformationsdebatte mit dem Leitgedanken, dass das kapitalismuskritische Bewusstsein nicht nur gestärkt, sondern verstärkt in der SPD zur Geltung kommen muss.

Natürlich werden in Umbruchzeiten immer wieder gesellschaftliche Projekte und Konzepte diskutiert, ihre öffnenden Möglichkeiten debattiert und ihre möglichen Sackgassen gezeißelt. Wer sich einen Sinn für lange Zeiträume bewahrt

hat, wird an den gesellschaftspolitischen Debatten erkennen, dass manche Themen in der einen oder anderen Form immer wieder einen konjunkturellen Aufschwung erleben. Zu diesen politikwissenschaftlichen und gesellschaftstheoretischen Debatten hat Iring Fettscher beigetragen. Als Herausgeber ist

er den *perspektiven* ds seit dreißig Jahren verbunden. In diesem Jahr konnte er seinen 90. Geburtstag feiern – die Redaktion gratuliert herzlich.

*Viele Anregungen beim Lesen wünscht
Roland Popp*

Aktueller Beitrag

Klaus-Jürgen Scherer¹

Die Piraten – Ein politischer Gegner!

Ein polemisches Plädoyer für eine offensive Auseinandersetzung

Die neue Partei der Piraten wurde oft verständnisvoll und pädagogisch behandelt, als ob es sich um nette junge Leute handelt, die noch ihre eigenen Erfahrungen machen müssen. Die „vielfältigen Krisensymptome“² der deutschen Demokratie, die Defizite des parlamentarischen Parteiensystems, die Debatte um Postdemokratie³, neuer zivilgesellschaftlicher „Occupy“-Protest, die

Politiker- und Parteienverdrossenheit, für die es gute Gründe gibt, hätten sie, ebenso wie das Unverständnis der älteren Generationen gegenüber dem Internet, hervorgebracht. Natürlich ist noch offen, wie sich die Piraten entwickeln werden. Ein Strohfeuer? Eine neue, sich mit Siebenmeilenstiefeln etablierende, bald auch koalitionsfähige Partei? Wie auch immer: Derzeit scheint es wenig hilfreich, dem kometenhaften Piraten-Aufstieg einfach nur zuzuschauen, denn zweifelsohne wäre bei deren weiterem Erfolg Angela Merkel die eigentliche Gewinnerin.

Schließlich geht es bei der Bundestagswahl 2013 um die reformpolitische Mehrheitsbildung für Gerechtigkeit und Ökologie. Bei 7–12% Piraten, so die Umfrageergebnisse im Frühsommer 2012, wäre die rot-grüne Machtalternative dahin, würden alle Wege – wie bereits in Landtagswahlen – in die Große Koalition führen, bundesweit mit der SPD nur als Juniorpartnerin. Obwohl die Piraten Stimmen aus allen Lagern (und vor allem von den Nichtwählern)

- 1 Anfangs überlegte der Autor, ob er nicht ein Pseudonym benutzen sollte, weil er keine Lust auf die Folgen eines „Shitstorms“ im Internet hat, der hämisch-aggressiven Verfolgung andersdenkender Stimmen durch die anonyme Masse. Doch überzeugten ihn Argumente, dass es gerade in diesen Fragen der neuen Internettechnologie, in denen Interessenausgleiche erst noch gefunden werden müssen, darauf ankommt, Positionen offen auszutauschen. Der Beitrag gibt selbstverständlich seine ganz persönliche Meinung wieder.
- 2 Vgl. Tobias Mörschel, Christian Krell (Hg.): Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven, VS Verlag, Wiesbaden 2012.
- 3 Colin Crouch: Postdemokratie, Suhrkamp, Frankfurt am Main 2008.

erhalten, kann die Lage auch so beschrieben werden, dass jetzt Mitte-Links nochmals, gewissermaßen dreieinhalb-fach, gespalten ist und damit ihre strukturelle Mehrheit nicht realisieren kann. Denn zur Linkspartei mit ihren 5–10%, die bereits zur Mehrheitsbildung (außer bei Landtagswahlen in Ostdeutschland) verlorene Stimmen sind, tritt nun ein mindestens ebenso großer Prozentsatz verlorener Stimmen der neuen Protestpartei hinzu.

Das könnte sich als Achillesverse des notwendigen Politikwechsels erweisen, denn beide, die Linkspartei wie die Piraten, sind – zumindest derzeit – gleichermaßen politikunfähig. Die einen wegen ihrer immer noch nicht zurückgedrängten Fundamentalopposition, ihrer innerparteilichen Spaltung und ihres SPD-Hasses, die anderen wegen ihrer inhaltlichen Diffusität und Leere. Ideologische Prinzipienreiterei und politikferne Orientierungslosigkeit sind (leider) beide nicht praxistauglich.

Im Folgenden seien zehn kritische Argumente zum aktuellen Erscheinungsbild der Piraten zur Diskussion gestellt, die über dieses taktische, wie wohl starke, Argument: Wer die Piraten wählt, schwächt die rot-grüne Chance zur Veränderung, hinausgehen. Im Übrigen hat eine solch neue, quasi aus dem Nichts entstandene, plötzlich in Parlamente einziehende politische Kraft es verdient, dass man sich ernsthaft mit ihr auseinandersetzt und sie nicht, wie zunächst die meisten Medien, bloß neugierig begleitet und anekdotisch hofiert.

1. Zunächst wundert man sich, warum es kaum Aufregung über den Piraten-

namen gab. Denn bestenfalls assoziiert dieser doch infantile Romantik von Kämpfen kleiner (eben männlicher!) Jungs. Eine Traumwelt wie die Spiele Ritterburg oder Cowboy/Indianer, während die Realität, bis in die Gegenwart vor Somalias Küste, immer Raub, Entführung, Erpressung und Mord hieß. Zeugt es wirklich von Ernsthaftigkeit, sich auf den *Piratenmythos* zu beziehen, als ob man sich auf diese Weise – im Sinne eines Francis Drake gegen die übermächtige spanische Armada – seinen angeblich gerechten Anteil holen könne? In umgekehrter Sichtweise könnte auch interpretiert werden, dass der Name eine gewisse Berechtigung hat, steht er doch für grenzenlose Freiheit; dafür, sich an keine Regeln zu halten, Eigentumsrechte zu missachten, das System von außen zu attackieren, zu entern und rücksichtslos niederzumachen. Und er enthält, anders als etwa das „C“ für christlich, das „S“ für sozial, oder das „Grün“ für Umwelt, keinerlei Hinweis auf eine Wertorientierung. Piraten stehen eben für Wertfreiheit und grimmig entschlossenen Angriff, wogegen auch immer. Ist das eigentlich wirklich sympathisch? (Der Verdacht liegt nahe, dass die Attraktivität derartiger Phantasiebilder auch mit den noch zu wenig erforschten Sozialisationswirkungen der Computerscheinwelten, vor allem der „Ballerspiele“, zu tun haben könnte.)

2. Die Piraten sind keine inhaltlich innovative Kraft, sie sind derzeit vor allem eine neue Projektionsfläche für die altbekannte *Politikdistanz*. Die gute Nachricht ist, dass diese in Deutsch-

land, von lokalen Hochburgen und diffusen rechten Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft⁴ abgesehen, weniger als in anderen europäischen Ländern zu rechtsextremen Wahlerfolgen führt. Dem steht gegenüber, dass Piraten wie Rechtspopulisten diese problematische Politikdistanz bedienen und damit verstärken: „Politiker haben keine Vorstellung, wie normale Menschen leben“, so etwa die damalige politische Geschäftsführerin der Piraten, die Studentin Marina Weisband.⁵

3. Das Wahlplakat des Berliner Wahlkampfes: „Wir sind die mit den Fragen, Ihr seid die mit den Antworten“ wurde zu einem Markenzeichen der Piraten. Davon verstehen wir nichts, da müssen wir uns erst einarbeiten, hieß es in mancher Talkshow. Aus Offenheit und Ehrlichkeit wurde so das Kokettieren mit offensichtlichem *Dilettantismus*. Auch auf diesem Identitätsgefühl zwischen Wählern und Gewählten, die sich nahe sind, weil sie beide nicht mehr durchblicken, beruht ein Teil des Anfangserfolgs der Piraten. Dem ist ein Politikmodell entgegenzusetzen, durch Wissen und Erfahrung, durch Recherche, durch Analyse und Theorie gegen dominierende Partialinteressen von Geld und Macht gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen. Die über dreißigjährige Geschichte von Gegenexperten, kritischer Wissen-

schaft, hinterfragendem Qualitätsjournalismus, Neuen Sozialen Bewegungen und demokratisch-linkem Parteienengagement war doch nicht falsch.

4. Eine zweite Koketterie der Piraten besteht darin, schier grenzenlose Toleranz und Offenheit zu propagieren, was letztlich *Beliebigkeit* bedeutet. Dieses kulturelle Prinzip der Postmoderne steht im Gegensatz zur wertorientierten Gemeinwohlalternative, wie sie von demokratischen Parteien zur Wahl gestellt werden sollte. Selbst rassistische, nationalistische, antisemitische, Holocaustleugnende, antifeministische und sexistische Positionen waren, zumindest bis zu ihrem Parteitag in Neumünster Ende April 2012, möglich⁶. Der Volksmund warnt uns, nicht die Katze im Sack zu kaufen. „Spiegel-online“ drückte es etwas anders aus⁷: „Noch ist die Piratenpartei eine weitgehend leere Hülle. Sie jetzt zu wählen, bedeutet ständig die Wahl zu haben, jede Entscheidung jederzeit neu fällen zu können. Und das bedeutet letztlich, überhaupt nicht zu wählen“. Eigene programmatische Position zu beziehen, sich in wertebasierte rationale Diskurse einzubringen, das wäre etwas anderes, als sich nur durch neuen politischen Stil, durch eine andere generationelle Ästhetik („Nerds“) und durch die Pose angeblicher Ehrlichkeit (die den anderen Parteien Unehrlichkeit unterstellt) abzugrenzen. Deshalb sind die Piraten keine neuen Grünen, denn diese hatten mit der Ökologie

4 Oliver Decker, Elmar Brähler unter Mitarbeit von Norman Geißler: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, FES Berlin 2006.

5 BILD vom 17. April 2012, S. 2.

6 Vgl. FAS vom 15. April 2012, S. 25.

7 Spiegel-online am 14. April 2012.

durchaus eine zentrale Botschaft. Ein Identitätskern, der sich auf die Computertechnologie beschränkt („Das find ich gut“, wie es bei Facebook heißt), ist noch kein Programm. Wolfgang Thierse formulierte hierzu: „Ich bin neugierig. Zur Zeit kokettieren sie damit, unfertig zu sein. Sie bieten über das Internet Mitmachmöglichkeiten, stilisieren sich als Anti-Partei und werben damit, keine festen Positionen und Überzeugungen zu haben. Diese zur Schau gestellte Naivität und Unverbindlichkeit macht sie vielen sympathisch. Aber Dauerpavler ohne den Mut zur Entscheidung geht irgendwann auch auf die Nerven. Die Bürger haben einen Anspruch darauf, dass eine Partei eine erkennbare Position verbindlich vertritt und auch die Verantwortung für sie übernimmt.“⁸

5. Die Piraten treten als *Antiparteienpartei* auf, was bereits in den Anfängen der Grünen dort, wo es – wie beim Rotationsprinzip oder der Basisdemokratie – über die kulturelle Ästhetisierung hinausging, in Sackgassen endete. „Transparenz“ reklamieren die Piraten als ihr Alleinstellungsmerkmal, mittransportiert wird der Verdacht, die etablierten Parteien hätten etwas zu verbergen. „Transparenz“ – mit der Konnotation, den anderen könne man nicht trauen – scheint als vager, wie einnehmender Begriff heute ähnlich anziehend zu funktionieren, wie Anfang der siebziger Jahre das „Mehr Demokratie wagen“. Piratenbeiträge in den Medien und ihre Parteitagsperformance beweisen eine

Meinungsvielfalt, Individualität, Ahnungslosigkeit und zugespitzte Radikalität, wie wir sie aus Bewegungsvollversammlungen kennen. So etwas wirkt jugendbewegt, greift den Zeitgeist von Politikdistanz auf, macht derzeit einen Teil des politischen Erfolges der Piraten aus, ist aber für Regierungsverantwortung unbrauchbar. So hieß es im zitierten „Spiegel-online“-Beitrag: „Dabei sind die Piraten eigentlich bisher keine Partei, sondern eher ein neues Medium für politische Meinungsäußerung. In ihrem jetzigen Stadium sind sie nur auf einen einzigen politischen Inhalt festlegbar: ‚Finger weg vom Internet.‘“

6. Angeblich sind die Piraten, nach dem Jahrhundert der massenmörderischen Weltanschauungen, nun gänzlich unideologisch. Aber auch die Post-Ideologie ist, wie so vieles andere, eine ihrer – zugegeben auf den ersten Blick ganz netten – Lebenslügen. Denn das *Postideologische* gerinnt selbst zur Ideologie, wenn es sich nicht der eigenen Denktraditionen rückversichert. Selbstverständlich steht das Lebensgefühl der Piraten, die Ablehnung von Staat und Bevormundung, auch wenn sich die meisten Akteure dessen kaum bewusst sind, in einer geistesgeschichtlichen Tradition, nämlich dem libertären Denken. Vieles erinnert an die ebenfalls diffusen Anschauungen des Anarchismus und der individualanarchistischen Bohème (Proudhon, Bakunin, Mühsam, Landauer u.a.). Auch den traditionellen Anarchisten, so unterschiedlich ihre Gedanken im Einzelnen waren, ging es vage um die Abschaffung von Ausbeutung, um die Regierung des Menschen

8 Zitat aus dem Büro des Bundestagsvizepräsidenten.

durch den Menschen, um die Freiheit vor Staat und Herrschaft⁹. Die Rolle des wie auch immer demokratischen Staates wurde in marxistischer und reformistischer Tradition gänzlich anders, nämlich positiv, mindestens als Gegenmacht zur grenzenlosen Kapitalfreiheit, gesehen. Was neben der Frage „Reform oder Revolution?“ und der Frage „Demokratie oder Diktatur?“ eine der drei großen Klärungsprozesse und Spaltungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung war.

7. Piraten haben ein *falsches Demokratieverständnis* und einen *falschen Freiheitsbegriff*. Beides wird ausschließlich von der Internetwelt her gedacht, als ob allseitiges direktes Mitreden im Netz, interaktive Demokratie, „liquid feedback“, „liquid democracy“, soziale Netzwerke, Schwarmintelligenz usw. bessere Ergebnisse bringen würden, als das parlamentarische System und professionalisierte Politik, die sich repräsentativer Verantwortung und demokratischer Wiederwahl stellen müssen – und die allerdings immer der Ergänzung bedürfen: durch wissenschaftliche Politikberatung, durch ergebnisoffene Gespräche mit Betroffenen, Experten und Interessenvertretern sowie durch direktdemokratische Mitentscheidungs-elemente. „Ihre polemische, antistaatliche Grundhaltung und das fadenscheinige Infragestellen von Prozessen sind reiner Selbstzweck und könnten am Ende unserer

9 Ob sich das Libertäre in der weiteren Parteidentwicklung verändern und in eher linksliberales Denken münden wird, muss offen bleiben.

Demokratie eher schaden als nützen“, resümierte selbst der sozialdemokratische Netzpolitiker Björn Böhning.¹⁰ Wenn jeder im Internet gleichermaßen Sender und Empfänger ist, sei dies, so die Piraten, besonders demokratisch. Das verkennt die Bedeutung der Vermittler und beantwortet nicht die Frage, wovon die wirklichen Künstler eigentlich leben sollen, kurzum: „Die Piraten handeln unsozial“¹¹. Die entgrenzte Freiheitsideologie vergisst, dass das Netz kein gesetzloser Raum sein darf, Menschenwürde und Menschenrechte, aber auch Datenschutz, selbstverständlich auch dort durchgesetzt werden müssen. Ihre Umsonst-Kultur meinte zunächst vor allem den Kampf gegen das Urheberrecht. „Es gibt weder Raubkopien, noch gibt es geistiges Eigentum“; „das aktuelle Urheberrecht“ sei verbunden „mit massiven Einschnitten in diese Freiheit“ des Internets. Piraten wollen „die Chancen der freien Verfügbarkeit von Werken im Netz nutzen“¹², so tönte es uns entgegen. Mittlerweile führte der parlamentarische Realitätschock mancher Piraten zu Gesprächen mit Urhebern und Künstlern, mit dem – auch eigenartigen – Ergebnis, in den Verwertern, auf die die Künstler bei der Vermarktung angewiesen sind, den Hauptgegner auszumachen. Dort,

10 Björn Böhning: Unwissenheit ist nicht sexy, in: FAZ 23.4.2012, S. 25.

11 So auch eine Erklärung des rechtspolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion Burkhard Lischka (Nr. 401/2012) vom 13.4.2012.

12 So eine Piraten-Antwort auf 51 „Tatort“-Drehbuchautoren, die aufriefen, das Urheberrecht zu verteidigen.

wo sie noch vertreten wird, gefährdet die Piratenforderung der totalen, uneingeschränkten Freiheit im Netz und des freien Kopierens¹³ die Kultur- und Kreativwirtschaft (immerhin mehr als 60 Mrd. Euro Umsatz pro Jahr und 1 Mio. Arbeitsplätze). Hier kann man nur mit Friedrich Dürrenmatt sagen: „Nichts kommt die Menschen teurer zu stehen als eine billige Freiheit.“

8. Die Piraten sind *Technikfetischisten*, für die der Computer und das Internet mehr als nur technische Hilfsmittel der Kommunikation, nämlich alles, sind. Hans-Peter Bartels warf ihnen deshalb gar vor, eine marxistische Ideologie zu vertreten: „In der Piratenwelt soll Technik die Entwicklung des sozialen und politischen Zusammenlebens der Menschen bestimmen. Die technisch-ökonomische Basis determiniert den gesamten gesellschaftlichen Überbau. So steht es bei Marx.“¹⁴ Daran ist richtig, dass die Piraten der Ideologie verfallen sind, das Internet sei das Leben selbst, die Gesellschaft erfinde sich derzeit neu auf der Basis der digitalen Technologien. Dabei verlieren sie die problematischen Seiten dieser neuen Produktivkraft vollends aus dem Auge.¹⁵ Die

13 Auch wenn es manchmal vorsichtiger heißt, man sei nicht gegen die Urheber, nur gegen die Vermittler (so Marina Weisband, in SZ, 28./29.4.12, S. V2/8), bleibt die freie Kopierbarkeit von Daten unbestritten Identitätsmerkmal der Piraten.

14 Hans-Peter Bartels: Laptop-Marxisten, in : Der Tagesspiegel, 26.4.12, S. 8.

15 Verwiesen sei nur auf Frank Schirrmacher: Payback. Warum wir im Informationszeitalter gezwungen sind zu tun, was wir nicht tun

Janusköpfigkeit von Technikentwicklung, die Chancen aber auch Gefahren enthält, die Notwendigkeit, Technik immer wieder neu human zu gestalten, ist nicht ihr Ansatz. Sie fallen zurück hinter das, was seit Anfang der siebziger Jahre den kritischen ökologischen und zivilisatorischen Fortschrittsdiskurs bestimmte: Dass neue Technologien durch Kulturkritik begleitet werden müssen, um sie gesellschaftlich einzubetten und so zu entwickeln, dass sich ihr Schaden in Grenzen hält und Risiken wieder rückholbar werden. Statt auf staatliche Überwachung und Reglementierung des Netzes fixiert zu sein, wäre doch eigentlich Widerstand gegen die neue globale Allmacht der an einer Hand abzählbaren multinationalen Konzerne des Computerbusiness angebracht. Dass das Wissen der Welt privatisiert wird, dass die Computersphäre kein öffentliches Gut ist, könnte zu einem entscheidenden Problem der Zukunft werden.

9. Nicht unter den Tisch fallen soll, dass die Piraten auch *Allgemeinplätze* aus dem kulturellen Repertoire des linken Stammtisches beschlossen haben, wie bedingungsloses Grundeinkommen, kostenloser ÖPNV, neue Drogenpolitik, Trennung von Staat und Kirche. Diese Stichworte ihrer Grundsatzprogrammatik deuten auf emotional beliebte wie auch illusionäre Projekte hin. Diese werden bei den Piraten allerdings kaum mit

wollen, und wie wir die Kontrolle über unser Denken zurückgewinnen, Karl Blessing Verlag, München 2009; Susanne Gaschke: Klick – Strategien gegen die digitale Verdummung. Herder Verlag, Freiburg i.Br., 2009.

Wirtschaftspolitik und Kapitalismuskritik verbunden, bleiben daher seltsam unkonkret, wirken voluntaristisch und deklamatorisch. Wo Finanzierbarkeit und Umverteilung keine Rolle spielen, erweisen sich Piraten da nicht als verwirrte Kinder der neoliberalen Jahre und als Produkt einer immer mehr zurückgefahrenen politischen Bildung?

10. Der kulturevolutionäre Gestus, der generationelle Jugendprotest, die Distanz zum politischen System, dessen fundamentale Ablehnung als autoritär und geschlossen, führten bereits zu der These von *Parallelen zwischen den Piraten und den „68ern“*. Das stimmt insofern, als auch ApO und Studentenrevolte einen tiefgreifenden Bruch in der politischen Kultur markierten. Möglicherweise ist der rot-grüne Mobilisierungszyklus, den „68“ auslöste und der trotz aller Metamorphosen bis in unsere Tage anhielt, nun endgültig an sein Ende gekommen. Mit einer anderen Generation scheinen gänzlich neue Sichtweisen und Fragen die Bühne der Geschichte zu betreten, die selbst so weit gehen, rechts und links als politische Orientierungsbegriffe zu leugnen. Ich will hier jedoch die gegenteilige These vertreten, nämlich die des deutlichen Gegensatzes zwischen den in der 68er-Tradition Stehenden und den Piraten. Die Themen sind andere: An die Stelle von Kapitalismuskritik sowie Gleichheits- und Gerechtigkeitsforderungen trat die Teilhabe am digitalen Leben und die Transparenz, Offenheit und Freiheit des Internets. Die Themen der Neuen Sozialen Bewegungen werden weniger ernst genommen, was vor allem

für die existenzielle Bedeutung der ökologischen Frage und die Kritik am herrschenden Wachstumsmodell gilt. Die Ernsthaftigkeit, kollektive Antworten und gesellschaftliche Konzepte der Zukunftsgestaltung und Gefahrenabwehr zu entwickeln, ist hedonistischer Individualität und spielerischer Postmodernität gewichen. Nicht mehr theoriegeleitete Sozial- und Geisteswissenschaftler sind Leitfiguren, sondern angesagt sind kreative Internet-Unternehmer, die BWL und Informatik beherrschen, aber damit selbstverständlich keine der gesellschaftlichen Widersprüche wirklich zu durchdringen vermögen.

Der sozialdemokratische Freiheitsbegriff, die *gleiche Freiheit*¹⁶, ist etwas grundsätzlich anderes als Internetfreiheit. Der große amerikanische Schriftsteller Jonathan Franzen, der nicht von ungefähr einen sozialkritischen Roman mit dem Titel „Freiheit“ schrieb, brachte in einem Interview sein Unbehagen an der schönen neuen digitalen Welt auf den Punkt: „Der Feind ist nicht das Fernsehen, sondern das Internet, das jeden neuen Tag in eine Million bedeutungsloser Partikel zerbricht. Ich glaube, Schriftsteller müssen heute unnachgie-

16 „Freiheit bedeutet die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben. Jeder Mensch ist zur Freiheit berufen und befähigt. Ob er dieser Berufung entsprechend leben kann, entscheidet sich in der Gesellschaft. Er muss frei sein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und Furcht, und er muss die Chance haben, seine Fähigkeiten zu entfalten und in der Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken. Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seine Freiheit nutzen.“ (Hamburger SPD-Grundsatzprogramm 2007)

biger denn je versuchen, Erzählungen zu schaffen, welche die Menschen von dieser oberflächlichen Sofort-Befriedigung wegholen. Insofern konkurriere ich vielleicht doch, aber nicht, weil ich glaube, dass das Internet etwas besser kann, sondern im Gegenteil: Weil ich denke, dass das Internet und die sozialen Netzwerke bösartige Drogen sind, die enormen gesellschaftlichen und psychologischen Schaden anrichten. Der Roman in seiner besten Form kann Menschen an die besseren, stilleren, tiefer in sich ruhenden Seiten ihres Selbst erinnern.“¹⁷

Diese Zuspitzung ist, bei aller dichterischen Freiheit, wohl überzogen. Doch auch wer Fragen, wie die folgenden stellt, wird bereits von der Netzgemeinde zum Gegner erklärt: Soll Politik sich eigentlich darauf beschränken, die Durchsetzung des globalen digitalen Kapitalismus weiter zu beschleunigen? Müsste Politik nicht auch steuern und bremsen, damit das „Second Life“ nicht das ganze Leben durchdringt und Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie immer mehr nach seinen Regeln deformiert? Zeigt nicht die digital (und neoliberal) vorangetriebene Mutation des nationalen Sozialstaates hin zum globalisierten Finanzmarktkapitalismus bereits jetzt, was uns auch anderswo droht?

Oder: Wie kann der Einfluss von vielfach schädlichen Computerspielen auf die Kinder zurückgedrängt werden? Wie kann das Buch und die Fähigkeit zur Handschrift gerettet werden? Ist nicht Niveauperlust bereits jetzt mit

Händen greifbar? Blogger statt „Dichter und Denker“: gewissermaßen flüchtig hingeworfene Meinungskommentare und belangloses Gequatsche in sozialen Netzwerken statt ästhetischer Ansprüche, statt wissenschaftlicher und Strukturen hinterfragender Analysen? Informationshäppchen, Verschwörungstheorien und maßgeschneiderte Unterhaltung statt Fähigkeit zu kritischem Denken und emanzipatorische Lernprozesse?

Natürlich bleibt gerade zur Reregulierung Netzpolitik wichtig, natürlich muss eine Volkspartei sich auch um neue Leitmilieus der computergestützten Kreativwirtschaft kümmern, natürlich sollten nicht alle Türen zu den Piraten, die sich ja in einem offenen Entwicklungsprozess befinden, zugeschlagen werden. Doch können solche mahnende Fragen aus Sicht unseres kulturellen Erbes und in Sorge um die Demokratie einfach als Maschinenstürmerei abgetan werden? Nein, vielmehr müsste sich die SPD, will sie sich nicht einseitig verengen, auch in Zukunft von solcher, im Übrigen zunehmender, kultureller Reflexion über das, was die Computerisierung der Welt bedeutet, zumindest berühren lassen.

17 Gespräch mit Jonathan Franzen: Der Fluch der Freiheit. In: FAZ 8. 9. 2010.

Themenschwerpunkt: Perspektiven sozialer Demokratie

Heinz-Josef Bontrup

Aus der weltweiten Wirtschaftskrise so gut wie nichts gelernt

Wir brauchen eine völlig andere EU-Wirtschaftspolitik

Zuerst waren es die bösen Finanzmanager, die mit ihrer leichtfertigen Kreditvergabe im Immobiliensektor eine Bankenkrise in den USA und Irland auslösten, dann war es die US-amerikanische Notenbank (Fed) mit ihrer zu expansiven Geldpolitik, und jetzt ist es angeblich die überbordende Staatsverschuldung, die uns als „Krisenursache“ von den weiter neoliberalen Herrschaftseliten in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien präsentiert wird. Ich habe mich als einer von wenigen gegen eine solche Bewertung der Krise von Beginn an ausgesprochen. Denn die *Krisenursache* ist, im Gegensatz zu den oben angeführten *Symptomen*, die seit über dreißig Jahre weltweit betriebene *neoliberale Wirtschaftspolitik*, die letztlich nur eins wollte und nach wie vor praktiziert, die arbeitsteilig generierten Wertschöpfungen von den Lohn- zu den Besitzeinkommen (Gewinne, Zinsen, Mieten und Pachten) umzuverteilen, um sich so immer mehr zu Lasten

der Bevölkerungsmehrheit zu bereichern und Vermögen bei Wenigen zu konzentrieren.

Krisenursache: Doppelte Umverteilung

Fast überall auf der Welt verfielen unter dem neoliberalen Regime¹ seit Mitte der 1970er Jahre mehr oder weniger die *Lohnquoten* und stiegen in Folge die *Gewinnquoten*. Dies gilt insbesondere für die letzten zehn Jahre. Die Umverteilung zu den Besitzeinkommen ging aber nicht, wie von Neoliberalen immer wieder behauptet wird, mit steigenden Investitionsquoten einher, sondern das Gegenteil ist der Fall. Es ist zu einer *Entkopplung von Gewinn- und Investi-*

1 Vgl. Werner Goldschmidt, Dieter Klein, Klaus Steinitz (Hg.), *Neoliberalismus. Hegemonie ohne Perspektive*, Heilbronn 2000, Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak, *Kritik des Neoliberalismus*, Wiesbaden 2007.

tionsquoten gekommen.² Allein „von 2000 bis 2007 verzeichneten die Unternehmen in Deutschland einen Zuwachs der jährlichen versteuerten Gewinne von 197 Mrd. Euro, wovon sie 84 Mrd. Euro (...) ausgeschüttet haben. Der Rest blieb in den Unternehmen. Die Aufwendungen für private Anlageinvestitionen haben aber nur um 14 Mrd. Euro zugenommen.“³ Die neoliberale „G-I-B Formel“, gibt den Unternehmern heute mehr Gewinn, so kommt es morgen zu mehr Investitionen und danach zu mehr Beschäftigung ist eine Mär. Der circulus vitiosus von höheren Gewinnen und daraus folgenden höheren beschäftigungsschaffenden Realinvestitionen geht in Wirklichkeit nicht auf. Die Unternehmen haben auf Grund der Umverteilung und in Folge ausfallender kaufkräftiger Konsumnachfrage nur geringe Absatzerwartungen und investieren ihre Überschüsse lieber an den Finanzmärkten, die mit spekulativen hohen Profitraten locken. „Die steigenden Gewinne, die nicht produktiv reinvestiert werden, fließen auf die Finanzmärkte“, stellte Jörg Hufschmid fest. „Dort können sie zu spekulativen Blasen führen, deren Platzen dann wiederum negativ auf das gesamtwirtschaft-

liche Wachstum wirkt.“⁴ Hinzu kommt noch ein Ausfall an Nachfrage durch die zunehmende *Privatisierung der Alterssicherungssysteme*. Die Menschen sollten, so die Neoliberalen, vor dem Hintergrund eines Demografiewandels fürs Alter nicht mehr in Form eines *gesetzlichen solidarischen Umlageverfahrens* vorsorgen, sondern per *Kapitalrücklagen*⁵ in privaten Kapitallebensversicherungen oder in Pensionsfonds.⁶ Dies heißt dann zusätzlich die Kapitalmärkte spekulativ an und ist wie bei der sog. „Riester-Rente“ letztlich nur ein kontraproduktives staatlich hofiertes Profitprogramm für Banken, Versicherer und Finanzdienstleister.⁷

Die Umverteilung zu den Besitzeinkommen war dabei in Deutschland sogar eine Doppelte: Innerhalb der primären Marktverteilung ging die *Brutto-*

2 Vgl. Jan Priewe, Katja Rietzler, Deutschlands nachlassende Investitionsdynamik 1991 – 2010, in: WISO Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn 2011.

3 Thomas von der Vring, Wirtschaftspolitische Konsequenzen aus der Krise, in: WISO Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Bonn 2010, S. 18.

4 Jörg Hufschmid, Internationale Finanzmärkte: Funktionen, Entwicklung, Akteure, in: Hufschmid, J., Köppen, M., Rhode, W. (Hg.), Finanzinvestoren: Retter oder Raubritter? Neue Herausforderungen durch internationale Kapitalmärkte, Hamburg 2007, S. 20.

5 Der Wert solcher Altersrücklagen hat sich weltweit allein in Pensionsfonds von 1992 bis 2005 von knapp 5 auf 20 Billionen US-Dollar mehr als vervierfacht. Vgl. Jörg Hufschmid, a.a.O., S. 21 sowie Nicola Liebert, Die guten Kapitalisten: Pensionsfonds nehmen Einfluss auf Konzerne und Politik, in: Le Monde diplomatique, September 2007, S. 11f.

6 Vgl. Heinz-J. Bontrup, Demografiewandel benötigt keine Privatisierung – sondern Verteilungssolidarität, in: Arbeit, Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik, Heft 1/2009.

7 Vgl. Kornelia Hagen, Axel Kleinlein, Zehn Jahre Riester-Rente: Kein Grund zum Feiern, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 47/2011.

Lohnquote zurück und auch im Rahmen der sekundären staatlichen Umverteilung durch Steuern und Sozialabgaben verfiel die *Netto-Lohnquote*. Die Brutto-Lohnquote, die von 1960 bis Anfang der 1980er Jahre auf gut 75 v.H. gestiegen war, ging noch in der alten Bundesrepublik bis auf knapp 70 v.H. wieder zurück. Die hohe *Arbeitslosigkeit* zeigte hier immer mehr ihre lohndrückende Wirkung. Mit der Wiedervereinigung nahm dann zunächst die Brutto-Lohnquote auf Grund der in Ostdeutschland weit über der Produktivität liegender und gezahlter Reallöhne zu. Auch wegen im Vergleich zum Westen in ostdeutschen

Unternehmen wesentlich geringerer Gewinnspannen. Ab 2000 stürzte die Brutto-Lohnquote dann aber regelrecht bis 2007 von 72,1 v.H. auf 63,2 v.H., um 8,9 Prozentpunkte, ab, um danach krisenbedingt (Gewinne reagieren in der Krise schneller als Löhne) bis 2011 wieder auf 67,2 v.H. anzusteigen. Auf Basis der Brutto-Lohnquote von 1993 in Höhe von 72,9 v.H. (dem höchsten Wert nach der Wiedervereinigung) haben die abhängig Beschäftigten in Deutschland von 1991 bis 2011 über 1,1 Billionen Euro an Bruttoeinkommen bei der primären Marktverteilung verloren.

	Brutto-lohnquote	Brutto-gewinnquote	Netto-lohnquote	Netto-gewinnquote
1960	60,1	39,9	43,7	19,1
1970	67,3	32,7	44,4	20,6
1980	75,2	24,8	43,8	20,2
1990	69,8	30,2	38,5	23,6
1991*	70,8	29,2	40,7	23,6
1995	71,1	28,9	38,3	25,1
2000	72,1	27,9	38,7	24,4
2001	71,8	28,2	39,1	24,6
2002	71,6	28,4	39,0	24,5
2003	71,0	29,0	38,3	25,8
2004	67,9	32,1	37,2	25,3
2005	66,4	33,6	36,5	26,7
2006	63,9	36,1	34,7	27,0
2007	63,2	36,8	34,4	26,5
2008	64,9	35,1	35,1	27,4
2009	68,2	31,8	36,6	26,4
2010	66,5	33,5	36,3	25,1
2011	67,2	32,8**	35,8**	28,1**

Tab. 1: Brutto- und Nettolohnquoten in Deutschland (in v.H.)

* Gesamtdeutschland (Quelle: WSI-Verteilungsbericht 2011, in: WSI-Mitteilungen, Heft 12/2011, Statistisches Bundesamt); ** 1. Halbjahr 2011.

Dazu hat wesentlich ein riesiger *Niedriglohnsektor*, der von der herrschenden neoliberalen Politik und natürlich von den Unternehmern gewollt ist, der aber nur unter der Bedingung von bestehender *Massenarbeitslosigkeit*⁸ auch durchsetzbar war, massiv beigetragen. Heute ist fast jeder vierte Beschäftigte in Deutschland, das sind 8 Millionen Menschen, ein Niedrigverdiener. Durchschnittlich betragen hier die Stundenlöhne 6,68 Euro in West- und 6,52 Euro in Ostdeutschland. Dabei hatten nur 19,4 v.H. der Geringverdiener keine Berufsausbildung.⁹ Aber nicht nur die Brutto-Löhne gingen zurück. Auch die *realen Nettoeinkommen* der abhängig Beschäftigten sind immer mehr gesunken. Mit 35,8 v.H. weist die *Netto-Lohnquote* 2011 (1. Halbjahr) in der langen Geschichte ihres verteilungsbedingten Abstiegs ein neues Allzeittief auf. Im Vergleich zu ihrem früheren Anteil von 43,7 v.H. in 1960, ein Jahr mit Vollbeschäftigung, hat sie inzwischen 7,9 Prozentpunkte ihres ursprünglichen Po-

tenzials an Kaufkraft für die abhängig Beschäftigten eingebüßt (vgl. Tab. 1).

Spiegelbildlich zum Rückgang der Brutto-Lohn- und Netto-Lohnquote sind dafür aber die *Brutto-Gewinnquote* und nach Abzug von Steuern die *Netto-Gewinnquote* entsprechend gestiegen. Hier kam es durch eine neoliberale Politik zu drastischen Einkommens- und Gewinnsteuersenkungen. Bis 1989 betrug der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer noch 56 v.H., bis 1998 noch 53 v.H. Heute liegt er bei 42 v.H. (ab einem zu versteuernden Einkommen von 250.000 Euro bei 45 v.H.) und der Körperschaftsteuersatz, den Kapitalgesellschaften zu zahlen haben, liegt nur noch bei 15 v.H. 1998 lag der Satz für thesaurierte Gewinne dagegen noch bei 45 v.H. und für ausgeschüttete Gewinne bei 30 v.H. Die *Netto-Gewinnquote* stieg fast kontinuierlich von 1960 bis zum 1. Halbjahr 2011 von 19,1 auf 28,1 v.H., um 9 Prozentpunkte (vgl. Tab. 1).

Immer mehr Vermögenskonzentration

Die Umverteilung innerhalb des Volkseinkommens zu den Besitzeinkommen hat dabei natürlich auch Auswirkungen auf die *Vermögensbestände*. Aus Einkommen entsteht durch Sparen entsprechendes Vermögen. Nur das *Nettogeldvermögen* lag 2010 bei fast 3,4 Billionen Euro. „Das gesamte Bruttovermögen in Deutschland betrug im Jahr 2007 gut 8 Billionen Euro und somit 1,5 Billionen Euro mehr als 2002. Dem standen Verbindlichkeiten der privaten Haushalte von rund 1,4 Billionen Euro gegenüber (2002: 1,1 Billionen Euro). Das *gesamte Nettovermögen* lässt sich somit auf 6,6 Billionen Euro beziffern (2002: rd. 4,5

8 Massenarbeitslosigkeit liegt in Deutschland seit der Wirtschaftskrise 1974/75 vor. Arbeitslosigkeit ist dabei das Disziplinierungsinstrument des Kapitals um Löhne unterhalb des verteilungsneutralen Spielraums (Produktivitäts- plus Inflationsrate) zu drücken und die allgemeinen Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Auch um Leiharbeit einzuführen, Arbeitszeiten der Beschäftigten, sogar ohne Bezahlung, zu verlängern und fast nur noch befristete Arbeitsverträge abzuschließen, wodurch die Beschäftigten jede Planbarkeit für ihr Leben verlieren.

9 Vgl. Thorsten Kalina, Claudia Weinkopf, Niedriglohnbeschäftigung 2010: Fast jede/r Vierte arbeitet für Niedriglohn, IAQ-Report 1/2012.

Billionen Euro). Nur zum Vergleich: die *öffentliche Verschuldung* der Bundesrepublik liegt bei etwa 2 Billionen Euro.¹⁰ Von dem Nettovermögen besitzen die reichsten 30 v.H. der Deutschen (älter als 17 Jahre) über 90 v.H. und die reichsten 10 v.H. über 60 v.H. des Gesamtvermögens.¹¹ „Die wachsende Kluft bei der Vermögensverteilung zeigt sich auch bei der Entwicklung der Zahl der Euro-Vermögensmillionäre in Deutschland. Mit 829.000 Millionären wurde hier laut dem von der Liechtensteiner Valuga AG erstellten D.A.CH-Vermögensreport 2011 im Jahr 2010 ein neuer Rekord erreicht. Die Millionäre verfügten im Jahr 2010 über ein Gesamtvermögen in Höhe von rund 2.200 Mrd. Euro (ohne eigengenutzte Immobilien), was einem Anstieg um 8,8 v.H. gegenüber dem Vorjahr entspricht. (...) Die seit 2008 tobende Finanzkrise hat am Trend der immer reicher werdenden Superreichen nichts geändert, im Gegenteil: Sie hat ihn sogar beschleunigt.“¹² Dennoch werden in Deutschland die Wiedereinführung der 1997 ausgesetzten *Vermögenssteuer* und die Einführung adäquater *Erbschaftsteuersätze* von den herrschenden neoliberalen Kräften im Land vehement verweigert. Das Erbschaftssteuer-

eraufkommen betrug 2010 bei einem vererbten Vermögen von rund 200 Mrd. Euro mal gerade 4,4 Mrd. Euro.¹³ Dies entspricht einem durchschnittlichen Erbschaftssteuersatz von lediglich 2,2 v.H. Insgesamt erklärt sich aus der ungleichen Brutto- und Netto-Verteilung der Wertschöpfung (Volkseinkommen) zwischen Kapital und Arbeit sowie der hohen Vermögenskonzentration auch die *wachsende Kluft zwischen Arm und Reich*. Jedes vierte Kind wächst mittlerweile in Deutschland, einem der reichsten Länder der Erde, in Armut auf.¹⁴

Die liberalisierten und deregulierten Finanzmärkte blähten sich auf

Das durch die mehr oder weniger weltweite Umverteilung akkumulierte und funktionslose Geldkapital (der britische Ökonom John Maynard Keynes nannte es eine „räuberische Ersparnis“) wurde schließlich auf die durch die Politik in unverantwortlicher Art und Weise *deregulierten und liberalisierten Finanzmärkte* gespült und führte in Folge, wie schon erwähnt, zu einem gravierenden Nachfrageausfall in der produzierenden Wirtschaft. Der Konsum und die Investitionen gingen zurück und damit die Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit stieg auf Grund unterlassener Arbeitszeitverkürzungen¹⁵ und der Ausfall an

10 DGB (Hg.), Aufschwung für Alle sichern! Verteilungsbericht 2011, Berlin 2011, S. 41.

11 Vgl. Stefan Bach, Staatsverschuldung und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz: Öffentliche Armut, privater Reichtum, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 50/2010, Joachim R. Frick, Markus M. Grabka, Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 4/2009.

12 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2012, S. 7.

13 Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni/2011, S. 54.

14 Vgl. Christoph Butterwegge, Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, Frankfurt a.M., New York 2009.

15 Vgl. Heinz-J. Bontrup, Mohssen Massarrat, Manifest zur Überwindung der Massenar-

in Billionen US-Dollar	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Bruttosozialprodukt	10,0	22,2	29,7	32,2	45,5	49,3	55,7	61,2	57,7	62,9
Finanzvermögen	12,0	54,0	72,0	114,0	155,0	179,0	202,0	175,0	201,0	212,0

Tab. 2: Entwicklung weltweites Bruttosozialprodukt und Finanzvermögen (Quelle: McKinsey: Mapping Global Markets, August 2011, IWF)

realer (kaufkräftiger) Nachfrage nahm so noch verstärkend zu. Es kam immer mehr zu einer *Disproportion zwischen Produktion (Bruttosozialprodukt) und Finanzvermögen*. Zwischen 1980 und 2007, dem Jahr des weltweiten Krisenausbruchs mit dem Platzen der gewaltigen Immobilienblase in den USA, ist das nominale Sozialprodukt der Welt von 10 auf 55,7 Billionen US-Dollar, also auf das Fünfeinhalbfache, angewachsen. Das liquide Finanzvermögen dagegen stieg von 12 auf 202 Billionen US-Dollar, auf fast das Siebzehnfache. Der Bestand an Finanzvermögen, deren Eigentümer den Anspruch auf eine *hohe Rendite* erheben, war also im Jahr 2007 gut dreieinhalb Mal so hoch wie die jährliche Produktion, aus der diese Ansprüche befriedigt werden müssen.¹⁶

Im Jahr 1980 waren beide Größen mit 10 bzw. 12 Billionen US-Dollar noch annähernd gleich groß gewesen. Krisenbedingt ging 2008 dann das Finanzvermögen um 13,4 v.H. bzw. um 27 Billionen US-Dollar zurück, um dann aber 2009 schon wieder auf 201 Billionen US-Dollar anzusteigen und den Verlust voll wettzumachen (vgl. Tab. 2).

Die sich weltweit gravierend entwickelte Ungleichheit zwischen Produktion und Finanzvermögen hat dabei immer mehr die *nützliche Rolle der Banken* in modernen, hochgradig arbeitsteiligen Wirtschaftssystemen unterminiert. Hier dürfte es eigentlich nur darum gehen, „mit Einlagen die Finanzmasse zu gewinnen, die zur Kreditvergabe an Unternehmen, private Haushalte und den Staat dient. Der Gewinn dieser normalen Bank ergibt sich aus der Differenz zwischen den aus den Krediten erzielten Zinsen gegenüber den an die Einleger ausbezahlten Zinsen. Die Schwerpunkte des der Gesamtwirtschaft dienenden Geschäftsmodells bilden die Verwaltung der verzinsten Einlagen, die Vergabe von Krediten an Kunden sowie eine verantwortungsvolle Vermögensbildung und Risikoabsicherung für Un-

beitslosigkeit, Sonderdruck, in: Ossietzky. *Zweiwochenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft*, 2011.

16 Mit dem Shareholder-Value-Prinzip hat sich dieser Anspruch noch verschärft, da die Kapitaleigentümer vorab (ex ante) ihre Profitanprüche vertraglich geltend machen, egal ob die Verteilungsmasse der Wertschöpfungen gestiegen oder gesunken ist. Löhne sind dagegen zur Restgröße in der Verteilung gemacht geworden. Hinzu kommt noch bei den Zinseinkünften ein Zinsezinsseffekt, der die Ansprüche an die zu verteilende Wertschöp-

fung zu Lasten der Arbeitseinkommen immer mehr erhöht.

ternehmen, allerdings ohne den Einsatz von Zockerinstrumenten.“¹⁷ Unter dem enormen „*Druck der Anleger*“, die weltweit zirkulierenden gigantischen Finanzmassen in einem gegebenen Wettbewerbsregime profitabel anzulegen, gingen die Finanzmanager und Banker schließlich zu immer mehr hochriskanten *Spekulationsgeschäften* über. Die Banker wurden so zu „Getriebenen“ ihrer vor allen Dingen immer *gieriger* werdenden und zumeist *vermögenden Anleger*, die bei erfolgreicher Anlage auch bereit waren, unverschämt hohe *Einkommen und Boni* an die Finanzjongleure zu zahlen. Der Druck auf die Banker und Finanzmanager war dabei teilweise so groß, dass es sogar zu kriminellen Handlungen wie *Insidergeschäften* und *Bilanzfälschungen* kam.

Der deutsche Bankensektor ist nicht notleidend

Wie noch aufgezeigt wird, hat in Deutschland der *Finanzielle Sektor* insgesamt von 1991 bis 2010 einen Vermögenszuwachs von 260,1 Mrd. Euro erzielt (vgl. Tab. 4). Dabei ist auch speziell der deutsche *Bankensektor* in Summe, trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise, stabil, wenn es auch bei einzelnen Banken wie der Commerzbank oder bei Landesbanken sowie insbesondere bei der Hypo Real Estate große Probleme gab. So haben aber weder die *Sparkassen* noch die *Volksbanken* auch nur in einem Jahr Verluste geschrieben. Der gesamte Bankensektor erzielte von 2000 bis 2010

einen *Jahresüberschuss vor Ertragssteuern* von 127,7 Mrd. Euro (vgl. Tab. 3).

Trotzdem muss aber eine grundlegende *Reform des Bankensystems* durch eine *demokratische Einbettung* der Geldinstitute in ihr ökonomisches und gesellschaftliches Umfeld vorgenommen werden. Die zu hinterlegende *Eigenkapitalbasis für ausgereichte Kredite* muss nicht nur auf 9 v.H. (wie jetzt beschlossen), sondern sukzessive auf 15 v.H. erhöht werden. Dies schafft hinreichende Sicherheiten in der Krise. Außerdem müssen die Banken wieder auf ihre wesentlichen *Kernfunktionen* wie

- a) die Organisation des Zahlungsverkehrs,
- b) das Einlagengeschäft zur einfachen und sicheren Ersparnisbildung und
- c) die Finanzierung gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich sinnvoller öffentlicher und privater Investitionen durch Kreditvergabe zurechtgestutzt werden.

Die unerträglich gewordene *Bankenmacht* gilt es zu beseitigen.¹⁸ Die Banken müssen nach der Finanz- und Wirtschaftskrise ihre in den Bilanzen verschleierte und in Zweckgesellschaften oder „Bad Banks“ ausgegliederten Verluste schonungslos offenlegen und wertberichtigen. Reicht dabei die *Eigenkapitalbasis* nicht aus, muss der Staat die Bank durch eine Re-Kapitalisierung in *öffentliches Eigentum* überführen und danach vergesellschaften, d.h. durch

17 Rudolf Hickel, Zerschlagt die Banken. Zivillisiert die Finanzmärkte. Eine Streitschrift, Berlin 2012, S. 9.

18 Vgl. Rudolf Hickel, a.a.O., sowie Hermannus Pfeiffer, Der Profitable Irrsinn. Was auf den Finanzmärkten geschieht und wer dabei gewinnt, Berlin 2012.

	Alle Bankengruppen*	Kreditbanken	davon: Großbanken	Landesbanken	Sparkassen	Genossenschaftliche Zentral-Banken	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonderaufgaben
2000	19.324	6.411	3.181	2.843	5.032	835	2.094	744	1.335
2001	14.022	4.251	2.951	1.837	3.649	302	1.888	1.184	941
2002	10.920	909	-1.931	1.302	3.427	309	2.517	1.285	1.171
2003	1.823	-5.688	-7.315	-2.233	4.756	49	2.923	830	1.186
2004	10.372	-342	-2.067	472	4.400	220	2.977	566	2.079
2005	33.242	17.948	14.867	3.030	4.927	406	4.156	160	2.615
2006	27.597	10.144	7.520	6.014	4.421	382	3.614	568	2.454
2007	20.531	18.726	15.290	788	3.759	-375	2.880	375	-5.622
2008	-25.014	-16.420	-17.833	-6.051	2.161	-416	2.039	-2.913	-3.414
2009	-2.870	-6.493	-6.691	-5.229	4.713	696	3.410	-1.419	1.452
2010	17.751	3.336	2.039	-929	6.554	614	4.790	-86	3.472
Σ	127.698	32.782	10.011	1.844	47.799	3.022	33.288	1.294	7.669
JD	11.609	2.980	910	168	4.345	275	3.026	118	697

Tab. 3: Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ertragssteuern der deutschen Banken (in Mio. Euro)

JD = Jahresdurchschnitt, *ohne Bausparkassen, ohne Institute in Liquidation sowie ohne Institute mit Rumpfgeschäftsjahr. Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte September 2005 u. September 2011, eigene Berechnungen.

eine Mitbestimmung gesellschaftlicher Stakeholder demokratisieren.

Es kam zu Vermögenspreisinflationen

Durch den enorm hohen Verwertungsdruck des durch Umverteilung von unten nach oben weltweit an die Finanzmärkte gespülten Finanzvermögens kam es bei bestimmten Anlagegütern,

wie Immobilien und Edelmetallen zu kräftigen Vermögenspreisinflationen, und die Kurse für Aktien und Wertpapiere stiegen in Relation zu ihren wirklichen realwirtschaftlichen Werten weit überproportional. „Es wurden zahlreiche Finanzmarktprodukte geschaffen, die von Anfang an keinen Bezug zu irgendeinem ökonomischen Wert

hatten.“¹⁹ Ein in der Ökonomie bekannter *Herdentrieb* setzte ein. Alle wollten reich werden, ohne selbst dafür noch einzig wertschöpfende Arbeit in der Realökonomie zu leisten. Die Banken erfanden immer neue „*Finanzprodukte*“ (Derivate) und es kam zu einem hochbrisanten und gefährlichen *Investmentbanking* für die reichen Kunden der Finanzindustrie. Aber auch auf eigene Rechnung der Banken (Eigenhandel) wurde gezockt, selbst mit Leerverkäufen ohne jegliches Eigenkapital einzusetzen und mit ungedeckten Kreditausfallversicherungen („CDS-Wetten“). Und vor allen Dingen dienten *Verbriefungen* dazu, Kredit-Risiken von sogenannten „*Finanzprodukten*“ zu verschleiern und an uninformierte Käufer als „*toxische Produkte*“ weiterzuverkaufen. Ohne die Möglichkeit der Verbriefung wären viele notleidende US-amerikanische Häuserkredite an Schuldner niedriger Bonität („*Subprime-Kredite*“) nie gewährt worden. Solange die *Börse* boomte und die Preise der Finanzprodukte stiegen, konnten die Schuldner ihre Annuitäten (Tilgung plus Zinsen) bedienen, da diese allein aus den Vermögenspreissteigerungen gedeckt sind. Das aufgemachte weltweite „*Spielcasino*“ funktionierte vor dem Zusammenbruch und die Neoliberalen redeten von einer *prosperierenden Wirtschaft* in der der *Staat* keinen Platz mehr hatte bzw. nur der *Störenfried* oder der „*Kostgänger*“ der privaten Wirtschaft war und man öffentliches Eigentum durch *Priva-*

tisierungen den Vermögenden als profitable Anlage anbot.²⁰

Schließlich gingen den Vermögenden die solventen Schuldner aus

Das auf die entfesselten Finanzmärkte über Banken, Versicherungen und Fonds (Pensions-, Immobilien- und Hedgefonds sowie Private Equity Fonds) getragene und über *Leverage-Effekte*²¹ gehebelte und anlagesuchende Geldkapital fand aber immer weniger solvente Schuldner, so dass am Ende sogar der „*Drittklassische*“ *Kreditnehmer* benötigt wurde, um auf Grund der von unten nach oben praktizierten Umverteilung den immer größer werdenden und hoch konzentrierten Finanzvermögensbestand noch absorbieren zu können.²² Denn ohne Schuldner können die

20 Vgl. Werner Rügemer, *Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz von der Treuhand zu Public Private Partnership*, Münster 2008.

21 Mit dem Leverage-Effekt kann man durch eine höhere Verschuldung die Eigenkapitalrendite steigern („hebeln“). Dies geht immer dann, wenn der Zinssatz für das aufgenommene Fremdkapital kleiner ist als die Gesamtkapitalrentabilität, also Gewinn plus Zinsaufwand bezogen auf das eingesetzte Eigen- und Fremdkapital.

22 Hieran hat sich bis heute nichts geändert. So titelte die Hannoversche Allgemeine Zeitung am 12. April 2012: „Suche nach sicheren Anlagen immer schwerer“. „Das Angebot an sicheren Anlagen wie US-Staatspapiere, deutsche Bundesanleihen oder auch bestimmter Unternehmensbonds sinke tendenziell, stellte der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem Globalen Finanzstabilitätsbericht fest. Immer weniger private und öffentliche Emittenten könnten hohe Standards bieten. Die Zahl der staatlichen Schuldner, deren Kreditpapiere als sicher gelten, hat abgenommen.“

19 Rudolf Hickel, a.a.O., S. 12.

Aus der weltweiten Wirtschaftskrise so gut wie nichts gelernt

Jahr	Private Haushalte ¹⁾ (in Mrd. EUR)	Nichtfinanzielle Kapitalunternehmen (in Mrd. EUR)	Finanzinstitute (in Mrd. EUR)	Staat (in Mrd. EUR)	Ausland (in Mrd. EUR)
1991	76,4	- 6,9	11,2	-43,8	23,1
1992	79,0	-62,9	6,0	-40,7	18,6
1993	72,5	-46,1	6,8	-50,9	17,8
1994	51,8	-49,5	10,2	-40,9	28,4
1995	56,8	-30,2	8,3	-59,1	24,2
1996	61,7	-14,8	3,2	-62,5	12,3
1997	62,8	-26,8	6,0	-50,6	8,6
1998	68,0	-34,0	-4,7	-42,7	13,4
1999	69,4	-70,3	6,2	-29,3	24,0
2000	75,4	-137,1 ²⁾	8,0	27,1 ²⁾	26,7
2001	97,3	-41,4	2,8	-59,6	0,9
2002	101,3	3,4	19,6	-78,3	-45,9
2003	125,1	-10,2	17,1	-87,2	-44,8
2004	133,4	32,7	23,9	-83,5	-106,5
2005	144,7	21,8	24,5	-74,2	-116,8
2006	136,8	20,3	33,9	-37,1	-153,8
2007 ³⁾	136,2	32,3	11,6	6,3	-186,5
2008	138,2	4,8	20,8	2,8	-166,6
2009	151,0	26,5	14,8	-72,7	-119,7
2010	148,8	33,5	29,9	-82,0	-130,2
∑	1.986,7	-414,9	260,1	-958,9	-873,0
JDN	99,3	-20,7	13,0	-47,9	-43,7

Tab. 4: Vermögens- und Finanzierungsrechnung Deutschland

JDN = Jahresdurchschnitt, 1) einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck, 2) inklusive UMTS-Erlöse, 3) Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozentpunkte. Quelle: Statistisches Bundesamt, Bruttoinlandsprodukt 2010 für Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 21, Deutsche Bundesbank Finanzierungsrechnung, Datenstand: Oktober 2011, eigene Berechnungen.

Vermögenden ihr akkumuliertes Kapital nicht verwerten. Der Saldo aus Vermögen und Schulden ist in einer Volkswirtschaft immer gleich Null. Wenn es keine Wirtschaftssubjekte gibt, die mehr ausgeben als sie einnehmen, dann kann es auch niemanden geben, der mehr einnimmt als er ausgibt.

Den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang von Vermögen und Schulden in Deutschland zeigt die *volkswirtschaftliche Vermögens- und Finanzierungsrechnung* (vgl. Tab. 4). Demnach haben seit der Wiedervereinigung in Deutschland die *Privaten Haushalte* von 1991 bis 2010 ihr Vermögen um 1.986,7 Mrd. Euro gesteigert bzw. sind um diese Summe rei-

cher geworden.²³ Auch die *Finanzinstitute* (Banken, Versicherungen, Deutsche Bundesbank und private Fonds) verzeichneten einen Vermögenszuwachs in Höhe von 260,1 Mrd. Euro.

Den vermögenden Überschussektoren Private Haushalte und Finanzinstitute (inkl. der Banken) standen aber in Deutschland drei *Schuldnersektoren* gegenüber. Der größte Schuldner ist dabei der *Staat* (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungshaushalte) mit 958,9 Mrd. Euro gefolgt vom *Ausland* mit 873,0 Mrd. Euro und den *produzierenden Kapitalunternehmen* mit kumulierten Schulden in Höhe von 414,9 Mrd. Euro. Die Unternehmen der produzierenden Wirtschaft, die in der Regel für ihren laufenden Geschäftsbetrieb und Investitionen auf Kredite angewiesen sind, erzielten dabei sogar ab 2004 einen kumulierten Vermögenszuwachs in Höhe von fast 172 Mrd. Euro, nachdem sie ihre getätigten Investitionen innenfinanziert, alle fällig werdenden Schulden getilgt und überreichlich Gewinne an die Shareholder ausgeschüttet haben.

Der endgültige Zusammenbruch

Die monetäre Scheinwelt brach dann 2008, zuerst in den USA mit der Lehman Brother Insolvenz, endgültig zusammen. Nachdem die Fed nur leicht den Leitzins wegen Inflationsängsten anhob, bekamen einige größere Gläubi-

ger der Finanzindustrie Bedenken und stellten die weitere Vergabe von Krediten ein oder verlangten wesentlich höhere Zinsen für ihr Kapital. Dies wiederum schränkte die Kreditnachfrage ein und Schuldner konnten ihren bestehenden Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Gleichzeitig wollten die Anleger ihren völlig überbewerteten „Vermögensramsch“ verschern, um so mit dem Verkauf antizipierte Verluste zu vermeiden. Dies gelingt natürlich nicht mehr, wenn zu Beginn der Krise der *Herdentrieb* wieder in die andere Richtung einsetzt, indem alle nur noch verkaufen wollen. Das Ganze bleibt dann im Ergebnis nicht ohne Folgen: Die Instabilität des Finanzsektors überträgt sich nämlich auf Grund der wirtschaftlichen Interdependenz zwischen beiden Sektoren auf die *produzierende Realwirtschaft*. Die Finanzmärkte können sich gegenüber der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zwar relativ verselbständigen; völlig lösen können sie sich aber nicht. Die *Quelle allen Mehrwerts* (Gewinn, Zins, Miete und Pacht) liegt letztlich in der realwirtschaftlichen Produktion durch *menschliche Arbeitskraft* und *Naturgebrauch*. An den Finanzmärkten werden Werte verteilt, aber keine Werte geschaffen. Kommt es hier zu einer Krise werden die privaten Haushalte und Unternehmen in ihrem Ausgabenverhalten in der Realwirtschaft zurückhaltend. Die Haushalte befürchten weniger Einkommen und Arbeitslosigkeit und die Unternehmen weniger Umsatz und Gewinn. Die Nachfrage nach Konsum und Investitionen geht zurück, die Produktion wird gedrosselt und die Un-

23 Wie kann da der ehemalige Bundespräsident und promovierte Volkswirt, Horst Köhler (CDU), in Anbetracht der Krise in seiner letzten „Berliner Rede“ behaupten: „Wir Deutsche haben alle über unsere Verhältnisse gelebt“?

ternehmen entlassen ihre Beschäftigten oder führen zumindest Kurzarbeit ein. Es kommt zu Unternehmenspleiten. Die Krise ist dann auch in der Realwirtschaft angekommen. Also musste der zuvor von den Neoliberalen in Sachen privater Wirtschaft als unfähig diskreditierte Staat²⁴ durch ein *bastard-keynesianisches deficit-spending* und mit Bürgschaften für notleidende Kredite einspringen, um den drohenden totalen Absturz der Wirtschaft, die „kapitalistische Kernschmelze“, zu verhindern. Trotzdem wurden bisher weltweit rund 35 Millionen Arbeitsplätze vernichtet und Millionen von Menschen ins Elend gestürzt.

Exportüberschüsse sind keine Lösung

Das triviale ökonomische Gesetz der Gleichheit von Vermögens- und Schuldenbeständen in einer Volkswirtschaft bezieht auch die *Auslandsgeschäfte* mit ein. Dann stehen den heimisch Vermögenden bzw. deren Vermögensbestände auch ausländische Schuldner gegenüber. Dies impliziert aber gefährliche *Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen*. Denn nur bei entsprechenden Leistungsbilanzüberschüssen, und damit Kapitalexporten, können die heimischen Vermögenden ihr Kapital im Ausland verwerten. Dafür müssen sich aber die Ausländer verschulden. Von 1991 bis 2010 haben sich so gut 873 Mrd. Euro Auslandsschulden gegenüber dem „Exportweltmeister“ Deutschland angehäuft. Und dies trotz der deutschen Wiedervereinigung und

einer negativen Leistungsbilanz bis 2001 (vgl. Tab. 4). Das einseitige deutsche neoliberale (neo-merkantilistische) Exportmodell, das mit der Euro-Einführung 1999 noch befeuert wurde, und das darauf setzt, durch *Druck auf Löhne und Sozialleistungen* den deutschen Unternehmern Vorteile in der *internationalen Konkurrenz* zu verschaffen, wurde dabei mit einer – wie aufgezeigt – enorm hohen *Umverteilung von den Arbeits- zu den Besitzeinkommen* und in Folge mit einem nur *schwachen Binnenwachstum* und *Massenarbeitslosigkeit* sowie einer zunehmenden *gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich* bitter erkaufte. Von 1991 bis 2010 stieg so der Warenexport Deutschlands um rund 280 v.H., während das Bruttoinlandsprodukt nur um 150 v.H. zulegte. Insbesondere mit dem Vorteil des Euros stieg der reale (preisbereinigte) Warenexport Deutschlands von 2000 bis 2011 um rund 78 v.H., während das reale Bruttoinlandsprodukt im gleichen Zeitraum nur um knapp 13 v.H. zulegte. Die deutsche Exportquote stieg seit 1991 von 21 auf fast 48 v.H. Deutschland hat dabei mit enormen Exportüberschüssen als Volkswirtschaft nicht über, wie immer wieder fälschlich herrschende Politiker behaupten, um noch weiter von unten nach oben umzuverteilen, sondern *massiv unter seinen Verhältnissen gelebt* und tut dies auch weiter, wenn die deutsche Leistungsbilanz so extrem positiv bleibt. Die deutsche Bundeskanzlerin, Angela Merkel, wünscht sich das aber: „Ein generelles Umsteuern der deutschen Volkswirtschaft lehne ich ab. Mein Ziel ist, dass das Land Exportweltmeister bleibt.“

24 Vgl. Heinz-J. Bontrup, Der diskreditierte Staat. Alternativen zur Staatsverschuldung und zu Schuldenbremsen, Bergkamen 2012.

Krisenzeiten sind offensichtlich keine Erkenntniszeiten

Zurzeit wird die in ihrer originären Ursache als eine *Umverteilungskrise in der Realwirtschaft* zu identifizierende Weltwirtschaftskrise von der herrschenden Politik und ihren weiter neoliberalen wirtschaftswissenschaftlichen Beratern als eine „*Staatsschuldenkrise*“ zu mystifizieren versucht. Die drohenden „Staatspleiten“ in Griechenland, aber auch womöglich in Portugal oder Spanien und Italien, sollen jedenfalls mit Unterstützung der meisten Medien den Eindruck erwecken. Bei kritischer Analyse zeigt sich dagegen, dass die sogenannte „*Staatsschuldenkrise*“ nur eine *Folge* der neoliberalen Umverteilungskrise ist. Zur Abwehr eines totalen Zusammenbruchs mussten sich 2009 die Staaten – klassisch „bastard“-keynesianisch – über ein *antizyklisches deficit-spending* verschulden. Kurzfristig gab es dazu keine Alternative. Die Staatsverschuldung stieg allein seit 2007 in Deutschland um 400 Mrd. Euro von 65 auf 83 v.H. des nominalen Bruttoinlandsprodukts. „Rund 300 Mrd. Euro davon resultieren aus Stützungsmaßnahmen zugunsten von Finanzinstitutionen und dabei vor allem aus der Abwicklungsanstalt („*bad bank*“) der Hypo Real Estate.“²⁵ Im Endeffekt waren die Gewinne bis 2008 privatisiert und die Verluste seitdem sozialisiert.“²⁶ Das Perfide daran ist weiter, dass die vermögenden

Anleger, denen die europäische und internationale Staatengemeinschaft zuvor noch ihr Geld durch Staatskredite und -bürgschaften bzw. durch garantierte „*Rettungsfonds*“²⁷ erhalten hat, dieses Geld (Vermögen) jetzt nicht mehr (oder wie z.B. im Fall Griechenland nur noch zu horrend hohen Zinsen) zur Verfügung stellen wollen.

Gleichzeitig akzeptieren die Geldmächtigen (altgriechisch: Plutokraten) auch keine Entwertung ihrer weiter bestehenden Vermögensbestände durch *inflationäre Prozesse*, die sie sofort vermuten und die Politik aufs schärfste ermahnen, wenn die Notenbanken fällig werdende Staatsanleihen, die keine Anschlussfinanzierung bei den Privaten finden, aufzukaufen, weil dadurch die Notenpresse angeworfen und die Geldmenge erhöht wird. Keine Probleme haben die Plutokraten dagegen mit *kontraproduktiven Austeritätsprogrammen* (mit Einschnitten insbesondere bei den Löhnen und Sozialleistungen und einem Abbau des öffentlichen Dienstes) für die Staaten mit weitgehend krisenbedingter hoher Staatsverschuldung. Im Gegenteil, sehen sie in den notleidenden Ländern doch die Möglichkeit die

25 Vgl. dazu ausführlich Bundesministerium der Finanzen, Monatsbericht August 2011, S. 80f.

26 Ver.di (Bundesvorstand), Finanzmarktkrise ohne Ende? Vorschläge für eine neue Finanzmarktarchitektur, Berlin 2012, S. 6.

27 Dabei garantiert die EU über einen permanenten „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM) ab dem 1. Juli 2012 ein Kreditvolumen von 500 Mrd. Euro. Hinzu kommen noch 248 Mrd. Euro aus dem alten „European Financial Stability Facility“ (EFSF), so dass zumindest für einen Übergangszeitraum bis zu 750 Mrd. Euro zur Verfügung stehen, um die anstehenden Finanzierungsbedarfe der EU-Länder sicherzustellen und um wo mögliche zukünftige Attacken von Spekulanten abwehren zu können.

Arbeitseinkommen und den Sozialstaat weiter in neoliberaler Manier zu beschneiden und sich durch den Aufkauf öffentlichen Eigentums weiter zu bereichern. Dabei riskieren sie offensichtlich sogar ohne Bedenken die *Demokratie* in diesen Ländern.

Nur ein Schuldenerlass löst die Krise wirklich

Die jetzige Krise in der EU basiert auch zu einem großen Teil aus Fehlern, die bei der *Einführung des Euros 1999* gemacht wurden. Besonders verwerflich war dabei die fehlende Rücksicht auf die *realwirtschaftlichen Divergenzen* zwischen den Mitgliedsländern der Eurozone. Der Glaube, es käme durch *ungehinderten Wettbewerb* zu einer wirtschaftlichen Konvergenz zwischen den Staaten war politisch ausgesprochen naiv. Außerdem wurde die auf die Europäische Zentralbank (EZB) übertragene *Geldpolitik* mit ihrer einseitigen Festlegung auf das wirtschaftspolitische Ziel einer *Preisstabilität* ebenso fehlerkonstruiert. Darüber hinaus kann die Geldpolitik bei stark unterschiedlichen Realökonomien und der Festlegung eines einheitlichen Zinssatzes nur asymmetrische Wirkungen in den einzelnen Ländern entfalten. Anstatt deshalb die national verbliebene *staatliche Finanzpolitik* zu stärken, wurde diese durch eine „*Europäische Schuldenbremse*“ für das Euroland, die eine maximale jährliche Nettoneuverschuldung von 3 v.H. und einen Schuldenbestand von 60 v.H. auf das nominale Bruttoinlandsprodukt zulässt, noch zusätzlich restringiert.

Jetzt wurde noch eine Verschärfung in Form eines so genannten *Fiskalpakts*

beschlossen. Dabei haben sich 25 der 27 EU-Staaten (Großbritannien und Tschechien nicht) auf eine noch strengere Haushaltsdisziplin und auf Sanktionen bei Nichteinhaltung verpflichtet. „Die wichtigste Neuerung ist die für Euro-Staaten verbindliche Vorgabe, auf nationaler Ebene eine Schuldenbremse („goldene Regel“) zu verankern, und zwar „vorzugsweise“ in der Verfassung. Diese soll das strukturelle (um Konjunktur- und einmalige Einflüsse bereinigte) Staatsdefizit auf 0,5 v.H. des BIP begrenzen, wobei für jeden Staat ein länderspezifischer mittelfristiger Zielwert festzulegen ist. Wer sein Ziel nicht erreicht hat, muss einen zu vereinbarenden Zeitplan einhalten und wird ansonsten mit Sanktionen (bis zu 0,1 v.H. des BIP) bedacht. (...) Wer Staatsschulden von zur Zeit mehr als 60 v.H. hat, muss den darüber hinausgehenden Teil jährlich um durchschnittlich ein Zwanzigstel reduzieren. (...) Der Rückgriff auf den künftigen Euro-Rettungsschirm ESM wird zudem daran geknüpft, dass der Fiskalpakt ratifiziert und die Schuldenbremse installiert worden ist. In Kraft treten soll der Pakt am 1. Januar 2013 bzw. sobald ihn mindestens zwölf Euro-Staaten ratifiziert haben.“²⁸ Dieser Fiskalpakt, kommt er so wirklich zur Anwendung, ist die wirtschaftspolitisch verschärfte Fortschreibung einer neoliberalen Theorie, die glaubt, sich mit einer *Austeritätspolitik* aus der Krise befreien zu können. Dies kann man

28 Joachim Bischoff, Richard Detje, Entspannung in Europa – aber kein Ausstieg aus der Abwärtsspirale, in: Sozialismus, Heft 4/2012, S. 13.

nur als pathologisch einstufen. Das Ergebnis wird deshalb auch ein kontraproduktives sein. Noch mehr Wachstumsschwäche, noch mehr Arbeitslose, noch mehr Verelendung und zum bitteren Schluss nicht weniger, sondern noch mehr Staatsverschuldung.

Europa geht anders

Die nach wie vor herrschende neoliberale Interessenpolitik in der EU akzeptiert natürlich nicht die *Krisenursache*, die beschriebene Umverteilung von unten nach oben. Sie will auch nicht die EU-inhärenten Fehlkonstruktionen beseitigen, sondern fühlt sich weiter ausschließlich dem Kapital und den Geldmächtigen verpflichtet. Die herrschenden Eliten in der EU sind in Anbetracht der verheerenden Krise nicht einmal bereit, die liberalisierten und deregulierten Finanzmärkte endlich wieder staatlich streng zu regulieren, um den Spekulanten ihre Grenzen aufzuzeigen. Umso wichtiger ist eine Alternative, eine völlig andere *europäische Wirtschaftspolitik*, die nicht nur eine kleine vermögende Schicht noch reicher macht, sondern die den Menschen insgesamt zu mehr Wohlstand verhilft und dabei gleichzeitig die Umwelt schützt. Dazu gehören als erstes ein durch das Europäische Parlament verabschiedetes und durch die EU-Kommission ausgesteuertes *sozial und ökologisch ausgerichtetes Europäisches Wachstumsprogramm* und nicht ein euphemistisches „Sparprogramm“, das in Wirklichkeit nichts anderes als ein destruktives neoliberales Kürzungsprogramm unter dem Diktat von völlig kontraproduktiven „Schuldenbremsen“ oder einem „Fiskalpakt“

ist. Um dabei die EU wirtschaftspolitisch handlungsfähig zu machen, muss der *EU-Haushalt* durch die einzelnen Mitgliedstaaten, gemäß ihrer jeweils wirtschaftlichen Kraft, kräftig aufgestockt werden. Dabei ist eine *Harmonisierung europäischer Unternehmenssteuern* auf hohem Niveau überfällig, um zu mehr öffentlichen Einnahmen in den einzelnen Staaten und der EU insgesamt zu kommen. Ebenso die sofortige Einführung einer *Finanztransaktionssteuer* in allen EU-Ländern in Höhe von 0,2 v.H. auf Anleihen sowie von 0,02 v.H. auf Derivatkontrakte (wobei Verkäufer und Käufer jeweils die Hälfte der Steuersätze tragen). Dies würde im Gebiet der EU jährlich 57 Mrd. Euro in die Staatskassen spülen. Weiter ist eine Verpflichtung der Europäischen Zentralbank (EZB) im Rahmen der *Geldpolitik* wichtig, anders als heute, nicht nur Verantwortung für Preisstabilität zu übernehmen, sondern auch für *Wirtschaftswachstum* und *Beschäftigung*. Außerdem müssen für notleidende Staaten die EZB-Anleiheaufkäufe zur Verhinderung weiter spekulativ stattfindender Angriffe auf die verschuldeten Länder fortgesetzt und ein demokratisch legitimer *Europäischer Währungsfonds* konstituiert werden, der es den EU-Ländern zukünftig erlaubt, sich direkt, ohne Zwischenschaltung von profitorientierten Geschäftsbanken, notwendige Kredite zu einem Zinssatz von 2 v.H. zu beschaffen. Auch ist es dringend geboten, den *privaten Ratingagenturen* Bewertungen von ganzen Volkswirtschaften zu verbieten und Hedgefonds und Leerverkäufe zu untersagen und Private-Equity-Fonds einer schärferen Kont-

rolle zu unterziehen. Ebenso sind *internationale Steueroasen* zur Vermeidung von Steuerhinterziehungen zu schließen. Und nicht zuletzt muss das *Europäische Parlament* mehr legislative Rechte bekommen. Auch bedarf es in der EU mehr *direkter Demokratie* durch Bürgerentscheide, wie auch der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Ferdinand Kirchhof, fordert.

Bisher aufgelegte oder auch noch erweiterte „Rettungsfonds“ sowie höhere Eigenkapitalquoten bei Banken und die Einführung und Dotierung von *Bankenabgaben* sowie die Einführung von *Euro-Bonds* können zwar Linderung für die Schuldner bringen und sind sicher auch ein Stück *Solidarität*, eine Lösung der neoliberal weiter existierenden Umverteilungskrise sind sie aber nicht. Ja, sie sind sogar kontraproduktiv, wenn man sie mit Austeritätsprogrammen für die eh schon notleidenden Länder versieht. Dazu ist nur auf die bisher schlimmen Befunde in Griechenland zu verweisen. Den heutigen Schuldnern *noch mehr Schulden zu Gunsten der Vermögenden* aufzubürden, wenn auch vielleicht zu abgesenkten Zinssätzen, lässt die Länder endgültig, es dauert dann nur ein wenig länger, in den unkontrollierten und damit verheerenden Staatsbankrott laufen. Dies hat dann gefährliche, nicht mehr aussteuerbare Krisenwirkungen in Wirtschaft und Politik zur Folge.

Eine Vermögensabgabe muss her

Das Entscheidende zur Krisenlösung ist deshalb eine dringend notwendige *Rückverteilung der Vermögensbestände* durch eine einmalige *Vermögensabgabe* in Verbindung mit einer grundlegenden

Steuerreform zur zukünftigen Besteuerung des Einkommens und des weiter wachsenden Vermögens. Ohne dem wird es *keine wirkliche Lösung der Probleme* in der EU auf Basis einer Wirtschafts- und Währungsunion geben. Die Erklärung dafür ist einfach: Das in der Vergangenheit weltweit aufgeblähte und zirkulierende sowie nach Profit suchende *Finanzvermögen*, dass wie aufgezeigt (vgl. noch einmal Tab. 2) weiter überreichlich vorhanden ist und keine hinreichenden Abnehmer, keine (solventen) Schuldner, finden wird, wird weiter immer wieder für Krisen sorgen. Dies noch verstärkt, wenn die Staaten zukünftig auf Grund umgesetzter „Schuldenbremsen“ ihre Kreditnachfragen einschränken sollten. Das Überschussangebot an Geldliquidität wird allerdings die *Zinsen* langfristig auf einem sehr niedrigen Niveau halten, so dass die *zinsreagible Investitionsnachfrage* in der Realwirtschaft eine Unterstützung erhält und belebt wird, wenn die Unternehmen hinreichende Absatz- und Gewinnerwartungen haben. Dies ist jedoch wiederum nur dann der Fall, wenn die *Masseneinkommen* wieder steigen, was voraussetzt das der *Umverteilung zu den Besitzeinkommen* ein Ende bereitet und die *Arbeitslosigkeit* mit einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung in Richtung einer 30-Stunden-Woche bekämpft wird.²⁹

Man kann es letztlich drehen und wenden wie man will: Ohne einen entscheidenden „Schuldenschnitt“ zu Gunsten des Staats durch eine adäquate

²⁹ Vgl. Heinz-J. Bontrup, Mohssen Massarrat, Manifest zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, a.a.O.

Vermögensabgabe wird es keine wirkliche Lösung geben. Hierbei ist klar, dass diese Vermögensabgabe nur durch eine *staatenübergreifende konzertierte Aktion*, durch Anwendung des demokratisch legitimierten staatlichen Gewaltmonopols, umsetzbar ist, weil ansonsten die Vermögenden ihre Einlagen in die Länder bringen, die bei der Vermögensabgabe nicht mitmachen.

Die Vermögenden waren und sind es weiter, die sich während der letzten dreißig Jahre in neoliberaler Manier mit ihrem „Katastrophen-Kapitalismus“ (Naomi Klein) bereichert und andere schamlos ausgebeutet haben. Sie haben bis heute für ihre „Raubzüge“ (Jean Ziegler) nicht bezahlt. Ihre realisierten Gewinne wurden privatisiert und die Verluste in der Krise über gigantische Staatsverschuldungen und Bürgschaften sozialisiert, um jetzt als „Krisenlösung“ die sozial Schwachen und die abhängig Beschäftigten die Krisenlast über Austeritätsprogramme tragen zu lassen. Würde dagegen eine Vermögensabgabe mit einem Steuersatz von 2 v.H. über zehn Jahre erhoben, so könnte der Staat seine Schulden um rund 300 Mrd. Euro (Barwert) abbauen. Die Bemessungsgrundlage wäre das Vermögen von privaten Haushalten und Unternehmen nach Abzug aller Schulden (also das Nettovermögen). Hierbei sind hohe Freibeträge von einer Million Euro (persönlicher Freibetrag), ein Kinderfreibetrag von 250.000 Euro und auf das Betriebsvermögen ein Freibetrag von zwei Millionen Euro berücksichtigt. Nur die wirklich Reichen würden demnach ein Stück ihres heute zumeist hohen *funktionslosen Vermögens* verlie-

ren. Sie würden ein wenig „ärmer“, aber die heute bestehende *öffentliche Armut* in Form von Staatsverschuldung würde sinken und zu einer spürbaren Zinsentlastung in den Staatshaushalten führen. Dadurch bekämen die chronisch unterfinanzierten Staaten einen neuen dringend benötigten Investitions- und Ausgabenpielraum.

Die Vermögensabgabe unterscheidet sich dabei wesentlich von einem *Schuldenschnitt* bei öffentlichen Anleihen. Hier sind nur die Vermögenden betroffen, die als Gläubiger über Staatsschuldtitel verfügen. Dies hat man bei der partiellen *Griechenlandentschuldung* in Höhe von gut 100 Mrd. Euro durch „private Gläubiger“ gesehen.³⁰ Außerdem führt eine solche Wertberichtigung der Schulden in den Bank- und Versicherungsbilanzen oder auch in Unternehmen der produzierenden Wirtschaft, die notleidende Staatspapiere gezeichnet haben, unter sonst gleichen Bedingungen zu einer Reduzierung der Gewinne und somit zu *verringerten Gewinnsteuerzahlungen*, womit dann auch die *öffentliche Hand* an dem Schuldenabbau bzw. Schuldenschnitt beteiligt wird. Die Vermögensabgabe hat dagegen den Vorteil, dass dies hier nicht der Fall ist und das alle Vermögenden sowie alle Arten des Vermögens (Geld-, Immobilien und Betriebsvermögen) zielgenau einbezogen und zur Entlastung der Staatsschulden besteuert werden können.

30 Damit beträgt die griechische Staatsschuld aber immer noch 107 Mrd. Euro oder 123 V.H. bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt.

...und eine andere Einkommens- und Steuerpolitik ist notwendig

Die Vermögensabgabe rektifiziert aber nur die Vergangenheit. Um auch die Zukunft entscheidend zu verändern brauchen wir zusätzlich eine vollständig andere *Einkommens- und Steuerpolitik*. Für Deutschland, dem größten EU-Land, soll im Folgenden eine solche linkskeynesianische Politik skizziert werden. Dazu gehören neben einer uneingeschränkten branchenbezogenen *produktivitätsorientierten Reallohnpolitik*³¹ in Verbindung mit *kollektiven Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Personalausgleich* zur Schließung der Produktions-Produktivitätslücke, auch die Abschaffung der *Rente mit 67*. Hier ist das gesetzliche Eintrittsalter wieder auf 63 Jahre abzusenken. Auf freiwilliger Basis können abhängig Beschäftigte aber auch länger arbeiten. Außerdem ist eine Umverteilung zu Gunsten der abhängig Beschäftigten durch echte „On-top“ (auf den Tarifverträgen aufbauende) *Gewinn- und Kapitalbeteiligungen* gesetzlich einzuführen.³² Bis zum Erreichen von Vollbeschäftigung

ist im Niedriglohnssektor ein *gesetzlicher Mindestlohn* in Höhe von 10 Euro (brutto) je Stunde festzulegen. *Leiharbeit* ist ohne Ausnahme zu verbieten. Und für leistungsschwache und ältere sowie gesundheitlich eingeschränkte Erwerbspersonen ist ein *öffentlicher Beschäftigungssektor* beim Bund, den Ländern und Kommunen einzurichten.

Daneben muss eine völlig veränderte *Steuerpolitik* umgesetzt werden: Die gewinnträchtigen Unternehmen und die Spitzenverdiener sind im Vergleich zu heute wesentlich höher zu besteuern.

- Der Spitzensteuersatz (Grenzsteuersatz) bei der *Einkommensteuer* muss ab einem zu versteuernden Einkommen von 67.000/134.000 Euro (alleinstehend/verheiratet) auf 53 v.H. angehoben werden. Vom heute gültigen Eingangssteuersatz mit 14 v.H. bei 8.500/17.000 Euro (alleinstehend/verheiratet) steigt dabei der Grenzsteuersatz linear-progressiv bis zum Spitzensteuersatz an. Zusätzlich wird eine *Reichensteuer* ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 200.000/400.000 Euro (alleinstehend/verheiratet) in Höhe von zusätzlich 5 v.H. auf den Grenzsteuersatz von 53 v.H. eingeführt. Um auch gesellschaftlich unverschämt hohe Einkommen von *Managern* (wie z.B. 17 Mio. Jahreseinkommen eines Vorstandsvorsitzenden) oder auch von *Sportlern* und *Künstlern* adäquat zu besteuern, müssen diese Einkommen ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von einer Million Euro mit einem Grenzsteuersatz von 70 Prozent abgeschöpft werden.

31 In den Flächentarifverträgen müssen dabei die Nominallohnsteigerungen exakt in Höhe der Produktivitäts- plus der Preissteigerungsrate der jeweiligen Branche fixiert werden. Bei Haustarifverträgen gelten die jeweiligen Unternehmensdaten und für die Beschäftigten im öffentlichen Sektor sind die gesamtwirtschaftliche Produktivitäts- und Inflationsrate zu Grunde zu legen. Nur so wird eine Verteilungsneutralität zwischen Lohn- und Besitzeinkommen sichergestellt.

32 Vgl. Heinz-J. Bontrup, Kai Springob, Gewinn- und Kapitalbeteiligung. Eine mikro- und makroökonomische Analyse, Wiesbaden 2002.

- Der progressiv wirkende *Solidaritätszuschlag* von 5,5 v.H. zum Aufbau Ostdeutschlands auf die zu zahlende Einkommensteuer wird beibehalten.
- Dafür wird aber das zeitlich völlig überholte *Ehegattensplitting* ab einem zu versteuernden Einkommen von 67.000 Euro ebenso abgeschafft wie das *Kindergeld*. Als Ausgleich zum Kindergeld werden verstärkt öffentliche *Ganztages-Kindereinrichtungen* zur vorschulischen Erziehung und schulischen Betreuung geschaffen.
- Der *Körperschaftsteuersatz* wird von heute 15 auf 30 v.H. erhöht. Bei Gewinnthesaurierungen, die nachweislich für *beschäftigungssichernde Investitionen* im Unternehmen verbleiben, können Steuerabschläge gewährt werden. *Kleine Kapitalgesellschaften und Genossenschaften* mit Jahresgewinnen bis zu 1 Mio. Euro werden mit einem ermäßigten Körperschaftsteuersatz von 20 v.H. belastet („Mittelstandsklausel“).
- Die *Abgeltungsteuer für Kapitaleinkünfte* (Zinsen, Mieten, Pachten und Dividenden) in Höhe von 25 v.H. ist wieder abzuschaffen, Kapitaleinkünfte sind den Gesamteinkünften entsprechend zu besteuern. Heute werden paradoxerweise Kapitaleinkommen steuerrechtlich besser gestellt als Arbeitseinkommen. Für alle Zins- und Dividendenzahlungen aus dem In- und Ausland sind *Kontrollmitteilungen* an die zuständigen Finanzämter zu schicken.
- Die völlig ungleich verteilten Vermögenswerte sind durch adäquate *Vermögens- und Erbschaftsteuern* der Gesellschaft zum Teil zurückzugeben. Erben haben für ihre Erbschaft nichts geleistet. Die seit 1997 ruhende *Vermögensteuer* ist bei allen privaten Haushalten ab einem Nettovermögenswert von 500.000 Euro mit einem Steuersatz von 2 v.H. wieder einzuführen. Die *Erbschafts- und Schenkungssteuersätze* auf große Schenkungen und Erbschaften ab einer Million sind drastisch zu erhöhen und die durch die schwarz-rote Bundesregierung eingeführte steuerliche Sonderbehandlung der Vererbung bzw. Schenkung eines Unternehmens bei Betriebsfortführung ist wieder rückgängig zu machen.
- Anstelle der heutigen Gewerbesteuer muss eine *kommunale Gemeindegewerbesteuer* eingeführt werden. Diese ist als eine eigenständige Steuer der Kommunen zu erheben, mit dem Recht, den Hebesatz autonom festzulegen. Der Gemeindegewerbesteuer unterliegen im Gegensatz zur heutigen Gesetzgebung nicht nur alle Personengesellschaften, sondern auch alle selbständigen Einzelunternehmen sowie Freiberufler. Als Ertragsbasis werden neben dem Gewinn auch die Wertschöpfungsarten Zinsen, Miete/Pacht und Leasinggebühren in Ansatz gebracht. Durch Freibeträge in Höhe von 30.000 Euro p.a., der bis zu einem Ertrag von 60.000 Euro wieder abgeschmolzen wird, wird sichergestellt, dass schlecht verdienende Freiberufler sowie Selbständige nicht von der Steuer erfasst werden. Für Unternehmen, die der

Einkommensteuer unterliegen, reduziert sich die Einkommensteuerlast durch den Abzug der Gewerbesteuer bei der Ermittlung der Einkommensteuer.

- Bei der Mehrwertsteuer in Höhe von 19 v.H. muss es beim ermäßigten Steuersatz von 7 v.H. bleiben. Allerdings ist der Katalog zur Anwendung einer abweichenden Besteuerung zu überprüfen. Das Steuerprivileg für das Übernachtungsgewerbe ist zurückzunehmen und es sollte für Luxusgüter nicht eine objektbezogene, aber eine zusätzliche *einkommensabhängige Luxusgütersteuer* eingeführt werden.³³
- *Wirtschaftskriminalität* und *Steuerhinterziehung* sind radikal zu bekämpfen. Allein hier gehen dem Fiskus in Deutschland jährlich 100 Mrd. Euro verloren.³⁴

Hinsichtlich der staatlichen *Sozialabgaben* muss uneingeschränkt zum Prinzip der Solidarität in Form eines „öffentlichen Gutes“ zurückgekehrt werden. Mit Leistungskürzungen und Privatisierungen ist Schluss zu machen. Die

Teilprivatisierung der gesetzlichen Rente („Riester-Rente“) hat hier neben der Umverteilung zusätzlich Kapital auf die Finanzmärkte gespült und die verhängnisvolle Spekulation mit angeheizt. Die *Beitragssätze zu den Sozialversicherungen* sind als sog. „Arbeitgeberbeiträge“ zu erhöhen und als „Arbeitnehmerbeiträge“ zu senken. Damit wird die Parität zu Gunsten der abhängig Beschäftigten aufgehoben.

Wirtschaftsdemokratie

Abschließend muss noch eine ordnungstheoretische Notwendigkeit hinzukommen: Die *private Wirtschaft ist zu demokratisieren*.³⁵ Die Begründung hierfür ist einfach: Der Mensch will nicht bloß ein Mittel innerhalb der Wirtschaft sein. Der Mensch ist auch Selbstzweck. Deshalb sollten die Unternehmen von ihrem „kapitalistischen Charakter“ bzw. vom „Investitionsmonopol des Kapitals“ (Erich Preiser) befreit werden. Die Beschäftigten sollten über ihre gewählten Vertreter in den Betriebs- und Aufsichtsräten gleichberechtigt (demokratisch) auch an Entscheidungen über die Beschäftigung, die Unternehmensorganisation, über die Gewinnverwendung oder auch über die operative und strategische Ausrichtung „ihres“ Unternehmens beteiligt werden. Die Asymmetrie zwischen Kapital und Arbeit auf der unternehmerischen (mikroökonomischen) Ebene der Wirtschaft verträgt sich nicht mit einer demokratischen Partizipation bzw. ist

33 Vgl. Heinz-J. Bontrup, Mit noch mehr indirekten Steuern zurück zum wohlfahrtsorientierten Staat? Nur Luxussteuern wären ein richtiger Weg, in: DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 80. Jg., Heft 4/2011.

34 Vgl. Rudolf Hickel, Milliardenverbrechen Steuerhinterziehung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/2010, S. 57–65. Wie wichtig die Bekämpfung von Steuerhinterziehung ist, zeigen auch die ca. 30.000 Selbstanzeigen deutscher Steuerkrimineller auf Grund von veröffentlichten Datendisketten allein im Jahr 2011.

35 Vgl. dazu ausführlich Heinz-J. Bontrup, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, 4. Auflage, Köln 2011.

hochgradig widersprüchlich angelegt – genauso wie die Dichotomie zwischen einer nichtdemokratisierten Wirtschaft als Unterbau zum demokratisch verfassten Staat als Überbau in einer Gesellschaft.

Gegen alle hier aufgezeigten und notwendigen Alternativen gibt es aber massiven Widerstand durch die *Geldmächtigen*. Schon 1936 beklagte sich der US-amerikanische Präsident Roosevelt über den großen Einfluss der Plutokraten auf die Politik: „Wir kämpfen seit vier Jahren erbittert gegen die Hochfinanz und die Wirtschaftsbosse, die gewissenlosen Spekulanten, gegen die Klassenspaltung, den Partikularismus und gegen die Kriegspoliteure. Sie alle hatten sich daran gewöhnt, die amerikanische Regierung als Anhängsel ihrer Geschäft-

te zu betrachten. Wir wissen nun, vom organisierten Geld regiert zu werden, ist genauso gefährlich, wie von der Mafia regiert zu werden.“³⁶ Die Neoliberalen wollen bis heute so eine „Anhängsel-Regierung“, die durch die Geldmächtigen beherrscht wird. Sie haben dazu mit ihrer intendierten Umverteilung von unten nach oben einen „*Klassenkampf von oben*“ initiiert und warnen zynisch vor einer gesellschaftlichen „Gleichmacherei“. „Wer die soziale Demokratie gegen den Druck der Finanzmärkte im Kapitalismus verteidigen will, kann sich daher“, so Elmar Altvater, „der Notwendigkeit des „*Klassenkampfes von unten*“ nicht entziehen. Nur so lässt sich die Freiheit in der politischen Gestaltung des Sozialen fortentwickeln.“³⁷

36 Zitiert bei: Joachim Bischoff, Richard Detje, Die Krise des Euroregimes, in: Sozialismus, Heft 1/2011, S. 5f.

37 Elmar Altvater, Im Schlepptau der Finanzmärkte. Wie sich die Politik dem Diktat der Krisenverursacher unterwirft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1/2010, S. 65.

Nachhaltigkeitspolitik und Finanzierung der Energiewende

Nachhaltigkeit definiert sich zu einem wesentlichen Teil über Energiepolitik: Nur der vollständige Umstieg auf Erneuerbare Energien, die vollzogene Energiewende, ermöglicht Nachhaltige Entwicklung.

Zwar gibt es andere Politikfelder, auf die Nachhaltige Entwicklung angewiesen ist, etwa der Schutz von Biodiversität, Vermeidung der Ausbeutung weiterer als energetischer Ressourcen, der Schutz des Regenwaldes, Vermeidung des Anbaus gentechnisch veränderter Organismen sowie ein schonender Umgang mit Trinkwasser, um die Versorgung aller Menschen, auch bei wachsender Weltbevölkerung, zu gewährleisten, u.a. indem Wüstenbildung entgegengewirkt wird. Nachhaltigkeitspolitik umfasst auch soziale Dimensionen, womit Gerechtigkeit, Chancengleichheit und die Wahrung der Menschenwürde, etwa in Form von menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und fairem Lohn, aber auch Lebensumfelder angesprochen sind.

Die Frage der Energiegewinnung und des Umgangs mit herkömmlichen Energieträgern greift allerdings auch in diese Bereiche hinein: Der Anbau gentechnisch veränderter Organismen findet immer häufiger im Zusammenhang mit dem Anbau von Energiepflanzen statt, aus denen Treibstoff gewonnen wird. Hierfür werden Regenwälder ge-

rodet und den hier lebenden Menschen und Tieren der Lebens- und Wirtschaftsraum genommen. Die dabei eingesetzten Pestizide, gegen die die gentechnisch veränderten Pflanzen unempfindlich sind, verseuchen das Grundwasser. So auch im Zusammenhang mit der Gewinnung von Ölsand, den Kanada bereits auf einer Fläche, die der von England entspricht, abbaut. Die hierbei eingesetzten Chemikalien vergiften Landschaften, Flüsse und damit auch die hier beheimateten Menschen. Und auch der auf den fossilen Ressourcenverbrauch zurückzuführende Klimawandel determiniert nachhaltige Entwicklung.

Zwischen Ausweglosigkeit und Chance

Die Energiewirtschaft betreffend sind zwei parallel laufende Entwicklungen erkennbar: Die eine realisiert sich in dem fortschreitenden Verbrauch fossiler und atomarer energetischer Ressourcen. Deren Verknappung bewirkt, dass sich die hierbei geduldete Eingriffsqualität stetig verschärft: Verbleibende Ölvorkommen sind zunehmend nur mit Tiefseebohrungen zu gewinnen, unter Inkaufnahme hoher Verschmutzungsrisiken für das Meer, wie es etwa die Explosion von Deepwater Horizon, einer BP-Ölförderplattform, mit anschließend über Monate nicht zu stoppendem Rohölausfluss in den Golf von Mexiko im Jahr 2010 zeigte. Das Fracking, die Spre-

gung unterirdischer Gesteinsschichten unter Einsatz von Chemikalien zur Gewinnung von Erdgas mit der Folge von Grundwasserverschmutzungen, ist ein weiteres Beispiel. Der durch den Verbrauch fossiler Ressourcen einsetzende Klimawandel und Preissteigerungen, wie sie mit der Verknappung endlicher Ressourcen einhergehen, werden bereits vor deren Endlichkeit und insbesondere dann zu einem die Volkswirtschaften bedrohenden Phänomen, wenn Importenergie-Abhängigkeiten bestehen. Sowohl der Ölsandabbau, das Fracking als auch Rohöl-Tiefseebohrungen sind Zeichen dieser Entwicklung. Gesellschaften werden insbesondere dann Umwelt- und Gesundheitsgefährdungspotenzial entsprechender Primärenergiegewinnungsmaßnahmen vermehrt dulden, wenn ihre Energieabhängigkeit ihnen innerhalb einer energiewirtschaftlichen Systematik keine andere Wahl lässt. Während die Energieimportkosten für Rohöl für die Europäische Union im Jahr 2010 noch 280 Mrd. Dollar betragen, waren es im Jahr 2011 bereits über 400 Mrd. Euro. Es wird bis Ende 2012 in Deutschland mit einer Erhöhung der importabhängigen Energiepreise von 12% gerechnet.

Eine andere, parallel fortschreitende Entwicklung ist die Einführung Erneuerbarer Energien. Dass die Energiewende machbar ist, zeigt die Entwicklung in Deutschland binnen der letzten 20 Jahre: Angefangen mit dem Stromeinspeisungsgesetz und fortgesetzt mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das im Jahr 2000 in Kraft trat, wurden Rahmenbedingungen geschaffen, auf deren Grundlage sich ein revolutionä-

rer Ausbau Erneuerbarer Energien vollzog. Die Anreizfunktionen des Gesetzes – gesetzlich fixierte Vergütungssätze und eine Abnahmegarantie regenerativ gewonnenen Stroms, erzielte die Markteinführung Erneuerbarer-Energien-Technologien. Das Gesetz, an dem sich inzwischen ca. 45 Staaten weltweit orientieren, schuf und leistet auch heute noch Investitionssicherheit, um sowohl auf Seiten der Entwicklung, Herstellung als auch der Abnehmerseite den Bau regenerativer Energieanlagen kalkulierbar und damit für eine breite Akteursvielfalt umsetzbar werden zu lassen.

Sowohl zeitlich, umfänglich als auch entwicklungspezifisch wird der Ausbau regenerativer Energien seit jeher regelmäßig unterschätzt. So wurde mit dem EEG im Jahr 2000 das Ziel einer Verdopplung des Anteils Erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch von damals sechs Prozent auf zwölf Prozent im Jahr 2010 angestrebt. Im Jahr 2010 lag aber der Anteil regenerativer Energien am Stromverbrauch bereits bei gut 16 Prozent. Heute liegt er bei 20 Prozent. Vertreter der Solarbranche prognostizierten für die vergangenen Jahre, auch wegen zwischenzeitlich vorgenommener Vergütungskürzungen, nicht mehr als jährlich fünf GW Ausbau Photovoltaik. Sowohl das Jahr 2010 als auch das Jahr 2011 galten aber dann als Solarstrom-Rekordjahre mit 7,5 GW jährlich neu hinzugebauter Photovoltaik-Kapazität. Die Herstellungskosten der Solarmodule halbierten sich binnen der letzten drei Jahre, womit die Voraussetzungen für den Ausbau von Solarenergie heute andere als noch vor wenigen Jahren sind. Wenn die Bundesregie-

nung nun für das Jahr 2020 das heute als ehrgeizig bezeichnete Ziel von 35 Prozent Anteil regenerativer Energien Anteil am Bruttostromverbrauch verkündet, das wohlgerne aus der Zeit vor Fukushima und dem dann folgenden Atomausstiegsbeschluss stammt, ist es nicht unwahrscheinlich, dass der Anteil von 35% bis 2020 überschritten wird, es sei denn, die Politik setzt dieser Entwicklung Grenzen. Dies versuchen die Minister Rösler und Röttgen mit der letzten EEG-Änderung von Ende März 2012, für die der Bundesrat nun allerdings den Vermittlungsausschuss einschaltete. Allein mit der heute in Deutschland installierten Photovoltaik, die ca. 3,5 bis 4% des durchschnittlichen Bruttostromverbrauchs deckt, ließen sich an sonnenreichen Nachmittagen ca. 20 Atomkraftwerke ersetzen. Der Ausbau Erneuerbarer Energien erfolgt durch die Bürger und dezentral. Während 40% (2011) der geleisteten Investitionen von Bürger-Seite kam, beteiligten sich die vier großen Energiekonzerne zusammengenommen lediglich mit 6,5 Prozent. Im Zuge dieser Entwicklung entstanden bis heute (Juni 2012) ca. 385.000 Arbeitsplätze und zahlreiche Energiegenossenschaften. Kommunen und Stadtwerke entdecken den Ausbau Erneuerbarer Energien als ökonomische Chance, auch um ihre klammen Haushalte für Sozialleistungen und andere den sozialen Zusammenhalt stärkende Maßnahmen zu finanzieren. Die dabei entstehenden Arbeitsplätze sind mittelständisch geprägt und branchenübergreifend miteinander verwoben. Dies macht sie krisenfester gegenüber Global Players.

Intendierter Strukturwandel

Mit der Energiewende entsteht die Grundvoraussetzung, den fossil-atomaren Ressourcenverbrauch und damit auch die oben genannte Entwicklung zu stoppen. Ob mit der Einführung Erneuerbarer Energien zugleich bzw. beschleunigt auch die Ablösung fossil-atomarer Kapazitäten gelingt, hängt maßgeblich von den politisch fortzuentwickelnden Rahmenbedingungen ab. Eine kongruent zu dem Ausbau Erneuerbarer Energien erfolgende Ablösung fossil-atomarer Kapazitäten wird erst dann zu erwarten sein, wenn nicht fortwährend die natürliche ökonomische Überlegenheit regenerativer Energien gegenüber fossil-atomarer Energiegewinnung und deren Versorgungssystem nivelliert wird. Dies geschieht allerdings verbreitet durch Rahmensetzung, wie sie heute aufgrund von Haftungsobergrenzen (Atomenergie) und unterbleibende Einpreisung externer Effekte sowie Folgekosten bestehen, ganz zu schweigen von Milliarden-Subventionen, die im Laufe der vergangenen Jahrzehnte in die herkömmliche Energiewirtschaft flossen und die zu der bis heute fortwirkenden, auch systemischen Marktbeherrschung durch die fossil-atomare Energiewirtschaft führten. Weltweit gesehen trifft diese Entwicklung für nahezu alle Industrienationen zu. So erscheint bis heute regenerative Energiegewinnung vergleichsweise teuer, obwohl zunehmend insbesondere Solarstrom zu sonnenreichen Zeiten den Strompreis senkt und Strom aus fossil-atomaren Kraftwerken unrentabel werden lässt.

Die Ablösung fossil-atomarer Kapazitäten hängt aber auch von solchen

Rahmenbedingungen ab, die die bereits installierten und zukünftig zu installierenden Kapazitäten nutzbar werden lassen.

Aus deutscher Perspektive betrachtet hat bisher nur bedingt eine zum Ausbau regenerativer Energien verhältnismäßige Ablösung fossil-atomarer Kapazitäten stattgefunden, trotz des revolutionären Ausbaus regenerativer Energien. Der Ausbau Erneuerbarer Energien erfolgte zu einem großen Anteil als Zusatz zu dem fossil-atomaren Energieangebot, das Überkapazitäten aufweist und Energieexporte ermöglicht. Die Stilllegung der acht Atomkraftwerke als Folge von Fukushima reduzierte auch die Überkapazitäten.

Der Ausbau regenerativer Energien kann bis zu einem gewissen Umfang von dem bestehenden Netzsystem aufgenommen werden. Strommengen, die – insbesondere zu Spitzenzeiten, wenn der Wind vermehrt weht – von den Netzen aus Kapazitätsgründen nicht mehr aufgenommen werden können, mithin „abgeregelt“ werden, nehmen aber rasant zu. Entsprechende Kapazitäten bleiben ungenutzt bzw. gehen verloren. Die Gesellschaft hat hier zweifache Einbußen hinzunehmen: Einmal, indem die Ablösung fossil-atomarer Energien um das Maß der abgeregelteten Kapazitäten nicht vollzogen werden kann, mit all den hierdurch bedingten Folgewirkungen und ein weiteres Mal preislich, indem die ungenutzten Kapazitäten über die EEG-Umlage mitfinanziert werden: Die grundsätzlich richtige und für die Entwicklung der immer noch jungen Zukunftstechnologien wichtige Vergütungssatzgarantie wird zunehmend

missbraucht, um am Leitungsausbau zu sparen. In eine ähnliche Richtung bewegt sich das Solarstrom-Einspeisemanagement, das mit dem im Sommer 2011 verabschiedeten Energiepaket beschlossen wurde. Hiernach wird nur noch ein prozentualer Anteil (80 bis 90%) des Solarstroms von den Dächern nach dem EEG vergütet.

Die sich nun an die Nachhaltigkeitspolitik im Zuge der Energiewende stellende Herausforderung lautet somit, Netzintegration regenerativer Energie parallel zu deren Ausbau zu ermöglichen. Rahmenbedingungen, wie etwa die „Marktprämie“, die im Sommer 2011 als Teil des Energiepakets unter der Maßgabe von „Marktintegration“ verabschiedet wurde, oder auch die Netzentgeltbefreiung für nicht (in das überlastete) Netz eingespeiste Kilowattstunden, vermögen aber eben dies nicht zu leisten. Denn eine die Energiewende fördernde Marktintegration Erneuerbarer Energien verlangt nicht den Handel mit regenerativen Energie-Kapazitäten, sondern deren Nutzbarkeit, mithin Netzintegration. Die ist aber erst dann erreicht, wenn eine Anpassung der Netzinfrastruktur an die installierten und zu installierenden Kapazitäten stattfindet. Der Anteil des Eigenverbrauchs ist dabei dem Bedarf nach nicht geeignet, die Nutzung entsprechender Kapazitäten umfangreich zu gewährleisten.

Für deren Nutzbarkeit bedarf es eines Leitungsaubaus, der eben auf solche Kapazitäten zugeschnitten ist, die von den bestehenden Netzen zunehmend – zunächst zeitweise bzw. anteilig, später auch umfassender – nicht mehr aufgenommen werden können.

Die von der Bundesregierung für den Übertragungsnetzausbau eingeleiteten Maßnahmen leisten dies nicht, sondern unterstellen insbesondere wachsende Offshore-Kapazitäten, die sich aber bisher und wohl auch zukünftig nicht in dem vorgesehenen Umfang realisieren. Die Netzentgeldbefreiung vermittelt dabei noch eine weitere Fehlleitung: Sie gibt Anreize für Netzloslösung bzw. Autarkie. An deren Ende steht aber die Auflösung des „Solidarsystems Netz“, womit das Netz von immer weniger Stromkunden finanziert wird und für diese entsprechend teurer wird.

Darüber hinaus bedarf es nach dem Muster des EEG entsprechender Anreize zur Netzintegration, etwa in Form eines im EEG zu implementierenden Speicherbonus für phasenverschobene Einspeisungen bzw. zwischenzeitlich zu speichernde Kapazitäten. Ein Speicherbonus bietet Anreize für den Bau, die Weiterentwicklung und Anwendung bedarfsorientierter Speicher und Wechselrichter, die dezentral, am Ort der Energiegewinnung, phasenverschobene Einspeisung ermöglichen. Deren Anwendung hätte netzentlastende Wirkung; regenerative Kapazitäten könnten weitestgehend genutzt werden. Die zeitliche Streckung der Kapazitäten ist neben dem Ausbau regenerativer Kapazitäten als die Kernaufgabe der Energiewende anzusehen, da andernfalls mit Erneuerbaren Energien zwar eine potenzialgegebene aber nicht gleichermaßen angebotsbezogene Versorgungssicherheit erreichbar ist. Dies ist wiederum Voraussetzung für eine Ablösung fossiler atomarer Kapazitäten um das Maß ausgebauter regenerativer Energien.

Je mehr Erneuerbare Energien gewonnen werden, desto mehr steigt der Handlungsdruck für deren Nutzbarkeit. Daraus folgt, dass ein mengenbegrenzter Ausbau, wie er von der schwarz-gelben Bundesregierung über die hier teilweise genannten Maßnahmen eingeführt wird (die EEG-Änderungen vom März 2012 basieren auf einem Ausbau-Zielkorridor für Solarstrom, der von einer Halbierung des jährlichen Ausbaus gegenüber 2011 ausgeht), aber auch unter dem Titel der Harmonisierung von EU-Energiekommissar Oettinger als EU-weite Quotenregelung angekündigt wird, der falsche Weg ist. Quotenfestlegungen für Ausbauanreize nehmen den Handlungsdruck für eben solche Maßnahmen, die eine Netzintegration und umfangreiche Nutzbarkeit regenerativer Energien gewährleisten. Maßnahmen für einen reglementierten Ausbau hemmen den Systemwandel und damit die Energiewende.

Ist die Energiewende bezahlbar?

Selbst wenn bereits eine Gegenüberstellung der prognostizierten Preisentwicklung herkömmlicher Energien mit Erneuerbaren Energien zu keinem anderen Ergebnis als der – auch preislich bedingt – beschleunigt zu vollziehenden Energiewende führen kann, wird immer wieder deren Bezahlbarkeit angezweifelt. Dabei ist offenkundig ein energiewirtschaftliches Interesse solcher Akteure maßgeblich, die auf eine möglichst ausschöpfende Nutzung ihrer teilweise bereits abgeschriebenen fossilen und atomaren Kraftwerke setzen. Ein solches Interesse ist allseits bekannt. In welcher Gestalt es Einzeln in die Dis-

kussion um die Kosten der Energiewende erhält, bleibt im öffentlichen Diskurs hingegen häufig verborgen. So wird immer wieder insbesondere das EEG als Kostentreiber dargestellt. Es wird dabei auf die weiter steigende Umlage verwiesen, die insbesondere aufgrund des Solarstroms bald nicht mehr zumutbar sei. Verschwiegen wird dabei aber, dass 0,9 Cent der heute bei 3,6 Cent je kWh liegenden EEG-Umlage auf Umlagebefreiungen für energieintensive Unternehmen zurückzuführen sind, die unter der schwarz-gelben Bundesregierung massiv ausgeweitet wurden. Verschwiegen wird dabei auch, dass die Umlage Entwicklungskosten enthält, die sich zukünftig nicht fortsetzen werden. Das degressiv ausgestaltete Vergütungssystem ist somit keine Kostenfalle, sondern der Ausweg aus dem volkswirtschaftlichen Desaster, in den eine unterbleibende Energiewende unausweichlich führte.

Selbst wenn den Staaten die Einpreisung der genannten externen Effekte und Lenkungsmaßnahmen der beispielhaft skizzierten Art nicht in der gebotenen Eile gelingen sollte, werden sich Erneuerbare Energien-Technologien, insbesondere Photovoltaik und Windkraftanlagen, aufgrund der hier stetig sinkenden Herstellungskosten, früher oder später ökonomisch gegenüber fossiler und atomarer Energiegewinnung durchsetzen und entsprechende Technologien ablösen. Hierfür wird die sich von dem fossil-atomaren Energiepreisdiktat loslösende Gesellschaft sorgen.

Nachhaltigkeitspolitik obliegt allerdings die Verantwortung für eine Beschleunigung des Prozesses, auch damit dieser unter Wahrung von Bürgerbeteiligung und verfassungsgegebenen Werten gelingt.

Vom Arbeits-Flow zum „unternehmerischen Selbst“

Handlungsformen gegen eine despotische Politik

Wandel produziert Gewinner und Verlierer

Permanenter Wandel der Wirtschaftswelt ist einer der Konstanten in modernen Gesellschaften, aber natürlich auch in vormodernen oder archaischen Gesellschaften. Wäre dies nicht so, wären wir heute nicht in dieser Gesellschaft, in der wir leben. Wie der Wandel sich vollzieht, darüber haben sich unzählige Evolutionstheoretiker und Gesellschaftswandel-Spezialisten schon die Köpfe zerbrochen. Klar scheint aber zu sein, dass gesellschaftlicher Wandel sich immer zwischen Ruhe und Sturm bewegt. Und ebenso klar ist auch, dass gesellschaftlicher Wandel immer wieder Gewinner und Verlierer dieser Wandlungsprozesse produziert. (Vgl. Popp 1999b, 2001, 2009) Politik, die dagegen intervenierte, dass es quasi naturgesetzlich immer wieder zu Verlierer-Kohorten kam, nannte sich einstmals emanzipatorische Gesellschaftspolitik. Die Politik aus einer naturgeschichtlichen zwangsläufigen Entwicklung herauszunehmen, um Karl Marx' bekanntes Diktum von der bisherigen Geschichte als Naturgeschichte zu variieren, und gesellschaftlichen Wandel nicht mehr als Katastrophenrealität „hinter dem Rücken der Menschen“ sich vollziehen zu lassen, war immer der große Orientie-

rungspunkt emanzipatorischer Politik. (Vgl. Popp 1994). Wir kommen also nicht umhin, uns immer wieder dem Wandel stellen zu müssen. Gelegentlich überfordert uns das, denn Menschen scheinen nicht darauf „geeicht“ zu sein, beständigen Wandel auszuhalten. Ständige Reformprozesse sind auch ermüdend, lähmen geradezu. Aber gleichsam scheinen Menschen auch nicht darauf „geeicht“ zu sein, nur die Ruhe auszuhalten zu wollen. Irgendwann muss der Sturm kommen – in der Gesellschaft, in der Wirtschaft, im eigenen Leben. Immer dann, wenn diese Balance zwischen Ruhe und Sturm nicht stimmt, verpuffen Energie und Kreativität, Leistung und Resultat. Menschen sind also einmal von zuviel Sturm oder von zuviel Ruhe überfordert oder gelähmt. (Popp 1995) Gute Politik wird also darauf achten, die richtigen Zeitpunkte für Ruhe und Sturm zu finden. Wenn es nötig ist, wird es zu Veränderungen und Reformen kommen, und wenn es dann wiederum nötig ist, Ruhe und Stabilität im gesellschaftlichen und individuellen Leben wirken zu lassen, sollten hektische Veränderungsprozesse vermieden werden.

Flow in der Arbeitswelt

Immer wieder kommt heraus, dass es die „Wahlverwandtschaften“ (Max Weber) zwischen Ökonomie, Politik, Religion, Klima, geografische Besonderheiten, Technik und Medizin und wahrscheinlich noch sehr viel mehr Einflüsse sind, die diesen Wandel in den Wirtschaftsformen und in den Arbeitsformen vorantreiben. Das muss nicht immer ein Gewinn sein, aber dennoch können wir sagen, dass das moderne Leben in der Arbeitswelt einige Vorteile mit sich brachte. Ob die Menschen durch diese Vorteile *glücklicher* wurden ist eine andere Frage.¹ Die klassische Glücksforschung, wie sie in den bahnbrechenden Studien zum Glück in der Arbeits- und Lebenswelt von Csikszentmihaly (2010), Seligmann (2004) und Layard (2009) zuerst entwickelt und entfaltet wurde, hat zumindest für moderne Gesellschaften ausgemacht, dass es die tiefe Erfahrung von Flow ist, die Glück und Zufriedenheit in der Arbeitswelt ausmacht. Flow ist dabei die spürbare Erfahrung, dass man beispielsweise in der Arbeit aufgeht, die Zeit vergisst, tiefe Befriedigungs- und Gestaltungserfahrungen macht und der Arbeitsprozess fließend abläuft. Die Verteilung von Flow-Prozessen ist aber auch nicht statisch, d.h. es steht auch nicht fest, dass weniger qualifizierte Arbeitsprozesse auch weniger Flow aufweisen und höher qualifizierte Arbeitsprozesse automatisch einen höheren Flow aufweisen. Ganz banal hängt der Flow nämlich

1 Auf das vieldiskutierte Buch von Kate Pickett und Richard Wilkinson (2010) gehe ich hier nicht ein.

von mehreren Einflußfaktoren ab. Solche Faktoren wären:

- ob die Personen-Kompetenz mit den Arbeitsanforderungen zusammenpassen,
- inwieweit individueller Arbeitsspielraum gewährt wird oder aber auch, dass mehr anweisungsorientierende Arbeitsprozesse gewünscht sind,
- ob die „klimatischen“ Arbeitsbedingungen (Arbeitsklima, Wertschätzung durch Vorgesetzte und Unternehmensführung, infrastrukturelle Ausstattung des Arbeitsplatzes) positiv empfunden werden,
- ob die zunehmend in den Blickpunkt gerückte Life-Work-Balance gelebt werden kann,
- ob die Beschäftigten Garantien von Arbeitsplatz-Sicherheit für sich als längerfristige Lebensperspektive glaubwürdig finden,
- und nicht zuletzt die Wertschätzung durch einen angemessenen Lohn und zusätzliche Entgeltleistungen.

Andere Arbeitsprozesse – andere Politikangebote

Politisch sind diese sozialpsychologischen Flow-Prozesse deshalb von Bedeutung, weil sie natürlich auch unterschiedliche Politikentwürfe in Parteien und Gewerkschaften erfordern. Häufig stützt man sich ja nicht zu Unrecht auf negative Arbeitsbedingungen und auf daraus resultierende negative Arbeitserfahrungen: Die Verbesserung der Arbeitswelt, Lohn- und Gehaltsforderungen, Arbeitsplatzsicherheit und Beschäftigungsgarantien, Weiterbildungsmöglichkeiten oder flexible Arbeitszeitmodelle sind naturgemäß

die Hauptforderungen, die die Arbeitnehmer und deren gewerkschaftlichen Vertretungsorgane interessieren. Welche Politik aber macht man für Menschen, die überwiegend von positiven Arbeitserfahrungen geleitet sind, denen also Flow-Erfahrungen durchaus vertraut sind und die darauf bauen, dass sie – auch wenn sich die Verhältnisse nicht drastisch ändern sollten – weiterhin „positive“ Arbeitsplatz Erfahrungen erleben können. Vor vielen Jahren noch hat man diese Gruppe zumeist als die qualifizierten Facharbeiter-Aristokraten beschrieben und ihnen nur geringes Vertrauen entgegengebracht und wenig Möglichkeiten geboten, sich in ihrem Sinne für Arbeitsplatzpolitik zu engagieren². Mittlerweile wird aber auch den Arbeitnehmerflügeln in den Parteien und den Gewerkschaften klar, dass es verheerend wäre, nur eine „negative“ Arbeitsplatzpolitik zu betreiben und ganze Arbeiterschichten organisatorisch oder auch moralisch-abwertend „auszuschließen“; nur weil deren Flow-Erfahrungen nicht zu den immergleichen Kampfritualen passen. Natürlich bleibt es unabdingbar für „gute Arbeit“ und gegen schlechte Arbeitsbedingungen zu protestieren, auch zu streiken und außer- und innerbetriebliche Kämpfe zu organisieren. Wer aber eine mutige, engagierte und mit ihren neuen Kompetenzen auch selbstbewusste Arbeitnehmer- und Selbständigenklasse für sich gewinnen möchte, muss sich vor aufgeblasener Kampfrhetorik hüten,

2 Mit der Ausnahme der mächtigen Arbeiter-Aristokratien in der Automobil- und Chemieindustrie.

weil sie einfach nicht zu den neuen Arbeitserfahrungen passt. Natürlich betrifft das immer nur einen Teil der Arbeitnehmerschaft, aber in einer sich als „Wissengesellschaft“ verstehenden Industriegesellschaft wird der Anteil der Flow-Arbeitnehmer in den neuen (den sogenannten) „kreativen Berufen“ immer weiter zunehmen.³

Es ist also eine unumstrittene Tatsache, dass sich Arbeit beständig im Wandel befindet und dass dieser Wandel nachhaltig die Gesellschaftsstrukturen und Subjektstrukturen verändert. Der Mensch in der heutigen Arbeitswelt ist bestimmt ein anderer als vor hundertfünfzig Jahren, und er ist sicherlich auch ein anderer als der vor dreißig Jahren – wenngleich dies nicht für alle Arbeitenden gilt.

Permanenter Wandel in Beruf und Gesellschaft

Dass der Wandel die permanente sichere Konstante im Wirtschafts- und im Arbeitsleben ist, lässt sich an bestimmten Berufsentwicklungen anschaulich darstellen. Bestimmte traditionelle Berufe gibt es heute nicht mehr, oder sie

3 Welche Kriterien die „kreative Klasse“ an die Arbeits- und Freizeitbedingungen, an die Infrastruktur von lokalen Gemeinschaften und die „Versorgungsgüter“ für das Alltagsleben stellt und diese gleichsam verändert, zeigt in seiner klassischen Studie Richard Florida (2002 und 2011). Und vor der Debatte um den Fachkräftemangel werden die Einschätzungen der kreativen Klasse um die politisch-gesellschaftliche Kultur auch in Deutschland die Parteien verändern. Bisher glaubten immer noch viele (nicht alle) in den Parteien, sie können mit althergebrachten Politikangeboten die „kreative Klasse“ für sich gewinnen.

haben sich in ein Kunsthandwerk verwandelt. Dazu zählen zum Beispiel viele Buchbinder, die in der industriellen Buchproduktion (heutzutage vielleicht noch in großen Büchereien und Bibliotheken) so gut wie keine Rolle mehr spielen. Der Buchbinder ist ein Spezialistenhandwerk geworden, der hochwertige handwerkliche Leistungen erbringt. Andere Berufe – wie der „einfache“ Kfz-Handwerker – haben sich zu einem hochqualifizierten Mechatroniker entwickelt oder sind aus den neuen IT-Technologien – wie der Social Media Manager oder der Technische Dokumentar – ganz neu entstanden.

In seinem Buch „Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts“ behandelt der Wirtschaftshistoriker Jean Fourastié (1969) die großen Verschiebungen der Wirtschaftsentwicklung. Für ihn steht außer Frage, dass nach der Industriegesellschaft das Zeitalter der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft unaufhaltsam die dominante Wirtschaftsorientierung darstellt. Verbunden damit ist seine Aussicht auf das goldene Zeitalter des Wirtschaftslebens, das den Menschen steigenden Wohlstand und noch nie dagewesene soziale Sicherheit verspricht. Die Humanisierung der Arbeit wird allumfassend durchgesetzt und Vollbeschäftigung ist der Normalfall – so zumindest Fourastiés optimistische Einschätzung. Aber dieses Goldene Zeitalter sehen wir nicht in dieser Umfassendheit, wir sehen aber immer wieder kleine Leuchtinselfen, die uns ein Zeichen davon geben, dass es durchaus gesamtgesellschaftlich möglich wäre.

Der Strukturwandel der Arbeit und der Berufsbilder ist ohne die pa-

rallele Entwicklung einer Wissensgesellschaft nicht denkbar. Wenn Gesellschaften sich immer weiter entwickeln möchten, müssen sie neues Wissen entwickeln. Damit ist es aber nicht allein getan. Sie müssen dieses Wissen in den unterschiedlichen Bereichen des produktiven Lebens implementieren. Fortschreitende Gesellschaften müssen immer Wissensgesellschaften sein. Wissensgesellschaften sind immer auch Gesellschaften um das „bessere Wissen“ in den „besseren Produkten und Dienstleistungen“. Der Wissenswandel pendelt zwischen neuem Wissen, woraus sich die Gewinner der Modernisierungsveränderungen rekrutieren, und der Verlierer, die den Takt der Gesellschaft nicht mehr mithalten können und es aus unterschiedlichen Gründen versäumen, die objektiven Veränderungen nicht in subjektive Veränderungen umzuwandeln. *Moderne Gesellschaften sind immer zugleich Gewinner- und Verlierergesellschaften.* Und dort, wo Modernisierung besonders radikal vorangetrieben wird, wird auch die radikale Scheidung in Gewinner und Verlierer sich quasi „naturgesetzlich“ vollziehen. Es ist ein hoffnungslos optimistischer Glaube, dass Modernisierung keine „Verlierer“ produziert, und deshalb ist es politisch umso wichtiger solche gesellschaftliche Spaltungen anzuerkennen (und nicht als kurzfristige Übergangerscheinungen zu verdrängen), um darauf auch politische Interventionen zu entwickeln, die aus Verlierern keine lebenslangen Verlierer macht. Aus Verlierer-Perspektiven müssen Lebens-Perspektiven entwickelt werden, bzw. es müssen die unterschiedlichen

Gerüste dafür gebaut werden. Das wäre eine Politik, die sich an Gleichheit und Freiheit orientiert. Um auf diese Gerüste steigen zu können, dafür brauchen Menschen Freiheit und Anstöße.

Bestimmtes Wissen veraltet, neues Wissen entsteht

Die Europäische Union nimmt das Thema Wissensgesellschaft auf und formuliert den Bedeutungswandel der Arbeits- und Beschäftigungsformen, den die Einführung und Verbreiterung des Internets bewirkt hat und in Zukunft auch noch bewirken wird. Dazu heißt es in einem Papier der „Europäischen Kommission“, das sich mit dem „Weg zur europäischen Wissensgesellschaft“ auseinandersetzt: „Das Internet verändert die Welt, in der wir leben. Von seiner Bedeutung her ist dieser Wandel mit der industriellen Revolution im 18. Und 19. Jahrhundert vergleichbar. In den letzten beiden Jahrzehnten haben Informationstechnologien und Internet die Art verändert, wie Unternehmen arbeiten, wie Schüler und Studenten lernen, wie Wissenschaftler forschen und wie Behörden ihre Leistungen für den Bürger erbringen.“ (Zitiert nach Schmid 2008: 4) Dieser Weg ist unumkehrbar, inwiefern er immer begrüßenswert ist, ist eine politische Frage. Für die EU bedeutet dieser technologische Wandel, dass Europa und seine Wirtschaft im Rahmen der weltweiten Konkurrenz noch stärker zu einer „digitalen Wirtschaft“ umzubauen sind.

Aber auch von einer anderen Richtung wird der Strukturwandel der Arbeitswelt diskutiert und problematisiert. Denn es sind nicht nur die Pole

Technik und *Wirtschaft*, sondern auch die Pole *Arbeit* und *Beschäftigung*, die den Strukturwandel der Arbeitswelt vorantreiben.

Die Frage, die hier immer im Raume steht, ist die, ob unsere Gesellschaft immer eine Arbeitsgesellschaft sein muss. Dass sie es bis heute ist, steht außer Frage. Dass sie es heute aber nicht mehr in dieser Form ist, wie sie es bis in die 1980er Jahre war, kann heute aber ebenso wenig bestritten werden. So konnte rückblickend für diese Zeit noch formuliert werden: „Mit dem Begriff der Arbeitsgesellschaft werden die charakteristischen Merkmale zusammengefasst, welche die modernen Industriegesellschaften westlicher Prägung seit langer Zeit kennzeichnen: Im Mittelpunkt dieser Gesellschaften steht als konstitutives Element entfremdete Erwerbsarbeit, die von rund 90 Prozent der aktiven Bevölkerung zur Bestreitung des Lebensunterhaltes verrichtet wird.“ (Schmid 2010: 6)

Seit den 1980er Jahren wird diese Diagnose aber nicht mehr als für die gegenwärtige Gesellschaft angemessene Beschreibung akzeptiert. Vielmehr wird die Problematik diskutiert, welche Veränderungen sich unter dem Stichwort „konstitutives Element entfremdete(r) Erwerbsarbeit“ vollzogen haben und ob Erwerbsarbeit überhaupt noch als das grundlegende Signum für moderne Industriegesellschaften gedacht werden kann.

Der damit zusammenhängende Gedanke lautet, ob Vollbeschäftigung überhaupt noch erreichbar ist oder ob die inszenierte Politik einer Vollbeschäftigung nicht eher Schimäre und

„Verblendung“ ist, als dass sie von realistischen Erwartungen getragen werden kann.

Idee der Vollbeschäftigung

Mit der Idee der Vollbeschäftigung sind zwei Sichtweisen verbunden, die in der politischen Debatte nicht immer sauber und scharf getrennt werden.

Einmal wird Vollbeschäftigung als *normative Idee* formuliert, zum anderen wird Vollbeschäftigung als *beschreibende Wirklichkeit* akzentuiert. Im ersten Fall wird also ein Werturteil entwickelt, im zweiten Fall wird demnach eine deskriptive Aussage formuliert.

Hat Arbeit heute noch die grundlegende Kraft, Gesellschaften zu strukturieren und den Menschen Identitäten zu geben – anders gesagt: Stiften Arbeit Ordnung? Schmid (2010: 4) sieht die identitätsstiftende Kraft der Arbeit im Verschwinden, schon allein deswegen, weil Arbeit immer weniger wird. „Demnach verliere Arbeit als sozialstrukturprägende Kraft, welche die soziale Stellung, das Sozialprestige der Menschen bzw. deren Einkommens-, Teilhabe- und Lebenschancen bestimmt, an Bedeutung. Zudem gehe wegen der Verlagerung die Arbeit schlicht aus.“ Stehen wir also am Ende der Arbeitsgesellschaft und alle politischen Überlegungen zur Erreichung der Vollbeschäftigung bleiben bloße Schimären oder Phantasmen? Kann man heute, wenn man sich politisch redlich verhalten will und nicht einem naiven Vollbeschäftigungsgestus anhängt, überhaupt noch vom politischen Ziel der Vollbeschäftigung sprechen? (vgl. Promberger 2010 und Dietz/Stops/Walwei 2010)

Alle Aktivierungsbestrebungen in der Arbeitsmarktpolitik liegt eine „Radikalisierung des älteren Vollbeschäftigungsgedankens zugrunde. Denn das Ziel ist nunmehr (im fast wörtlichen Sinne) „Arbeit für alle“ (Schmid 2010: 4). Während diese Leitlinie früher vor allem für männliche Haupternährer zu gelten hatte, so wurde im Zuge der Emanzipationsbewegung auch für Frauen ein Normalarbeitsverhältnis als grundsätzliche Lebensmöglichkeit mit entworfen. Der Slogan „Arbeit für alle“ gilt denn auch für alle – unabhängig von ihrem Geschlecht oder ihrer ethnischen Herkunft.

Dahinter steckt die Idee von der Integration als Teilhabe. Integration hat aber auch ihr Janusgesicht.

Doppeldeutigkeit von Integration

Zum einen wollen Menschen gleich und gerecht behandelt werden, sie wollen ihre Teilhabe über die Integration in den Arbeitsprozess geltend machen und sich nicht durch irgendeine Diskriminierung ausschließen lassen. Eine gerechte Gesellschaft ist in diesem Sinne eine *integrative Gesellschaft*. Und eine integrative Gesellschaft duldet unterschiedliche Gemeinschaften in sich, solange sie nicht gegen die allgemein akzeptierten Aufklärungswerte verstoßen, sich nicht am mehrheitlich anerkannten zivilen Umgang im Alltagsleben orientieren wollen oder die die sozialstaatlich gewährten Leistungen ganz funktional als langfristige Ressourcenquelle ansehen. Parallelgesellschaften sind insofern nicht in ihrer Existenz ein Problem, sondern dann, wenn sie sich als Parallelgesellschaft verabsolutieren und nur ein „technisch-

strategisches“ Verhältnis zur Gesamtgesellschaft pflegen. (Also zum Beispiel, Pressefreiheit wird in Anspruch genommen für die eigene Propaganda, wird aber nicht als Wert an sich für eine gerechte Gesellschaft gesehen)

Zum anderen ist Integration aber auch eine *Zwangsveranstaltung*. Unter ideologiekritischen Aspekten betrachtet, zwingen Gesellschaften bzw. die für die Integration zuständigen Medien in Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit alle Menschen zu integrativem Verhalten. „Niemand soll zurückgelassen werden“ ist nicht nur ein menschenfreundlicher Satz, sondern auch eine unausgesprochene Drohung, sich bloß zu integrieren. Wer sich nicht integriert, wird nicht selten mit „Verboten“ bestraft. Der Kapitalismus ist ein großangelegtes Integrationsunternehmen, weil vor allem seine Profiteure wissen, dass Integration das beste Mittel ist, die unterschiedlichsten Menschen mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Kompetenzen für den kapitalistischen „Fortschritt“ arbeiten zu lassen.

Dabei zeigt sich schon, dass gerade die demografische Entwicklung in Gesellschaften wie Deutschland (und den meisten anderen westlichen Industriestaaten) es erforderlich macht, dass in Zukunft alle Bürger des Landes integriert sein müssen.⁴ Dabei ist zu kons-

4 Deutschland sieht einem radikalen demografischen Wandel entgegen und zählt weltweit zu den am schnellsten alternden Gesellschaften. Die Geburtenzahlen sinken beständig, und aus demografischer Sicht kann man froh sein, wenn die Geburtenzahlen auf dem aktuellen Stand bleiben. Auf lange Sicht ist aber ein weiteres Absinken der Geburtenzahlen

tatieren, dass sich die genuin politische Integrationsdebatte der vergangenen fünf Jahre erheblich verändert hat. Bei Integration geht es nicht mehr vorrangig um die Definition von Schichten, die nichts zum produktiven Wohlstand beitragen (wie dies ja der Ausgangspunkt von Sarrazins Thesen ist), sondern darum, dass möglichst viele Menschen zur Integration befähigt werden und dass darüber hinaus viele Menschen durch integrative Einwanderung gewonnen werden müssen. Wer die Debatte über Fachkräfteeinwanderung und -integration aus dem Jahr 2000 mit der von 2012 vergleicht, wird schnell feststellen, dass sich der Integrationsgestus grundlegend geändert hat – und zwar bei nahezu allen Parteien. Integration ist gewünscht, wird gefordert und nachdrücklich reklamiert. Und man möchte fast meinen: Wehe denjenigen, die sich nicht integrieren lassen wollen. Sie werden dann schnell feststellen, dass Integration eine Zwangsveranstaltung sein kann, die schon mit der frühkindlichen Erziehung anfängt und mit dem Konzept des „lebenslangen Lernens“ bis ins hohe Alter verlängert wird.

Ulrich Beck sieht hinter dem Wandel der Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnisse eine „Politische Ökonomie der Unsicherheit“ am Werk. Wesentliches Merkmal ist die umfassende Veränderung, wonach anstelle von Vollzeitstellen zunehmend Teilzeitstellen gesetzt werden. Das Normalarbeitsverhältnis (NAV) ist zwar immer noch das Zentrum der Arbeitsgesellschaft, aber für

zu erwarten. So in ihrer Einschätzung Fuchs/Dörfler (2005).

viele Erwerbstätige ist dieses Zentrum nicht mehr „erreichbar“. Das NAV erscheint vor allem den Leih- und Zeitarbeitern, den befristet Beschäftigten und Aushilfen eher eine Arbeitsverhältnis aus einer fernen Zone, in die einzudringen vielen Arbeitssuchenden und Beschäftigten überhaupt nicht mehr gelingt. Das NAV, das auf dem korporatistischen Ausgleich zwischen Gewerkschaften, Unternehmen und dem Staat (mit sozialpolitischen Regulierungen und Abstützungen) basiert, zerfasert in der Informations- und Wissensgesellschaft. Es umfasst die Spannbreite aller beruflichen Qualifikationen. Vom Umgelernten und einfach qualifizierten Arbeiter bis hin zu den Akademikergruppen mit höchsten Qualifikationen und Kompetenzen.⁵

Man muss nun nicht gleich – wie Ulrich Beck – die Arbeitsbedingungen der „Dritten Welt“ als paradigmatischen Entwicklungspfad für die Industriegesellschaften prophezeien. Diese von Beck als „Brasilianisierung“ bezeichnete Entwicklung meint aber zutreffend den „Einbruch des Prekären, Diskontinuierlichen, Flockigen und Informellen in die westlichen Bastionen der Vollbeschäftigungsgesellschaft. Damit breitet sich im Zentrum des Westens der sozialstrukturelle Flickenteppich aus, will sagen: die Vielfalt, Unübersichtlichkeit und Unsicherheit von Arbeits-, Biografie- und Lebensformen.“ (Beck 2007: 5)⁶ Wenn-

gleich Beck in seinem immer etwas geschleiftem Sprachstil hier eine Entwicklung etwas überzeichnet, richtig bleibt dennoch, dass Arbeitsgesellschaften immer auch Prekär-Gesellschaften sind, verschärfend immer auch Arbeitslosigkeits-Gesellschaften und sie in ihren Integrationsansprüchen den Menschen ein Verhaltensideal oktroyieren, das man als „unternehmerisches Selbst“ charakterisieren kann.

Humankapital und das unternehmerische Selbst

Das Konzept des unternehmerischen Selbst ist am umfassendsten von Ulrich Bröckling in seiner gleichnamigen weit ausgreifenden Studie entwickelt worden. (vgl. Bröckling 2007) Bröckling geht dabei schwerpunktmäßig zwei programmatische Wege. Zum einen rezipiert und organisiert er die (amerikanische) wirtschaftswissenschaftliche Literatur zum Humankapital⁷, zum anderen verfolgt er in der Management- und Arbeitskraftliteratur die Empfehlungen, die moderne Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose und Führungskräfte als subjektives Handlungs-, Denk- und Gefühlskonzept entwickeln sollen.

che Sackgassen führt: „Brasilianisierung“ für deutsche Metropolen vorherzusagen klingt gut, man sollte aber trotzdem immer noch den Armuts-Unterschied zwischen einer „Favela“ in Rio und einem deutschen Armutsstadtviertel nicht wegwischen.

5 Vgl. zum „neuen akademischen Prekariat“ die aktuelle Studie von Sander (2012)

6 Ulrich Beck pflegt einen tupfigen soziologischen Sprachstil, der häufig sehr erhellend ist, aber genauso häufig auch in metaphernrei-

7 Die Humankapitaltheorie gilt als radikal-konservative Apologeten-Theorie, die vor allem mit Namen wie den amerikanischen Nobelpreisträgern Gary S. Becker (1992) und Theodore W. Schultz (1979) verbunden ist.

Aus der Humankapitaltheorie (HKT) destilliert er eine der dort verfolgten wichtigsten Grundannahmen: *Leben ist Investment*. Und zwar rationales Investment in Bildung, Gesundheit, Kinder, Ehe und in alle anderen sozialen Bindungen. Bröckling folgert daraus: „Wenn das Leben zur ökonomischen Funktion wird, bedeutet Des-Investment Tod.“ (94; falls nicht anders angegeben, beziehen sich die Seitenzahlen auf Bröckling 2007) Die HKT beschreibt somit den Menschen nicht nur als ökonomischen *Tauschpartner*, sondern als „*Unternehmer* seiner selbst“. Eine der entscheidenden Weichenstellungen liegt dabei darin, dass die HKT nicht nur das Investment, sondern auch den Konsum als unternehmerische Aktivität entfaltet. Damit wird den Menschen eine hohe Bürde auferlegt. „Der Mensch der HKT ist vor allem ein Mensch, der sich unentwegt entscheidet“ (88). Wenn er nämlich seiner eigenen Investment-Konsum-Souveränität unterworfen bleibt, weiß er nicht, was er mehr fürchten soll – den grenzenlosen Selbstoptimierungsimperativ oder die Entscheidung, sich gegen diesen Selbst-Optimierungswahn zu wenden und damit sich auch selbst aufzugeben.

Der Mensch besitzt dabei immer etwas, und weil er etwas besitzt, muss er sich zu seinem Besitz entscheidend verhalten. Bei materiellen Gütern und der eigenen Arbeitskraft ist dies ziemlich plausibel. Wie verhalten wir uns zu Gütern, zu privaten oder öffentlichen oder natürlichen Gütern, wie verhalten wir uns zu unserer Arbeitskraft oder auch zur Arbeitskraft von anderen Menschen. Wie verhalten wir uns zu unse-

rer Gesundheit, zu unserer Ernährung, zu unserer Kleidung und zu unserem Wohnen. Ständig werden wir herausgefordert, sind Handelnde einerseits und Getriebene andererseits. Immer dort, wo wir unsere Handlungsmacht verspüren, verspüren wir auch den Flow, dort wo wir ohnmächtig sind, verspüren wir Resignation, Wut und Fatalismus. Wir sind nicht frei, sondern von den Alltagsdämonen und den Systemdespoten (hierauf wird im letzten Abschnitt nochmals eingegangen) beherrscht. Und selbst wenn wir nichts besitzen, so besitzen wir zumindest *Zeit* und unseren *Körper* (*Gesundheit/Krankheits-Gut*).

Das Verdienst der HKT ist es, scheinbar nicht-ökonomische Güter in das ökonomische Handlungsprogramm eingebracht zu haben, und es hat deshalb solche Güter eingebracht, weil die Menschen eben auch zu nicht-ökonomischen Gütern immer auch eine Nutzenabwägung vorgenommen haben. Es ist eben nicht nur der Arbeitsmarkt und der Gütermarkt wichtig, sondern auch der Heiratsmarkt, der Bildungsmarkt, der Kulturmarkt oder der Gesundheitsmarkt (vgl. Becker 1993 und Becker/Becker 1998) Für den Bereich der „ökonomischen“ Gesundheit führt Schultz (1986: 15f) aus: „Je länger jemand gesund ist, desto länger kann er arbeiten, konsumieren oder Freizeitbeschäftigungen nachgehen“. Von daher kann es nicht wundern, dass es eine wahre Welle von Lebensempfehlungen gibt, wie wir uns effizient zu unserem Selbst und zu unserem Körper zu verhalten haben. Empfehlungen, die gelegentlich schon an fundamentalistischer Gesinnungserziehung erinnern.

Die Herrschaft der Kompetenz

Gary S. Becker, von seinen Gegnern auch als „ökonomischer Imperialist“ bezeichnet, führt die Berechenbarkeit noch weiter: Kinder sind für ihn eine Quelle des „psychischen Einkommens oder der psychischen Befriedigung“, sie werden so als ein langlebiges Konsumgut betrachtet oder als ein Investitionsgut. (vgl. Bröckling 2007: 44) Eltern sind somit Unternehmer gegenüber ihren Kindern, sie versuchen das Beste für sie zu erreichen, und das Beste aus ihnen herauszuholen. Als ökonomischen Inhumanismus kann man diese Position von Becker betrachten. Was man aber zugehen muss, ist die Tatsache, dass nicht der Betrachter dieser Ökonomisierung die Berechenbarkeit in die Welt setzt, sondern dass es doch die systemischen Zusammenhänge sind, die auch die Eigenschaften von Kindern berechenbar machen. Die Menschen werden so in einem System, das den Ökonomismus als die größte Freiheit überhaupt feiert zu „Kompetenzmaschinen“. Was bedeutet das? „Als Unternehmer ihrer selbst sind die Individuen ‚Kompetenzmaschinen‘ (...) und diese Maschinen wollen umsichtig entwickelt, sorgsam gewartet und kontinuierlich auf die Marktanforderungen hin adjustiert werden.“ (317) Kommt der Begriff der Kompetenz zunächst als ein unschuldiges Merkmal daher, von dem wir zunächst ja richtigerweise glauben, dass wir irgendwelche Kompetenzen immer brauchen, zeigt sich nach und nach, dass die aufgehobene Kompetenz im „unternehmerischen Selbst“ zu einer zweiten Technik wird, die menschliche Eigenschaften in Maschinerie auflöst. Die Bedeutung des

Humankapitals als *Maschinerie* wird immer größer und nimmt einen immer größeren Anteil in der unternehmerischen Wertschöpfung ein. Gesellschaften, die kein Humankapital ausbilden, werden in der globalen Konkurrenz vielleicht nicht scheitern, aber zumindest nicht immer mithalten können.

Heutzutage werden wir ständig nach unseren Kompetenzen gefragt, die wir irgendwo immer einbringen sollen. Erst wenn wir die Kompetenzmaschinerie von ihren *ausschließlichen* ökonomischen Verwertungsvorgaben lösen, werden wir uns den ökonomischen Despotien entziehen können. Die HKT hat darauf hingewiesen, dass es in nahezu allen Lebenslagen und Sozialbeziehungen um Investment und Konsum geht, sie hat aber auch unfreiwillig die Augen dafür geöffnet, dass diese Ökonomik eine produzierte ist, die sich auch verändern lässt. Ohne Humankapital kein Profit, ohne Humankapital aber auch keine menschliche Möglichkeit ein zerstörerisches und ungerechtes Wirtschaftssystem zu verändern.

Flexibilität – Die Wirtschaft mag den Arbeitskraftunternehmer

Die Bedeutung des Humankapitals steigt in vielen Fällen, aber das Wissen verfällt auch schneller und zwingt die Menschen zur ständigen Weiterbildung. Das Institut der deutschen Wirtschaft (Köln) hat zusätzlich zur technologischen Entwicklung, Globalisierung und Tertiarisierung weitere „Megatrends“ identifiziert: Zum einen ist es die Pluralisierung und Individualisierung der Lebensentwürfe, die auf den steigenden Wohlstand, die Verkürzung der Arbeits-

zeit und das gestiegene Bildungsniveau zurückzuführen ist. Flexiblere Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit und Teilzeitarbeit gewinnen an Gewicht, was vor allem Frauen neue Berufschancen eröffnet. Allerdings macht es die hohe Dynamik der Arbeitsmärkte auch notwendig, für eine entsprechende Weiterbildung („Lebenslanges Lernen“) und die Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit (*employability*) zu sorgen. Und zuletzt verweist auch das „Institut“ auf die Notwendigkeit, dass sich der einzelne Arbeitnehmer als „Arbeitskraftunternehmer“ verhalten muss.

Flexiblere Beschäftigungsformen und der Zwang zum lebenslangen Lernen müssen von den Arbeitnehmern als Grundlage ihrer Beschäftigungsfähigkeit erkannt und immerzu erprobt und ausgeführt werden. Es ist die *Dynamik der Arbeitsmärkte*, die diese Neuorientierungen beständig erzwingt.

Moderne Arbeitsgesellschaften sind auch Arbeitslosigkeits-Gesellschaften. (Vgl. Popp 2008a; 2008b) Und parallel bewegen sich diese Gesellschaften darauf zu, immer mehr Menschen in den Arbeitsprozess einzubinden. Wenn die moderne Arbeitsgesellschaft dahin tendiert, immer mehr Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen in den Arbeitsprozess einzubinden, dann hat dies weitreichende Auswirkungen auf andere Sektoren der gesellschaftlichen Reproduktion. Und auch hier formuliert das Institut der deutschen Wirtschaft unmissverständlich: „Wenn immer mehr Menschen einer Erwerbsarbeit nachgehen, dann hat diese Professionalisierung der Gesellschaft weitreichende Konsequenzen. Es werden nicht nur mehr

Dienstleistungen wie Kinderbetreuung und Haushaltshilfe nachgefragt, der Service muss auch effizienter, besser und flexibler werden, damit die Menschen Berufs- und Privatleben miteinander vereinbaren können. Unflexible Arrangements wie starre Öffnungszeiten von Läden, Behörden und Betreuungseinrichtungen darf es künftig nicht mehr geben.“ (zitiert nach Schmid 2010: 6)

Wenn der Strukturwandel der Arbeit nicht nur Negativentwicklungen (und Negativszenarien) darstellen soll, müssen Gegenstrategien gegen diese Entwicklungen entworfen, formuliert und politisch durchgesetzt werden. Eine wichtige Strategie kommt dabei der Flexicurity zu. (Kronauer/Linne 2005) Mit Flexicurity sollen Branchen und Berufe abgesichert und gestützt werden und den arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen Brücken und Wege zu einer neuen Beschäftigung angeboten werden.

Dazu gehören

- Qualifizierung und moderne Personalpolitik; Möglichkeiten der Weiterbildung, ein durchlässiges und flexibles Bildungssystem mit adäquaten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten.
- Dazu gehören auch Mindestlöhne und Absicherung bei Zeit- und Leiharbeit.
- Menschen muss für ihre Arbeit auch Sinnstiftung ermöglicht werden. Erst durch gute Arbeit und faire Löhne gewinnen Menschen die Zeit und die Kraft den Strukturwandel der Arbeit zu ertragen und mitzugestalten und damit ein unschätzbares Potential für eine Volkswirtschaft

darzustellen. Die Anfang der 1980er Jahre begonnen Debatte um die „Humansierung der Arbeit“ war in vielen Bereichen schon weiter, als wir es heute sind. Man hat den Eindruck, dass die wichtigen Erkenntnisse dieser Debatte politisch vergessen und ins Abseits geschoben worden sind.

- Auch die EU verfolgt Arbeitsplatzqualität als ein hohes Ziel. Dazu gehören die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sozialer Dialog und Arbeitnehmerbeteiligung, Arbeitszufriedenheit, Gesundheit, Sicherheit am Arbeitsplatz sowie *diversity*: also keine Diskriminierungen, welcher Art auch immer, gegenüberArbeitnehmern.

Wer die zunehmende Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse und die immer tiefer schneidenden Exklusionsentwicklungen aufhalten möchte, muss sich fragen, wie eine alternative wohlfahrtsstaatliche Vollbeschäftigungspolitik aussehen kann. Wie Urban (2012: 10) ausgeführt hat, müssen dazu drei grundlegende Anforderungen erfüllt werden.

Auch wenn die gegenwärtige Arbeitslosigkeit auf den tiefsten Stand seit mehr als zwanzig Jahren gefallen ist, (Mai 2012: 2,8 Mill. Arbeitslose), bleibt die Frage, wie Arbeitsplätze geschaffen werden. „Erforderlich ist eine Ökologisierung und Sozialisierung der Erwerbsarbeit“. (10)⁸

Gegenwärtig dominiert ein verschwenderischer Umgang mit der Arbeitsfähigkeit der Menschen. Die Arbeitsintensität nimmt beständig zu. Daher müssen die gesundheitlichen Folgen bedacht werden und die Qualität der Arbeit und der Arbeitsplätze in die Tarifverhandlungen immer wieder neu eingebracht werden.

Mit der Diskussion um den Fachkräftebedarf wird deutlich, dass die Arbeitswelt „lebenswert“ gemacht werden muss. Ein zentraler Punkt sind hier die Wertschätzung der Qualifikation, die Erhöhung der Erwerbsquoten Älterer sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Dennoch sehen wir beim Problem der Arbeitslosigkeit immer noch neue Felder: Die Arbeitslosigkeit geht zurück, der Sockel der Langzeitarbeitslosigkeit bleibt aber nahezu unverändert. Das durchschnittliche Qualifikationsniveau der Menschen steigt, dennoch kann der Bedarf an qualifizierten Fachkräften nicht gedeckt werden. Vor diesem Hintergrund können wir uns folgende Entwicklungen vorstellen, auf die die Politik schon bald die richtigen Antworten gefunden haben muss.

Arbeitslosigkeit wird aufgrund der demografischen Entwicklung vermutlich weiter zurückgehen. Es ist also zum großen Teil die Demografie (und viel weniger die Politik), die Arbeitslosigkeit reduziert. Gleichermaßen stehen

8 2,855 Mill. Arbeitslose, stehen 28 Mill. sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gegenüber. Die Zahl der Unterbeschäftigten, also Arbeitslose mit Kurzarbeitern und Teilneh-

mer an Maßnahmen belief sich auf 3,863 Mill. Die Gesamtzahl der Beschäftigten lag im Mai 2012 bei 42 Mill. Vgl. Presseinfo 023 vom 31.05.2012 (unter www.arbeitsagentur.de)

wir vor dem riesigen Problem der Altersarmut: Gerade die Jahrgänge, die in den letzten zwanzig Jahren langzeitarbeitslos waren oder noch sind, die prekär beschäftigt waren, die nur geringe Einkommen hatten oder nur teilzeitbeschäftigt waren: Alle diese Menschen werden die neuen Armuts-Rentner. Diese Altersarmut wird nicht nur vereinzelt auf uns zukommen, sondern Millionen von Menschen umfassen, die dann von allen sonst hochgehaltenen Reden über „Teilhabe“ ausgeschlossen bleiben.

Bildung wird noch stärker das zentrale Thema bleiben und vor allem in Bezug auf Sozial-Integration immer wichtiger werden. Dabei geht es um eine Bildungslandschaft, die alle Qualifikations-Stufen umfasst. Natürlich geht es um Hochschulausbildung, aber auch um einfache qualifizierende Schulabschlüsse. Dass derzeit 20% aller Jugendlichen immer noch keinen Schulabschluss hinbekommen, ist ein Desaster. Aber genauso muss sich um die „mittleren Bildungsabschlüsse“ gekümmert werden. Gut 50% der Jugendlichen erhalten diese Bildungsabschlüsse und absolvieren eine qualifizierende Berufsausbildung. Manchmal hat man aber den Eindruck, dass die Jugendlichen dieser Bildungskohorte in der Politik nur dann beachtet werden, wenn es mal wieder zu wenig Lehrstellen gibt. Das soll im Grunde für die Bildungspolitik heißen, dass wir es uns nicht leisten können, Bildungspolitik nur in den „untersten“ und „obersten“ Spitzen zu betreiben, sondern dass Bildungspolitik alle Qualifikationsniveaus umfassen muss.

Subjektivität und Liberalismus

Das unternehmerische Selbst ist eines der paradigmatischen Sozial- und Verhaltensfiguren. Der Kapitalismus bleibt sozusagen nicht nur als System präsent, sondern transformiert sich in Subjektivierungsformen, die die Menschen quasi „anziehen“ sollen. Dabei kann man Anziehen durchaus in seiner Doppeldeutung nehmen: Einmal als Anziehen, dass man die Subjektivierung des unternehmerischen Selbst wie ein Kleidungsstück trägt und somit zur zweiten Haut (oder zur zweiten Natur) wird. Und „Anziehen“ wird für das unternehmerische Selbst auch in der Hinsicht gedacht, dass es anziehend im Sinne von attraktiv für Menschen ist. Für diese Variante verwandelt sich Subjektivierung in Engagement und Handlungsmacht. Insofern bleibt der Kapitalismus nicht nur ein abstraktes feindliches System. (Vgl. Popp 2009) Um Handlungsmacht zu erlangen, müssen wir im Kapitalismus selbst sozial und unternehmerisch (im Sinne unseres eigenen menschlichen Flows) denken und handeln. Der Kapitalismus sind auch wir als Individuen, die ihn nur verändern können, wenn er nicht als totes System angefeindet (und damit unwillentlich auch vergöttert) wird, sondern wenn wir die Dynamiken für gesellschaftliche Handlungsdimension nutzen.⁹ (Vgl. Popp 1999a) Die Menschen sind nicht nur „habenwollende, giergetriebene, süch-

9 „Der Kapitalismus sind auch wir“ (Ulrich Heyder) – auf die Sozialität und Verwobenheit zwischen System und Individuen hat besonders Ulrich Heyder (z.B. 2008; 2011) immer wieder hingewiesen.

tige und brauchende Wesen“ (Sloterdijk 2011: 58) die unerbittlich freie Bahn für ihre Mangelgefühle und für ihren Machthunger fordern. „Sie tragen auch die Möglichkeit mit sich zu sozialem, gebenwollendem, großzügigem und souveränem Verhalten. Sie handeln aus Freiheit gegen die Gemeinheit, sie sind in diesem Sinne liberal. Wenngleich das liberale Denken in unserer Zeit ziemlich weit entfernt ist vom Pol der menschlichen Möglichkeiten. In diesen Zeiten hat man „Liberalität und Freiheit so eng und so fatal mit der Besessenheit von Menschen durch den Gier-Streß in Verbindung gebracht.“ (Sloterdijk 2011: 58) Wenn man so will, darf man die Sache der Liberalität nicht den Liberalen überlassen. Und in diesem Sinne gibt uns Sloterdijk doch ein orientierendes Leitbild, wie wir uns der Realität gegenüber verhalten sollen, mit auf den Weg: „Die Sache des Realen und seiner Reform ist zu wichtig, als dass man sie Parteien überlassen könnte. So ist die Sorge um die kulturelle Tradition zu umfassend, als dass man sie bloß Konservativen anvertrauen dürfte. Die Frage nach der Bewahrung der Umwelt ist zu bedeutsam, als dass man sie nur ins Ressort der Grünen überweisen sollte. Die Suche nach sozialem Ausgleich ist zu anspruchsvoll, als dass man Sozialdemokraten und Linken die alleinige Verantwortung dafür übertragen könnte.“ In diesem Sinne können die wahren Liberalen (in der Tradition eines demokratischen Sozialismus) daran erinnern, dass Menschen Wege finden, um sich aus den kollektiv verfertigten Zwangs-konstruktionen zu lösen. Das Wort Liberalismus steht derzeit auf der „Galeere

der Habsucht“ (Sloterdijk 2011: 60). Es wäre daran zu arbeiten, dass es wieder zu einer Chiffre wird, die Menschen von allen kleinen und großen Despoten aller Art emanzipiert.

Literatur

- Beck, Ulrich (2007): *Schöne neue Arbeitswelt*. Vision Weltbürgergesellschaft, Frankfurt/Main.
- Becker, Gary S. (1993): *Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens*, 2. Aufl., Tübingen.
- /Becker, Guity Nashat (1998): *Die Ökonomik des Alltags*, Stuttgart.
- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt/Main.
- Csikszentmihaly, Mihaly (2010): *Flow: Das Geheimnis des Glücks*, 15. Aufl., Stuttgart.
- Dietz, Martin/Stops, Michael/Walwei, Ulrich (2010): *Vollbeschäftigung in Sicht? Zur Lage auf dem Arbeitsmarkt*, in: APuZ 14–15, S. 20–30.
- Florida, Richard (2002): *The rise of the creative class and how it's transforming work, leisure, community and everyday life*, New York.
- (2011): *Wie wir anders leben, arbeiten und eine neue Ära des Wohlstands begründen werden*, Frankfurt/Main.
- Fuchs, Johann/Katrin Dörfler, Katrin (2005): *Projektion des Arbeitsangebots bis 2050. Demografische Effekte sind nicht mehr zu bremsen*, IAB Kurzbericht 11, Nürnberg.
- Fourastie, Jean (1969): *Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts*, Köln.
- Heyder, Ulrich (2010): *Wirtschaftsethik und soziale Marktreform angesichts der*

- Finanzkrise, in: *perspektiven ds*, 27 (Heft 2), S. 124–141.
- (2008): Soziale Modernisierung am Beispiel der aktuellen Finanzkrise, in: *perspektiven ds*, 25 (Heft 2), S.25–47.
- Kronauer, Martin/Linne Gudrun (2005): *Flexicurity: Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität*, Berlin.
- Layard, Richard (2009): *Die glückliche Gesellschaft. Was wir aus der Glücksforschung lernen können*, Frankfurt/Main.
- Pickett, Kate/Wilkinson, Richard (2010): *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, Frankfurt/Main.
- Popp, Roland (2009): Hartz IV als (Nicht-)Wahlfaktor für die SPD, in: *perspektiven ds*, 26 (Heft 2), S. 25–33.
- (2008a): Achterbahn und Eiskanal. Looperlebnisse im Renditesystem, Loopings in der Politik und die Unsinnlichkeit der Krise, in: *perspektiven ds*, 25 (Heft 2), S. 91–104.
 - (2008b): Gründungsmythos 68 – Vom Ausbruchsgestus zum Einschließungsgestus, in: *perspektiven ds*, 25 (Heft 1), S. 73–90.
 - (2001): Natur, Mensch und Politik in der Kritischen Theorie, in: *perspektiven ds*, 18 (Heft 1), S. 86–95.
 - (1999a): Konfliktlinien in der Zivilgesellschaft, in: *perspektiven ds*, 16 (Heft 2), S. 13–17.
 - (1999b): Die Sehnsucht nach Versöhnung und Solidarität. Gesellschaftliche Emanzipation und politischer Infantilismus in der Politischen Philosophie, in: Klaus-Peter Hufer/Birgit Wellie, *Sozialwissenschaftliche und bildungstheoretische Reflexionen*, Berlin, S.59–75.
 - (1995): Wo Ich war, soll Wir werden. Die politische Bilderwelt im Kommunismus, in: *perspektiven ds*, 12 (Heft 1), S. 53–59.
 - (1994): Politisches Lernen zwischen Katastrophenangst und Katastrophensucht, in: Bernhard Claußen (Hg.): *Vernachlässigte Themen der Politischen Wissenschaft und der Politischen Bildung*, Hamburg, S. 169–184.
- Promberger, Markus (2010): *Mythos der Vollbeschäftigung und Arbeitsmarkt der Zukunft*, in: *APuZ* 14–15/2010, S. 30–38.
- Seligmann, Martin (2011): *Der Glücksfaktor. Warum Optimisten länger leben*, Köln (am. 2002).
- Sander, Nadine (2012): *Das akademische Prekariat*, Konstanz.
- Schmid, Josef (2010): *Wer soll in Zukunft arbeiten? Zum Strukturwandel der Arbeitswelt*, in: *APuZ* 48/2010, S. 3–9.
- Schultz, Theodore W. (1986): *In Menschen investieren. Die Ökonomik der Bevölkerungsqualität*, Tübingen.
- Urban, Hans-Jürgen (2010): *Gute Arbeit: Leitbild zeitgemäßer Vollbeschäftigungspolitik*, in: *APuZ* 14–15/2010, S. 8–12.

Finanztransaktionssteuer – Es ist an der Zeit

Was im Jahr 2008 als weltweite Finanzkrise begann und sich zur Wirtschaftskrise entwickelte, erlebt – zumindest in Europa – seinen vorläufigen Höhepunkt in der Destabilisierung der Staatsfinanzierungen. Ihre Ursachen liegen in weltweit liberalisierter Regulierung und Aufsicht als Ergebnis einer marktradikalen Ideologie, bei der es nur um die Maximierung von Profit, Kapitalrenditen und höchstmögliche Boni ging und die die ursprüngliche dienende Funktion von Finanzmärkten und deren Funktion für das Gemeinwohl vollständig ignorierte. Die Basis bildet eine riesige Geldmenge, die auch Ergebnis der Umverteilung zugunsten der Unternehmensgewinne und zulasten der Arbeitseinkommen ist. Zwischen den Jahren 1990 und 2010 hat sich das Volumen der globalen Finanzmarktgeschäfte vom Siebenfachen auf das 26-fache des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufgebläht. Tendenz: weiter steigend. Gleichzeitig wuchs die Größe und Vernetzung der Akteure untereinander.

Infolge der Krise stieg die öffentliche Verschuldung in den EU-Staaten von weniger als 60 Prozent des BIP im Jahr 2007 auf 80 Prozent in den darauffolgenden Jahren an. Der Finanzsektor erhielt erhebliche finanzielle Unterstützung vonseiten der Regierungen. So wendeten die EU-Mitgliedstaaten 4,6 Billionen Euro zur Rettung des Finanzsektors auf. Zusätzlich profitiert der Fi-

nanzsektor in den vergangenen Jahren von niedrigen Steuern. Er kommt aufgrund der Mehrwertsteuerbefreiung auf Finanzdienstleistungen jährlich in den Genuss von Steuervorteilen in Höhe von ca. 18 Milliarden Euro. Diese regulatorischen Bevorteilungen des Finanzsektors belasten zunehmend auch das realwirtschaftliche Wachstum. Europa steht am Scheideweg: Schafft es die Politik, der Spekulation gegen die Krisenländer Einhalt zu gebieten und den europäischen Staaten wieder eine echte Wachstumsperspektive zu geben?

Ein Instrument, das in diesem Zusammenhang immer wieder diskutiert wird, ist die Finanztransaktionssteuer. Sie ist – ähnlich wie die deutsche Mehrwertsteuer¹ – eine Verkehrssteuer auf alle Finanztransaktionen. Mit ihr werden alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen, d.h. jeder Kauf oder Verkauf von Aktien, Devisen, Derivaten, Wertpapieren, Anleihen und anderen Finanzprodukten, besteuert. Sie schlägt damit zwei Fliegen mit einer Klappe:

Einerseits verteuert sie die Spekulation. Im Bereich des Hochfrequenzhandels schieben sich auf Algorithmen

1 Exakter ausgedrückt entspricht die Finanztransaktionssteuer der Grunderwerbssteuer, die auch auf jeden Handelsvorgang und nicht – infolge des Vorsteuerabzugs bei der Mehrwertsteuer – nur auf die Wertschöpfung anfällt.

Anwendungsbereich	Produkt			
	Aktien	Anleihen	Derivate	Wechselkursgeschäfte
national	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stamp Duty UK ▪ Franz. Modell ▪ Börsenumsatzsteuer 			
international	Finanztransaktionssteuer			Tobin Steuer

Abb. 1 (Quelle: Eigene Darstellung)

basierende, extrem schnelle Hochleistungscomputer tausendfach Wertpapiere in Nanosekunden um. Allein die Menge der Transaktionen generiert den Gewinn. Schlägt die Steuer aber bei jedem einzelnen Geschäft neu zu Buche, wird das die Gewinne der Trader empfindlich schmälern und die Geschäfte damit unattraktiver machen.

Andererseits hat sie auch eine erhebliche fiskalische Wirkung. Eine Finanztransaktionssteuer würde helfen, einen Teil der Kosten dort wieder hereinzuholen, wo die Spekulation die schlimmsten Blüten trieb. Studien belegen allein für Deutschland ein mögliches jährliches Aufkommen in Höhe von bis zu 20 Milliarden Euro.²

2 Schulmeister, Stephan (2009): Die Finanztransaktionssteuer – Konzept, Begründung,

Die Diskussion um die Besteuerung von Finanztransaktionen ist nicht neu. James Tobin hat schon vor Jahrzehnten eine Steuer auf Devisentransaktionen vorgeschlagen. Einige Staaten haben schon lange ähnliche Steuern. So erhebt Großbritannien seit dem Jahr 1694 eine Steuer auf Wertpapiergeschäfte.³

Nach dem britischen Modell werden Transaktionen weltweit besteuert, wenn die Anteilsrechte (insbesondere

Effekte. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung.

3 Genauer gesagt existieren in Großbritannien zwei Abgaben im Zusammenhang mit Finanztransaktionen: Die stamp duty (für die Übertragung von Eigentum an Wertpapieren mittels Papervordruck) und die stamp duty reserve tax, mit der seit dem Jahr 1986 die Lücke bei papierlosen Transaktionen geschlossen wurde.

Aktien) sich auf Unternehmen mit Sitz in Großbritannien beziehen (bzw. die Anteilsrechte an einem ausländischen Unternehmen in Großbritannien registriert sind). Die Steuerschuld entsteht bei Vertragsschluss. Die *stamp duty* hat aber auch eine Reihe von Ausnahmen: So sind die Erstausgabe von Finanzinstrumenten (sog. Primäremissionen), britische Staatspapiere und Übertragungen von Anteilen durch Schenkung, Erbschaft, Hochzeit und Scheidung von der Steuer ausgenommen. Auch der gesamte Derivatemarkt ist von der Steuer ausgenommen. Die *stamp duty* liefert bis heute stabile Einnahmen in Milliardenhöhe.

Auch in Deutschland wurde bis in das Jahr 1991 eine Börsenumsatzsteuer erhoben, deren Aufkommen dem Bund zustand. Die Steuer wurde je nach Wertpapierart mit 0,1 Prozent für öffentliche Anleihen und 2,5 Prozent vom Kurswert für andere festverzinsliche Papiere und für Aktien berechnet. Das Aufkommen der Börsenumsatzsteuer betrug 1990 (umgerechnet) 422,3 Mio. Euro. 1991 wurde die Steuer durch das erste Finanzmarktförderungsgesetz in Deutschland abgeschafft.

In der rot-grünen Regierungszeit Anfang des Jahrtausends gab es Bemühungen⁴ zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die aber an dem deregulativen Zeitgeist scheiterten. Aktualität gewann das Konzept in Deutschland wieder in der Finanzkrise. Nach ersten Thematisierungen im

Bundestagswahlkampf 2009 entstanden parlamentarische Initiativen im Deutschen Bundestag,⁵ die die Debatte im Zusammenspiel mit gesellschaftlichen Initiativen⁶ maßgeblich bestimmten.

Neue Dynamik erhält die Diskussion nun durch einen Richtlinienvorschlag der EU-Kommission über ein gemeinsames Finanztransaktionssteuersystem in der EU vom September 2011.⁷ Die Steuer würde auf alle zwischen Finanzinstituten durchgeführten Transaktionen mit Finanzinstrumenten erhoben werden, sofern mindestens eine Transaktionspartei in der EU ansässig ist. Der Handel mit Anteilen und Anleihen soll danach mit einem Steuersatz von 0,1 Prozent und Derivatkontrakte mit einem Steuersatz von 0,01 Prozent besteuert werden. Die EU-Kommission rechnet in ihrem Vorschlag mit EU-weiten Einnahmen in Höhe von 57 Milliarden Euro.

Auch in Frankreich wird seit kurzem ein neues Modell diskutiert, das im Februar in die französische Nationalversammlung eingebracht wurde: Demnach soll der Aktienhandel mit Papieren französischer Unternehmen mit einer

4 http://www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Bildgalerie/Kampagnen-Seite/Unterstützung_Wissenschaft/02_BMZ_Spahn_Studie_Wiss._Beirat.pdf.

5 Siehe Anträge der SPD-Bundestagsfraktion auf Bundestags-Drs. 17/527 und 17/6086, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Bundestags-Drs. 17/1422, sowie Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Bundestags-Drs. 17/518.

6 <https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=peticion;sa=details;petition=8236>.

7 Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über das gemeinsame Finanztransaktionssteuersystem und zur Änderung der Richtlinie 2008/7/EG/KOM (2011) 594 endgültig.

Börsenkapitalisierung ab einer Milliarde Euro mit einem Steuersatz von 0,1 Prozent besteuert werden. Die Steuer wäre allein vom Käufer zu entrichten. Außerdem sollen Transaktionen im algorithmengestützten Hochfrequenzhandel, die auf Kursmanipulationen zielen, der Steuer unterfallen. Schließlich wird der Handel mit Kreditausfallversicherungen (CDS) auf Staatsanleihen eine Steuer von 0,01 Prozent erhoben. Der französische Staat verspricht sich daraus Einnahmen in Höhe von einer Milliarde Euro jährlich.

Nur weltweit realisierbar?

Ist die Einführung der Finanztransaktionssteuer im EU- oder gar im Euroraum angesichts globalisierter Finanzmärkte sinnvoll? Von ihren Gegnern wird gebetsmühlenartig ihre internationale – zumindest aber europaweite – Einführung gefordert, um Wettbewerbsverzerrungen bzw. Abwanderungsbewegungen zu vermeiden. Doch dieses Argument ist vorgeschoben, denn allzu leicht wird das Ansinnen dahinter klar. Auf der Ebene der G-20 wird sich auf absehbare Zeit kein Fortschritt in Sachen Finanztransaktionssteuer erzielen lassen. Die USA und andere haben ihre Ablehnung bereits erklärt, sodass es zeitnah kaum zu Ergebnissen kommen wird.

Als klassisches Beispiel für eine gescheiterte Einführung unterhalb der globalen Ebene wird Schweden angeführt. Das Land führte 1985 eine Börsenumsatzsteuer ein. Binnen kürzester Zeit ging dort der Handel mit Anleihen um 85 Prozent zurück, das Handelsvolumen von Futures und Optionen sank gar um 98 Prozent. Droht das gleiche

Ausmaß an Abwanderungen bei einer kontinentaleuropäischen Lösung ohne Großbritannien?

Die EU-Kommission hat in ihrem Richtlinienvorschlag ein Konzept vorgelegt, das das Prädikat „intelligent“ verdient: Danach wird jede Transaktion besteuert, bei der entweder der Käufer oder der Verkäufer aus dem Geltungsbereich der Richtlinie kommt. Der entscheidende Unterschied zwischen dem Kommissionsvorschlag und dem (gescheiterten) schwedischen Modell ist, dass die Steuerpflicht in Schweden vom Ort der Transaktion abhing und nicht vom Sitz dessen, der Anteile transferiert. Sollte die Steuer nach dem Kommissionsmodell eingeführt werden, ist ihre Umgehung also nur möglich, wenn beide Vertragsparteien den Geltungsbereich des Gesetzes verlassen. Finanzunternehmer müssten also zukünftig ganz auf ihre europäischen Kunden verzichten, wenn sie die Steuer umgehen wollen. Würde also die Steuer in der EU oder im Euroraum eingeführt, müsste beispielsweise die *Deutsche Bank* ihren Sitz hieraus verlegen, will sie der Steuerpflicht entgehen. Das ist wohl eher unwahrscheinlich; zumal die Steuer gering ist.

Andererseits ist das Argument zwingend weltweit einheitlicher Regulierung auch wissenschaftlich durchaus angreifbar: Denn gerade die letzten Jahrzehnte war der Kurs der Finanzpolitik, weltweit einheitliche Standards durchzusetzen. Das „level playing field“ war das Zauberwort für jegliche Art von (De)-Regulierung. Ihr prominentester Vertreter, das Basel-II-Regime (wie auch sein geplanter Nachfolger Basel III) mit erhöhten Eigenkapitalanforderungen für

Banken haben aber gerade nicht zur Verhinderung der Finanzkrise geführt. Studien kommen gar zu dem Ergebnis, dass die Krise durch die erzwungene Vereinheitlichung der Strategie vieler Akteure sogar verschärft wurde. Plastisch beschreibt das der Titel einer Abhandlung der britischen „Warwick Commission on International Financial Reform“ aus dem Jahr 2009: „*In praise of the unlevel playing field*“.

Offene Flanken hat der Richtlinienentwurf in diesem Zusammenhang dennoch: Bis jetzt sind die ausländischen Tochterunternehmen der europäischen Finanzakteure noch nicht erfasst. Außerdem birgt der Fokus auf Finanzinstitutionen die Gefahr, dass diese sich als „Nicht“-Finanzinstitute gerieren, nur um so der Steuer zu entgehen. Auch stellt sich die Frage, ob nicht auch Transaktionen besteuert werden sollten, bei denen beide Akteure außerhalb des Geltungsbereiches ansässig sind, das Wertpapier selbst aber seinen Ursprung im Geltungsbereich der Steuer hat; also wenn beispielsweise ein Händler in Singapur einem Händler in New York eine Mercedes-Aktie verkauft. Nach dem sogenannten „Ausgabeprinzip“ (die Mercedes-Aktie wurde im Geltungsbereich der Steuer ausgegeben), könnte auch diese Transaktion der Steuer unterliegen. Wünschenswert wäre damit eine „A plus A-Lösung“ (Ansässigkeits- plus Ausgabeprinzip), um die Umgehungsmöglichkeiten zu minimieren. Schließlich wäre zu überlegen, ob – nach Vorbild der *stamp duty* – die Transaktion ihre rechtliche Gültigkeit („den Stempel“) erst mit Zahlung der Steuer erhalten soll.

Unterschiedliche Steuersätze – does one size fit all?

Der Richtlinienvorschlag legt Mindeststeuersätze fest, die den Mitgliedstaaten Spielräume für höhere Steuersätze lassen. Dabei sollen Finanztransaktionen nicht unter 0,1 Prozent des Bruttowertes der Transaktion besteuert werden. Bei Derivaten liegt der Steuersatz bei 0,01 Prozent. Diese Sätze sind zudem von Käufer und Verkäufer zu zahlen. Hat ein Vertragspartner schließlich seinen Sitz außerhalb des Geltungsbereiches der Richtlinie, haftet der andere Vertragspartner für den gesamten Steuerbetrag.

Bei Derivaten ist der Nominalbetrag zum Zeitpunkt der Transaktion entscheidend, d.h. Bemessungsgrundlage der Steuer ist nicht der Kaufpreis eines Derivats, sondern das gesamte dem Derivat zugrunde liegende Transaktionsvolumen. Ein Beispiel: Eine Bank kauft bei einem Preis für ein Barrel Öl von 100 Euro eine Option, Öl in sechs Monaten für 120 Euro kaufen zu können. Diese Option kostet die Bank 15 Euro. Nach den Vorschlägen der EU wäre die Bemessungsgrundlage der Nominalwert der Option, in diesem Fall also 120 Euro.

Die Begründung der EU-Kommission für eine Besteuerung der Derivate mit ihrem Nominalwert überzeugt auf den ersten Blick. Tatsächlich verhindert der Nominalwert eine kreative Ausgestaltung des Derivatkontrakts, da es zum Beispiel keinen steuerlichen Anreiz dafür geben würde, einen Kontrakt nur auf Preis- und Wertdifferenzen einzugehen. Außerdem wäre damit eine Besteuerung zum Zeitpunkt des Abschlusses des Derivatgeschäftes möglich und nicht, wenn der Kontrakt

– oftmals erst nach langer Zeit – fällig ist. Nur: Oftmals beruhen Nominalbeträge von Derivaten nicht auf Eurowerten, sondern auf einem Index, beispielsweise dem DAX. Wie soll hier der Wert festgesetzt werden? Derivate sind auch oftmals in anderen Finanzinstrumenten wie Wandelanleihen oder Indexoptionen enthalten. Hier wird eine Abgrenzung mit Auswirkungen auf den Steuersatz mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein. Unterschiedlich hohe Steuersätze bergen schließlich auch das Risiko des Missbrauchs. Die bessere Lösung ist daher ein einheitlicher Steuersatz auf alle Transaktionen von mindestens 0,05 Prozent.

Schließlich wird die Frage nicht beantwortet, warum Derivate nur mit einem ein Zehntel hohen Steuersatz (0,01 Prozent) im Vergleich zu anderen Transaktionen (0,1 Prozent) belegt werden sollen. Die Kommission begründet dies mit Hebelwerten bei Derivaten, für die sie typische Berechnungen angestellt habe. Auch dieser Begründung wird man noch einmal vertieft nachgehen müssen.

Ausnahmen von der Steuer

Die EU-Kommission nimmt in ihrem Vorschlag Transaktionen auf sogenannten Primärmärkten – also die Ausgabe von Wertpapieren – von der Steuer aus. Emittiert also ein Unternehmen Anleihen, würde dafür keine Steuer anfallen. Der Gedanke, die Realwirtschaft von der Steuer auszunehmen, überzeugt. In diesem Zusammenhang wird die Finanztransaktionssteuer immer wieder von Kritikern als „Wachstumsbremse“ und wirtschaftsschädlich be-

zeichnet. Mit dieser Frage hat sich auch die Europäische Kommission auseinandergesetzt. Ihr Fazit: Die langfristigen negativen Auswirkungen einer Finanztransaktionssteuer auf das BIP der europäischen Gemeinschaft sind „vernachlässigbar gering“ – nach jüngsten Berechnungen Brüssels ist allenfalls ein Rückgang deutlich unter der Ein-Prozent-Marke zu erwarten.⁸ Die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer sind nach Auffassung der EU-Kommission im Gegenteil dafür geeignet, die Wirtschaft zu beleben, wenn sie beispielsweise in die Infrastruktur eines Landes investiert werden.

Überdies sind im EU-Vorschlag auch die Kapitalbeschaffung öffentlicher Haushalte und Währungstransaktionen von der Steuer ausgenommen. Gerade die Ausnahme für Währungstransaktionen lässt aufhorchen, denn die Tobinsteuer – das ursprüngliche Modell der Besteuerung von Finanztransaktionen – war nur auf Währungsgeschäfte ausgelegt.

Die EU-Kommission sieht in einer Steuer auf Devisentransaktionen eine Einschränkung der in den europäischen Verträgen niedergeschriebenen Grundfreiheit der Kapitalverkehrsfreiheit im einsamen europäischen Markt. Hier nach sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, Behinderungen im grenzüberschreitenden Kapital- und Zahlungsverkehr

8 Ludwig, Thomas (2012): Transaktionssteuer weniger schädlich als angenommen. In: Handelsblatt (22.1.2012); <http://www.handelsblatt.com/politik/international/steuerkommissar-semeter-transaktionssteuer-weniger-schaedlich-als-angenommen/6096288.html>.

abzubauen, soweit dies für das Funktionalisieren des gemeinsamen Marktes erforderlich ist.

Diese Ausnahme von Devisentransaktionen ist als überzogen zu bezeichnen. Die Einschränkung der europäischen Kapitalverkehrsfreiheit lässt sich – so sie durch Besteuerung überhaupt entsteht – aufgrund des Allgemeinwohls in Form der Stabilisierung der Finanzmärkte durch Verringerung von spekulativem Handeln gut begründen. Das haben Gutachten ausreichend belegt. Sogar die Vereinbarkeit mit dem WTO-Recht ist hinreichend begründet. Denn da das WTO-Recht keinen freien Kapitalverkehr kennt, sondern nur zur Nichtdiskriminierung und zur Liberalisierung durch Marktöffnung verpflichtet, wird eine Öffnung von Märkten durch eine Finanztransaktionssteuer nicht verhindert.⁹

Soll die Finanztransaktionssteuer eine möglichst breite Bemessungsgrundlage haben, können auch Kleinanleger von ihr betroffen sein. Der EU-Richtlinienvorschlag sieht für diesen Fall eine Reihe von Ausnahmen vor: Transaktionen wie Versicherungen, Hypotheken oder Verbraucherkredite sollen von vornherein nicht unter die Steuer fallen. Das ist zu begrüßen. Der Kauf von Investmentfonds – also auch der sogenannte Riester-Fonds – wäre von der Steuer allerdings erfasst.

Die immer wieder unterstellte große Belastung der Kleinsparer aber erfolgt nicht. 85 Prozent der Umsätze, die der

Steuer unterliegen, werden ausschließlich von den Finanzinstituten untereinander abgewickelt. Und selbst wenn ein kleiner Teil davon auf die Kunden umgelegt werden kann: Durch den niedrigen Steuersatz von 0,05 Prozent (Beschluss des SPD-Bundesparteitages 2011) bzw. 0,1 Prozent (der Wert des Richtlinienvorschlages der EU) werden nur Transaktionen merklich besteuert, die eine hohe Umschlaghäufigkeit haben. Kauft ein Anleger beispielsweise einen Aktieninvestmentfonds im Wert von 10 000 Euro, zahlt er einen Ausgabeaufschlag von 200 Euro, die zusätzliche Finanztransaktionssteuer kostet ihn fünf Euro. Die Provision der Bank bzw. Fondsgesellschaft beträgt also das 40-Fache der Finanztransaktionssteuer.¹⁰ Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt man bei einem Riester-Fonds: Unter der Annahme einer jährlichen Einzahlung des Sparerers von 1 200 Euro, einer Laufzeit des Vertrages von 20 Jahren und einer Rendite von fünf Prozent, kommt es unter Berücksichtigung von Zinseszins- und Umschichtungseffekten zu einer Steuerbelastung von 70,17 Euro – wohlgermerkt in einem Zeitraum von 20 Jahren!¹¹

Nach alledem ist aber noch nicht gesagt, wozu die Einnahmen aus der

9 Mayer, Franz C./Heidfeld, Christian (2011): Europarechtliche Aspekte einer Finanztransaktionssteuer. In: EuZW 2011: 373 ff.

10 Stellungnahme des Vorstandsvorsitzenden der *Bank für Kirche und Caritas eG*, Dr. Richard Böger zur Finanztransaktionssteuer, anlässlich der öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages am 30.11.2011.

11 Stellungnahme von Prof. Dr. Max Otte zur Finanztransaktionssteuer, anlässlich der öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages am 17.5.2010.

Steuer verwendet werden können. Der Richtlinienvorschlag der EU-Kommission geht einen Mittelweg: Hiernach sollen die Steuereinnahmen ganz oder teilweise als Eigenmittel in den EU-Haushalt fließen und gleichzeitig die von den nationalen Haushalten an die EU gezahlten Eigenmittel ersetzen. Das ist eine denkbare Möglichkeit.

Ebenso wäre es möglich, die Einnahmen der Steuer für ein europäisches Wachstumsprogramm zu verwenden, mit dem die Krisenstaaten endlich wieder die Chance auf wirtschaftlichen Aufschwung erhalten. Auch haben innerhalb weniger Tage 60 000 Menschen in Deutschland die Petition „Steuer gegen Armut“ unterzeichnet. Die Initiative wird von einer Vielzahl von Organisationen, Gewerkschaften und Kirchen mitgetragen. Die große Zustimmung zur Petition zeigt, dass viele Menschen in Deutschland wollen, dass mehr Mittel für den Kampf gegen Hunger und Armut in der Welt aufgewandt werden.

Schließlich bleibt noch die Frage, ob eine Finanztransaktionssteuer technisch überhaupt umsetzbar ist. Da von ihr nur eine relativ kleine Zahl von Akteuren betroffen ist, lässt sie sich auch relativ einfach verwalten. Der *UK Inland Revenue Service* berichtet, dass die britische Steuer auf Aktiengeschäfte die am effizientesten einzuziehende Steuer ist. Ihre Kosten belaufen sich auf weniger als 0,05 Prozent der erzielten Einnahmen. Zum Vergleich: Die Kosten der Einziehung der Einkommenssteuer sind zehnmal so hoch! Der Handel mit Wertpapieren, Derivaten und Devisen läuft heute zudem weitestgehend durch elektronische Handelssysteme (soge-

nannte Clearingstellen) ab. Weiterhin werden die bevorstehenden EU-Finanzmarktinitiativen wie MiFID und EMIR dafür sorgen, dass auch der Eigenhandel systematisch erfasst wird. So kann bei der Erhebung der Steuer verblüffend einfach auf bestehende Tradingssysteme und -strukturen aufgebaut werden. Lediglich eine Änderung der Handelssoftware ist erforderlich.

Blockade in Europa – Alternativen denken!

Allen guten Argumenten zum Trotz gibt es auch hier in Deutschland nach wie vor eine starke Lobby gegen die umfassende Besteuerung der Finanzmärkte. Vor allem die FDP blockiert jeglichen Fortschritt. Nach Monaten der kompletten Ablehnung gegen jede Vernunft hat die Parteispitze der Liberalen unlängst ein eigenes Konzept zur Regulierung der Finanzmärkte vorgelegt, nach dem eine europäisierte britische *stamp duty* als Modell auch für Deutschland dienen soll.

Eine Börsenumsatzsteuer nach britischem Vorbild hat allerdings ein paar ganz entscheidende Nachteile: So hat die *stamp duty* –wie oben gezeigt– nur eine eingeschränkte Bemessungsgrundlage. Finanztitel ausländischer Unternehmen werden ebenso wenig besteuert, wie sämtliche Devisentransaktionen, deren Handelsvolumen unvorstellbare drei Billionen Dollar pro Tag weltweit ausmacht. Auch der Derivatehandel ist ausgenommen.

Durch den beschränkten Katalog von Finanzprodukten, die im britischen Modell besteuert werden, sind zudem Umgehungen durch kreative Produktgestaltungen möglich. Das kann zu ei-

ner ganz neuen Klasse hochkomplexer Finanzprodukte führen. Außerdem werden die spezifischen Probleme hoch volatiler Derivatemärkte im Lebensmittel- und Rohstoffbereich komplett ignoriert.

Nicht lösen könnte ein Modell nach britischem Vorbild auch die Probleme, die entstehen, wenn aufgrund der Steuer vom Aktienhandel auf Derivatekontrakte ausgewichen wird. Das schmälert nicht nur die Einnahmen, sondern trägt – weil Derivate nach wie vor größtenteils im außerbörslichen (over-the-counter)-Markt gehandelt werden – sogar zu einer Vergrößerung der Intransparenz auf dem Markt bei.

Auch der auf Algorithmen basierende Börsenhandel mit extrem schnellen Hochleistungscomputern (sog. Hochfrequenzhandel) wäre nicht von der Steuer erfasst und könnte so weiter ungehindert wuchern. In den USA werden bereits über 70 Prozent aller Aktienumsätze von Maschinen initiiert, an der Deutschen Börse bringt der automatische Handel 40 bis 50 Prozent der Börsenumsätze.¹²

Transaktionen werden im Hochfrequenzhandelsbereich darüber hinaus oftmals fingiert und kurz vor Fälligkeit storniert. Das britische Modell erfasst diese stornierten Transaktionen steuerlich nicht. Ein wesentlicher Instabilitätsfaktor auf den Finanzmärkten bleibt so dauerhaft ausgenommen. Der Vorschlag der FDP zur Regulierung des

Hochfrequenzhandels beschränkt sich im Übrigen auf Maßnahmen der reinen Missbrauchskontrolle, packt aber die Geschäftsmodelle der Händler überhaupt nicht an.

Und schließlich und vor allem: Das *stamp-duty*-Modell besteuert ausschließlich Aktientransaktionen und nimmt den Eigenhandel der Banken ohne Kundenauftrag komplett aus, der 85 Prozent aller Umsätze ausmacht.¹³ Der Aktienhandel- und Besitz ist aber eine klassische Anlageform für Kleinanleger. Viele Millionen Deutsche besitzen Aktien. Sie würden damit wieder die Zeche bezahlen, während die Finanzindustrie komplett ausgenommen wäre.

Alles in allem ist die britische *stamp duty* damit kein intelligenter Weg, schon gar nicht taugt sie als Vorbild für eine dauerhafte Lösung zur Besteuerung der Finanzmärkte in ganz Europa.

Es bleibt dabei: Eine umfassende Finanztransaktionssteuer ist der beste Weg. Nach den letzten Sitzungen der EU-Finanzminister im Frühjahr 2012 scheint eine Finanztransaktionssteuer in allen 27 EU-Staaten aber derzeit nicht möglich. Großbritannien lehnt die Steuer mit Vehemenz ab, auch Schweden, Irland, die Niederlande, Luxemburg, Zypern und Malta sind skeptisch. Das muss jedoch keinesfalls das Ende der Diskussion sein. Vielmehr ist jetzt der Weg frei, die Steuer zügig mit einer „Koalition der Willigen“ einzuführen. Der europarechtliche Rahmen dafür ist die sog. „verstärkte Zusammenarbeit“

12 Kleine Anfrage – Gefahren und Regulierungsmöglichkeiten des computergestützten Hochfrequenzhandels von Dr. Carsten Sieling u.a. an die Bundesregierung vom 20.6.2011 auf Bundestags-Drs. 17/6269.

13 http://www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Bildgalerie/Kampagnen-Seite/Unterstuetzung_Ausland/EU/2012/120201_Semeta.pdf

nach Artikel 20 EUV. Dazu muss sich eine Gruppe von mindestens neun EU-Staaten zu einem gemeinsamen Vorhaben zusammenfinden. Das klassische Beispiel eines solchen Vorgehens ist das Schengen-Abkommen zur Abschaffung der Grenzkontrollen. Neben Frankreich und Deutschland haben sich Belgien, Finnland, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal und Spanien in einem Brief an die EU-Kommission für die Finanztransaktionssteuer stark gemacht. Das ist exakt das Quorum für die verstärkte Zusammenarbeit.

Schließlich gäbe es die Möglichkeit, zunächst (europaweit) eine Finanztransaktionssteuer „minus“ einzuführen und zum Beispiel einige Transaktionen von

vornherein aus der Besteuerung auszunehmen. Das könnten zum Beispiel Verbrauchergeschäfte oder Altersvorsorgeprodukte sein.

Die Zeit ist reif

Der Vorschlag der EU-Kommission liegt auf dem Tisch. Er ist – bei allen offenen Fragen und auch verbesserungsfähigen Elementen – eine gute Grundlage für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Nun sind die europäischen Regierungen gefordert, eine Einführung in der Europäischen Union, gegebenenfalls aber auch im Rahmen der erweiterten Zusammenarbeit vorzunehmen. Es ist an der Zeit.

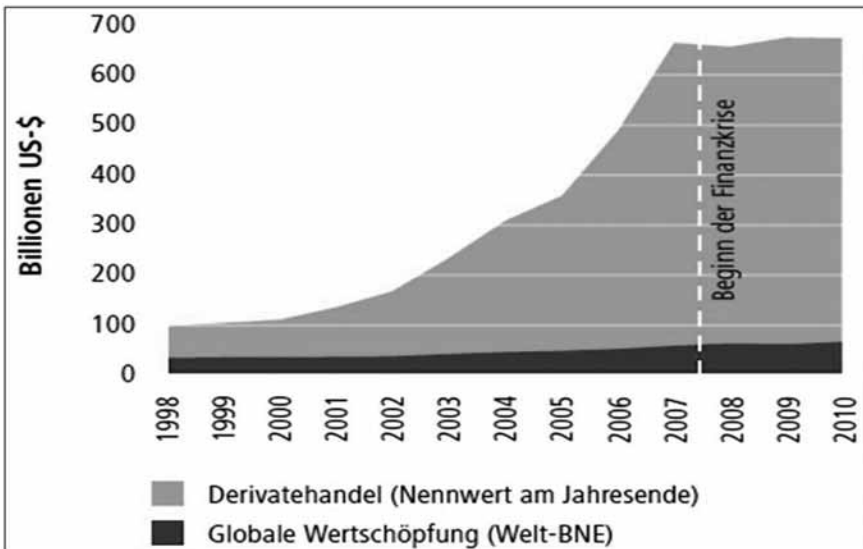


Abb. 2 (Quelle: Weltbank, BIZ)

Politische Bildung im postdemokratischen Staat

In einem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung beklagt der Justitiar der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Wolfgang Neskovic, den fortschreitenden Bedeutungsverlust des Parlaments im politischen Prozess der Bundesrepublik. Gesetze entstünden nicht aus der parlamentarischen Auseinandersetzung am Gemeinwohl orientierter demokratisch gewählter Volksvertreter, sondern erreichten den Bundestag als zwischen Ministerien und Lobbyvertretern vereinbarte Beschlussvorlage, die das Parlament wie eine „weisungsunterworfenen Gesetzgebungsbehörde“¹ nur noch abzunicken habe. Neskovic's Beitrag reiht sich damit ein in eine Vielzahl von Stimmen in erster Linie linker, aber auch konservativer Provenienz, die die demokratische Legitimität nicht nur des bundesrepublikanischen Gemeinwesens grundsätzlich in Zweifel ziehen. Rückbau der Demokratie, Degeneration der demokratischen Verfahren, sogar das Verschwinden des Politischen überhaupt im kooperativen und konsensorientierten Politikstil der governance-Eliten lauten die Motivlinien, anhand derer diese Entwicklungstendenzen innerhalb der Politikwissenschaft diskutiert werden. Besondere Aufmerksamkeit konnte dabei die Diagnose der

Postdemokratie² auf sich ziehen, die der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch vorgelegt hat. Demnach sehen sich die meisten westlichen Demokratien im Gefolge des hegemonialen neo-liberalen Diskurses seit dem Ende des Ost-West-Konflikts mit einer radikalen Veränderung ihrer demokratischen Institutionen konfrontiert, die in den Verlust gemeinwohlorientierter Gestaltungsmacht an die partikularen Interessen der herrschenden Eliten mündet.

Erstaunlicherweise zeigt sich die fachdidaktische Diskussion um politische Bildung, sei es in der Schule, sei es in außerschulischen Bildungseinrichtungen, von diesen fundamentalen Veränderungen des demokratischen Gemeinwesens und der damit einhergehenden fachwissenschaftlichen Reflexion weitgehend unbeeindruckt. Unter Umständen hängt diese verstörende Leerstelle damit zusammen, dass der Niedergang der Demokratie auch der etablierten politischen Bildung ein verheerendes Zeugnis ausstellt, allen Bemühungen um Mündigkeit, politische Urteilsfähigkeit und Demokratie lernen zum Trotz. Stattdessen konstatiert der führende Politik-Didaktiker Wolfgang Sander, die politische Bildung könne heute „besser als je zuvor in der deutschen Geschichte (...) eine demokratische Grundorientie-

1 Wolfgang Neskovic: Finsternis im Hohen Haus. In: FAS vom 11.09.2011, Nr. 36, S. 15.

2 Colin Crouch: Postdemokratie. Suhrkamp. Frankfurt am Main 2008.

rung mit fachlicher und pädagogischer Professionalität verbinden“.³ Diese Professionalität scheint aber zum größten Teil lediglich darin zu bestehen, ganz im Sinne des neoliberalen hegemonialen Diskurses differenzierte Kompetenzmodelle zu entwickeln, Markt-, Dienstleistungs- und Kundenorientierung auch für den Bildungsbereich zu fordern und Schülerinnen und Schüler zu Unternehmern ihrer selbst auszubilden, anstatt die grundsätzliche Frage aufzuwerfen, was die Entleerung demokratischer Prozesse für die politische Bildung bedeutet und wie auf diese Entwicklungen zu reagieren wäre.

Meine These in dieser kurz umrissenen Problemkonstellation besteht darin, dass sich die politische Bildung in Zeiten der Postdemokratie nicht von den die herrschenden Interessen nur mühsam verschleiernenden Imperativen der Bildungsstandards einschüchtern lassen darf, sondern nach Wegen suchen muss, verlorenes demokratisches Territorium zurückzugewinnen. Aus diesem Grund muss die politische Bildung auf die postdemokratische Diagnose mit einer umfassenden Reflexion ihres Selbstverständnisses, ihrer Aufgabenbeschreibungen und Ziele reagieren. Meiner Auffassung nach kann dabei nur ein dezidiert emanzipatorischer Ansatz vertreten werden.

Diese These werde ich in drei Schritten entfalten. Zunächst stelle ich diejenigen Argumentationslinien der post-

demokratischen Diagnose vor, die für die politische Bildung von besonderer Relevanz sind. Im Mittelpunkt meiner Überlegungen steht dabei die vermachtete und deformierte Input-Struktur des politischen Systems, weil politische Partizipation nach wie vor als das zentrale Anliegen politischer Bildung angesehen werden kann. Anschließend werde ich erörtern, ob und inwiefern die heute breit diskutierte Kompetenzorientierung den bildungstheoretischen Niederschlag des neoliberalen Diskurses darstellt und die postdemokratischen Defekte aus diesem Grund gerade nicht kompensieren kann, sondern sie im Gegenteil verewigen muss. Mit den aus diesen Überlegungen gewonnenen Einsichten werde ich abschließend versuchen, eine Reflexionsgrundlage politischer Bildung zumindest anzudeuten, die den aufklärerischen Postulaten des Denkens in Alternativen und weitreichender (Re-)Demokratisierung genügen kann.

Diagnose Postdemokratie

Die grundlegende These der postdemokratischen Diagnose besteht darin, dass nach einem Augenaufschlag der Demokratie in Nordamerika und den meisten Staaten Westeuropas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die demokratische Regierungsform sich mittlerweile auf dem Rückzug befindet. Dabei erleben wir aber keineswegs die Rückkehr finsterner Despoten auf die Bühne der westlichen Demokratien, der Umwandlungsprozess geschieht vielmehr schleichend und, obwohl von der politischen Öffentlichkeit lange Zeit so gut wie unbemerkt, nach einem klaren Plan.

3 Wolfgang Sander: Politik in der Schule. Kleine Geschichte der politischen Bildung in Deutschland. Schüren Verlag, Marburg 2010. S. 162.

Während nämlich die demokratischen Institutionen weiterhin bestehen und in formaler Hinsicht als Potemkinsche Dörfer der Postdemokratie auch vollkommen intakt sind, degeneriert der politische Prozess zu einer reinen Showveranstaltung für die politische Öffentlichkeit. Diese sieht sich längst im Würgegriff professioneller PR-Experten, die politische Kommunikation mit Reklame verwechseln und politische Willensbildung nicht im Medium rationaler Argumentation betreiben, sondern nach den Leitlinien von Marketing- und PR-Strategien. Wie immer nach wie vor etwa in den Parlamenten durch demokratisch gewählte Volksvertreter die Lösung politischer Probleme öffentlichkeitswirksam simuliert wird, findet die eigentliche und später auch in Gesetze gerinnende Entscheidungsfindung längst hinter verschlossenen Türen statt. Dort verhandeln Regierungen mit Eliten, die vor allen Dingen die Interessen des Kapitals und der herrschenden Klassen vertreten. Das hat entscheidende Folgen für die Ideen der politischen Gleichheit und der mit der Gleichheit verbundenen Idee der Legitimität verbürgenden politischen Partizipation. In einer Postdemokratie, so argumentiert Crouch, „in der immer mehr Macht an die Lobbyisten der Wirtschaft übergeht, stehen die Chancen schlecht für egalitäre politische Projekte zur Umverteilung von Wohlstand und Macht sowie die Eindämmung des Einflusses mächtiger Interessengruppen“.⁴ Diese Interessengruppen instrumentalisieren erfolgreich

das politische System zur Erreichung der eigenen, hochgradig partikularen Zwecke, ohne dass ihnen Regierungen mit dem Hinweis auf die grundsätzliche Gemeinwohlorientierung des politischen Systems auch nur ansatzweise entgegenzutreten würden. Insbesondere schwächere sozio-ökonomische Akteure verlieren damit jede Chance, ihre Interessen im politischen Prozess vertreten zu können. In vorauseilemdem Gehorsam adaptieren die politischen Akteure vielmehr die Glaubenssätze des Neoliberalismus als großen Bruder der Postdemokratie, sprechen von Eigenverantwortung und unbedingter Leistungsorientierung, meinen aber Sozialabbau, kaum mehr vorhandene Durchlässigkeit zwischen den sozialen Schichten und ungehinderte Elitenreproduktion. In der politischen Praxis manifestiert sich diese Strategie im Rückbau des Wohlfahrtsstaates bis auf ein unhintergebares Minimum, das aber nur noch Armenfürsorge bedeutet und mit der umfassenden Sicherstellung staatsbürgerlicher Teilhabe nichts mehr gemeinsam hat.

Von verschiedener Seite ist die empirische Stichhaltigkeit der postdemokratischen These zwar in Zweifel gezogen worden, gleichzeitig wird jedoch eingeräumt, dass „eine frappierende Abwesenheit von Vertrauen in Parteien und auch Parlamente in allen konsolidierten Demokratien besteht: In Deutschland trauen weit über 80 Prozent den Parteien und dem Parlament „nicht sehr“ oder „gar nicht“.“⁵ Auch wenn es darü-

4 Crouch, Postdemokratie, S. 11.

5 Michael Zürn: Die Rückkehr der Demokratiefrage, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2011, S. 65.

ber hinaus angezeigt zu sein scheint, im Hinblick auf die mit der Postdemokratie einhergehende Abnahme politischer Partizipation eine soziale Differenzierung vorzunehmen⁶, bestätigt das politische Desinteresse gerade der sozial Schwachen doch nur die These vom postdemokratischen Elitenprojekt. Dass es sich um ein solches Elitenprojekt handelt, belegt gerade die Vielzahl nicht-staatlicher Akteure im politischen Prozess, auch wenn deren Performanz einer nachlassenden politischen Partizipation zu widersprechen scheint. Tatsächlich aber zeugt die enorme Aktivität solcher Interessenverbände zwar von einer liberalen, nicht aber von einer demokratischen Gesellschaft.

Natürlich können sich auch und gerade die Parteien als wesentliche Akteure der politischen Willensbildung der postdemokratischen Dynamik nicht entziehen. Folgen wir Crouch, „dürfte die typische Partei des 21. Jahrhunderts eine sich selbst reproduzierende interne Elite umfassen, die weit von der Basis der Massenbewegung entfernt, gleichzeitig jedoch sehr eng mit einer ganzen Zahl von Unternehmen vernetzt ist, die wiederum die Mittel bereitstellen, mit der die Partei externe Dienstleister für Meinungsumfragen, Politikberatung und Wahlkampagnen bezahlt; im Gegenzug wird die Partei sich diesen Unternehmen erkenntlich zeigen, sobald sie die

Macht erlangt“⁷. Genau diese Entwicklung ist eingetreten, was an der Schröder-Maschmeyer-Wulff-Achse ebenso erkennbar ist wie an der schon legendären spendeninduzierten Steuersenkung für Hoteliers nach der schwarz-gelben Regierungsübernahme im Herbst 2009. Vermögende und deshalb gebildete Eliten bleiben weiterhin in der Lage, sich politisch zu organisieren und ihre Interessen im politischen Prozess zu vertreten, während ein großer Teil der Bevölkerung, isoliert von den oligopolisierten Kanälen politischer Partizipation, in Ohnmacht und Apathie versinkt und schließlich das Interesse an der Demokratie überhaupt verliert.

Komplementär zur postdemokratischen Geringschätzung umfassender politischer Partizipation besteht aber noch eine weitere Entwicklung, die die Ökonomisierung und Privatisierung der Demokratie weiter vorantreibt: die steigende Bedeutung von Experten im politischen Prozess. Im Hinblick auf die zunehmende Komplexität gesellschaftlicher Probleme in der globalisierten Welt mag der Ratschlag von Experten in verschiedenen Politikfeldern durchaus angebracht sein, der Geltungsanspruch der sachlichen Richtigkeit politischer Entscheidungen, der damit transportiert wird, ist in demokratietheoretischer Hinsicht jedoch hochgradig problematisch. Einerseits liefert der Rekurs auf fachliche Expertise oft genug nur einen Vorwand für die vermeintlich ideologiefreie Logik des Sachzwangs, hinter der sich in Wirklichkeit mächtige Inte-

6 Gary S. Schaal: Postdemokratie. Tatsächlich? In: Magazin erwachsenenbildung.at. Ausgabe 11, 2010. Wien. Online im Internet: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/10-11/meb10-11.pdf>. [09.04.2012]

7 Crouch, Postdemokratie, S. 96.

ressen verstecken, andererseits bedeutet die Übergabe politischer Verantwortung an die Aristokratie der Experten die Selbstaufgabe der Demokratie. Das Verständnis von Politik, das sich darin artikuliert, ähnelt in frappierender Weise einer platonischen Auffassung von der Organisation des Gemeinwesens, die längst im Museum der Philosophiegeschichte verwahrt schien und gelegentlich noch in politikwissenschaftlichen Einführungsveranstaltungen verschämt belächelt vorgetragen wird: „Denn es liegt nicht in der Natur, dass der Steuermann die Schiffsleute bitten solle, sich von ihm regieren zu lassen, noch dass die Weisen vor die Türen der Reichen gehen, sondern wer dies so zierlich herausgebracht hat, hat weit gefehlt, vielmehr ist das Wahre von der Sache, dass, mag nun ein Reicher krank sein oder ein Armer, er vor des Arztes Tür gehen muss, und so jeder, der beherrscht zu werden bedarf, zu dem, der zu herrschen versteht“.⁸

Wenn es so etwas wie einen grundlegenden Konsens über die wesentlichen Merkmale von Demokratie gibt, besteht er sicherlich nicht darin, die Frage der Gestaltung des Gemeinwesens einem Rat der vermeintlich Sachverständigen zu überlassen. Vielmehr müssen sich die Adressaten politischer Entscheidungen, wie vermittelt auch immer etwa in der repräsentativen Demokratie, auch als deren Autoren begreifen können, indem sie sich in einer jedermann zugänglichen politischen Öffentlichkeit vor dem Hintergrund von Alternativen

über die zukünftige Richtung des politischen Gemeinwesens streiten und verständigen. Gerade in der Umstrittenheit, Kontingenz und Revidierbarkeit von Entscheidungen kommt deren politischer und demokratischer Charakter zum Ausdruck, während fachliche Expertise aufgrund ihres Wahrheitsanspruchs eher totalitäre Züge aufweist. Mit der Herrschaft der Expertise wird folglich auch politische Partizipation überflüssig, nach und nach verschwindet nicht nur die Demokratie, sondern mit ihr das Politische überhaupt. Das mündige politische Urteil, das verschiedene Politikangebote abwägen und prüfen soll, wird obsolet, wenn mit Hinweis auf die selbstverständlich ideologiefreie Überzeugungskraft der Expertise die Notwendigkeit politischer Auseinandersetzung geleugnet wird. Auf das damit verbundene Verschwinden des Politischen hat zum Beispiel Chantal Mouffe sehr deutlich hingewiesen: „Begriffe wie „parteilose Demokratie“, „good governance“, „globale Zivilgesellschaft“, „kosmopolitische Souveränität“, „absolute Demokratie“ – um nur einige wenige der heute modischen Begriffe zu zitieren – sind ausnahmslos „Bestandteile einer antipolitischen Vision, die sich weigert, die für das Politische konstitutive antagonistische Dimension anzuerkennen.“⁹

9 Chantal Mouffe: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Suhrkamp. Frankfurt am Main 2007, S. 8. In unnachahmlicher Weise hat vor vielen Jahren bereits Gerhard Polt auf diese Tendenzen aufmerksam gemacht: „Wir brauchen keine Opposition, weil wir sind schon Demokraten.“

8 Platon, Poiteia, 489b-c.

Mit dem Ausschluss großer Teile der Bevölkerung von politischer Partizipation, der Indienstnahme des Gemeinwesens für kapitalträchtige partikulare Interessen und der Verschleierung neoliberaler Hegemonie durch den expertengestützten Verweis auf vermeintliche Sachzwänge sind zunächst die zentralen Punkte des postdemokratischen Projekts bezeichnet. Für die politische Bildung ergeben sich aus dieser Diagnose meiner Auffassung nach zwei Möglichkeiten. Entweder stellt die politische Bildung ihre Bemühungen um Mündigkeit und rationale politische Urteilskraft weitgehend ein, überweist ihre Adressaten mit Hinweis auf die Überflüssigkeit und Sinnlosigkeit politischer Partizipation der Obhut einer ideologiefreie Sachzwänge exekutierenden Oligarchie und sekundiert dem neoliberalen Trend durch die Entwicklung ebenso inspirierter Kompetenzmodelle. Oder aber sie nutzt die postdemokratische Diagnose für eine grundlegende Reflexion der Aufgaben und Funktionen politischer Bildung im postdemokratischen Staat.

Im folgenden Abschnitt möchte ich deshalb darlegen, inwiefern der Rückzug auf Kompetenzmodelle gerade nicht geeignet ist, zur Zurückweisung des postdemokratischen Elitenprojekts und zur Revitalisierung der Demokratie beizutragen, sondern die neoliberale Zerstörung der demokratischen Institutionen und das daraus resultierende Verschwinden des Politischen verfestigt. Dazu werde ich zunächst zentrale Motive des neoliberalen Paradigmas im Hinblick auf Gesellschaft und Menschenbild vorstellen und anschließend zeigen, dass die gegenwärtig diskutierten Kom-

petenzmodelle sich genau im Rahmen dieser Semantik bewegen.

Neoliberalismus und Postdemokratie

Obwohl der Neoliberalismus – abgesehen von einzelnen normativen Verersatzstücken – keine konsistente Gesellschaftstheorie entwickelt hat, lassen sich dennoch zentrale Elemente angeben, die der neoliberalen Auffassung Konturen verleihen. Deutlich zu unterscheiden ist er in jedem Fall vom politischen Liberalismus, der mit der Betonung individueller Freiheitsrechte gegenüber den Zumutungen fremdbestimmter politischer Herrschaft feudalistischer, absolutistischer oder klerikaler Provenienz noch ein emanzipatorisches Moment für sich reklamieren konnte. Im Unterschied dazu ist der Neoliberalismus eine Handlungsanweisung zur Auflösung des politisch organisierten Gemeinwesens, die nur den Markt als integrierende gesellschaftliche Institution kennt. Insbesondere die menschliche Vernunft, die dem politischen Liberalismus noch als zentrale Grundierung emanzipatorischen Strebens galt, hat in der neoliberalen Version als gestaltendes Element gesellschaftlicher Verhältnisse abgedankt. Stattdessen übernimmt die kulturelle Evolution das Kommando, die als bewusste Entwicklung aus der spontanen Ordnung der Märkte sozusagen nebenbei die kapitalistische Gesellschaft und den liberalen Rechtsstaat als die ihr einzig angemessene soziale Form hervorgebracht hat. Mithin handelt es sich bei der kulturellen Evolution „um einen Prozess der unbewussten Herausbildung, Ansammlung und Weiterreichung von Erfahrungswissen

und Handlungspraktiken in Form von Tradition und Moral, nicht jedoch um das Produkt bewussten menschlichen Gestaltens und Eingreifens in seine natürliche und soziale Umwelt. Wie die Märkte als spontane Ordnung, so sind auch Zivilisation und Gesellschaft nicht aktiv durch den Menschen geschaffen¹⁰.

Individuelle Freiheit hat im Kontext eines solchen Determinismus nur noch die Dimension des Marktteilnehmers im Freiheitsraum zwischen Angebot und Nachfrage im Blick, der Markt und die ihn schützenden politischen Rahmenbedingungen hingegen stellen als Krone der kulturellen Evolution die Instanz dar, der sich das Individuum unterzuordnen hat. Es versteht sich fast von selbst, dass wir es hier mit einem hochgradig instrumentellen Freiheitsverständnis zu tun haben, das das demokratiethoretisch relevante Problem schierer ökonomischer Macht nicht kennt. Wenn solche Macht eingesetzt wird, um Menschen zum Beispiel von ihren Grundbedürfnissen auszuschließen, bedeutet dies aus neoliberaler Perspektive keinen Eingriff in das vielleicht grundlegendste Recht der Freiheit der individuellen Persönlichkeitsentfaltung, sondern muss als Ergebnis der Weisheit des Marktes hingenommen werden. Der Gedanke der Notwendigkeit materieller Voraussetzungen zur Entfaltung persönlicher Freiheit und die damit politisch gebotene Umverteilung

des gesamtgesellschaftlich erwirtschafteten Vermögens bedeutet aus neoliberaler Perspektive nichts anderes als eine illegitime und naiv vernunftgläubige Einmischung in die natürliche Ordnung des Marktes.

Die grundlegende legitimatorische Absicht, die mit solchen Auffassungen über Mensch und Gesellschaft im neoliberalen Denken verfolgt wird, liegt auf der Hand, denn es geht um die Suggestion der Alternativlosigkeit und unbedingten Überlegenheit der kapitalistischen Wirtschaftsform. Die vom Neoliberalismus grundsätzlich intendierte Ablösung der Politik durch den Markt darf dabei aber nur soweit gehen, dass die Bestandsvoraussetzungen der Marktwirtschaft wie die notfalls durch staatliche Zwangsmaßnahmen zu gewährleistende Garantie des privaten Eigentums nicht unterminiert werden. Demokratische Politik hingegen, die legitimiert durch entsprechende Mehrheiten auf die Idee käme, die bestehenden Einkommens- und Vermögensverteilungen, die Institution des privaten Eigentums überhaupt, den Wettbewerb und die ungehinderte Elitenreproduktion in Frage zu stellen, bedeutet für den Neoliberalismus eine veritable Bedrohung. Die Initiativen, die der hegemoniale Diskurs deshalb zur Befestigung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse auf den Weg gebracht hat, sind von enormer Anzahl und kaum mehr zu überblicken.

Postdemokratie und Politikkompetenz

Im Bereich der politischen Bildung lassen sich in diesem Zusammenhang eine Vielzahl von Entwicklungen beobachten, die zur Beförderung marktoptimis-

10 Ralf Ptak: Grundlagen des Neoliberalismus, in: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf: Kritik des Neoliberalismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2008, S. 54.

tischer Positionen bei Schülerinnen und Schülern und in der gesamten Bevölkerung beitragen sollen.¹¹ Hierzu zählt zunächst die grundsätzliche Unterwerfung des Bildungsbereichs unter Wettbewerbskriterien, die sich mit der damit einhergehenden Kundenorientierung notwendigerweise einem Mainstream unterordnen muss, der für die Behandlung von kontroversen, nicht einseitig marktwirtschaftlich verwertbaren Themen keinen Raum mehr zur Verfügung hat. In Zeiten alternativer Sparzwänge liegt zudem die Versuchung nahe, die Erstellung von Bildungsmaterialien privaten Akteuren zu überlassen, die sich eine solche Chance der Kommerzialisierung politischer Bildung selbstverständlich nicht entgehen lassen. Schließlich ist sowohl in der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer als auch in den Studentafeln eine Reduzierung des Politikunterrichts zugunsten ökonomischer Anteile im sozialwissenschaftlichen Unterricht zu beobachten, die jegliche Zweifel daran auslöschen sollte, dass demnächst die Souveränität des Bürgers durch die Souveränität des Konsumenten ersetzt wird.

Der deutlichste Niederschlag des neoliberalen Zeitgeistes kann meiner Auffassung nach jedoch in der allgemein- und fachdidaktischen Adaption des Kompetenzmodells beobachtet

werden. Zunächst möchte ich deshalb auf ausgewählte Kompetenzdefinitionen eingehen, die die OECD entwickelt hat. In der „Definition und Auswahl von Schlüsselkompetenzen“, die auf das „DeSeCo-Projekt“ der OECD zurückgeht, heißt es unmissverständlich, in den Ländern der OECD werde „Wert auf Flexibilität, Unternehmergeist und Eigenverantwortung gelegt. Von den Menschen wird nicht nur Anpassungsfähigkeit, sondern auch Innovationsfähigkeit, Kreativität, Selbstverantwortung und Eigenmotivation erwartet.“¹² Die OECD bündelt und wiederholt damit in einem Satz die zentralen Motive der neoliberalen Theorie. Flexibilität, Unternehmergeist und Eigenverantwortung kennzeichnen nach dieser Auffassung den modernen Menschen, der zu jeder Zeit bereit ist, sein Leben von den Imperativen des Kapitals diktieren zu lassen. Dieser Mensch ist kein homo politicus mehr, der sich gemeinsam mit anderen Menschen in einem demokratischen Prozess der Verständigung an alternativen Möglichkeiten abarbeitet, das Gemeinwesen im Sinne des Gemeinwohls einzurichten. Von sozialer Verwurzelung hat er ebenso wenig gehört wie von Schwäche, Not oder Krankheit. Natürlich hat er keine Kinder, keine pflegebedürftigen Angehörigen, er dreht sich stattdessen bereitwillig wie ein entrechteter Trabant um die Sonne des Kapitals. Dazu wird er auch ermutigt, denn die OECD nobilitiert als

11 Vgl. Bettina Lösch: Politische Bildung in Zeiten neoliberaler Politik: Anpassung oder Denken in Alternativen? In: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf: Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2008, S. 335–354.

12 Definition und Auswahl von Schlüsselkompetenzen, S. 10. Online im Internet: <http://www.oecd.org/dataoecd/36/56/35693281.pdf> [09.04.2012]

Schlüsselkompetenz, was auch als rückwärtslose Verfolgung der eigenen Interessen gekennzeichnet werden kann.

Der Aufruf zu Anpassungsfähigkeit und Selbstverantwortung meint mithin nichts anderes, als sich dem alternativen marktwirtschaftlichen System unterzuordnen, seinen Bedürfnissen zu gehorchen und im Falle des Scheiterns keine als an individuellen Defiziten orientierte Gründe zuzulassen. Wenn Menschen nicht Schritt halten können mit den Ansprüchen einer totalitären Ökonomie, gleichgültig aus welchen Gründen, deutet dies nur auf eine unzureichende Projektierung des eigenen Lebensplans hin. Denn auch darin kommt eine Kompetenz zum Ausdruck, die das „Konzept des Projektmanagements auf Personen“¹³ anwendet. Diese Kompetenz setze „Zukunftsorientierung voraus, wozu sowohl Optimismus und Potenzial, aber auch eine feste Verankerung im Bereich des Machbaren gehören“¹⁴ Nun mögen Zukunftsorientierung und Optimismus Eigenschaften sein, die ein Leben erleichtern können. Auch die Frage, ob Optimismus ein sinnvoller Begleiter politischer Urteilskraft sein kann, will ich an dieser Stelle offen lassen, auch wenn der Verdacht naheliegt, es könne sich dabei um die Aufforderung zur optimistischen Überschätzung der Funktionskraft und Legitimität des postdemokratischen Institutionensystems handeln. Von verätherischer Deutlichkeit jedoch ist der Hinweis auf die feste Verankerung im

Bereich des Machbaren. Darin manifestiert sich nämlich nichts anderes als die Absage an ein Denken in Alternativen, das über die bestehenden Verhältnisse hinaus will. Wenn Politik zumindest auch bedeuten kann, andere als die bestehenden Verhältnisse der Einrichtung des Gemeinwesens zu artikulieren und reflektierend abzuwägen, empfiehlt die OECD mit der flexiblen, unternehmerischen, eigenmotivierten und eigenverantwortlichen Unterwerfung unter den Bereich des Machbaren den Erstickungstod des Politischen. Politische Partizipation ist im Kontext solcher Kompetenzsemantik nur noch so lange angezeigt und legitim, wie die beteiligten Akteure die vertrauten Wege des neoliberalen und postdemokratischen Elitenprojekts zur Aufrechterhaltung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse nicht verlassen. Die Rückbesinnung auf die gestalterische Kraft demokratischer Entscheidungen, die sich von einem Primat der Politik gegenüber den Zumutungen des postdemokratischen Geflechts von Ökonomie und mit ihr verschwisterten politischen Eliten nicht abbringen lassen will, kann dann nur noch als Bedrohung empfunden werden.

Bereits aus diesen knappen Überlegungen wird klar, dass die OECD mit der Bestimmung von Schlüsselkompetenzen den herrschenden neoliberalen und postdemokratischen Diskurs affirmativ bedient. Die Betonung der Bedeutung unternehmerischen Denkens, die Forderung nach Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, die Delegation der Verantwortung für ein gelingendes Leben in die ausschließliche Entscheidungskompetenz des Individuums ohne die

13 Ebd., S. 17.

14 Ebd.

Reflexion der komplementären gesellschaftlichen Bedingungen, besonders aber der Appell an die Bescheidung politischer und gesellschaftlicher Partizipation im Bereich des Machbaren wiederholen nicht nur auf der Ebene des individuellen Subjekts die postdemokratische Diagnose, sondern befestigen und verewigen durch die Transformation der Glaubenssätze von Neoliberalismus und Postdemokratie in individuelle Dispositionen und Schlüsselkompetenzen das postdemokratische Paradigma. Politische Urteilsfähigkeit wird innerhalb der bestehenden Verhältnisse auf eine Residualform in eng umgrenzten und dafür geeigneten Bereichen komprimiert, politische Handlungsfähigkeit ist angesichts der bestehenden Überlegenheit der Sachzwänge gänzlich obsolet.

Basis- und Fachkonzepte in der politischen Bildung

Die politische Bildung kann eine solche Engführung ihrer zentralen Anliegen, der Entwicklung von politischer Urteils- und Handlungsfähigkeit bei ihren Adressaten, eigentlich nur als Provokation zurückweisen. Gleichwohl hat auch die Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) inmitten der allgemeinen Konjunktur von Bildungsstandards und Kompetenzorientierung die Kompetenzbereiche „politische Urteilsfähigkeit“, „politische Handlungsfähigkeit“ und „methodische Fähigkeiten“ als Kernkompetenzen für die politische Bildung vorgeschlagen.¹⁵ Diese Kompe-

tenzbereiche müssten auf der Grundlage „konzeptuellen Deutungswissens“ entfaltet werden, das „Schülerinnen und Schülern den Sinngehalt und die innere Logik von Institutionen, Ordnungsmodellen und Denkweisen der Sozialwissenschaften – einschließlich der wesentlichen damit verbundenen Kontroversen – erschließt“.¹⁶ Auf die Formulierung eines eigenen Kompetenzbereichs „Wissen“ wurde dabei zunächst verzichtet, weil Wissen als zentraler Bestandteil jedes Kompetenzbereichs aufzufassen sei und deshalb nicht eigenständig ausgewiesen werden müsse.¹⁷ Stattdessen soll der fachliche Kern der politischen Bildung im Rahmen von Basis- und Fachkonzepten abgebildet werden, um auf diese Weise den domänenspezifischen Begriff des „konzeptuellen Deutungswissens“ und die mit ihm verbundene Kompetenzentwicklung zu konkretisieren. Allerdings besteht in der aktuellen fachdidaktischen Diskussion weder über den Begriff des „Konzepts“, noch über die Komposition eines für die Kompetenzentwicklung adäquaten Modells von Basis- und Fachkonzepten Konsens, es treffen im Gegenteil eine Reihe höchst unterschiedlicher Auffas-

der Politischen Bildung an Schulen. Schwalbach/Ts., 2004. S. 13.

16 Ebd., S. 14.

17 Wolfgang Sander: Kompetenzorientierung in Schule und politischer Bildung – eine kritische Zwischenbilanz, in: Autorengruppe Fachdidaktik (Hrsg.): Konzepte der politischen Bildung. Eine Streitschrift. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2011. S. 20.

15 GPJE (Hrsg.): Anforderungen an Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in

sungen aufeinander.¹⁸ Abgesehen von verschiedenen Beiträgen zur Frage des Kompetenz- und Konzeptbegriffs liegt bislang nur ein Vorschlag vor, der eine inhaltliche Bestimmung von Basis- und Fachkonzepten für die politische Bildung zu leisten versucht.¹⁹

Die Autorengruppe um Georg Weißeno beantwortet dabei unter vollständiger Missachtung der postdemokratischen Diagnose zunächst die Frage nach der normativen Orientierung politischer Bildung mit Hinweis auf die Demokratie und die mit ihr verbundenen Vorstellungen von Partizipation zur Beförderung der Legitimität des demokratischen politischen Systems in einer wenig überraschenden konventionellen Weise. Als Kern der politischen Bildung und damit verbundener Leitwissenschaft wird die Politik bzw. die Politikwissenschaft bestimmt, der aber für die sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen offen gehalten werden soll. Politik wiederum bedeutet für Weißeno et al. in erster Linie staatliches Handeln mit dem in demokratischen politischen Systemen üblichen normativen Bezugspunkt des Gemeinwohls. Mit Blick auf die Ziele politischer Bildung geht es vor diesem Hintergrund „um eine Stärkung der Legitimität des demokratischen Systems und um seine Stabilisierung“ und „um die Autonomie und die politische

Mündigkeit der Individuen in ihrer Rolle als Bürgerin und als Bürger sowie um die Vermittlung der dazu notwendigen Kompetenzen und Dispositionen.“²⁰ Natürlich ist diesen Zielbestimmungen grundsätzlich zuzustimmen, schließlich liegt die normative Überlegenheit des demokratischen Systems und die mit ihm verknüpfte Rolle der Bürgerinnen und Bürger unbestreitbar deutlich auf der Hand. Allerdings werden diese Ziele in einer postdemokratischen Umgebung überaus problematisch, weil Schülerinnen und Schülern auf diese Weise zum Beispiel Partizipationsmöglichkeiten suggeriert werden, die in der im Politik-Unterricht beschriebenen Form für den Großteil der Schülerinnen und Schüler überhaupt nicht existieren. Die von interessierter postdemokratischer Seite verfolgte Strategie zur Verschleierung von Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen war auf ganzer Linie erfolgreich, wenn es ihr gelungen ist, sich bis in den schulischen Unterricht hinein als ihr demokratisches Original auszugeben. Genau diese Entwicklung ist durch die kompetenzinduzierte Engführung der didaktischen Diskussion aber geschehen, was sich insbesondere an dem Unterrichtsbeispiel zeigen lässt, das Weißeno et al. entwickelt haben.

Mit Hinweis auf die Postulate der Bildungsstandards, die in erster Linie in ihrer Output-Orientierung zum Ausdruck kommen, fordern Weißeno et al. für die Planung von Politik-Unterricht zunächst eine klare Konzentration auf die fachspezifische, d.h. Politikkompe-

18 Vgl. zum Beispiel die Beiträge bei Thomas Goll (Hrsg.): Politikdidaktische Basis- und Fachkonzepte. Wochenschau, Schwalbach/Ts. 2011.

19 Georg Weißeno et al.: Konzepte der Politik – ein Kompetenzmodell. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2010.

20 Ebd., S. 39.

tenz. Dabei sei bei der „Konstruktion von Lernaufgaben“ darauf zu achten, dass „sie sich auf die vorab festgelegten Basis- und Fachkonzepte beziehen und konstituierende Begriffe enthalten“.²¹ Unterrichtsplanung müsse deshalb die Finalität einer Unterrichtseinheit berücksichtigen, denn „zu Beginn müssen die Aufgaben festgelegt werden, mit denen man am Ende die Schülerleistungen überprüfen will“.²² Schließlich müsse bei der Unterrichtsplanung „darüber nachgedacht werden, welches Kompetenzpotential in einer Unterrichtsstunde, in einem Text, in einem Film oder in einer Lernaufgabe steckt“.²³

Überraschend ist hierbei zunächst, wie ohne Not der Aspekt der Subjektivität und grundsätzlichen Offenheit von politischen Lernprozessen aufgegeben wird. Politisches Lernen im Sinne schülerorientierter politischer Lernumgebungen zielt doch gerade darauf ab, dass Schülerinnen und Schüler im geschützten Raum des Klassenzimmers die politische und gesellschaftliche Bedingtheit ihrer jeweils individuellen Existenz erkennen und verstehen können. Ein politischer Lernprozess kann vor diesem Hintergrund dann als gelungen bezeichnet werden, wenn in einem kommunikativen Rahmen diskursiver Verständigung die Kontroversität der eigenen Interessen im politischen und gesellschaftlichen System verstanden und in politische Handlungsfähigkeit übersetzt wird. Insbesondere in einer

immer unübersichtlicheren postdemokratischen Umgebung, in der die Kanäle politischer Partizipation oligopolisiert und alles andere als leicht zu identifizieren sind, die Vertretung der eigenen Interessen im politischen Prozess mithin erschwert wird, käme es deshalb darauf an, im Politik-Unterricht Raum zu geben für individuelle Orientierungs-, Deutungs- und Urteilsversuche. Weil solche individuellen Orientierungsbewegungen aber nur sehr bedingt mit den Methoden standardisierter Quantifizierung messbar sind, wollen Weißeno et al. sozusagen folgerichtig darauf verzichten.

Stattdessen favorisieren diese Autoren den systematischen Aufbau einschlägiger Begriffscluster, die am Ende einer Unterrichtsreihe von Schülerinnen und Schülern zu reproduzieren sind und dann als eingelöster Bildungsstandard ausgegeben werden können: „Insofern wird für Lehrer/-innen und Schüler/-innen transparent, was genau gelernt sein muss, um erfolgreich die Klausur oder den Test zu bestehen. Unterrichten und Lernen werden leichter“.²⁴ Deutlicher kann man die Aufgabe des zentralen Ziels politischer Bildung, nämlich die einem demokratischen Gemeinwesen angemessene politische Urteils- und Handlungsfähigkeit, kaum mehr formulieren, wie immer auch nach wie vor formelhaft daran festgehalten wird. Schülerinnen und Schüler, die Begriffsnetze memorieren und bei Gelegenheiten der Leistungsüberprüfung wieder von sich geben, sind die

21 Ebd., S. 196.

22 Ebd., S. 197.

23 Ebd., S. 198.

24 Ebd., S. 199.

idealen Bürger im postdemokratischen Staat, denn sie werden niemals auf die Idee kommen, den Status Quo auch nur im Ansatz in Frage zu stellen. Schließlich lernen sie im Politik-Unterricht, dass es auf Kontroversität, also auf die Entwicklung, die Verteidigung und den Versuch einer Durchsetzung streitbarer Urteile im demokratischen Raum nicht ankommt, sondern kritiklose Anpassung und bewusste Reproduktion auch noch mit guten Zensuren belohnt werden. Das Unterrichten wird dabei nicht leichter, sondern nur langweilig, erleichtert wird allenfalls die Erstellung und Korrektur entsprechend komponierter Klausuren.

Darüber hinaus transportiert auch der von Weißeno et al. vorgetragene Hinweis auf die Überprüfung von Unterrichtsmaterial auf das in ihm gespeicherte Kompetenzpotential eine wenigstens potentielle Absage an Kontroversität. Im Unterricht eingesetzte Texte zum Beispiel müssen, so schlagen die Autoren vor, „nach vorkommenden Fachkonzepten und konstituierenden Begriffen“ geprüft werden, wobei die „konstituierenden Begriffe in größere Kontexte eingebunden und mit einer Vielzahl weiterer Begriffe erläutert sein“ müssen. Deshalb wird es „in der Regel notwendig sein, die Zeitungstexte um die nicht notwendigen Informationen zu kürzen, damit die zu vermittelnden konstituierenden Begriffe umso deutlicher für die Lernenden werden“.²⁵

Natürlich sind insbesondere Zeitungstexte schon immer im Hinblick

auf die Verwendbarkeit im Politik-Unterricht bearbeitet und dabei meistens gekürzt worden. Aber die Auswahl und Bearbeitung von Texten anhand von Listen konstituierender Begriffe reduziert solche Texte um genau den Faktor, auf den es wesentlich ankommt. Gerade meinungsbildende Texte beinhalten in der Regel nämlich ein intrinsisches demokratisches Potential, weil dort unterschiedliche Deutungsangebote zu einem politischen Sachverhalt offeriert werden. Meiner Auffassung nach wird es sich kaum verhindern lassen, gerade diese Dimension intrinsischer demokratischer Qualität zu amputieren, wenn die für die Verwendung im Unterricht vorgesehenen Texte nach der Maßgabe konstituierender Begriffe zu rechtgestutzt werden müssen. Darüber hinaus wird eine Reihe von Texten überhaupt nicht mehr für die Verwendung im Unterricht in Frage kommen, gerade weil dort originelle und innovative Auffassungen vertreten werden, die aber mit den geforderten Begriffsnetzen nicht kommensurabel sind. Das Ziel der politischen Urteils- und Handlungsfähigkeit rückt damit in weite Ferne, weil den Schülerinnen und Schülern ein im Hinblick auf diese Bildungsziele wesentlicher Teil des politischen Diskurses vorenthalten bzw. nur vermittelt durch bestimmte Fachkonzepte und Begriffscluster präsentiert wird. Wiederum geht dabei der Anspruch der Kontroversität zugunsten einer nur formalen kognitiven Politikkompetenz verloren, wenn alternative politische Auffassungen, die sich dem Zugriff definierter Begriffsnetze entziehen, für den Politik-Unterricht als unbrauchbar erklärt wer-

25 Ebd., S. 198.

den. Ein so verstandener kompetenzorientierter Unterricht fällt letztlich sogar hinter die grundlegenden Postulate der Aufklärung zurück, weil für das Denken in Alternativen kein Raum mehr gelassen wird. Stattdessen wird politische Reflexion auf die bewusste Wiederholung terminologischer Versatzstücke verkürzt, die von vornherein einen analytischen Zugriff auf die postdemokratische Wirklichkeit verhindert. An eine Übersetzung entsprechender Einsichten in politische Handlungsfähigkeit, die das in der postdemokratischen Umgebung verlorene demokratische Terrain zurückgewinnen will, ist unter diesen Umständen nicht einmal zu denken.

Politische Bildung im postdemokratischen Staat

Aus den bisherigen Überlegungen ist deutlich geworden, dass die aktuell diskutierten Kompetenzmodelle nicht geeignet sind, den postdemokratischen Entwicklungstendenzen entgegenzuwirken, die neoliberalen Strategien zur Demokratieabwehr zu durchschauen bzw. Impulse für eine Revitalisierung der demokratischen politischen Ordnung beizutragen. Bereits im Rahmen der von der OECD formulierten Schlüsselkompetenzen kommt im Gegenteil eine demokratiethoretisch bedenkliche Adaption neoliberaler Glaubenssätze zum Ausdruck, die im Aufruf zu Anpassungsfähigkeit und dem damit letztlich verbundenen Verzicht auf demokratische Auseinandersetzungen gipfelt. Dieser allgemeinen Tendenz folgen aber auch die gegenwärtig in der Politik-Didaktik diskutierten Basis- und Fachkonzepte. Obwohl die GPJE

in ihrer Reaktion auf die Postulate der Bildungsstandards an den Kompetenzen der politischen Urteils- und Handlungsfähigkeit festhält, bleiben diese Bestimmungen mit Blick auf die postdemokratische Diagnose merkwürdig leer. Besonders der von der Autorengruppe um Georg Weißeno vorgelegte Entwurf von Basis- und Fachkonzepten verbleibt auf der Ebene einer nur formalen Politikkompetenz, weil mit der Konzentration auf den im Sinne von Bildungsstandards überprüfbaren Erwerb positiver Kenntnisse seitens der Schülerinnen und Schüler die für den Politik-Unterricht zentrale Dimension politischer Reflexion an den Rand gedrängt wird. Die postdemokratische Wirklichkeit wird auf diese Weise um gerade den Aspekt verkürzt, auf den es ankommt, wenn Politik-Unterricht mehr leisten will, als Schülerinnen und Schüler zu unkritischen und angepassten Teilnehmerinnen und Teilnehmern am neoliberalen Elitenwettbewerb auszubilden. Die emanzipatorische Konnotation, die mit dem Motiv der Schülerorientierung im Rahmen des Beutelsbacher Konsenses zumindest noch angesprochen war, scheint zugunsten einer Unterwerfung unter die Imperative der Bildungsstandards vollständig verschwunden. Daran ändert nichts, dass in den aktuell diskutierten politikdidaktischen Konzepten immer wieder der Hinweis auf politische Mündigkeit vorgetragen und mit dem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit im Sinne ideologiefreier Analyse- und Betrachtungsweisen verknüpft wird. Diese vermeintliche Ideologiefreiheit didaktischer Argumentation verbürgt aber gerade nicht Wissenschaftlich-

keit, sondern ist nichts anderes als die endlich auch im Nachdenken über den Politik-Unterricht angekommene Ausdrucksform des neoliberalen und postdemokratischen Wahrheitsregimes.

Meiner Auffassung nach lässt sich demgegenüber keine Konzeption politischer Bildung ohne gesellschaftstheoretische Grundannahmen formulieren. Erst wenn wir über eine Vorstellung darüber verfügen, wie die Gesellschaft aussehen soll, in der wir leben wollen, können wir darüber nachdenken, welchen Zweck und welche Funktion Bildung und politische Bildung in dieser Gesellschaft erfüllen sollen. Im Hinblick auf die postdemokratische Diagnose bleibt dabei nichts anderes übrig, als am zentralen Ziel der Emanzipation aus Fremdbestimmung, Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen festzuhalten, und dem postdemokratischen Elitenregime die Forderung nach weitreichender Re-Demokratisierung entgegenzuhalten. Max Horkheimer hat hierzu einmal formuliert, dass die Aufgabe von Wis-

senschaft darin besteht, die Spannung zwischen Wirklichkeit und Idee zur Sprache zu bringen, „zwischen der Einrichtung der Welt, und dem, wie sie sein könnte“.²⁶ Eine Diskussion der Grundlagen politischer Bildung müsste deshalb mit der Entwicklung eines hinreichenden Begriffs von Kritik, eines komplexeren methodischen Instrumentariums und einem kritischen Begriff von (Post-)Demokratie beginnen. Von besonderem Interesse ist dabei sicherlich die Frage neuer Formen politischer Partizipation, die sich im Sinne einer Wiedergewinnung der Demokratie den postdemokratischen Zumutungen zu widersetzen vermögen. Erst vor diesem Hintergrund könnte dann zum Beispiel auch darüber nachgedacht werden, ob und inwiefern die Konzepte der Kompetenzorientierung im Hinblick auf die postdemokratischen Herausforderungen so modifiziert werden können, dass Schülerinnen und Schüler sich solche neuen partizipatorischen Strukturen anzueignen im Stande sind.

26 Max Horkheimer: Philosophie als Kulturkritik, in: Gesammelte Schriften, Band 7. Fischer, Frankfurt am Main 1985. S. 101.

„Die Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden“

Eine Kritik der Öffentlichkeit mit Jürgen Habermas und Michel Foucault

Fragwürdige parlamentarische Sondergremien zu Euro-Rettungsschirmen, sich aufbäumende Protestbewegungen gegen Diktaturen, Finanzwirtschaft, Studiengebühren oder Bahnhöfe, umstrittene Neuregelungen des Rederechts im Deutschen Bundestag, ernüchternde Renationalisierungstendenzen in Europa, desavouierende „Shitstorms“ im Internet – wer sich der lebensweltlichen Relevanz einer Beschäftigung mit den diversen Inkarnationen von Öffentlichkeit vergewissern möchte, hat es nicht schwer. Wer sich der Frage um Wert und Problematik von Öffentlichkeit bei der gemeinsamen Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens aber in theoretischer Absicht nähert, tut dies zunächst im Angesicht der Komplexität öffentlicher Diskurse. Aus einem undeutlichen Wirrwarr von Artikulationen ergeben sich nur an manchen Stellen vernehmbare Stimmen und Positionen. Themen erscheinen und verschwinden auf der Bühne einer komplex organisierten, medienvermittelten Öffentlichkeit. Der *Streit* um öffentliche Resonanz, um Positionen und Mehrheiten im demokratischen Spiel zeigt sich in verschiedensten Formen – etwa in den Zeilen des politischen Feuilletons,

den Winkelzügen des politischen Berlins, den PR-Kampagnen und Lobbyistenscharen großer Verbände, dem digitalen Output diverser Blogs im Internet, den Kammern und Ausschüssen der Parlamente oder den Plakaten und Bannern der DemonstrantInnen. Nur wenige Akteure stehen dabei unmaskiert auf offener Bühne. Manche soufflieren hinter dem schweren Vorhang, erzeugen aus strategischen Interessen *diskursiv* „Wahrheiten“ die jahrelang öffentliche Diskussionen prägen. Man denke nur an die steile Karriere des INSM-Spruchs „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Aber nicht immer zeigt sich der Mainstream derart aufnahmefähig. Oft dauert es Jahre bis sich Überzeugungen den Weg ins Zentrum von politischen Debatten bahnen. Beispielhaft dafür stehen Auseinandersetzungen, die man mit den sogenannten *Neuen Sozialen Bewegungen* im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts assoziiert. Ökologiebewegung, Anti-Atomkraftbewegung, Neue Frauenbewegung, Neue Friedensbewegung, Eine-Welt-Bewegung oder Bürgerinitiativbewegung waren zu ihren Anfängen marginalisierte Gesellschaftsgruppen, die vom breiten Mainstream nicht oder kaum als ernst zu nehmende Teil-

nehmer im breiten politischen Diskurs wahrgenommen wurden. In der Bundesrepublik des Jahres 2012 sind nach Jahrzehnten der öffentlichen Auseinandersetzung Themen wie Umweltschutz, Gleichberechtigung, mehr Bürgerbeteiligung – ja sogar die Abkehr vom Atom – wie selbstverständlich bis tief in Teile des konservativen Lagers vorgedrungen.

Dabei entfachen sich diese Transformationen öffentlicher Diskurse an einer Kritik des Bestehenden, an einem kritischen Blick auf die Einrichtung der Welt – in einem banalen wie emphatischen Sinn. Mag sich Öffentlichkeit auch manchmal als überaus korrumpierte Struktur geben, so scheint sie doch auch der Ort in der Gesellschaft zu sein, an dem gültiges Wissen produziert werden kann. Die Öffentlichkeit ist der Ort an dem die kleinen und großen Pathologien einer Gesellschaft sichtbar und an dem sie verhandelt werden können. Wer über Perspektiven sozialer Demokratie nachdenkt muss der öffentlichen Sphäre eine besondere Stellung zusprechen – auch und gerade in Hinsicht auf das demokratische Versprechen auf Anteil und Sichtbarkeit; auch und gerade in Hinsicht auf ein Festhalten an einen gehaltvollen Begriff des Politischen jenseits formalistischer Erstarrung und Marktförmigkeit.

Öffentlichkeit zwischen Normerzeugung und strukturellen Vorbedingungen

Ganz grundsätzlich bilden die vielen gesellschaftlichen (Sub-)Öffentlichkeiten mit ihren permanenten Verständigungsprozessen einen wichtigen normativen Bezugspunkt. So entstehen schon aus *beliebig* strukturierten gesell-

schaftlichen Diskursen zum Teil normativ relevante Ergebnisse, etwa Normen und Regeln. Darüber hinaus wird Diskursen aber auch das Potential zugesprochen durch *bestimmte* Verfahrensstrukturen vernünftige Ergebnisse zu produzieren. Damit erhält Öffentlichkeit nicht nur eine praktische, sondern auch eine enorme theoretische Relevanz. Die Beobachtung und die Irritation darüber, dass diese hohe theoretische Stellung den Unwägbarkeiten und Unschärfen praktischer, empirischer Diskurssituationen oft recht unvermittelt gegenübersteht, muss Teil der Motivation für eine Auseinandersetzung mit Öffentlichkeit sein. „Für eine Untersuchung öffentlicher Diskurse bedeutet dies, dass die bloße Konfrontation der alltäglichen Öffentlichkeit mit den ihr inhärenten Potentialen kommunikativer Rationalität eigenartig fruchtlos bleibt, solange man nicht die Ebene der Materialität und Produktivität des Diskurses ins Auge fasst“ (Embacher 2001: 8). Die theoretischen, normativen Überlegungen zu den Potentialen von Öffentlichkeit scheinen ergänzungsbedürftig, wenn sie ihre kritische Kraft nicht durch praktische Unbedeutsamkeit in der sozialen Welt einbüßen wollen. Kritik bedeutet eben nicht nur, ein beliebig konstruiertes Ideal mit den Unzulänglichkeiten einer defizitären Wirklichkeit zu konfrontieren. Wenn auf soziale oder ökologische Pathologien in komplex organisierten Massendemokratien genauso wie auf Forderungen nach einer stärkeren Mitbestimmung im öffentlichen Raum *nur* mit normativ aufgeladenen Modellen von Öffentlichkeit geantwortet wird, ohne sie um eine

Analyse der „nicht-logischen‘ strukturellen Merkmale gesellschaftlicher Wirklichkeit“ (Embacher 2001: 8) zu ergänzen, bleibt jede (wissenschaftliche) Kritik ohne nachhaltige Bedeutung. Die Analyse nicht nur des normativen Charakters, sondern auch der strukturellen Präfigurationen von Öffentlichkeit kann in Kombination mehr leisten. So gilt es „die sozialen Ursachen für eine Pathologie menschlicher Rationalität zu erkunden“, um gerade die „Chancen der Rationalität in Abhängigkeit von geschichtlich-sozialen Prozessen zu begreifen“ (Honneth 2007: 7) und deutlich werden zu lassen. Diesen Chancen menschlicher Rationalität soll in einem ersten Schritt mit einem wohldurchdachten und populären Öffentlichkeitsmodell nachgespürt werden.

Öffentlichkeit als Raum des vernünftigen kommunikativen Umgangs miteinander bei Jürgen Habermas

Der zeitgenössische Philosoph und Intellektuelle dessen ganzes Werk sich von der Trias aus Öffentlichkeit, Diskurs und Vernunft durchdrungen zeigt, ist Jürgen Habermas. Er sieht die Möglichkeit einer nicht subjektzentrierten Vernunft in der Sprache. Über Sprache können Menschen miteinander in Beziehung treten und sich gemeinsam diskursiv auf Normen verständigen. Im Streit um die Frage nach der Einrichtung des gesellschaftlichen Miteinanders kann nicht auf eine „höhere Gültigkeit“ verwiesen werden, es muss darum in der Öffentlichkeit verhandelt und gestritten werden. Habermas möchte ein Verfahren konstruieren und rechtfertigen, welches durch möglichst breite öf-

fentliche Debatten zu legitimen – da potentiell vernünftigen – Entscheidungen findet.

Das dazu in *Faktizität und Geltung* entworfene Konzept einer *zweigleisigen deliberativen Politik* stellt einen ganz eigenen Versuch dar, ein konkretes Politikmodell auszubuchstabieren, das staatliches Handeln an den *demos*, das Volk, rückbinden soll. Zweigleisig ist dieses Konzept offenkundig deshalb, weil es den politisch-institutionellen Kernbereich – speziell die *parlamentarische Öffentlichkeit* mit ihren demokratischen Verfahren – an die *allgemeine Öffentlichkeit* koppelt. Dabei wird das besondere Verhältnis dieser zwei Arten von Öffentlichkeit betont, deren funktionierende Wechselbeziehung konstitutiv ist für den demokratischen und deliberativen Charakter des Habermaschen Modells. Durch die Rückkopplung der informellen Meinungsbildungsprozesse in der allgemeinen Öffentlichkeit an die entscheidungsorientierten Beratungen im Parlament wird die Ausübung administrativer Macht nicht nur nachträglich kontrolliert (Kontrolle des Outputs), sondern aus der Öffentlichkeit heraus „mehr oder weniger auch programmiert“ (Habermas 1998: 364). Die verschiedenen Funktionen der beiden Arten von Öffentlichkeit kristallisieren sich also nach Habermas für die verfahrensdominierte parlamentarische Öffentlichkeit als *Rechtfertigungs-* und für die allgemeine Öffentlichkeit als *Entdeckungszusammenhang*. In der pluralistischen, anarchischen Struktur vieler Suböffentlichkeiten werden die Probleme, die später eventuell Eingang in die Beratungen parlamentarischer

Öffentlichkeit finden, erst als Probleme identifiziert und so eine Sensibilisierung für neue Problemstellungen und potentielle Konflikte möglich. Die verfahrensregulierten Öffentlichkeiten in den Parlamenten sind unbedingt angewiesen auf diese enge „Zuarbeit“ der nicht verfahrensregulierten allgemeinen Öffentlichkeit. An ihnen ist es dann aus dem Komplex allgemeiner Öffentlichkeit Probleme aufzugreifen und zu bearbeiten. Die Parlamente als auf Zeit konstituierte Repräsentativöffentlichkeiten, sollen die Meinungs- und Willensbildung lösungsorientiert strukturieren, ihre jeweilige Problemauswahl rechtfertigen und zwischen konkurrierenden Lösungsvorschlägen begründet Entscheidungen treffen. Die im Entdeckungszusammenhang allgemeiner Öffentlichkeit gewonnene kommunikative Macht wird durch diese Verfahrenslogik in administrative Macht überführt und Entscheidungen in Recht gegossen.

Damit Anstöße aus dem breiten Feld der Öffentlichkeit in den Kernbereich des politischen Systems vordringen können, ist ein funktionierendes Zusammenspiel von *Öffentlichkeit* und *parlamentarischer Öffentlichkeit* also einerseits unabdingbar. Andererseits betont diese zweigleisige Öffentlichkeitskonstruktion die Filter- und Schleusenfunktion zwischen dem tendenziell unbegrenzten Kommunikationsraum allgemeiner Öffentlichkeit und den entscheidungsorientierten Beratungen parlamentarischer Öffentlichkeit. So lässt sich in den Sphären der allgemeinen Öffentlichkeit erzeugter Einfluss „nur umsetzen, wenn er durch die Schleusen des demokratischen Ver-

fahrens und des rechtsstaatlich verfassten politischen Systems überhaupt hindurchdringt“ (Habermas 1998: 398). Die institutionalisierten demokratischen Verfahren sind aber unbedingt abhängig von dem Entdeckungszusammenhang allgemeiner Öffentlichkeiten. Die Routinen des Kernbereichs müssen schließlich für neue Anstöße sensibel und offen bleiben, ansonsten droht ein Demokratiedefizit. Ist die Filterwirkung des Schleuseneffekts zu stark, ist auch der Komplex parlamentarischer Öffentlichkeit von der Möglichkeit abgeschnitten, kommunikative Macht in Recht zu gießen. Der gesamte Kernbereich würde in Selbstbezug und Routine verharren und der eigene radikaldemokratische Anspruch des Habermasschen Modells könnte nicht erfüllt werden. Auch die zivilgesellschaftliche Bündelung von Artikulationen und Ansprüchen aus der allgemeinen Öffentlichkeit ist als Lautverstärker nicht nur notwendiger Filter, sondern als Schleuse ebenso anfällig für versteckte oder eigentlich ungewollte Blockaden. Wie also ist das hier angerissene Öffentlichkeitsmodell zu bewerten?

Probleme des Habermasschen Öffentlichkeitsmodells

Habermas selbst gibt zahlreiche Hinweise, die sein Ziel, der rechtsstaatlichen Verfasstheit moderner Staaten, eine *radikale Demokratie* beiseite zu stellen (vgl. Habermas 1998: 13) immer mehr in Frage stellen. Die politische Öffentlichkeit müsse etwa von sich heraus sensibel und aufmerksam auf Problemstellungen aus der allgemeinen Öffentlichkeit reagieren (vgl. Habermas 1998:

445). Die Kommunikationsstrukturen der allgemeinen Öffentlichkeit seien nur mit einer vitalen und intakten Bürgerschaft intakt zu halten (vgl. Habermas 1998: 447). Kurzum, die Zivilgesellschaft und allgemeine Öffentlichkeit kann nur *unter bestimmten Umständen* auf das politische System einwirken; sie sei zwar problemsensitiv aber insgesamt zu schwach, um intensive und zeitnahe Problembearbeitung einzufordern (vgl. Habermas 1998: 451). Erst in seltenen Augenblicken der Mobilisierung können sich die Kräfteverhältnisse zwischen (zivilgesellschaftlicher) Öffentlichkeit und politischem System wirklich verändern (vgl. Habermas 1998: 458). Offensichtlich kann aber einer nur in Krisenzeiten mobilisierungsfähigen Öffentlichkeit kein über den Status quo hinausgehendes demokratieförderliches Potential zugesprochen werden. Nicht zuletzt lassen Habermas' eigene engagierte Interventionen der letzten Jahre darauf schließen, dass er angesichts der europäischen Integrations- und Krisendebatten diese Mobilisierungswirkung in Krisenzeiten heute selbst vermisst.

Habermas' Konzept verliert also umso mehr an radikaldemokratischer Emphase, je mehr es in lebensweltlichem Kontext konkretisiert und mit den Realitäten einer spätkapitalistischen Massendemokratie konfrontiert wird. Wenngleich Habermas, aufbauend auf seinem positiv besetzten Begriff der kommunikativen Macht, ein gehaltvolles normatives Konzept von Öffentlichkeit präsentieren kann, so liefert er keine angemessene Grammatik für die vielen praktischen Schwierigkeiten und die daraus folgenden theoretischen Pro-

bleme, die eine Beschäftigung mit Öffentlichkeit zwangsläufig aufwerfen. Eine Orientierung an einem Verfahrensbegriff der Demokratie scheint die teils erdrückende Materialität gesellschaftlicher Verhältnisse nur ungenügend fassbar zu machen. Das zunächst kraftvolle Versprechen einer wirkungsvollen Anbindung der allgemeinen Öffentlichkeiten an den parlamentarischen Apparat verschwindet zunehmend zugunsten einer machtlosen „*Öffentlichkeit im Ruhezustand*“, die nur in „*Augenblicken der Mobilisierung [...] zu vibrieren*“ beginnt (Habermas 1998: 458). Sicherlich liegt eine Stärke dieser Ausführungen in der pragmatischen Auseinandersetzung mit den Bedingungen der Implementierung eines deliberativen Politikmodells. Habermas verweist zu Recht auf die Stärken liberaler, rechtsstaatlich verfasster Demokratien mit gewachsener Zivilgesellschaft und beschreibt stichhaltig, aber oberflächlich¹ die Prozesse zwischen gesellschaftlichen Akteuren und dem politischen Kernsystem. Auch der Versuch, die Qualität der Outputleistung durch eine demokratischere (d.h. legitimere) und rationale Inputleistung steigern zu wollen, ist im Grunde richtig. Gerade in diesem Kontext bilden institutionalisierte deliberative Verfahren als Formen rationaler Selbstbindung ein hohes Potential auch für eine gesteigerte Qualität politischer Entscheidungsfindung (vgl. Schaal/Ritzi 2009: 55). Eine Verbesserung der Outputleistung ei-

1 Oberflächlich in dem Sinne, dass er vor allem die benennbaren Akteure und institutionellen Strukturen systemisch gut im Auge hat, nicht jedoch die sublimen Strukturen und Kontexte.

nes politischen Systems ist natürlich ein Weg zu mehr Legitimität. Aber Habermas selbst verweist mit gutem Grund darauf, dass es – gerade in Zeiten einer häufig attestierten Akzeptanz-Krise von Demokratie – auf Input-Verbesserungen ankommt und nur ein echtes *Mehr* an Demokratie und Partizipationsmöglichkeit das Ziel einer so fokussierten Demokratietheorie sein kann.

Auch interne Strukturen und die Machtverhältnisse im Komplex allgemeiner Öffentlichkeiten werden im Habermaschen Modell von Öffentlichkeit zu wenig analysiert. Wer hat die *Bemächtigung* Diskurse in der allgemeinen Öffentlichkeit zu initiieren? Normativ gesehen gelten alle Argumente gleich, faktisch aber sind es Intellektuelle und andere Eliten, die machtvolles Agenda-Setting betreiben. Die allgemeine Öffentlichkeit kennt in ihrer zivilgesellschaftlichen Verfasstheit zahlreiche Arten von Stellvertretung. Repräsentative Mechanismen helfen vor allem „lizenzierten“ Argumenten zu öffentlicher Resonanz, „Volkssouveränität wird zur Souveränität derjenigen, die immer schon kommunizieren und sich immer schon verstanden haben“ (Demirovic 1997: 155). Konnte Habermas in früheren Werken aus einer mehr „genealogisch-analytischen“ Blickweise Kräfteverhältnisse und Kämpfe im sozialen Raum noch deutlicher fassen, so fehlt der Diskurstheorie des demokratischen Rechtsstaats dieser kritische Blick weitgehend. Die zentrale Stellung der allgemeinen Öffentlichkeit *der Bürger* (nicht nur der gut positionierten Akteure in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft) ist bei Habermas medi-

endominiert und vermachtet dargestellt – ohne aber eine für die Untersuchung der Öffentlichkeit so zentrale *Macht*-analytik vorzulegen. Auch wenn „seine“ Öffentlichkeit in Zeiten der Krise mobilisierungsfähig ist, „bleibt von den Postulaten deliberativer Demokratie als gemeinschaftlicher Selbstgesetzgebung eines Gemeinwesens allenfalls ein Schatten übrig“ (Zimmermann 2004: 189). Aber gerade die Schaffung eines geeigneten Rahmens für die Rückbindung einer deliberierenden breiten Bürgerschaft muss Herzstück einer deliberativen Demokratietheorie sein. Natürlich ist eigentlicher Kern in vielen dieser Ansätze immer noch ein durch demokratische Verfahren repräsentativ konstituiertes und arbeitendes Kollektivorgan. Aber „democracy, on the deliberative view, is a framework of social and institutional conditions that facilitates free discussion among equal citizens“ (Cohen 1996: 99). Habermas' Ausführungen zu diesen „conditions“ kratzen höchstens an der Oberfläche. Will Habermas dem liberalen Rechtsstaat eine radikale Demokratie zur Seite stellen, so muss er auch die *radix* (also die Wurzel und den Ursprung) – im demokratischen Verständnis das *Volk*, die Menschen als Souverän – am politischen Prozess überzeugend partizipieren lassen. Mit seiner soziologischen Übersetzung des im Ansatz plausiblen zweigleisigen Politikmodells verfehlt Habermas diese Vorgabe.

Damit bleiben seine Ausführungen auch defizitär für eine ganzheitliche Beschäftigung mit der Bedeutung von Öffentlichkeit. Eine *Kritik der Öffentlichkeit* muss der Theorie des demokratischen Rechtsstaats

tischen Rechtsstaats einige ganz andere Denkanstöße zur Seite stellen und so die Potentiale von Öffentlichkeit unter den Bedingungen neuzeitlicher *Regierungsrationaltäten* ausloten. Habermas liefert erstens keine geeignete Analytik der (sublimeren) gesellschaftlichen Kraftverhältnisse. Zweitens verliert er auch das Subjekt, den Mensch als Zentrum aller Anstrengungen zur gemeinsamen Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens, in den allzu verfahrensorientierten Versuchen einer radikaldemokratischen Neujustierung moderner Gesellschaften aus den Augen. Die vorwiegend schwache Öffentlichkeit der Staatsbürger ist als vermeintlich kreativer Entdeckungszusammenhang und passive Legitimationsquelle zu sehr als schlicht notwendige Funktionssphäre konzeptualisiert. Dabei vermisst man bei Habermas auf der einen Seite nicht nur die Problematisierung und Analyse der sublimen Machtverhältnisse, der impliziten Zugangsvoraussetzungen sowie der Ausschlussmechanismen im Feld öffentlicher Auseinandersetzung. Es fehlt nach den formulierten Einwänden auf der anderen Seite auch an einer emphatischen, „positiven“ Konzeptionalisierung von Öffentlichkeit, im Sinne einer Sphäre oder eines Raums *hin zu* oder *für* etwas. Habermas' richtige Diagnose, wonach einem noch so gut funktionierenden Rechtsstaat unbedingt eine Form radikaler Demokratie beiseitestehen muss, findet in der Konkretisierung seines Politikmodells keine ausreichende Entsprechung.

Foucaults kritische Ontologie der Gegenwart

Nachdem mit Habermas ein solides, aber selbstverständlich kritisierbares Öffentlichkeitsmodell diskutiert wurde, sollen nun einige Perspektiven in Anlehnung an einen Philosophen umrissen werden, der keineswegs ein vergleichbarer *Öffentlichkeitstheoretiker* ist. In einem werkgeschichtlichen Querschnitt lässt sich mit Michel Foucaults Projekt einer kritischen Ontologie der Gegenwart aber gerade an einigen Stellen anknüpfen, die bei Habermas Fragen offen ließen. Foucaults Diskursverständnis lenkt den Blick genauso wie seine vielschichtige Machtanalytik auf gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, die den demokratischen Streit um die gemeinsame Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens entscheidend prägen. Mit seiner eigenständigen Deutung von Aufklärung als Haltung vermeidet er dabei eine pessimistisch-deterministische Kapitulation vor den Umständen. Vielmehr appelliert er an die Menschen und deren „Willen, nicht dermaßen regiert zu werden“.

Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und die Produktion des Diskurses

Im Rahmen einer Thematisierung von Öffentlichkeit muss zumindest schematisch auf Foucaults Diskursverständnis eingegangen werden. Eine Grundannahme seines Denkens findet sich dazu in seiner Antrittsrede anlässlich seiner Berufung auf den eigens für ihn geschaffenen Lehrstuhl zur „Geschichte der Denksysteme“ am Collège de France im Dezember 1970: „Ich setze voraus, dass in jeder Gesellschaft die

Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird – und zwar durch gewisse Prozeduren, deren Aufgabe es ist, die Kräfte und die Gefahren des Diskurses zu bändigen, sein unberechenbar Ereignishaftes zu bannen, seine schwere und bedrohliche Materialität zu umgehen“ (Foucault 2007: 10f.). Diskurse sind nicht von vornherein Orte eines geschichtslosen, rationalen Austauschs von Argumenten, sondern eingebaut in eine Matrix aus Vorbedingungen und Einflussnahmen. Damit müssen gerade diese *Kontexte* von Diskursen essentieller Teil einer Öffentlichkeitsanalyse sein. „Es ist Foucaults zentrale These, dass sinnvolles Sprechen (und Schreiben), d.h. das Bilden kommunizierbarer Sätze von Rahmenbedingungen und Institutionalisationen abhängen, die sich analysieren und kritisieren lassen“ (Saar 2007: 26).

Zur Veranschaulichung soll beispielhaft auf drei Ausschlussysteme verwiesen werden, die extern auf Diskurse wirken: das *Verbot* (Dimension: Erlaubt – Verboten; nicht jeder hat das Recht, sich über alles zu äußern), die *Unterscheidung zwischen Wahnsinn und Vernunft* (Dimension: Vernunft – Wahnsinn; der Wahnsinnige wird aus dem Diskurs ausgeschlossen, dessen Wort zählt nicht als Aussage) und der *Willen zur Wahrheit* (Dimension: Wahr – Falsch; entkoppelt vom Sprecher, durchdringt auch andere Diskurse). Alle drei Mechanismen prägen nicht nur eine spezifische Debatte in die eine oder andere Richtung, sondern repräsentieren selbst eine Wechselbeziehung von Diskurs- und Realitätserzeugung.

Diskurs und Wahrheit sind in ihrem doppelgesichtigen Charakter zu reflektieren. Wahrheit und Wissen sind nicht primär Ergebnis rationaler Denkprozesse von Menschen, sondern entstehen wesentlich aus den Strukturen der Diskurse einer Epoche, den verschiedenen Präge- und Ausschlussmechanismen und des dort zum Tragen kommenden *Willens zu Wahrheit*. Mit Foucault treten somit auch andere Faktoren ins Zentrum einer Analyse von Öffentlichkeit: „die nicht-epistemischen, nicht-sinnhaften oder nicht-diskursiven Faktoren, die das Bilden von Sätzen und Erzeugen von Wahrheiten rahmen und ermöglichen“ (Saar 2007: 26).

Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und der Machttypus der ‚Regierung‘

Auch Macht ist im Werk Foucaults zu allen Schaffensphasen ein zentraler Begriff, der dabei durchaus wechselnde, teils diskontinuierliche Bedeutungen transportiert. *Einer* der vielen Machttypen die Foucault beschreibt ist der umfassende Machttypus der *Regierung*. Regierung muss dabei in einem breiteren Sinne verstanden werden als Strukturierung des möglichen Handlungsfelds anderer, als Art und Weise wie sich die Menschen gegenseitig und selbst *führen*. So gibt es entgegen der heutigen Verengung auf einen Teil des politischen Kernbereichs zahlreiche Formen und Orte des Regierens: „Unter Regierung verstehe ich die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, mittels deren man Menschen lenkt, von der Verwaltung bis zur Erziehung“ (Foucault 1996: 118). Für Foucault ist dieser breite Regierungsbegriff besonders wichtig für

seine Analysen moderner Staatlichkeit. Dazu identifiziert er in den kritischen historischen Auseinandersetzungen mit Machiavellis *Il Principe* den Keim eines Nachdenkens über die *Kunst des Regierens* (vgl. Foucault 2000: 41ff.). Nicht mehr Fürst oder Souverän stünden seitdem im Mittelpunkt der Betrachtungen, sondern zahlreiche Handlungsfelder und gesellschaftliche Bereiche. Dabei entsprechen verschiedene Regierungsformen unterschiedlichen Reflexionsformen. Die Moral stellt die Frage nach der Regierung des Selbst, die Ökonomie entspringt aus der Frage nach der guten Regierung der Familie, die Politik ist die Reflexion über die Regierung des Staates (vgl. Foucault 2000: 47). „Jenseits einer exklusiven politischen Bedeutung verweist Regierung also auf zahlreiche und unterschiedliche Handlungsformen und Praxisfelder, die in vielfältiger Weise auf die Lenkung, Kontrolle, Leitung von Individuen und Kollektiven zielen und gleichermaßen Formen der Selbstführung wie Techniken der Fremd-Führung umfassen“ (Lemke 2001: 110). Regierung wird zur Führung der Menschen und Kollektive unter den Bedingungen der Totalisierungs- und Individualisierungstendenzen des werdenden modernen Staates. Der Begriff der Regierung hat eine enorme Bedeutung im Werk Foucaults. Er problematisiert die engen Beziehungen zwischen Machttechniken, Wissensformen und Subjektivierungsweisen und erlaubt so die „Institutionalisierung staatlich-rechtlicher Formen in ihrer Beziehung zu historischen Subjektivierungsmodi“, also „Subjektivierung und Staatsformierung [...] unter einer einheitlichen ana-

lytischen Perspektive“ (Lemke 2008: 261) zu untersuchen. Für Foucault stehen dabei die *Praktiken des Regierens* mehr im Fokus als „der Staat“ als solcher. Denn Staat wird weder „als Real-Objekt noch als ideologische Fiktion begriffen, sondern als ein dynamisches Ensemble von Beziehungen und Synthesen, das zugleich die institutionelle Struktur des Staates und das Wissen vom Staat hervorbringt“ (Lemke 2008: 262). Damit sind diese Praktiken des Regierens nicht etwas, das von dem Staat eingesetzt und angewandt wird. Vielmehr begreift Foucault den Staat selbst als dynamische Regierungstechnik in spezifischer historischer, aber kontingenter Form. An dieser Stelle zeigt sich sehr genau der Wert dieser besonderen („Staats“)-Analysen. Indem *bestimmte* Praktiken der Regierung mit dazu korrespondierenden *bestimmten* Wahrnehmungs- und Wissensarten untersucht werden, fragt Foucault damit allgemeiner nach einer *bestimmten politischen Rationalität*. „Der Begriff der politischen Rationalität verweist darauf, dass die Repräsentationen des Sozialen alles andere als selbstverständlich und ‚natürlich‘ sind“ (Lemke/Krasmann/Bröckling 2000: 21). So kann Foucault beispielsweise die *liberale Regierungsrationalität* untersuchen – eben mit ihren je spezifischen Wahrnehmungs- und Wissensarten, ihren spezifischen Regierungspraktiken und Subjektivierungsweisen. Genau so können dann *zeitgemäße* Denkschemata und Gegebenheiten eben als Gewordenes denaturalisiert und das „historisch-spezifische Netz von Kräfteverhältnissen, Interessen und Strategien [aufgezeigt werden],

das jene Evidenzen ermöglicht und stabilisiert hat“ (Lemke/Krasmann/Bröckling 2000: 21). Mit den Untersuchungen zu *Regierung* wird deutlich, wie eine historisch orientierte Macht- und Diskursanalyse die kritische Sicht auf die zeitgemäße Einrichtung der Welt verändert und bereichert. Der analytische Blick auf gegenwärtige politische Rationalitäten ist eine zentrale Stärke der Foucaultschen Perspektive – hinsichtlich der Betrachtung gegenwärtiger Sozialbeziehungen, aber auch bezüglich der Sicht auf Öffentlichkeit oder auf (die zweiseitige Funktion von) Zivilgesellschaft. Heutige Gesellschaften müssen dahingehend analysiert werden, auf welche Weise die Menschen in welchem Maß regiert werden. Eine Gesellschaft ohne Machtbeziehungen ist dabei mit den Foucaultschen Denkmustern eine „Abstraktion“ (Foucault 2005: 258). Gerade dadurch aber wird es „politisch nur noch notwendiger, dass wir analysieren, wie sie [die Machtbeziehungen, M.D] in einer bestimmten Gesellschaft beschaffen und wie sie geschichtlich entstanden sind, was ihre Festigkeit oder Zerbrechlichkeit ausmacht und unter welchen Umständen die einen verändert, die anderen abgeschafft werden können“ (Foucault 2005: 258).

Hier wird eine Haltung angedeutet, welche die Analyse der Beschaffenheit bestimmter Gesellschaften mit der Frage nach einer anderen Einrichtung von Gesellschaft verbindet. Mit der Analyse von Formen der Regierung wird einerseits eine Ebene sichtbar, welche die strukturellen, strategischen und geschichtlichen Beeinflussungen heutiger Gesellschaften offen legt. Gerade der

Analyse der Regierungstechnologien kommt damit „eine wichtige kritische Bedeutung zu, da durch sie festgelegt wird, wie offen oder fixiert die strategischen Spiele ablaufen, ob sie sich zu Herrschaftszuständen verhärten oder die Möglichkeit von ‚Freiheitspraktiken‘ eröffnen“ (Lemke 2001: 122). Damit dient die Analyse von *Regierung* aber darüber hinaus dazu, eigene Gewissheiten, wie auch die momentane Einrichtung der Gesellschaft, kritisch zu befragen. Ergeben sich bestimmte Phänomene und Einstellungen als Produkt zeitgemäßer Regierungsstrategie, kann man fragen, ob und, wenn ja, wie diese Phänomene und Einstellungen verändert oder abgeschafft werden können.

Die Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden – Aufklärung als Haltung

Bei der Beschäftigung mit Foucaults Machtanalytik darf nicht vergessen werden, dass im Zentrum seines Denkens die Frage nach dem Subjekt und den heutigen Formen der Subjektivierung steht. Das Machtgeflecht in einer Gesellschaft wird zwar als umfänglich geschildert, ohne aber Lebensführung und Handeln umfassend zu determinieren. Wichtig ist ein reflexiver Umgang und eine kritische Distanz zum *Regiertsein*: „Das Hauptziel besteht heute zweifellos nicht darin, herauszufinden, sondern abzulehnen, was wir sind. Wir müssen uns vorstellen und konstruieren, was wir sein könnten, wenn wir uns dem doppelten politischen Zwang entziehen wollen, der in der gleichzeitigen Individualisierung und Totalisierung der modernen Machtstrukturen liegt“ (Foucault 2005: 250). Wie aber

soll das regierte Subjekt anders denken und handeln, wenn die Machtverhältnisse selbst Wahrheiten als Ordnungen produzieren, die festzulegen versuchen, wie etwas gedacht werden muss?

Ohne jemals eine „Lösung“ oder „Anleitung“ zu diesem Problem zu präsentieren, beschreibt Foucault – werkgeschichtlich spät – eine Bewegung parallel zur Entwicklung der Regierungskünste: die Entstehung einer *kritischen Haltung*, eines *kritischen Ethos*. „Ich will sagen, dass sich in jener großen Unruhe um die Regierung und die Regierungsweisen auch die ständige Frage feststellen lässt: ‚Wie ist es möglich, dass man nicht derartig, im Namen dieser Prinzipien da, zu solchen Zwecken und mit solchen Verfahren regiert wird – dass man nicht so und nicht dafür und nicht von denen da regiert wird?‘“ (Foucault 1992: 11f.). Parallel zur Entwicklung und Intensivierung der Regierungsbemühungen entdeckt Foucault eine sich entfaltende kritische Denkungsart, die ähnlich der Regierung selbst wesentlich im „Bündel der Beziehungen zwischen der Macht, der Wahrheit und dem Subjekt“ (Foucault 1992: 15) entsteht. Entgegen der Regierbarmachung ist Kritik aber charakterisiert als die „Bewegung, in welcher sich das Subjekt das Recht herausnimmt, die Wahrheit auf ihre Machteffekte hin zu befragen und die Macht auf ihre Wahrheitsdiskurse hin“ – kurz: „Kritik [ist] die Kunst der freiwilligen Unknechtschaft, der reflektierten Unfügsamkeit. In dem Spiel, das man die Politik der Wahrheit nennen könnte, hätte die Kritik die Funktion der Entunterwerfung“ (Foucault 1992: 15).

Erstaunlicherweise positioniert sich Foucault selbst und sein Werk in diesem Zusammenhang in eine gewisse Traditionslinie mit Kant. Das was er selbst „bloß empirisch und ziemlich ungenau“ (Foucault 1992: 15) als *Kritik* umreißen möchte, ähnele der Definition Kants von der *Aufklärung*. „Was Kant als Aufklärung beschrieben hat, ist eben das, was ich als Kritik charakterisiere“ (Foucault 1992: 16). Aufklärung als aktives Heraustreten des Menschen aus einem Zustand des unmündigen Regiert-werdens, Kritik als freiwillige Unknechtschaft anstatt selbstverschuldeter Unmündigkeit. „Aufklärung bezeichnet für Foucault ein Ethos, das darin besteht, die Gegenwart kritisch, im Sinne von skeptisch, begreifen zu wollen“ (Biebricher 2005: 213). *Kritik* nach Foucault ist zu verstehen als „historische Untersuchung der Ereignisse, die uns dazu geführt haben, uns als Subjekte dessen, was wir tun, denken und sagen, zu konstituieren und anzuerkennen“ (Foucault 1990: 49). Dies ist Foucaults Projekt. Aufklärung als kritische Haltung; als Wille, nicht dermaßen regiert zu werden – ausgefüllt mit dem Bewusstsein, Phänomene und Rationalitäten der Gegenwart als spezifische Singularitäten zu analysieren. Diesen spezifischen Singularitäten kann gegebenenfalls in kritischer Haltung – nach Kant im Modus eines Heraustretens aus dem Zustand der Unmündigkeit – entgegengetreten werden.

Implikationen einer Kritik der Öffentlichkeit

„Denn die einen sind im Dunkeln /
Und die andern sind im Licht.
Und man siehet die im Lichte /
Die im Dunkeln sieht man nicht.“

Bertolt Brecht

Ausgang dieses Textes war die allgemeine Frage, ob ein hoffnungsfroher Blick auf Öffentlichkeit, als zentrale Bühne für Artikulationen, Auseinandersetzungen und für den Streit um Sichtbarkeit und Anteil, gerechtfertigt ist. Dieser Bedeutung von Öffentlichkeit kann grundlegend mit Habermas' nachgespürt werden. Habermas' Theorie des demokratischen Rechtsstaates ist ein vielbeachteter Versuch, dem Streit über die gemeinsame Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Form der Öffentlichkeit zwar eine Bühne bereitzustellen, diesen Streit aber gleichzeitig, durch Konsensorientierung und das Modell einer zweigleisigen deliberativen Politik, derart zu bändigen, dass Gegensätze versöhnt und ein möglichst rationaler Policy-Output sichergestellt werden. Indem Habermas danach fragt, wie legitime Entscheidungen unter den Bedingungen von modernen Massendemokratien entstehen können, ist das Hauptaugenmerk seiner Konzeptionalisierung von Öffentlichkeit die Verstetigung der kommunikativen Macht durch eine Überführung in den *institutionalisierten* Kernbereich des politischen Systems. Habermas bietet als Protagonist dieses Legitimitätsdiskurses dadurch eine plausible Beschreibung der *Funktion*, welche der Öffentlichkeit in west-

lich-liberalen Demokratien zugesprochen wird.

Foucault ist nun keinesfalls ein vergleichbarer Öffentlichkeitstheoretiker. Dennoch können mit ihm Sichtweisen präsentiert werden, die jeweils einen wertvollen Beitrag für eine umfassende Analyse von Öffentlichkeit leisten. Mit Hilfe von Foucaults Werksplitter kann die gewissermaßen *hegemoniale* Sicht auf die Rolle von Öffentlichkeit und auf die Einrichtung des politischen Streits hinterfragt und ergänzt werden. Für die theoretische Ebene einer Analyse von gesellschaftlichen Phänomenen wie Öffentlichkeit ist dies insofern wichtig, als dass die existierende Aufteilung von Welt mit Foucault nicht einfach als gegebene hingenommen wird, sondern im Bewusstsein um ihr Entstehen und ihren bestimmten Zweck betrachtet und hinterfragbar wird. Diese kritische Ontologie der Gegenwart bewahrt also auf der einen Seite davor, Öffentlichkeit im Speziellen und Politik allgemein zuallererst als Frage von institutioneller Verstetigung und funktionaler Administration von Interessen und Bedürfnissen zu betrachten. Auf der anderen Seite wird mit dem Verweis auf eine *kritische Haltung* eine kritische Reflexivität beschworen, die als Antwort auf die mannigfachen differenzierten Kristallisationen von *Regierung* als eine ebenso sublimen und alltägliche Widerstandspraxis beschrieben werden kann. Diese Praxis meint keinen „revolutionären Kampf“, denn „im Verhältnis zur Macht [gibt es] nicht den einen Ort der Großen Weigerung“ (Foucault 2002: 117). Diese Praxis ist vielmehr die kritische Beziehung zu der etablierten Ordnung, deren Auf-

teilung von Welt und deren Formen der Subjektivierung. Mit Foucault kann diese Praxis auch ein stiller, individueller Akt sein. Öffentlichkeit jedoch ist für Foucault vor allem dann eine wichtige Bühne, wenn sie vermeintlich Privates in das Licht politischer Auseinandersetzung zerrt und nicht ausschließlich als zivilgesellschaftliches Surrogat direkte Artikulation bloß stellvertretend repräsentiert. Die Spannung zwischen Öffentlichkeit als Mittel zum Zweck der Anbindung der Bürger an ein politisches System und Öffentlichkeit als offenes Feld des politischen Streits verweist dabei auch auf unterschiedliche Sichtweisen auf Politik und Demokratie.

In diesem Zusammenhang darf man Habermas' Konzeptionalisierung von Öffentlichkeit nun nicht Unrecht tun. Sein Politikmodell ist kein „grau- es“ Konglomerat aus verfahrensorientierten Zweck-Mittel-Überlegungen. Schließlich beruhen seine Überlegungen *grundlegend* auf der Idee der kommunikativen Macht als gemeinsamem Akt der Willensbildung grundsätzlich freier Menschen im politischen Raum. Ausgangspunkt dieser Entstehung kommunikativer Macht ist bei ihm der Entdeckungszusammenhang einer im Anspruch allgemeinen nicht vermachteten Öffentlichkeit. Probleme ergeben sich einerseits erst durch die fehlende Reflexion kraftvoller Diskurs- und Machtstrukturen. Andererseits durch die zu starke Fokussierung auf die Verstärkung kommunikativer Macht in einem durch demokratische Verfahren geprägten Institutionengefüge. Dabei ist die Frage nach einer dauerhaften Umformung menschlicher Praxis in

routinierte Abläufe durchaus berechtigt. „Institutionen sind nicht als solche das Problem – solange sie die Tatsache nicht ausblenden, dass sie auf ihre permanente Neugründung im Vollzug der politischen Praxis angewiesen sind und damit deren Konflikten weiter ausgesetzt bleiben“ (Celikates/Jaeggi 2006: o. S.). In diesem Zusammenhang wurde auch bereits mit Habermas deutlich, dass eine funktionierende Öffentlichkeit der Abschaffung derjenigen Bedingungen dienen kann, die „Politik als Projekt der gemeinschaftlichen Gestaltung der Lebensbedingungen systematisch blockieren“ (Celikates/Jaeggi 2006: o. S.). Ob dieser Begriff von Politik als Projekt der gemeinschaftlichen Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens jedoch wirklich in einer *zivilgesellschaftlich eingehetzten Öffentlichkeit im Ruhezustand* seine Entsprechung findet, bleibt zumindest fraglich. Heutzutage scheint nicht die Betonung eines Politikverständnisses nötig, das vorwiegend auf die Organisation von Verfahren und die Einhegung des politischen Streits fixiert ist. Die Bedeutung von Öffentlichkeit ist in ihrer schwer fassbaren Offenheit und Unbegrenztheit begründet, die einen Freiraum ermöglichen soll, die Einrichtung der Welt auch ganz anders zu denken. Dieser emphatischen Betrachtungsweise entspricht ein Politikverständnis, das Demokratie nicht als Verfahren oder bestimmte Form von Regierung denkt, sondern gerade als deren Aufbrechen. Demokratie ist „nicht eine Gesamtheit von Institutionen oder ein Herrschaftstypus unter anderen [...] Die Demokratie ist nicht die parlamentarische

Herrschaftsform oder der Rechtsstaat [...] Die Demokratie ist, im Allgemeinen, die Weise der Subjektivierung der Politik – wenn man unter Politik etwas anderes versteht als die Organisation der Körper in der Gemeinschaft und die Verwaltung der Plätze, Mächte und Funktionen. Genauer, Demokratie ist der Name einer singulären Unterbrechung dieser Ordnung der Verteilung der Körper in der Gemeinschaft“ (Rancière 2002: 108f.).

Öffentlichkeit kann so für zweierlei stehen und muss in dieser Doppeldeutigkeit reflektiert werden. Im alltäglichen Bemühen, dem souveränen Willen des Volkes eine Entsprechung in Arenen staatlichen Handelns zu geben, wäre Öffentlichkeit dann auf der einen Seite eine nicht-staatliche, „aber auf staatliche Entscheidungen bezogene Vermittlungssphäre von Vernunft, Mehrheits- und Einzelinteressen“ (Demirovic 1997: 29). Auch in dieser sachlichen Perspektive muss sie natürlich mehr sein als eine lediglich funktionale und effiziente Zuarbeit von System-Input und wäre damit eine adäquate Bühne, um die kleinen und großen „Leiden“ ins gesellschaftliche Bewusstsein zu tragen und die Routinen des institutionellen Kernbereichs zu stören. Nichtsdestotrotz bliebe Öffentlichkeit in diesem Sinne fester Bestandteil einer Regierungsrationalität, die den politischen Streit über die Gestaltung der Welt in eine feste Ordnung der Verteilung der Körper in einer Gemeinschaft vermittelt. In einer anderen, zweiten Perspektive, die eher die Foucaultschen Gedanken und den eben explizierten emphatischen Demokratiebegriff reflektiert, ist Öffentlich-

keit ein Raum für eine reflexive, widerständige politische Praxis die sich nicht „innerhalb der Grenzen einer Institution, eines gesellschaftlichen Teilsystems oder eines diskursiven Feldes“ einfrieden lässt, sondern „mit dem Kampf um die Ziehung dieser Grenzen“ (Heil/Hetzl 2006: 16) zusammenfällt. Beide Perspektiven hinterfragen kritisch in je eigener Weise die Evidenz der Einrichtung der Welt. Damit stehen beide für eine Interpretation der politischen Kategorie Öffentlichkeit, die den demokratietheoretisch fundamentalen Streit um die gemeinsame Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens ermöglicht. In einer so verstandenen Öffentlichkeit wird „Leiden“ beredt und substantielle Veränderung möglich. Denn es gilt sich zu erinnern: „Nur wenn, was ist, sich ändern lässt, ist das, was ist, nicht alles“ (Adorno 1994: 391).

Literatur

- Adorno, Theodor Wiesengrund (1994): *Negative Dialektik*. Frankfurt am Main.
- Biebricher, Thomas (2005): *Selbstkritik der Moderne*. Foucault und Habermas im Vergleich. Frankfurt am Main.
- Celikates, Robin/Jaeggi, Rahel (2006): *Verflüssigung der Demokratie*. Zwischen Revolution und Institution, in: POLAR, 1/2006, o. S. (Online-Version; abrufbar unter: http://www.polar-zeitschrift.de/polar_01.php?id=33#33; letzter Abruf: 30. März 2012).
- Cohen, Joshua (1996): *Procedure and Substance in Deliberative Democracy*, in: Seyla Benhabib, (Hrsg.): *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*. Princeton 1996, S. 95–119.

- Demirovic, Alex (1997): Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie. Münster.
- Embacher, Serge (2001): Selbstverschuldete Unmündigkeit. Überlegungen zu den normativen Grundlagen einer Kritik der Öffentlichkeit. Berlin.
- Foucault, Michel (1992): Was ist Kritik?, Berlin.
- (1996): Der Mensch ist ein Erfahrungstier, Frankfurt am Main.
 - (2000): Die Gouvernementalität, in: Ulrich Bröckling/SusanneKrasmann/Thomas Lemke (Hrsg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt am Main 2000, S. 41–67.
 - (2002): Sexualität und Wahrheit, Bd. 1: Der Wille zum Wissen. Frankfurt am Main.
 - (2005): Subjekt und Macht, in: Michel Foucault: Analytik der Macht. Frankfurt am Main 2009, S. 240–263.
 - (2007): Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main.
- Habermas, Jürgen (1998): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main.
- Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (2006): Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven und Grenzen radikaler Demokratie, in: Reinhrd Heil/Andreas Hetzel (Hrsg.): Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie. Bielefeld 2006, S. 7–22.
- Honneth, Axel (2007): Pathologien der Vernunft: Geschichte und Gegenwart der Kritischen Theorie. Frankfurt am Main.
- Lemke, Thomas/Krasmann, Susanne/Bröckling, Ulrich (2000): Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hrsg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt am Main 2000, S. 7–40.
- Lemke, Thomas (2001): Gouvernementalität, in: Marcus S. Kleiner (Hrsg.): Michel Foucault. Eine Einführung in sein Denken. Frankfurt am Main, S. 108–122.
- (2008): Gouvernementalität, in: Clemens Kammler, Clemens Parr, Ulrich Johannes Schneider (Hrsg.): Foucault-Handbuch. Stuttgart 2008, S. 260–263.
- Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen. Frankfurt am Main.
- Saar, Martin (2007): Macht, Staat, Subjektivität. Foucaults Geschichte der Gouvernementalität im Werkkontext, in: Susanne Krasmann, Michael Volkmer (Hrsg.): Michel Foucaults ‚Geschichte der Gouvernementalität‘ in den Sozialwissenschaften. Bielefeld 2007, S. 23–46.
- Schaal, Gary S./Ritzi, Claudia (2009): Rationale Selbstbindung und die Qualität politischer Entscheidungen – liberale und deliberative Perspektiven, in: Gary S. Schaal, (Hrsg.): Techniken rationaler Selbstbindung, Kultur und Technik, Band 11. Berlin 2009, S. 55–74.
- Zimmermann, Christian (2004): Kulturphilosophie und Öffentlichkeit. Eine kulturphilosophische Untersuchung der Öffentlichkeit der Politischen Philosophie. Würzburg.

Die Zweite Große Transformation – nicht ohne Alternative zum Kapitalismus (Teil II)

Antikapitalismus, Antikapitalismus – über alles, über alles überall

In Teil I des Beitrags über die Zweite Große Transformation, in *perspektivends*, 2/11, wurde ausführlich dargestellt und empirisch belegt: Sowohl in den repräsentativen Meinungsumfragen als auch in den politischen und publizistischen Diskursen sind kapitalismuskritische und antikapitalistische Meinungen und Urteile vorherrschend geworden. Die objektive Krise des Kapitalismus hat die subjektiven Meinungen der Menschen über das „System ohne Alternative“ radikal verändert. Vorherrschend wurde die Meinung, dass der Kapitalismus die großen Probleme unserer Zeit nicht zu lösen vermag und daher ein Systemwechsel notwendig ist, also eine Große Transformation.

Die spektakuläre kapitalistische und antikapitalistische Welle, die verbalrhetorisch den neoliberalen Tsunami ablöste, wurde inzwischen auch zum Gegenstand boshafter Satire. Im ZEIT-MAGAZIN vom 17.11.2011 schrieb Harald Martenstein: „Auf einmal sind alle kapitalismuskritisch. Kapitalismuskritik ist das neue Yoga. Ich sehe im Fernsehen einen Typen, er redet über Banken, und ich denke, das klingt genau wie früher wie die Leitartikel im *Arbeiterkampf*. Das war die Zeitung vom Kommunistischen Bund. Der Typ ist aber in der

CDU. Nur ich bin immer noch für den Kapitalismus. Aber ich sehe schwarz für ihn, denn meine Kräfte sind begrenzt.“ In der letzten Ausgabe der ZEIT im Jahre 2011, vom 29. 12., antwortete Adam Soboczynski auf die Frage, worauf man 2012 verzichten könne: „...das Klagen über den Kapitalismus. Zumindest ein Tag in der Woche ohne Kapitalismuskritik, bitte!“

Seine Bitte nach einem „Kapitalismuskritik-freien-Tag“ in der Woche wird 2012 gewiss nicht in Erfüllung gehen und die verbale Mega-Volksfront gegen den Kapitalismus wird sogar noch aggressiver werden. Dennoch braucht sich die nonkonformistische radikale Minderheit der Kapitalismusfreunde auch 2012 um ihren Liebling keine Sorgen zu machen. Und das, obwohl die Flut der Diskussionsbeiträge noch anschwellen wird, die mit Fakten und Argumenten gut begründen, warum der Kapitalismus überwunden werden muss. Denn auffällig dünn gesät sind Beiträge zur Frage, wie denn die gewünschte Alternative zum kritisierten Kapitalismus aussehen könnte und sollte, und wie sie verwirklicht werden könnte.

Angesichts dieses Mangels könnte es daher ermutigend sein, wenn nicht nur in kleinen Zirkeln, sondern in Medien mit Breitenwirkung diese Frage ernsthaft

diskutiert wird. Am 10.11.2011 wurde optisch attraktiv angekündigt „Die neue ZEIT-Serie – Was ist die Alternative zum Kapitalismus?“ Zur Begründung für diese Serie heißt es. „Unser Wirtschaftssystem hat ungeheuren Wohlstand geschaffen. Jetzt stottert es. Gegenentwürfe sind Mangelware – aber heute wieder gefragt. ... Es muss doch noch etwas anderes geben als das heutige System.“ (S. 23)

Der erste Beitrag von Wolfgang Uchatius formuliert im Untertitel die Intention der Serie: „Warum es sich lohnt, nach Alternativen zu fragen.“ Er begründet auch sehr gut, warum die Frage nach Alternativen notwendig ist. Aber er gibt kaum Antworten auf die Frage, wie solche Alternativen aussehen könnten. Jedoch formuliert er eine zutreffende Einsicht, die keiner ignorieren darf, der nach Alternativen suchen will: „... an eine Revolution von unten ist kaum zudenken. An einen neuen Systementwurf von oben sehr wohl.“ Die Formulierung „Systementwurf von oben“ ließe sich präzisieren: Politik und intellektuelle Eliten müssten sich um ein Gesamtkonzept bemühen.

In der zweiten Folge der Serie, am 17.11.2011, fragte Georg Blume, „Was haben Singapur und China uns voraus?“ Die dortigen Systeme können zwar für die europäischen Länder keine Alternative sein. Aber die materialreichen Analysen zeigen, warum der Kapitalismus dort besser funktioniert als bei uns: Dort hat die Politik mehr Einfluss auf die Wirtschaft.

In Folge 3, am 24.11.2011, fragte Uwe Jean Heuser, die Expertenregierungen in Griechenland und Italien analysierend, ob die „technokratische

Gesellschaft“ eine Alternative zum nicht mehr funktionierenden Kapitalismus sein könnte. Selbstverständlich verneinte er diese Frage.

Mehrere Beiträge sehen im Zwang zum Wachstum eine entscheidende Ursache für die aktuelle Krise des Kapitalismus. Im Beitrag „Abschied vom Wachstum“ (8.12.2011) suchte Petra Pinzler nach ökonomischen Theorien, die erklären, „wie eine Wirtschaft ohne Wachstum funktionieren könnte“. (S. 29) Ihre Hinweise auf Begriffe wie „stationäre Wirtschaft“, „Postwachstumswirtschaft“, „Decroissance-Bewegung“ in Frankreich enthalten zwar Elemente für eine Diskussion über Alternativen, sind aber keineswegs ein „neuer Systementwurf von oben“, auf den Uchatius am 10.11.2011 hoffte.

Defizite bei der Suche nach Alternativen zum Kapitalismus = Defizite im linken Denken

Die Idee einer „Zweiten Großen Transformation“, einer Alternative zum Kapitalismus, ist einerseits ein Emanzipationsprojekt für die gesamte Menschheit und daher im Interesse aller Menschen. Andererseits ist es aber eine im weitesten Sinne linke Idee, die im Gegensatz zu mächtigen anderen Traditionen politischen Denkens steht, insbesondere der in den Machteliten noch immer vorherrschenden neoliberalen Ideologie, die „geistige“ Grundlage der „Großen Regression“. Bei der Prüfung von Kapazitäten und Defiziten bei der Suche nach Alternativen zum Kapitalismus, bisher weitgehend erfolglos, steht also die gesellschaftspolitische Potenz linken Denkens auf dem Prüfstand.

Die ZEIT-Serie zur Suche nach Alternativen zum Kapitalismus enthält wertvolle Anregungen und benennt wichtige Themen. Aber die Beiträge zeigen auch jene Defizite, die praxisrelevante Erkenntnisse für eine realistische systemverändernde Reformstrategie blockieren. Da es sich dabei um Defizite handelt, die im gesamten kapitalismuskritischen Diskurs kontraproduktiv wirken, seien einige hier kurz exemplarisch analysiert: Während einerseits kritische Intellektuelle bei der Analyse der objektiven gesellschaftlichen Strukturen oft den „subjektiven Faktor“ (also Denken und Verhalten der Individuen) vernachlässigen, vergessen andere umgekehrt die objektiven Strukturen und setzen alle Hoffnung auf das subjektive Denken und Verhalten der einzelnen Menschen. Das gilt z.B. für die Überlegungen von Verhaltens- und „Glücksforschern“, die Uwe Jean Heuser in seinem Beitrag „Formeln für ein besseres Leben“ (1.12.2011, S. 29) referiert und zusammenfasst: „Die Menschen müssen erst noch lernen, was sie glücklich macht. ... Dann ändert sich auch die Gesellschaft.“ Diese „Glücksexperten“ hoffen, „die Gesellschaft aus sich heraus zu verwandeln“ nach dem Motto: „Sind die Menschen erst einmal glücksaufgeklärt, entscheiden sie eventuell anders. Dann ... würden sie mehr Wert aufs Erleben als aufs Haben legen.“

Eine hier angedeutete „Entfremdungsdiskussion“ über das ökonomistische Menschenbild, das nur materiell-ökonomische Werte kennt, ist bei der Suche nach humanen Alternativen unbedingt notwendig. Denn die Überbetonung und Verabsolutierung des Ha-

bens ist Ausdruck der menschlichen Entfremdung im Konkurrenzkapitalismus, die es auf dem Weg der Zweiten Großen Transformation einzudämmen gilt. Das „Erleben“, bzw. das „Sein“, gehört zu einer humanen Existenz, die im Kapitalismus durch die Dominanz des „Habens“ bedroht ist, und zwar bei Armen wie bei Reichen.

Heuser selbst verweist auf die Bedeutung der objektiven Strukturen: „Das große Problem der Glücksforschung ergibt sich erst ... dort, wo gefragt wird, welche Gesellschaft uns glücklich macht.“ Das subjektive Bemühen um „Glücksaufklärung“ muss also einhergehen mit dem Bemühen um Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen, die subjektive Habgier von Menschen nicht nur fördern, sondern auch belohnen. Das geschah z.B. durch die radikale Reduzierung des Spitzensteuersatzes und die noch radikalere Reduzierung der Steuern auf mühelose Kapitaleinkommen. Denn das förderte durch mühelosen Wohlstand die spätrömische Dekadenz in Teilen unserer „Eliten“. (Paradox ist es: Diese ihre „Herzangelegenheit“ konnte die FDP in fast 50 Jahren Regierungsbeteiligung nie durchsetzen, sondern erst in den wenigen Jahren in der Opposition.)

Eine Entfremdungsdiskussion, die wieder bei mehr Menschen die Wertschätzung des „Erlebens“ und des „Seins“ gegen das „Haben“ erhöht, könnte die Zahl „glücksaufgeklärter“ Menschen erhöhen und damit die subjektiven Voraussetzungen für objektive Strukturveränderungen verbessern. Die Aufwertung des „Erlebens“ darf allerdings nicht zur Legitimation der

skandalösen Ungleichheit missbraucht werden, mit einer perfiden „Argumentation“: Wenn das „Haben“ nicht so wichtig ist, können sich ja gerade die Armen viel ungezwungener dem „Erleben“ widmen. Dabei wird die Tatsache verdrängt: „Erleben“ hat auch ein gewisses Maß an „Haben“ zur Voraussetzung. „Haben“ ist auch ein Mittel, um „Erleben“ zu ermöglichen. Der neoliberale Ökonomismus hat das „Haben“ zum Selbstzweck überhöht und zugleich das „Erleben“ entwertet. Das „Weniger-Haben“ der Armen reduziert deren Lebensqualität, aber das zusätzliche „Mehr-Haben“ der Superreichen erhöht keineswegs deren Lebensqualität, sondern reduziert sie oft. Wachsende Ungleichheit verstärkt also die Entfremdung bei Armen und Reichen. (Vergl. dazu: Richard Wilkinson u. Kate Pickett, Gleichheit ist Glück. Warum gerechtere Gesellschaften für alle besser sind. Berlin 2009)

„Utilitaristen“ erfanden einst die demokratische Maxime: „Das größtmögliche Glück der größtmöglichen Zahl“. Der neoliberale Ökonomismus hat diese Maxime pervertiert zur Klassenkampfpapare. „Größtmöglicher Profit der kleinstmöglichen Zahl.“

Eine andere Schwäche bei kapitalismuskritischen Bemühungen liegt darin, dass man nur nach Möglichkeiten sucht, persönlich aus dem Kapitalismus aussteigen zu können, statt ihn zu überwinden. In dem Beitrag „Weg mit dem ganzen Wachstum“ (8.12.2011, S. 30) sucht Annabel Wahba nach Ansätzen für kleine Schritte: „Wie Menschen in Deutschland versuchen, sich aus dem großen kapitalistischen Wirtschaftskreislauf zu

befreien.“ Als Beispiele für „kleine Inseln, die sich dem Kapitalismus widersetzen“, verweist sie auf „Umsonstläden“ („Handel ohne Geld“) in Großstädten und auf „eine andere Art des Geldes“, den „Chiemgauer“, der nur im Chiemgau gilt. Die Leute, die ihn zum Einkaufen benutzen, „verkleinern dabei den Kapitalismus“. (S. 31) Doch wie weitgehend „verkleinern“ die Leute den Kapitalismus mit den 550 000 in Umlauf befindlichen „Chiemgauern“, von denen jeder einen Euro wert ist. Bedroht es den Kapitalismus, wenn in Deutschland gerade mal der Wert eines Eigenheimes, das jeder mit Hilfe der Gattin eines guten Freundes erwerben kann, vom „großen kapitalistischen Wirtschaftskreislauf“ befreit ist?

Utopische oder illusionäre Kraft des Internets?

Am 24.11.2011 berichtete DIE ZEIT über eine Diskussion einiger Redakteure im Internet über die Frage „Kann durch das Netz ein besserer Kapitalismus entstehen?“ (S. 36) Das Fazit wurde schon im Untertitel des Protokolls zusammengefasst: „... wie das Internet seine utopische Kraft entfaltet. Erst verändert es das Verhalten, dann den Kapitalismus.“ Eine Begründung für die „utopische Kraft“ des Internet lautet: „Weil alle Zugang zu demselben Wissen haben, wird eine globale, vernünftige Einigung über Zukunftsfragen möglich.“ Ähnlich wird in einem Beitrag über Denker der Occupy-Bewegung argumentiert: „Nur wer alle Informationen kennt, kann richtige Entscheidungen treffen. Erst wenn der Bürger alles weiß, kann er Sinn und Unsinn demo-

kratischer Beschlüsse abwägen. Das ist die Vision einer Gesellschaft ohne Herrschaftswissen.“ (S. 37)

Diese Argumentation zeigt leider nicht die „utopische“, sondern die „illusionäre“ Kraft, die überzogenes Vertrauen in neue Kommunikationsmedien entfalten kann. Nicht nur illusionär, sondern empirisch absolut unmöglich und daher unsinnig ist die für richtige Entscheidungen genannte Voraussetzung „wer alle Informationen kennt“ und „wenn der Bürger alles weiß“. Denn diese „Allwissenheit“ könnte man zwar von Gott erwarten. Aber für jeden Menschen ist es absolut unmöglich, „alle Informationen zu kennen“ und „alles zu wissen“. Die Schwäche der linken Emanzipationshoffnungen liegt nicht in der zu geringen Quantität der angehäuften Informationen, dass man trotz fleißigsten Zählens und anderer Aktivitäten immer noch nicht ganz genau weiß, wie viele „Erbsen“ und „Korinthen“ es tatsächlich gibt. Das Elend linken Denkens liegt in der zu geringen Qualität eines strukturierten paradigmatischen Wissens, das Orientierung zu bieten vermag. Wer Postmans Warnung „Wir informieren uns zu Tode“ ernst nimmt, kann erkennen: Die Linke braucht nicht nur quantitativ mehr und neue Informationen über die gesellschaftliche Wirklichkeit, sondern ein neues Denken, das befähigt, die undurchsichtige Menge von Einzelinformationen wieder sinnvoll zu strukturieren, Zusammenhänge zu erkennen und zu verstehen. Eine systematische Analyse muss die Flut von Informationen zu einem verständlichen Gesamtbild der Gesellschaft, zu einer Theorie der Gesellschaft, zusammenfü-

gen, im Lichte linker Werte bewerten, deuten und interpretieren, um im Labyrinth einer unverständlichen Welt Orientierung zu bieten.

Trotz des Scheiterns der neoliberalen Politik, die inzwischen fast alle verbal verurteilen, sind die neoliberalen Deutungsmuster noch weitgehend vorherrschend. Und sie werden immer noch erfolgreich zur Sachzwang-Begründung jener Politik genutzt, die die von den meisten beklagte Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertiefen wird. Das zeigt sich z.B. an der neoliberalen Deutung der demografischen Entwicklung in Deutschland, die durchaus eine Herausforderung für eine zukunftsorientierte Politik ist. Aber die vielfältigen Maßnahmen zur Kürzung der Renten sind keine Antwort auf diese Herausforderung, wie jeder, der nur die Grundrechnungsarten beherrscht, mühelos erkennen kann. Die neoliberale Begründung, weil immer weniger Arbeitende die Renten für immer mehr Rentner erwirtschaften müssen, müssen die Renten sinken, klingt zwar plausibel, ist aber sachlich falsch: Denn die Höhe des auf die Gesamtbevölkerung zu verteilenden Einkommens hängt allein von der Höhe des gesamten Volkseinkommens ab, aber überhaupt nicht von der Zahl derer, die dieses Einkommen erwirtschaften. Da alle wissen, dass dieses Volkseinkommen weiter steigen wird, die Bevölkerungszahl aber sogar sinken wird, folgt daraus mathematisch: Künftig können für alle die Einkünfte steigen, ohne dass sie für einige gekürzt werden müssen.

Es gibt allerdings einen „sachlichen“ Grund für die Senkung des Rentenni-

veaus, der allerdings von keinem genannt wird: Die Renten werden finanziert aus den Arbeitseinkommen, also aus der Lohnquote. Da diese Lohnquote seit Jahrzehnten sinkt, und zwar zugunsten der Kapitaleinkommen, stehen immer weniger Mittel für die Finanzierung der Renten zur Verfügung, so dass sie gekürzt werden müssen. Es sei denn, durch eine neue Steuer- und Finanzpolitik wird die Lohnquote wieder erhöht.

Wenn die Linke die aktuelle Verteilung des Volkseinkommens zwischen Kapital- und Arbeitseinkommen verändern will, wieder so gerecht machen will wie im früheren Sozial- und Wohlfahrtsstaat, muss sie zunächst die Gesellschaft neu interpretieren. Denn auch der Großen Regression, der massiven Umverteilung von unten nach oben, war die neoliberale Neuinterpretation der Gesellschaft vorausgegangen. Diese neoliberale Ideologie konnte dominant werden und die Politik bestimmen, weil die linken Meinungsführer darauf verzichteten, die Gesellschaft zu analysieren und zu interpretieren.

Nicht allein von künftigen Wahlergebnissen, sondern auch von einer Renaissance kritischen linken Denkens wird es abhängen, ob es künftig wieder Gesellschaftspolitik für mehr soziale Gerechtigkeit geben wird. Ein naiver Glaube an die utopische und weltverändernde Kraft des Mediums Internet dürfte allerdings die Renaissance linken Denkens nicht fördern. Postmans Feststellung „Das Medium ist die Botschaft“ war kritisch gemeint. Gegenwärtig und künftig kann die expandierende Nutzung der neuen Medien, vor allem des Internets, das Fehlen einer orientieren-

den linken Botschaft nicht kompensieren. Kein Shitstorm im Netz wird den maroden Kapitalismus hinwegfegen. Das Internet wird nicht zu einer neuen weltverändernden Internationale werden, mit dem Bekenntnis: Es rettet uns kein Höheres Wesen, kein Kaiser noch Tribun, den Kapitalismus überwinden, das kann das Netz nur tun!

Der naive Glaube an die kapitalismusverändernde Kraft der Internets – und auch der neuen Massenproteste – lenkt nur ab von der Notwendigkeit, durch größere intellektuelle Anstrengungen Ideen, Konzepte und Strategien für eine Alternative zum Kapitalismus zu entwickeln. Nicht neue Medien, allein die Köpfe vernunftbegabter Menschen sind das „Medium“, oder die Quelle, in der solche Ideen und Konzepte kreierte werden können. Erst wenn in den Köpfen von Menschen diese Ideen geschaffen wurden, könnte das Internet, das selbst nicht kreativ ist, zur Kommunikation über diese Ideen beitragen. Aber allein die Verbreitung von Informationen im Internet macht diese Infos noch nicht zu einer Botschaft – oder zu einer „Großen Erzählung“ – die desorientierten Menschen politische Orientierung bieten könnte.

In einer Buchrezension (Die ZEIT, 16.2.2012) fällt Alexander Cammann ein hartes Urteil über das „antikapitalistische Denken“ insgesamt: „Alle Welt redet zwar von der Krise des Kapitalismus, aber die intellektuelle Krise ist derweil immer noch die des antikapitalistischen Denkens, zwanzig Jahre nach dem Untergang des Kommunismus.“

Vor 20 Jahren ging nicht nur der Kommunismus unter, sondern weit-

gehend auch linkes antikapitalistisches Denken im Westen. Zahlreiche linke Intellektuelle anerkannten den Endsieg des Kapitalismus im Weltmaßstab und hielten daher die Suche nach Alternativen zum siegreichen System für Mumpitz. Doch in der Krise des Finanzmarktkapitalismus wurden – ohne Beihilfe durch linke Intellektuelle – kapitalismuskritische Meinungen in der Gesamtbevölkerung sogar vorherrschend. Die dadurch gestiegene Nachfrage nach Alternativen zum Kapitalismus kann wegen der Defizite im linken Denken noch nicht durch überzeugende linke Angebote befriedigt werden. Und daher bleibt der vorherrschende Antikapitalismus hilflos und kann den real existierenden Kapitalismus nicht in Frage stellen.

Eine politische Schwäche des antikapitalistischen Denkens ist dadurch bedingt, dass es einhergeht mit der zunehmenden Politikverdrossenheit. Das Unbehagen am Kapitalismus und zugleich an der Politik schaukeln sich gegenseitig hoch. Die skeptische Auffassung, dass der Kapitalismus nicht fähig ist, die großen sozialen und ökologischen Probleme unserer Zeit befriedigend zu lösen, wird noch verstärkt durch die Meinung, dass auch die Politik, die Parteien und die Politiker dazu erst recht nicht fähig seien.

Diese pauschale Skepsis übersieht allerdings die Tatsache: Jene großen sozialen und ökologischen Probleme wurden auch mitverursacht und verschärft durch eine bestimmte, neoliberale Politik. Und sie könnten durch eine andere Politik zumindest entschärft werden. Doch diese differenzierende Sichtweise kann sich auch deshalb in der Gesamt-

bevölkerung nicht durchsetzen, weil seit der Jahrtausendwende alle Regierungen, von Schröder bis Merkel, ihre Politik mit dem undemokratischen Slogan begründet haben und noch begründen: Zu dieser unserer Politik gibt es keine Alternative! (Wenn das so wäre, wäre Demokratie unmöglich, weil sie ja gerade darin besteht, dass Wähler zwischen Alternativen wählen können. In der „marktkonformen“ Demokratie, in der man nicht gegen die Wirtschaft regieren kann, sind Wahlen nicht möglich).

Das mangelnde Vertrauen in Handlungsspielräume der Politik dürfte auch eine Ursache dafür sein, dass die Autoren der umfangreichen ZEIT-Serie nicht im engeren politischen Bereich gesucht und gefragt haben, welche „Alternativen zum Kapitalismus“ Politiker und Parteien eventuell anzubieten haben. Aber selbst wenn sie danach gesucht hätten, wäre ihre Ausbeute wohl gering gewesen. Sie hätten wohl kaum Antworten auf die Systemfrage im Sinne von Uchatius gefunden, der „einen neuen Systementwurf von oben“ für denkbar hält, aber „keine Revolution von unten“. (Die ZEIT, 10. 11.2011, S. 24) Sie haben zwar nicht nach einer „Revolution von unten“ gesucht, aber nach Initiativen und Aktionen „von unten“, die Anregungen für Widerstand und praktische Kritik am Kapitalismus enthalten, aber keinen „neuen Systementwurf von oben“.

Sackgasse Politikverdrossenheit: Ohne Politik und Parteien – keine Alternative zum Kapitalismus

Wer nach einer realisierbaren Gesamtalternative zum Kapitalismus suchen will, muss von der unabdingbaren Voraus-

setzung ausgehen: Ein Systemwechsel kann nur eingeleitet werden, wenn er das gesellschaftspolitische Ziel und Grundsatzprogramm einer oder mehrerer mehrheitsfähiger politischer Parteien wird, die eine Mehrheit der Wähler davon überzeugen können: Das ist der Ansatz für eine systemverändernde Reformstrategie, die im Interesse und mit Zustimmung der großen Mehrheit den maroden Raubtierkapitalismus schrittweise durch eine neue und bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ersetzen kann.

Den aktiven Kapitalismuskritikern mag es absurd und nicht einmal diskussionswürdig erscheinen, in Politik und Parteien die Retter zu sehen. Denn die neuen Protestbewegungen haben ihren Ursprung ja in der Enttäuschung über Politik und Politiker, die offensichtlich die großen Probleme unserer Zeit nicht lösen können und wollen. Die neu entstehenden spontanen Massenbewegungen, wie z.B. „Occupy“, verzichten daher bewusst darauf, sich an politischen Parteien und am normalen politischen Geschäft zu orientieren. Dennoch wäre es „unsäglich albern“, diesen vielfältigen neuen Basisbewegungen die moralische Ernsthaftigkeit und Berechtigung abzusprechen. Sie empören sich aus guten Gründen und mit guten Argumenten gegen moralisch inakzeptable Zustände in Politik und Gesellschaft. Diese berechnete Empörung nicht zu verstehen, als unbegründet anzusehen, würde bedeuten, diese Zustände moralisch zu billigen, sie als alternativlos anzuerkennen und nichts dagegen tun zu wollen. Es wäre aber auch illusionäre und in der Tat „unsäglich albern“, in diesen neuen

Protestbewegungen das endlich gefundene Patentrezept für die Überwindung des Kapitalismus, also die Lösung aller Probleme zu sehen.

Die moralisch berechtigten Protestbewegungen können mittelfristig nur dann zur „Zweiten Großen Transformation“ beitragen, wenn sie Ansprechpartner und Verbündete in den politischen Parteien und in den kapitalismuskritischen intellektuell-politischen Diskursen suchen und finden. Die studentische Protestbewegung der sechziger Jahre hat nur deshalb zur politischen Linksentwicklung in Deutschland wirksam beigetragen, weil sie in der SPD, und damals sogar in der FDP, politische Partner suchte und fand. Diese Begegnung war für beide Seiten vorteilhaft und hat die Problemlösungskapazität der Demokratie gestärkt.

Damit Parteien und Politik zu glaubwürdigen Ansprechpartnern der neuen Basisbewegungen werden können, sind allerdings noch gravierende Änderungen in der Politik notwendig.

Franz Walter, nicht nur Politikwissenschaftler und Historiker, sondern auch kritischer Intellektueller, stellt fest: „Die Träger des Politischen ... sind keine Vordenker, die Entwicklungen von morgen rechtzeitig aufspüren, deuten und prägen können. Zur Führung ist die politische Chefetage insofern kaum mehr fähig; geistig kann sie nicht antizipieren, sozialmoralisch nicht wenden ...“ (F.R. (20.2.2012, S. 12)) Dieser zutreffenden Skepsis muss allerdings hinzugefügt werden: Auch die Träger der kritischen publizistisch-wissenschaftlichen Diskurse, wie z.B. Franz Walter, sind keine Vordenker, können sozial-

moralisch nicht wenden. Die „Krise des antikapitalistischen Denkens“ ist seit fast drei Jahrzehnten in der Gesamtgesellschaft vorherrschend. Wenn die breite Kritik der Medien zur Verbesserung der Politik beitragen würde, dann könnte das auch die Politik verbessern helfen und verhindern, dass die Politikverdrossenheit auch die Demokratieverdrossenheit weiter verstärkt. Doch gegenwärtig trägt die publizistische Kritik eher dazu bei, die Politikverdrossenheit zu verstärken. Offensichtlich geht es der Kritik oft mehr darum, die Politik zu verurteilen statt auf eine notwendige Korrektur hinzuwirken. Fazit: Weder die Parteien noch die kapitalismuskritischen intellektuellen Diskurse bieten den unzufriedenen Menschen überzeugende Antworten auf die Frage nach den Alternativen zum Kapitalismus.

Aus der Geschichte lernen?

Bei der zukunftsorientierten intellektuellen Arbeit für eine mehrheitsfähige und realisierbare Alternative zum Kapitalismus kann auch ein historischer Rückblick auf die Bemühungen um Alternativen in der Vergangenheit hilfreich sein. In der ZEIT-Serie berücksichtigen einige Autoren die geschichtsphilosophische Erkenntnis, die unabdingbare Voraussetzung ist für praxisrelevantes Nachdenken über die Zukunft ist und die auch von vielen Politikern gern zitiert wird: Nur wer die Vergangenheit kennt und versteht, kann die Zukunft bewusst gestalten. Dieser Einsicht folgend, fragen und suchen einige Autoren auch nach Ideen über systemverändernde Alternativen in der Geschichte. In ihrem Beitrag „Bessere Welten“ (10.11.2011)

gibt Elisabeth von Thadden einen historischen Überblick über zahlreiche Utopien für eine bessere Welt als Alternative zur schlechten Wirklichkeit: „Die Idylle Arkadiens“ im „antiken Gegenentwurf“; „das antike indische Reich des buddhistischen Kaisers Ashoka im dritten Jahrhundert“; „das Christentum“ in den Urgemeinden; die „Bettelorden“ im Mittelalter in der „Tradition der Besitzlosigkeit“; die Utopien und praktischen Versuche der Frühsozialisten (u. a. Thomas Morus, Francis Bacon, Robert Owen, Saint-Simon); jüngst die „Idee des Mikrokredits“. Als „Gegenentwürfe zum Kapitalismus“ im 20. Jahrhunderts verweist sie auf „die kommunistische Alternative, die russische Revolution ab 1917“, „die genossenschaftlich angelegte Obstbau-Alternative Eden“, ein „zweiter Weg“; und dann noch, mit einem kurzen Satz, auf ein ebenfalls der Vergangenheit angehörendes Beispiel: „Ein dritter Weg war (kursiv H. H.) natürlich die Sozialdemokratie.“ Einen kleinen Lichtblick in der Gegenwart sieht sie in der Tatsache, dass jüngst „eine Ökonomin den Nobelpreis dafür (bekam), dass sie den Wert des Gemeineigentums sichtbar machte“. Insgesamt wirkt ihr historischer Rückblick auf die Gegenentwürfe eher resignativ und keineswegs ermutigend für die Zukunft: „Soviel geistiger Reichtum ... und so wenig Wirkung? ... Der Mensch ist nicht klug genug, um sich Zügel anzulegen. Man könnte meinen, er habe kaum vom Baum der Erkenntnis gegessen.“

Den bisher geschichtsmächtigsten Gegenentwurf zum Kapitalismus, den diktatorischen Sowjetkommunismus – durchgehend aber nur „Sozialismus“

genannt – analysiert ausführlich Evelyn Finger. (10.11.2011, S. 27) Die Hauptursache für das Scheitern des „Experiments Sozialismus“ sieht sie in seiner Unfähigkeit zu Korrekturen des einmal eingeschlagenen Weges: „Der Sozialismus wehrte alle Kritik ab – und ging unter.“ Dieses Urteil ist durchaus zutreffend, aber leider nicht ihre optimistische Schlussfolgerung: „Warum begreifen die Kapitalisten nicht, dass ihnen das gleiche Schicksal droht?“ Dem könnte man die Gegenfrage stellen: Warum begreifen die Kapitalismuskritiker nicht, dass den Kapitalisten nicht „das gleiche Schicksal droht“ wie den lernunwilligen „Sozialisten“. Denn obwohl „der Kapitalismus alle Kritik abwehrt“, geht er nicht unter. Die Kapitalisten und ihre willigen Helfer zerstören dadurch nicht den Kapitalismus, sie steigern dadurch nur ihre Profite und ihr Vermögen. Die Sowjetkommunisten konnten wegen mangelnder Selbstkritik tatsächlich ihr System selbst erfolgreich zerstören, weil der Kapitalismus als Alternative bereits real existierte und einfach übernommen werden konnte. Und weil die gut organisierte Kapitalistische Internationale den Endsieg des Kapitalismus im Weltmaßstab solidarisch und effizient unterstützte.

Ob die zahlreichen historischen Beispiele für die Suche nach Alternativen uns heute noch helfen können, sei hier offen gelassen. Aber für alle, die heute nach Alternativen zum Kapitalismus suchen, sollte darüber Konsens bestehen: Die einzige noch bekannte „Variante des Sozialismus“, also der Sowjetkommunismus, kann uns gegenwärtig und auch künftig nicht bei der Suche nach einer

Alternative helfen. Bestenfalls können wir daraus lernen, wie wir es nicht machen dürfen, wenn wir die Weichen für die „Zweite Große Transformation“ stellen wollen. Mit den Worten des Titels von Evelyn Fingers Beitrag: „Lernen von den Versagern.“

Ein schwarzes Loch im linken Geschichtsbewusstsein – „verschluckt“ auch die linken Zukunftshoffnungen

Der historische Rückblick in der ZEIT-Serie auf gedachte und verwirklichte Alternativen zum Kapitalismus hat alle Beispiele erwähnt, die im aktuellen historischen Wissen und Bewusstsein in Deutschland noch aufbewahrt oder „aufgehoben“ sind und daher für das politische Bewusstsein und „Die Geistige Situation der Zeit“ heute noch wirksam sind. Die Autoren der ZEIT haben nichts ausgelassen oder übersehen. Höchstens vielleicht Politiker der Partei DIE LINKE könnten nach der Lektüre der ZEIT-Serie die Frage stellen. „War da nicht noch etwas?!“

Ich, als Sozialdemokrat und SPD-Mitglied, an der Geschichte und Zukunft dieser Partei interessiert, könnte ebenfalls, mit wenigen anderen, antworten: Ja, tatsächlich, da war noch etwas gewesen, etwas das allerdings aus dem historischen Gedächtnis, aus der Geschichte politischer Ideen, getilgt wurde, radikaler und erfolgreicher als in Orwells 1984. Getilgt wurde die Tatsache: Über ein Jahrhundert, von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis Ende des 2. Jahrtausends, war in allen wissenschaftlichen Darstellungen der politischen Ideen der S O Z I A L I S M U S, schon lange vor der Oktoberrevolution, also

der Demokratischer Sozialismus, als die einflussreichste geistig-politische Hauptströmung neben Liberalismus und Konservatismus genannt. Liberale und Konservative kritisierten oder verdamnten ihn sogar, aber keiner verleugnete ihn.

In der Geschichte der politischen Ideen gibt es kein anderes Beispiel, wie eine so einflussreiche und geschichtsmächtige geistig-politische Hauptströmung plötzlich nicht mehr da ist, auch von ihren früheren Anhängern nicht mehr gekannt und genannt wird. Die Anhänger der Ideen von Freiheit, Demokratie und Menschenwürde haben ihren Ideen nie abgeschworen, auch wenn brutale Diktatoren diese Werte mit Füßen traten. So konnten diese Ideen immer wieder die Gestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit beeinflussen und antidemokratischen und freiheitsfeindlichen Kräften entgegenwirken. Dass in Deutschland der Begriff Sozialismus nur noch mit der kommunistischen Diktatur assoziiert wird, ist besonders geschichtsvergessen: Denn hier waren die Anhänger der Ideen des Sozialismus die ersten, die sich mutig und selbstlos für Freiheit und Demokratie einsetzten, in einer undemokratisch-obrigkeitsstaatlichen Gesellschaft.

Den Demokratischen Sozialismus zu verleugnen bedeutet nicht nur, die gesamte geistig-politische Tradition der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu ignorieren, sondern auch die reiche linkssozialistische Tradition, auch der Neuen Linken. Deren Anhänger verorteten sich politisch zwar links der SPD, lehnten aber ebenfalls im Namen des Sozialismus den diktatorischen

Sowjetkommunismus als Alternative zum Kapitalismus ab.

Keine Alternative zum Kapitalismus – ohne Parteien, ohne SPD, ohne Demokratischen Sozialismus

Wie bereits oben festgestellt und begründet wurde: Wer nach einer realisierbaren Alternative zum Kapitalismus suchen will, muss eine unabdingbare Voraussetzung anerkennen: Ein Systemwechsel kann nur eingeleitet werden, wenn er das gesellschaftspolitische Ziel und Grundsatzzprogramm einer oder mehrerer politischen Parteien wird, die eine Mehrheit der Wähler davon überzeugen können: Das ist der Ansatz für eine systemverändernde Reformstrategie, die im Interesse und mit Zustimmung der großen Mehrheit den maroden Raubtierkapitalismus schrittweise durch ein neues und besseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ersetzen kann. Und es ist hinzuzufügen: Diese in der Zukunft realisierbare Alternative zum Kapitalismus ist nur zu entwickeln, wenn dafür das geistig-politische Potenzial der Ideen des Demokratischen Sozialismus genutzt wird, die in der Vergangenheit die Grundlage für die wirksamen Bemühungen bildeten, durch systemverändernde Reformen eine freiheitlich-demokratische Alternative zum Kapitalismus schrittweise zu verwirklichen. Wer die intellektuellen und politischen Leistungen sowie die Erfahrungen aus den Erfolgen und Misserfolgen dieses ersten praktischen Beispiels für eine „Zweite Große Transformation“ aus dem historischen Gedächtnis streicht, dürfte sich vergeblich auf die Suche nach einer Alternative zum Kapitalismus machen. Denn auch

zum weiteren wissenschaftlich-technischen Fortschritt könnten jene kaum beitragen, die die Erfindung des Rades ignorieren.

Die welthistorisch bedeutendste Weichenstellung der vergangenen Jahrzehnte war nicht die Implosion des Sowjetkommunismus, sondern die Verdrängung der demokratisch-sozialistischen Alternative zum Kapitalismus aus dem Gedächtnis der intellektuellen und politischen Linken. Denn erst diese rational nicht zu erklärende Entwicklung machte die neoliberale Groß-Ideologie hegemonial und schien deren These zu bestätigen: Der Kapitalismus hat im Weltmaßstab endgültig gesiegt und ist daher ohne Alternative als das einzig mögliche Gesellschaftssystem anzuerkennen. Und diese „Krise des antikapitalistischen Denkens“ ist auch die Ursache dafür, dass die intellektuelle und politische Linke auf dem anschwellenden Antikapitalismus in der Gesamtbevölkerung nicht angemessen reagieren und davon profitieren kann. Dass auch die Partei DIE LINKE auch nicht davon profitiert, widerlegt meine These nicht, sondern zeigt nur: Die Verwendung des Wortes Demokratischer Sozialismus reicht nicht aus, um eine praxisrelevante Renaissance linken Denkens zu initiieren, aber der Verzicht auf das Wort bringt erst recht nichts.

Ob es zu einer Renaissance linken emanzipatorischen Denkens mit Hilfe des gegenwärtig nicht genutzten geistigen Kapitals des Demokratischen Sozialismus kommen wird, ist ungewiss. Sicher aber ist, dass ohne einen Beitrag der SPD eine Alternative zum Kapitalismus nicht zu entwickeln ist.

Den meisten Wissenschaftlern und Publizisten, die nach Alternativen zum Kapitalismus suchen, dürfte bewusst sein, dass eine solche Alternative nur durch eine oder mehrere regierende Parteien langfristig durchzusetzen wäre. Wenn die Journalisten der ZEIT-Serie dennoch bei den Parteien überhaupt nicht nachgefragt haben, dann auch deshalb, weil sie langfristige Überlegungen zur Zukunft den Parteien nicht zutrauen. Denn in ihrer gesamten öffentlichen Darstellung konzentrieren sich die etablierten Parteien auf eine durchaus legitime Zielsetzung: Die einen wollen an der Regierung bleiben, die anderen wollen wieder an die Regierung kommen. (In der „marktkonformen Demokratie“ wäre es unangemessen, zu formulieren: Sie wollen „an der Macht“ bleiben oder wieder „an die Macht“ kommen.) Keine der konkurrierenden Parteien (ausgenommen DIE LINKE) möchte regieren, um durch systemverändernde Reformen eine Alternative zum Kapitalismus zu verwirklichen, also einen „Systemwechsel“ oder eine „Zweite Große Transformation“ anzustreben.

Im Unterschied zu CDU/CSU, FDP und Grünen hatte die SPD bis in die jüngste Vergangenheit eine systemverändernde Zielsetzung. Aus der Kritik am Kapitalismus, der Freiheit und Demokratie gefährde, leitete die SPD ihre Forderung nach einem Systemwechsel ab: „Der demokratische Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung.“ (Godesberger Programm von 1959). Auch im Berliner Programm von 1989 heißt es eindeutig: „Es ist eine historische Erfahrung, dass Reparaturen am Kapitalismus

nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.“ Wenn die Autoren der ZEIT-Serie bei ihrer Suche nach Alternativen zum Kapitalismus dennoch nicht bei der SPD nachschauten, so befanden sie sich damit offensichtlich in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit der SPD, von rechts über die Mitte bis nach links. Die Frage, ob die SPD noch eine Alternative zum Kapitalismus verwirklichen möchte oder sollte, ist kein Thema in den spärlichen theoretischen Aussagen.

Beim Wunsch nach einem neuen Grundsatzprogramm im ersten Jahrzehnt nach der Jahrtausendwende ging es den „Reformern“ auch darum, die „sozialistischen“ Sündenfälle und Irrwege in der Geschichte der SPD endgültig abzuwickeln. Ein Satz der Leitsätze „Kraft der Erneuerung“ für die Programmdebatte von 2006 suggerierte sogar, die SPD sei nach der Oktoberrevolution 1917 gegründet worden, um den Kapitalismus gegen den Kommunismus zu verteidigen: „In der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie war der Demokratische Sozialismus das Gegenmodell zum diktatorischen Staatssozialismus.“ Mit keinem Wort wurde in diesen Leitsätzen angedeutet, dass der Demokratische Sozialismus auch einmal ein Gegenmodell zum Kapitalismus war, den die SPD seit ihrer Gründung bekämpft hatte und zu dessen Zivilisierung sie beigetragen hatte.

Im endgültigen Text des Hamburger Programms von 2008 wurde nicht mehr die historische Rolle des Demokratischen Sozialismus im Kampf gegen den Kommunismus gewürdigt. Ihm wurde auch Bedeutung für die Zukunft zuge-

billigt: „Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist.“ Weniger aus grundsätzlicher Überzeugung, sondern vor allem aus Rücksicht auf die Nostalgie einiger Genossen und Genossinnen, wurde der Demokratische Sozialismus als emphatischer Begriff in das Hamburger Programm aufgenommen. Doch im alltäglichen Sprachgebrauch der Sozialdemokraten spielt er keine Rolle mehr. In den wenigen Fällen, in denen sie ihre Gesamtkonzeption unter einem theoretischen Leitbegriff zusammenzufassen versuchen, verwenden sie den Ausdruck „Soziale Demokratie“.

Die Frage, ob die SPD im Hamburger Programm wegen des Bekenntnisses zum Demokratischen Sozialismus an ihrer traditionellen systemverändernden Zielvorstellung festhält oder den Kapitalismus als System ohne Alternative anerkennt, ist eindeutig zu beantworten: Sowohl als auch!! Sowohl Befürworter eines Systemwechsels als auch die Verteidiger des alternativlosen Kapitalismus können sich auf das Hamburger Programm berufen.

Neben dem interpretationsfähigen Hamburger Programm von 2007 gibt es, aus dem Jahre 2008, ein programmatisches Dokument, das sich eindeutig und klar zur systemverändernden Zielsetzung bekennt. Das Thesenpapier „Für eine linke Zukunft – Thesen zur jungsozialistischen Politik“, vom Juso-Bundeskongress im Oktober 2008 beschlossen, fordert in These 2 eindeutig, „dass der Kapitalismus überwunden werden muss“ und „unser Ziel der demokrati-

sche Sozialismus (bleibt)“ (Abgedruckt im Sammelband: Franziska Drohsel, Was ist heute links? – Thesen für eine Politik der Zukunft, Frankfurt/New York, 2009). Vergl. dazu auch: Horst Heimann, Wo bleibt der Demokratische Sozialismus? – Bei den Jusos!?!; Franziska Drohsel, zum demokratischen Sozialismus bei den Jusos. Eine kurze Replik auf Horst Heimann. In: perspektivends 1/10).

Die Bekenntnisse des Juso-Kongresses zur systemverändernden Zielsetzung des Demokratischen Sozialismus enthalten einerseits durchaus eine Chance für eine Renaissance systemverändernden Denkens in der SPD. Denn dabei handelt es sich ja nicht um die Einzelmeinung eines unbelehrbaren Sozialisten, sondern um die sog. „Beschlusslage“ einer Arbeitsgemeinschaft der SPD. Doch anders als Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre im 20. Jahrhundert spielen Aktivitäten, Diskussionen und Beschlüsse der Jusos heute in den innerparteilichen und gesamtgesellschaftlichen Diskursen so gut wie keine Rolle.

Das fehlende Interesse der SPD an einer Beteiligung bei der Suche nach Alternativen zum Kapitalismus offenbart auch der oben erwähnte Sammelband von Drohsel zu den Juso-Thesen: Kaum ein Autor geht auf die systemverändernde Zielsetzung der Thesen ein, kritisiert oder unterstützt diese Position. Den meisten ist es egal, ob die Jusos nach einer Alternative zum Kapitalismus suchen oder nicht. Das ist verständlich, weil dieses Thema kurzfristig Wahlergebnisse kaum beeinflussen wird. Aber

es ist auch bedenklich, wenn eine Partei als Ideen- und Wertegemeinschaft nicht mehr in einer intellektuellen Dimension diskutiert, die für kurzfristige Wahlergebnisse nicht relevant zu sein scheint.

Die anhaltende Finanzmarktkrise könnte allerdings auch aktive Politiker motivieren, nicht nur Wahlen gewinnen zu wollen, sondern darüber hinaus die „Systemfrage zu stellen“. Der Bundestagsabgeordnete Marco Bülow z.B. überschreibt in einem Manuskript seine Analyse der sich verschärfenden Krise mit der plakativen Forderung „Systemfrage stellen!“ Empirisch gut begründet gelangt er zu der Schlussfolgerung: „Wir brauchen endlich eine Debatte nicht nur über einzelne Symptome, sondern über unser ‚Wirtschaften‘ im Allgemeinen. ... Stellen wir endlich die Systemfrage.“ Die Proteste „machen langfristig nur dann Sinn, wenn Alternativen angeboten werden. Dazu müssen wir neue zeitgemäße Konzepte erarbeiten – jenseits des überkommenen neoliberalen Denkens, aber auch jenseits des Griffs in die sozialistische Mottenkiste.“ Zur „Mottenkiste“ wäre anzumerken: Auch wenn die Warnung berechtigt ist, wenn mit „sozialistisch“ nur die sowjetkommunistische Ideologie gemeint ist. Wenn damit aber auch die demokratisch-sozialistische Tradition gemeint ist, die zur Zivilisierung des Kapitalismus beigetragen hatte, ist daran zu erinnern: Wenn sich das neoliberale Denken durchsetzen konnte, dann auch deshalb, weil die demokratisch-sozialistische Tradition erfolgreich mit der Qualifizierung als „sozialistische Mottenkiste“ diskreditiert wurde. Die Erarbeitung zeitgemäßer Konzepte muss also nicht bei Null

anfangen, sondern kann unentbehrliche Hilfen aus dem „sozialistischen Schatzkästlein“ erhalten.

In Richtung einer Rückbesinnung auf die demokratisch-sozialistische Tradition argumentierte Andrea Ypsilanti in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau vom 1. 8. 2010. Gegen Versuche, inzwischen aufgegeben, den Begriff „Gerechtigkeit“ durch „Fairness“ zu ersetzen, argumentierte sie: „Wer sich mit Fairness bescheidet, dem geht es bestenfalls um die Regelung des Bestehenden“, nicht mehr „um systemverändernde Reformarbeit“. Mit dieser „Begriffsmodernisierung“ gäbe die SPD „ihre ureigene Idee einer gerechten und solidarischen Gesellschaftsordnung, eines demokratischen Sozialismus auf. ... Sozialdemokratische Politik erfordert gesellschaftsverändernde Handlungsperspektiven“.

Alternativen zum Kapitalismus zu konzipieren und schrittweise zu verwirklichen, heißt also für die SPD nicht nur, etwas völlig Neues zu erarbeiten, sondern auch an Verdrängtes und Verleugnetes wieder anzuknüpfen. Auf diese Perspektive verweisen Überlegungen von Eugen Ruge (2011 Deutscher Buchpreis für den Roman „In Zeiten des abnehmenden Lichts“). In einem privaten Tagebuch während seiner Kubareise, in dem er das Scheitern des kubanischen Sozialismus konstatiert, endet er dennoch mit einem halb optimisti-

schen Ausblick für die Zukunftschancen des Sozialismus: „Anscheinend gibt es wirklich nur die sozialdemokratische Variante, nämlich dass man den Kapitalismus reformiert, den Sozialismus sozusagen aus dem Innern des Kapitalismus heraus schafft. Nur, wer soll ihn schaffen, wenn nicht einmal die Sozialdemokratie selbst daran erinnert werden will?“ (DIE ZEIT, 15. März 2012)

Aber vielleicht ließen sich doch einige daran erinnern, wenn sie erkennen: Da die andauernde Krise das kapitalismuskritische Bewusstsein weiter verstärkt, könnten glaubwürdige Antworten der SPD auf die Frage nach Alternativen zum Kapitalismus künftig sogar Wahlergebnisse positiv beeinflussen. Doch dafür wäre es nicht ausreichend, wenn die SPD auf einem Parteitag feierlich beschlösse, wir wollen den Kapitalismus doch wieder durch den Demokratischen Sozialismus ersetzen. Auch würde es wenig helfen, wenn SPD-Redner künftig das Wort Sozialismus so häufig verwendeten wie andere beliebte Plauderer das Wort Freiheit. Um den Kapitalismus zu überwinden, sind mehr intellektuelle und moralische Anstrengungen notwendig als für seine wortreiche Verurteilung. Damit ein Bekenntnis zum Demokratischen Sozialismus glaubwürdig und politisch wirksam wäre, müsste sich zunächst sowohl in der Gesellschaft als auch in der SPD noch viel verändern.

Beiträge und Diskussionen

Gert Weisskirchen

Willy Brandt – Freiheit braucht Sozialdemokraten

Rede zum Erscheinen des 10. Bandes der Berliner Willy-Brandt-Gesamtausgabe

Liebe Helga, liebe Inge, lieber Klaus,¹ hier in dem Haus sprechen zu dürfen, das seinen Namen trägt, dies am Vorabend seines Geburtstages und zugleich zum Erscheinen des 10. Bandes der Gesamtausgabe etwas anmerken zu können – macht mir eine große Freude.

Die Herausgeber und die wissenschaftlichen Bearbeiter haben ein Werk vollendet, das seinesgleichen sucht. Willy Brandt war in seiner Person ein Patriot, ein Europäer, ein Weltbürger – ein Citoyen, der vorweg nahm, was wir dereinst werden können: lokales, regionales, globales Handeln war für ihn ein Zusammenhang, offen für politisches Gestalten. Die inneren Kräfte, die in diesem Zusammenhang wirken, konnten zwar gegeneinander gerichtet werden. Davon erzählen die ersten fünfzig Jahre des letzten Jahrhunderts. Von verbrecherischen Deutschen wurden

Katastrophen erzeugt, die schließlich Deutschland und Europa und eine Zeit lang die Welt zu teilen vermochten. Den millionenfachen Massenmord an den europäischen Juden haben sie in den Namen Deutschlands bis an das Ende der Zeit eingebrannt. Willy Brandt war der andere Deutsche, der für das andere Deutschland kämpfte. Es musste sich seinen Platz in der deutschen Geschichte erstreiten. Er wusste um die Schwäche des anderen Deutschland. Zaghafte konnte es sein, selbst in der Stunde der Gefahr. Trotz alledem: Die deutsche Arbeiterbewegung, ihre Sehnsucht nach selbstbestimmtem Leben, ihr ungebrochenes Streben nach Freiheit und Gleichheit, nach Demokratie und Frieden sie blieb der „Wärmestrom“ (Ernst Bloch) der deutschen Geschichte, den es stets zu erneuern galt. Der Sozialdemokratie Mut zu geben, sie auf der Höhe der Zeit wachzuhalten, damit sie ihre Aufgaben gemeinsam mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern bewältigt, das war der Kern des Selbstverständnisses des Willy Brandt.

¹ Der Autor hielt die Rede am 18.12.2010 im Willy-Brandt-Haus. In der Anrede sind Helga Grebing, Inge Wettig-Danielmeier und Klaus Wettig angesprochen.

Willy Brandts Denken über das Politische ist Hannah Arendt nahe. Die Freiheit beginnt bei ihr in der „constitutio libertatis“, wenn Menschen als Gleiche sich ihre Freiheit aneignen und zusammen handeln, damit sie ihrem gesellschaftlichen Leben eine humane Gestalt geben. Das Beständige an Willy Brandt war das stetige Festhalten an ethisch verankerten Zielen und die situative Offenheit, sich selbst und die Sozialdemokratie zu prüfen, was aktuell zu tun geboten sei. Neue Allianzen schaffen, Umwege gehen, schöpferisch unruhig bleiben, „wenn Gutes bewirkt werden soll“, Zweifel Raum geben, aus Fehlern lernen, „mehr Demokratie wagen“ – jede Wegmarke sollte gelesen werden als Zeichen, die Ziele nicht aus den Augen zu verlieren und immer neue Kraft für das Zusammenhandeln zu gewinnen. „Links und frei“ kann nur sein, wer sich nicht verfängt in den Fesseln, die Egoismus und Kollektivismus auslegen. Die Konstituante Willy Brandts war, Deutschland zu öffnen, damit es den „langen Weg nach Westen“ (August Heinrich Winkler) selbst aufrecht gehen lernt. Wie Thomas Mann wollte er kein „deutsches Europa“ sondern ein „europäisches Deutschland“, eingebettet in das fortschreitende Zusammenwachsen von Europa, das „aus der Erfahrung von Leiden und Scheitern geboren“ ist und zugleich „der bindende Auftrag der Vernunft“ bleibt (So Willy Brandt in seiner Rede zur Verleihung des Nobelpreises). Sein Weg nach Westen führte ihn über Skandinavien nach Berlin. Das Gepäck aus Lübeck begleitete ihn dabei: das freie Wort, das gleiche Verlangen nach Bildung, die Erfahrung des Glücks der

Solidarität, aber auch die Erfahrung des frühen Leids des Kindes in einer unvollkommenen Familie.

Die literarisch produktivste Zeit seines Lebens begann, als er alle formell herausgehobenen Ämter hinter sich gelassen hatte. Seine Autorität gründete auf der überzeugenden Kraft der sprachlichen Bilder, die er zeichnen konnte. Sie konnten aus dem lesenden Publikum Kühle und Distanz herauslocken und dennoch und zugleich Wärme und Nähe spüren lassen. Die Adresse Willy Brandts an den Kongress der Sozialistischen Internationale ist ein letzter seiner verdichteten in Worte gefassten Aufrufe, nicht nach zu lassen in der Arbeit für ein besseres Zusammenleben. Sie war der Entwurf seiner Rede, die er vor den Delegierten im Reichstag zu Berlin halten wollte. Hans-Jochen Vogel hat sie dann verlesen. Umschließt dieser Text nicht das gesamte politische Lebenswerk eines Weltbürgers, eines Europäers, eines Patrioten? Öffnet er nicht zugleich den weiten Blick in eine andere Zukunft für Menschen, die einander versprechen, sich nicht im Gestrüpp der täglichen Reformarbeit zu verlieren? Seine Rede an die Sozialistische Internationale schließt ab und wendet sich dem real Möglichen zu. Er ruft alle Menschen, die guten Willens sind, zu gemeinsamem Handeln auf: „Besinnt Euch auf Eure Kraft.“ Das bildet den archimedischen Punkt – er schließt ab und gleichsam auf. In ihm vereinigen sich die bürgerschaftlichen Fähigkeiten. Seine charismatische Kraft bezog Willy Brandt aus dem Bewusstsein seiner Verantwortung, gleichzeitig lokal und national, europäisch und global zu denken

und zu handeln. Ihn einen „pragmatischen Idealisten“ zu nennen, beschreibt den Kern seiner Überzeugungen. Er wollte zusammenfügen, was zusammengehört. Was von eiskalten Demagogen geschürt wurde: die Angst vor dem, was als „fremd“ erscheinen soll und doch zu den universalen Menschenrechten gehört, die Angst vor unkontrollierter Macht, die doch von konsequenter demokratischer Reformpolitik zivilgesellschaftlich gezähmt werden kann, dem musste durch seine argumentative Schärfe der Nährboden entzogen werden. Mitzuwirken daran, dass Menschen frei von überflüssiger Angst leben – denn: „Angst ist kein guter Ratgeber“ – dieser Aufgabe hatte er sich verschrieben. „Compassion“ zu haben, fähig zu sein, das Leid anderer in sich zu spüren und als Ansporn für eigenes Handeln zu verstehen, war nur möglich, wenn die Ursachen des Leids, soweit gesellschaftlich bedingt, klar genug erkannt werden können. Für wissenschaftliche Erkenntnis und künstlerisches Empfinden blieb Willy Brandt auch deshalb stets aufgeschlossen. Er suchte das offene Gespräch mit Autoren und stellte sich ihrer Kritik. Sprache konnte er verdichten, wie kaum ein anderer Politiker. Und da, wo sie versagte, weil Gefühle der Scham ihn zu überwältigen drohte, beugte er seine Knie – ein Bild, mächtiger als jedes Wort. Ihm ging es nicht darum, Symbole zu schaffen, sondern um den Versuch, „der Aufklärung auf dem Kontinent, von dem sie ausgegangen ist, eine Heimstatt zu bewahren.“ Die letzte Adresse an die Sozialistische Internationale zeugt von der Macht des Wortes an die Nachkommenden. Sie leuchtet von

innen. Sie öffnet der Freiheit einen Weg, weil sie um ihre Gefährdungen weiß.

Der 10. Band der Berliner Gesamtausgabe umfasst die Zeitspanne von 1982 bis 1992, das Ringen um die gemeinsame Sicherheit. In dieser Dekade versammeln sich Furcht und Hoffnung (1), Ende und Anfang (2), Abbruch und Aufbruch (3), autoritativer Rückschritt und demokratische Revolution (4) wie selten in der europäischen Geschichte.

In 84 Textbausteinen haben die Herausgeber Dokumente gesammelt, die, vom Oktober 1982 bis Mai 1992, Willy Brandts Sichtweisen in entscheidenden Momenten der historischen Zäsur jener Dekade erklären. Die „Gemeinsame Sicherheit“ ist als Titel des letzten Bandes klug gewählt. Die gemeinsame Sicherheit war die Brücke, die beide Seiten der gegeneinander gerichteten Blöcke betreten, weil über sie ein Weg in eine nichtkonfrontative Zukunft führen konnte. Sicherheit zu erringen war das übergeordnete Interesse und nur gemeinsam konnte sie gewonnen werden. In diesen Versuch musste der deutschen Frage im Rahmen der Internationalen Beziehungen ein konstruktiver Stellenwert eingebaut werden. Alle Bemühungen – global, europäisch, national – sollten darauf gerichtet werden, damit die beiden Teile Deutschlands eine mögliche Verständigung nicht störten, sondern sie positiv begleiten oder gar mithelfen könnten, sie behutsam initiativ zu gestalten. Denn – die kommunistische Diktatur zu stürzen, wird mit militärischem Druck nicht gelingen: „Das wird im historischen Prozess aus anderen Gründen geschehen.“ (Brandt vor dem US Kongreß, 29.09.83)

1. Furcht und Hoffnung

Zu Beginn der achtziger Jahre spitzte sich erneut die Konfrontation zwischen den Blöcken zu. Ins Stocken kam, was die Politik der Verständigung im letzten Drittel der siebziger Jahre vermocht hatte, phasenweise zur Entspannung zwischen Ost und West beizutragen. Der atomare Rüstungswettlauf strebte auf einen Höhepunkt zu. Die NATO war fest entschlossen, die militärische Konsequenz aus ihrem Doppelbeschluss zu ziehen, nachdem die Sowjetunion sich kaum dazu bereit zeigte, die Produktion und Stationierung an zusätzlichen modernen Atomraketen zu stoppen. Einher mit der nuklearen Aufrüstung explodierte die Angst einer immer größer werdenden Zahl von Menschen beiderseits der Blockgrenzen. Sie fand ihren Ausdruck in Demonstrationen für Frieden, Ausgleich und den Abbau von Feindbildern. Wie selten zuvor in der europäischen Teilung wurden sich die Europäer der Tatsache bewusst, dass im Zeichen der Massenvernichtungswaffen für sie das gleiche Schicksal galt. Die Sehnsucht nach Frieden half, die Furcht zu überwinden. Die Hoffnung auf ein anderes Europa, frei von Atomwaffen, barg den Keim in sich, die Spaltung des Kontinents hinter sich zu lassen. Willy Brandt erkannte die Chance, dabei mitzuhelfen, die europäischen Friedensbewegungen zu Partnern der Sozialdemokratie werden zu lassen. Es galt, mit den neuen sozialen Bewegungen Bündnisse einzugehen, damit die Demokratie an Lebenskraft gewinnt. Er wollte Menschen mitnehmen in eine Zukunft, die besser sein könne als die Gegenwart. Sein Begriff von Frieden umschloss

den der Gerechtigkeit, denn „eine Gesellschaft der Freien und Gleichen (zu schaffen) ... in der das gute Leben kein Vorrecht des Standes oder der Klasse mehr sein sollte“, bleibt ein „Ziel, (das) lange nicht erreicht ist, nicht hier und schon gar nicht in der ganzen weiten Welt der Knechtschaft und des Leidens, ... die etwas weiter ausgreift als unsere Grenzen und die uns ganz und gar nicht gleichgültig sein kann.“ (Rede, SPD Parteitag Essen, Mai 1984).

2. Ende und Anfang

Im Verlauf der achtziger Jahre war die kommunistische Diktatur zu ihrem Ende gekommen. Mit der Rivalität zwischen Michail Gorbatschow, dem letzten Generalsekretär der KPdSU und Boris Jelzin, dem letzten Vorsitzenden der russischen KP in der SU, zerbrach der Versuch, das größte Land der Erde zu einem Modell der „Weltrevolution“ zu machen. Noch vor seinem Ende sprach Willy Brandt ein klares und hellsichtiges Urteil: „Einen Sozialismus, der keiner war, konnte man nicht reformieren.“ Bereits im skandinavischen Exil war dieses Urteil in ihm herangereift. 1948, im Angesicht der Prager Ereignisse und erneut 1968, als der Prager Frühling in Panzerketten sein Ende fand, stellte er sich an die Seite der Freiheit. Gleichwohl war ihm bewusst, dass der Schlüssel zur Überwindung der europäischen Teilung in Moskau lag. Die Helsinki Schlussakte öffnete Chancen, gerade weil sie die Grenzen der politischen Ordnung von Jalta und mit ihr die Realität der europäischen Teilung anerkannte. Wenn auch die Vereinbarungen von 1975 in Zeiten der Ost-West-Konfrontation in den

Hintergrund rückten, so dehnte sich ihre mäßigende Wirkung unterhalb der harten Konflikte aus. Die Fäden, die aus dem Prozess von Helsinki gesponnen werden konnten, rissen nie ganz ab. Ab und an wurden die alten Fäden befestigt und neue kamen hinzu. Das konnte nur gelingen, weil ihre Mitgliedsstaaten sich auf Grundsätze verständigt hatten, die in das Prinzip der gemeinsamen politischen Verantwortung mündete. Willy Brandt war besorgt, dass diese Grundsätze in der Konfrontation der Blöcke verloren gehen könnten. Deshalb startete er zu Beginn der achtziger Jahre eine zweite Ostpolitik, damit gerettet wird, was später gebraucht werden könnte.

3. Abbruch und Aufbruch

Vorboten der großen Transformation deuteten sich anfangs der letzten zehn Lebensjahre Willy Brandts an. Teile der osteuropäischen Infrastruktur zerfielen. Engpässe bei der Versorgung von Lebensmitteln und Rohstoffen für die industrielle Produktion häuften sich im gesamten Warschauer Pakt. In vielen Städten der DDR brachen Quartiere der im Mittelalter entstandenen Architektur zusammen. Ungarn manövrierte sich in eine sich beschleunigende Verschuldung. Die Sowjetrepublik Ukraine wurde heimgesucht von einer Explosion des Atomkraftwerks Tschernobyl. Die Kette der Krisenzeichen wurde immer länger. Ein Infarkt des gesamten Systems konnte nicht mehr ausgeschlossen werden. Im Westen wuchs die Sorge, welche Folgen für die Menschen dann eintreten könnten. Konservative wie Franz-Josef Strauß hatten sich entschlossen, finanziell zu helfen, damit kommunistische

Diktatoren weiter existieren konnten. Um den Kollaps eines fast siebzig Jahre dauernden Projekts abzuwenden, leitete der neue Generalsekretär der KPdSU einen Prozess der Reformen ein. Perestroika und Glasnost trieben die Reformen voran. Hellsichtig und hellwach beobachtete Willy Brandt den Reformversuch. Seine ausgeprägte Fähigkeit zu Distanz und Nähe, zu Analyse und operativer Praxis, gepaart mit seinem Weltbürgertum, das zugleich nationale Interessen respektiert und sie in europäische und globale Zusammenhänge einzubetten gelernt hatte, machten ihn zu einem kongenialen Partner von Michail Gorbatschow, der „souverän, unbefangenen, freundlich aber auch bestimmt“ auf ihn wirkte. Ein „neues Denken“ nahmen sich beide vor. Das half mit, den Aufbruch vorzubereiten.

4. Autoritativer Rückschritt und demokratische Revolution

Wenn die „oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen“ (Lenin), brechen Gesellschaften revolutionär um. Im Übergang zu den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts geschah dies weitgehend, ohne dass Blut vergossen wurde. Die lange Zeit der Politik der Entspannung hatte die Eliten des osteuropäischen Ancien Régimes habituell vorbereitet auf den fundamentalen Wechsel. Der äußere Feind war ihnen abhandengekommen. Sie begannen, die inneren Konflikte in ihren Ländern realistisch anzusehen und ihnen mit einer Politik der Reformen zu begegnen. Allerdings fehlte es ihnen an der Legitimation, auf diesem Weg der Reform ihre Bevölkerungen zu überzeugen. Auch

war die Wucht des Umbruchs derart umstürzend, dass sie die neu heranwachsende Elite – die vormalige Dissidenz – beim Systemwechsel beteiligen musste. Die Feinde des Wandels zur Demokratie aber hielten nicht still. Gegen Gorbatschow wurde geputscht. In Jugoslawien wollte Milosevic das Verschwinden in der Demokratie durch aggressiven Nationalismus aufhalten. Gesellschaftliche Umbrüche laden auch Demagogen ein, politische Macht zu befestigen oder neu zu gewinnen. Verlustängste und Furcht vor tiefgreifenden Veränderungen können ausgebeutet, zu ungerechtfertigten Schuldzuweisungen und Hass auf Minderheiten verformt werden. Willy Brandt erfasste in den letzten Jahren seines Lebens die Ambivalenzen der großen europäischen Transformation – die Chance der demokratischen Revolution sollte sich gegen die Versuchung des autoritativen Rückschritts durchsetzen. Prallgefüllt mit historischen Erfahrungen, ausgestattet mit der Gabe, sich einfühlen zu können in das Rollenverständnis anderer politischer Akteure erkannte er den unerhörten Moment des europäischen geschichtlichen Verlaufs. Kreativ zu sein in den operativen Schritten beim Zusammenwachsen der Teile, die zueinander gehören, dazu brauchte es die verlässliche Stetigkeit in den wertorientierten Zielen und zugleich die produktive Offenheit für neues Handeln. Denn: „Wenn die Welt vor unseren Augen sich wandelt und die alte Betrachtungsweise sich überlebt“, dürfe man nicht gefangen bleiben in „eingeschliffenen Denkschemata.“

Willy Brandt, der andere Deutsche, stand für das andere Deutschland, das

lange Zeit verborgen blieb. Helga Grebing hat in ihrer biografischen Studie die Motive freigelegt, die ihn dabei bewegt haben. Willy Brandt ist einer der stärksten politischen Repräsentanten der deutschen Geschichte, der sich der Emanzipation verschrieben hat. Der Kampf der Arbeiterbewegung für gleiche Freiheit und für soziale Demokratie verwandelt den abhängig Arbeitenden in den Mitbürger. Im Bild des „anderen Deutschland“ erkennt der „andere Deutsche“ die europäische Zivilität als das ihm Eigene, das verbunden bleibt mit allem, was wahrhaft europäisch ist. Mit dieser Erkenntnis konnte Deutschland werden, was seine Bestimmung war: ein Teil des Westens. Zu lange sind zu große Teile seiner Elite einen Pakt mit dem Bösen eingegangen, weil sie glaubten, sie dürften sich zum Herrscher über andere aufschwingen. Zuviele Deutsche folgten dieser verhängnisvollen Verblendung. Der Pakt mit Hitler endete in historisch einzigartigem Terror. Schmerzlich für Willy Brandt war, dass die Arbeiterbewegung sich nicht stark genug dagegen aufgebaut hatte. Das Verborgene vom Schutt zu befreien, es wieder sichtbar zu machen, es ins Leben zurückzuholen, einzubetten in die ungebrochen emanzipative Kraft der europäischen Aufklärung – das bleibt unauslöschlich sein Vermächtnis. „Im Namen Europas“ zu reden, wie Timothy Garton Ash vermeint, und dabei zuerst die Aufhebung der deutschen Teilung im Auge zu haben, trifft nicht den Kern seiner politischen Argumente. Wohl aber unterstrich er stets das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung, ihre Einheit vollenden zu dürfen. Immer

handelte er dabei im festen Bewusstsein, nationales Handeln sei europäisch zu verantworten. Nur ein „weltoffenes Europa“ könne den globalen Konflikten begegnen, auch, weil „sich an europäischer Mitverantwortung für weltweite Entwicklungen ohnehin nicht zweifeln lässt.“ Band 10 schließt mit den Worten Willy Brandts, die er am 4. Mai 1992 an Sozialdemokraten in Luxemburg richtete: „Offenheit, Verständnis und Hilfsbereitschaft werden sich auszahlen. Eine eingeengte Weltsicht würde sich dagegen bitter rächen.“

Warum aber, so mag gefragt werden, vermochte Willy Brandt es erst spät, als die demokratische Revolution sich anschickte, stärker zu werden als die bleierne Schwere des Ancien Régime, der Strategie zur Überwindung des Status quo ein zusätzliches Element hinzuzufügen? Wäre es nicht nötig gewesen, der Bereitschaft der Dissidenz zur Kooperation früher offener zu begegnen? Warum hat er ein Treffen mit Kardinal Glemp einem Treffen mit Lech Walesa vorgezogen? Trifft es zu, dass ein verborgener Etatismus stärker bis in den Sommer 1989 gewirkt hat als die Zuneigung zu den osteuropäischen Gegnern der kommunistischen Diktatur? Vergleichbare Fragen könnten hinzugefügt werden.

Sie münden in die Kernfrage: Haben seine historischen Erfahrungen, die er in den Aufständen 1953, 1956, 1961 und 1968 machen musste, ihn zu vorsichtig werden lassen? Finden wir, möglicherweise, einen Schlüssel in der Antwort, die mir Rainer Eppelmann im Juni 1989 gab: „Auch in der DDR ist ein militärisches Eingreifen möglich, wie auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking“? Diese Fragen warten auf Antworten. Sie führen über den 10. Band der Berliner Ausgabe hinaus.

Was bleibt?

Willy Brandt war weniger der andere Deutsche gegenüber Konrad Adenauer oder gegenüber seinen konservativen Kontrahenten nach 1945. Mir drängt sich ein anderes Gegenbild auf. Willy Brandt, scheint mir, wollte zeigen: Hitler und seine Verbrecher haben das andere Deutschland zu vernichten versucht. Willy Brandt aber und mit ihm die deutschen Sozialdemokraten bleiben dazu aufgerufen, Wirklichkeit werden zu lassen, was zwischen 1933 und 1945 so furchtbar verloren gegangen war: Freiheit und Frieden und Deutschland im sich vereinigenden Europa der sozialen Demokratie sind nicht mehr voneinander zu trennen.

Tilman P. Fichter / Siegward Lönnendonker

Der Weimarer SDS

Einige Bemerkungen zum Beitrag von Klaus Faber

In Heft 1/2011 der „*Perspektiven des*“ schreibt Klaus Faber, Vorsitzender des Wissenschaftsforums in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern e.V. in seinem Artikel „Wahlen, Menschenrechte und Demokratieverteidigung“ unter anderem: „In das Bild paßt, daß in der Weimarer Republik ‚Demokratie‘ und mit vergleichbarem Inhalt gefüllte Begriffe wie ‚Republik‘ häufig nicht nur von erklärten Demokratie- und Republikfeinden abgewertet und relativiert wurden. ‚Republik‘, die in diesem Zusammenhang auch für Demokratie stand, ‚Republik‘ das heißt nicht viel – Sozialismus ist unser Ziel, so lautete ein Slogan, der damals, auf der Grundlage eines merkwürdigen Demokratieverständnisses, der *Studentenverband der SPD (SDS) in grotesker Verkennung der Bedrohungs- und machtpolitischen Lage* sowie der sich daraus ergebenden politischen Prioritätensetzung verbreitete.“ (Hervorhebung durch T.P.F. und S.L.) Erst nach dem Zweiten Weltkrieg hätte sich in diversen westlichen Ländern das Konzept der „wehrhaften oder streitbaren Demokratie“ durchgesetzt, wie es z.B. Karl Popper vertreten habe.¹

Mit Verlaub: Der „Sozialistische Deutsche Studentenbund“ (SDS) ist erst am Abend des 3. September 1946 gegründet worden, und zwar in Hamburg unter den Portraits von Immanuel Kant und Karl Marx von 84 zumeist männlichen Kriegsheimkehrern (nur 15 Delegierte waren Frauen). Die Gründung vollzog sich nicht etwa „auf der Grundlage eines merkwürdigen Demokratieverständnisses“, sondern durch die Prägung ihrer Alltagserfahrungen im Nationalsozialismus sowie durch die Fronterlebnisse im Zweiten Weltkrieg.

Die Debatte innerhalb der Weimarer SPD-nahen Jugendorganisationen (SAJ, „Jungsozialisten“, Kinderfreunde,

wenn es sich nicht in die seit langem zu beobachtende Tendenz des Geringachtens und Geringschreibens des SDS in der Geschichte der Bundesrepublik einfügen würde. Wohl gemerkt: Wir unterstellen Faber nicht, Teil oder gar Mitglied dieser Junghistoriker bzw. Jungsoziologen-zunft zu sein, aber wir müssen doch konstatieren, daß seine Behauptung – wenn auch falsch – in diese breit erzeugte Atmosphäre paßt, eine Atmosphäre, in der ein negatives Bild des SDS schon so vorherrschend ist, daß man sich gar nicht mehr die Mühe macht, es auf seinen Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen. Wir haben uns in unserer „Kleinen Geschichte des SDS“ genau darum bemüht, und es wäre schön, wenn Zeitschichtler diese Texte auch lesen würden.

1 Das könnte man als leichten Irrtum eines zerstreuten Sozialwissenschaftlers abtun,

rote Falken) kannten die allermeisten der SDS-Gründer im September 1946 höchstens vom Hörensagen (vgl. auch Tilman P. Fichter, Siegward Lönnendonker, Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke, 4. überarbeitete und ergänzte Auflage, Essen August 2007, Seite 31 ff.). Auf den SDS trifft das linksliberale Fabersche Verdikt also nicht zu, aber die Vorläuferorganisation des SDS in Weimar kann er aber auch nicht gemeint haben.

Im Jahre 1922 hatte sich der „Verband Sozialistischen Studentengruppen Deutschlands und Österreichs“ (ab 1929 „Sozialistische Studentenschaft Deutschlands und Österreichs“) formiert. Dieser Studentenverband war ein Zusammenschluß von bis dahin autonomen sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Studentenzirkeln bzw. Hochschulgruppen. Ihr erster Vorsitzend war der spätere Parteienforscher Otto Stammer, der stark durch das austromarxistische Arbeiterbildungswesen geprägt gewesen ist. Die Autoren dieses Textes haben in den 60er Jahren noch bei Stammer studiert: Er begriff „Politische Soziologie“ immer als „Gegenwartswissenschaft“ und als „Demokratieforschung“. Eine Denkweise, für die heute nach Bologna im Lehrplan kaum noch Platz ist- Kurzum: Otto Stammer und seine studentischen Genossen haben ganz sicher kein „merkwürdiges Demokratieverständnis“ gehabt, eher ein höchst bemerkenswertes!

Anfang der dreißiger Jahre hatte die „Sozialistische Studentenschaft“ an 33 deutschsprachigen Universitäten und Hochschulen rund 5500 organisier-

te aktive Mitglieder. Im Vergleich dazu umfaßte der „Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund“ (NSDStB) im Sommersemester 1932 allein an den preußischen Universitäten rund 54 500 Mitglieder. Mit anderen Worten: Diese republiktreuen sozialistischen Studenten waren damals eine kleine Minderheit. Trotzdem bekannten sie sich immer offen zur Idee der „Republik“ und bekämpften z.B. die Einführung eines rassistischen „Arierparagraphen“ an den Universitäten, der sich in der Praxis hauptsächlich gegen Juden richtete. Doch spätestens seit 1923 lehnte eine Mehrheit der deutschen Studenten die republikanische Staatsform mehr oder weniger bewußt ab. Die uferlos erscheinenden Reparationsforderungen der Siegermächte von Versailles, die Besetzung des Rheinlandes im März 1921 und des Ruhrgebiets im Januar 1923, die hausgemachte Geldinflation u. a. führten in der akademischen Jugend zu immer mehr politischer Verbitterung, Berufsunsicherheit und Republikfeindlichkeit – ein Klima an den Universitäten, in dem die Sehnsucht nach einem autoritären Obrigkeitsstaat, Anti-Intellektualismus, Ausländerfeindlichkeit und vor allem Antisemitismus das politische Bewußtsein einer ganzen Studentengeneration mehrheitlich bestimmte.

In dem im Juli 1920 gegründeten „Deutschen Hochschulring“ (DHR), dem stärksten politischen Studentenverband Anfang der zwanziger Jahre, setzte sich deshalb auch nach harten Auseinandersetzungen im Frühjahr 1922 eine militant antisemitische völkische Fraktion durch. Erst 1927 entzog der preußische linksliberale Kultus-

minister Carl-Heinrich Becker (DDP) der Studentenschaft in Preußen die öffentliche Förderung und Anerkennung, nachdem sich 77 Prozent der Studenten in einer Urabstimmung gegen das 1925 vom Preußischen Landtag beschlossene neue Studentenrecht ausgesprochen hatten, das die preußische Studentenschaft dazu verpflichtete, auch „nicht-arisches“ Auslandsdeutsche als Mitglieder zuzulassen.

Auch damals hatten die Studentinnen und Studenten der „Sozialistischen Studentenschaften“ gegen den grassierenden Antisemitismus auf zahlreichen Foren der Studenten agitiert. Sogar die Nationalliberalen um Otto Benecke und Arnold Bergstraesser wichen seinerzeit einer öffentlichen inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten aus, um die „hochschulpolitische Einheit“ der Studentenschaft nicht zu gefährden. Genau deshalb, Genosse Faber, standen die sozialistischen Studenten auch damals oftmals alleine für die Ideale der Republik ein. Von wegen „groteske Verkennung der Bedrohungs- und machtpolitischen Lage“. Wenn jemand für die Demokratie bzw. die Republik damals an den Universitäten eingetreten ist, dann waren dies Otto Stammer und seine Genossen.

Die lebensreformerischen „Jungsozialisten“

Nun noch zu einem anderen wichtigen Akteur in der damaligen Weimarer Arbeiterjugend. Vor dem Ersten Weltkrieg – so Franz Walter in seinem Werk „Jungsozialisten in der Weimarer Republik“ (Kassel 1983) – war das Gruppenleben der SPD-nahen Jugend

häufig noch eine „langweilige Kopie der SPD-Ortsvereine“ gewesen. Doch in den Kriegsjahren veränderte sich das Lebensgefühl der jugendlichen Sozialdemokraten drastisch. Die spontane Gründung der „Jungsozialisten“-Gruppen dokumentierte diesen Umbruch: Im August 1920 versammelten sich in Weimar zirka 2000 junge Facharbeiter, Studenten und Schüler mit Klampfen und Geigen und feierten einen „neuen Sozialismus“ als ihre „Sache der Herzen“. Forthín wollten die „Jungsozialisten“ nicht nur für die „wirtschaftliche Befreiung“ der Arbeiter eintreten, sondern lebten auch ihre „Freude“ in der Gruppe aus.

Dieses „Wandervogelerlebnis“ der „Jungsozialisten“ stieß damals in der tradierten Arbeiterreformpartei SPD noch vielfach auf eine kulturelle Ablehnung. Auf dem folgenden SPD-Parteitag billigte dann trotzdem eine Mehrheit der Parteitagsdelegierten im Oktober 1920 nachträglich noch die Gründung der „Jungsozialisten“ im Vorfeld der Partei. Nachdem am 11. Januar 1923 französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet besetzten, weil die Reichsregierung in Berlin die geforderten Reparationsleistungen nicht abgeleistet hatte, versammelte sich zu Ostern 1923 im hessischen Hofgeismar der rechte Flügel der „Jusos“, um ihr Verhältnis zum „deutschen Volk und Staat“ neu zu überdenken.

An dieser Ostertagung nahmen zirka 150 Jungsozialisten teil. Zu den Referenten gehörten u.a. der Staatsrechtler Gustav Radbruch, der religiöse Sozialist und Sozialökonom Eduard Heimann und der Soziologe und Arbeitsrecht-

ler Hugo Sinzheimer. Zu den damaligen Sympathisanten des Hofgeismarer Kreises gehörten u. a. die späteren sozialdemokratischen Widerstandskämpfer Theodor Haubach (1897-1943), Carlo Mierendorff (1897-1943), Julius Leber (1891-1945) und auch Kurt Schumacher (1895-1952). Für diese Hofgeismarer – so ein Ergebnis ihrer Diskussionen – waren Volk und Staat „objektive Existenzformen“. Die Jusos sollten deshalb ihrer Meinung nach die Weimarer Republik theoretisch akzeptieren und in ihrer politischen Praxis auch „diejenigen Kräfte technischer und sittlicher Art aus sich heraus entwickeln, die beide zu tragen und fortzubilden fähigen sind“. (Vgl. Die deutsche Jugendbewegung 1920-1933. Die bündische Zeit, hrsg. von Werner Kindl, Köln 1974, S. 1927 f.)

Als Reaktion auf diese Staats- und Volksbejahung der Hofgeismarer Jusos bildete die Linke innerhalb der Jungsozialisten bzw. der „Sozialistischen Arbeiter-Jugend“ (SAJ) unter Anleitung des austromarxistischen Neokantianers Max Adler zu Pfingsten 1924 in Hannoversch-Münden den „Hannoveraner Kreis“, dessen aktiver Kern, die Kader des kleinen elitären „Nelson-Bundes“, grundsätzlich jedes positive Bekenntnis der „Jungsozialisten“ zu einer „nur formalen Demokratie“ ablehnten und statt dessen die Traditionen der „internationalen Solidarität der Arbeiterklasse“ propagierten. Das von Klaus Faber zitierte Motto: „Republik, das heißt nicht viel – Sozialismus ist unser Ziel“ könnte aus dieser innerorganisatorischen Auseinandersetzung zwischen den Hofgeismarer Jusos und dem „Hannoveraner Kreis“ bzw. den Nelson-Kadern stammen.

Auf der Reichskonferenz der „Jungsozialisten“ am 12. und 13. April 1925 in Jena kam es dann zum offenen Bruch zwischen diesen beiden Lagern (die aber andererseits trotzdem beide weiterhin in Opposition zur parteikonformen Politik der „SAJ“ standen). Zunächst referierte Hermann Heller, einer der Vordenker der Hofgeismarer, über das Thema „Staat, Nation und Sozialdemokratie“. Das Gegenreferat zum Thema „Die marxistische Lehre vom Staat“ hielt Max Adler. In der leidenschaftlich geführten Debatte bekannten sich mehrere Hofgeismarer zur aktiven Mitarbeit im „konkreten Weimarer Staat“ bereit, weil ihrer Meinung nach nur so „die Erhaltung und Entfaltung der Arbeiterklasse“ möglich sei. (Vgl. Franz Walter, a.a.O., S. 35)

Am Ende der Diskussion ergriff dann die Nelson-Schülerin Maria Hodann (Partei-Deckname Mary Saran) das Wort und emotionalisierte noch einmal – wahrscheinlich bewußt – den Juso-Kongreß. Sie behauptete, die Hofgeismarer Jusos hätten sich in Berlin mehrfach geweigert, die „Internationale“ mitzusingen. Außerdem unterstellte sie den Hofgeismarern eine „Abneigung gegen Juden“. Schließlich schlußfolgerte sie, die politischen Ziele der Hofgeismarer würden letztlich „unweigerlich auf einen Verrat der Arbeiterklasse“ hinauslaufen. (Tatsächlich zahlten die Hofgeismarer jedoch im Widerstand gegen die NS-Diktatur wenig später einen hohen Blutzoll, was bei der Mehrheit der heutigen Jusos nicht etwa zu deren Rehabilitierung geführt hat. „Hofgeismarer“ ist seit den 80er Jahren bei ihnen ein Schimpfwort für nationalbewußte Sozialdemokraten.)

Danach stimmten von den 111 anwesenden Juso-Delegierten 71 der Resolution der Hannoveraner zum Thema „Staat und Nation“ zu. Bei diesem Abstimmungsergebnis ist aber zu berücksichtigen, daß von den insgesamt 179 jungsozialistischen Gruppen nur 75 nach Jena gekommen waren. Der Text der angenommenen Resolution lautete: „Die Jungsozialisten als politische Jugend lehnen die nationale Romantik in jeder Form entschieden ab. Von der bloßen Betonung der republikanischen Staatsnotwendigkeit mit den daraus entspringenden Konzessionen an das bürgerliche Denken befürchtet die Reichskonferenz (der Jusos, T.P.F./S.L.) eine Verwässerung des revolutionären Klassenkampfes. Die heutige Demokratie stützt sich nur auf die Gleichwertigkeit des Stimmzettels, läßt jedoch die ökonomische Ungleichzeitigkeit der Menschen bestehen, sie verschleiert also die Klassengegensätze. Die Reichskonferenz ist sich daher darüber klar, daß das sozialistische Proletariat dem bürgerlichen Klassenstaate gegenüber keine staatspolitische Verantwortung übernehmen darf, wenn dies dem Interesse des internationalen Klassenkampfes widerspricht.“ (Ebd.)

Im Anschluß an die Kampf abstimmung zogen sich die rund 200 Hofgeismarer Jusos aus der tagtäglichen Juso-Arbeit zurück. Nachdem am 2. November 1925 der SPD-Parteivorstand auch noch die Mitgliedschaft im lebensreformerischen, zugleich aber auch antimarxistischen „Internationalen Jugend-Bund“ (IJB) mit der Mitgliedschaft in der SPD für unvereinbar erklärt hatte, verloren die „Jungsozialis-

ten“ noch einmal rund 200 aktive neokantianische Mitglieder. Die Kontroverse zwischen den „Hannoveranern“ und den Hofgeismarern führte schließlich auf dem SPD-Parteitag 1931 zur Auflösung der „Jungsozialisten“. Die Mehrheitssozialdemokraten wollten in ihrer Jugendorganisation einfach keine politischen Streitereien. Ein Desaster für die Jugendarbeit im Vorfeld der SPD nur wenige Jahre vor der Machtübergabe an Hitler. Die Anzahl der „Jungsozialisten“ in der Weimarer Epoche zählte übrigens nie mehr als 4000 Mitglieder. Ähnlich wie der IJB verstanden sich auch die damaligen Jusos als eine ausgesprochene (rote) Elite.

Der „Nelson-Bund“

Nach der unfreiwilligen Trennung des IJB von der SPD bauten die Neokantianer Leonhard Nelson (1882-1927) zusammen mit Willi Eichler (Göttingen), August Bolte (Hannover), Zeko Torboff (Bulgarien) und Si Luan Wei (Shanghai) den „Internationalen Sozialistischen Kampf-Bund“ (ISK) auf. Der ISK bekannte sich – so Werner Link – zwar zu der „Einheit des klassenbewußten Proletariats“, vertrat jedoch die Ansicht, daß eine längeres Verbleiben in der SPD ein „Zu-Kreuze-Kriechen um der Einheit willen“ bedeuten würden. (Vgl. Werner Link, Die Geschichte des IJB und des ISK, Meisenheim am Glan 1964, S. 101 ff) Die Zusammensetzung der Gründungsmitglieder sollte den internationalen Charakter dieses Bundes dokumentieren.

Der ISK wurde strikt nach der Organisationstheorie von Nelson aufgebaut, das heißt nach dem Führerschaftsprin-

zip, Mehrheitsentscheidungen waren ausdrücklich unerwünscht. Mit anderen Worten: „Beschlüsse von unten“ waren nicht vorgesehen und die Prinzipien der innerorganisatorischen Demokratie, wie sie z.B. Otto Stammer zeitlebens vertreten hat, bleiben im ISK immer ein Fremdwort. Die rund 300 Mitglieder sollten sich darüber hinaus aus Überzeugung streng vegetarisch ernähren, Alkohol und Tabak meiden und sofort aus der Kirche austreten. Letztlich ein Horrorkonzept, wie es heute in fast jeder größeren diesseits-religiösen Sekte – z.B. Scientology – praktiziert wird.

Nach 1945 trat übrigens erneut die Mehrheit der ISK-Mitglieder der SPD bei. Die Grundlage für diese Kooperation zwischen den ISK-Kadern und der Schumacher-Nachkriegs-SPD war zweifellos der Antikommunismus. Willi Eichler war am 11. Mai 1946 nach einem längeren Vieraugengespräch mit Schumacher sogar in den 25 Mitglieder starken SPD-Parteivorstand gewählt worden und konzipierte als Vorsitzender der Kommission zur Erarbeitung eines Grundsatzprogramms zusammen mit seiner Lebensgefährtin Susanne Miller Ende der fünfziger Jahre dann im Auftrag von Erich Ollenhauer sogar den ethischen Appell von Godesberg.

Nach der Wahlniederlage der SPD bei den Bundestagswahlen am 15. September 1957 (CDU/CSU: 50, 2 Prozent; SPD: 31,8 Prozent; FDP: 7,7 Prozent und DP (Deutsche Partei): 3,4 Prozent) bemühte sich die Ollenhauer-SPD um eine Eingliederung der SPD in die siegreiche „herrschende Ideologie“ der pro-amerikanischen westdeutschen Teilrepublik – so Theo Pirker in seinem 1965

erschienenen Werk „Die SPD nach Hitler“. Die Einheit Deutschlands als politisches Nahziel der SPD-Politik im Sinne von Kurt Schumacher stand nach Godesberg nicht mehr auf dem Fahrplan der Partei. In Anlehnung an die These von Helmut Schelsky von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ verabschiedete sich die westdeutsche Sozialdemokratie 1959 aber auch von Begriffen wie „Klasse“, „Profit“, „Kapital“ oder „Mehrwert“. Mit anderen Worten: Die westdeutsche Facharbeiterreformpartei SPD kapitulierte nach drei verlorenen Bundestagswahlen seinerzeit vor der Politik von Konrad Adenauer. (Zu den Auswirkungen dieser Politik auf den SDS s. auch Tilman P. Fichter/Siegward Lönnendonker, Dutschkes Deutschland. Der Sozialistischer Deutsche Studentenbund, die nationale Frage und die DDR-Kritik von links, Essen Oktober 2011, 2. durchgesehene und ergänzte Auflage, S. 74 f.)

Das Panorama deutscher Zustände während der Zwischenkriegsjahre von 1918 bis 1933 verdeutlichte, daß die deutsche Gesellschaft auch nach dem Ersten Weltkrieg noch zwischen Mittelalterlichkeit und Modern lebte. Diese „deutsche Mischung“ – so Ralf Dahrendorf in seinem Werk „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“ im Frühjahr 1965 – aus rückwärtsgewandten Traditionen (z.B. an den Universitäten) und modernster industrieller Produktion wurde dann im westlichen Teilstaat „Bundesrepublik Deutschland“ in den fünfziger und sechziger Jahren schrittweise überwunden. In der auf dem Produktionsstand von 1945 stehengebliebenen „Deutschen Demokratischen

Republik“ wurde diese „deutsche Mischung“ oftmals erst nach 1989 zunächst einmal in Frage gestellt und dann überwunden. Heute scheint die politische Demokratie im neuvereinigten Deutschland trotz der weltweiten Finanzkrise und einigen Neo-Nazis gefestigt.

Doch die Dominanz der Märkte bedroht mittelfristig auch in der Bundesrepublik den „sozialen Gründungskompromiß“ (Lutz Niethammer) zwischen Kapital und Arbeit. Doch dank der in der westlichen Teilrepublik „BRD“ erfolgten Revolte von 1967/1968 stehen heute die Studenten bei zukünftigen neuen Klassenkämpfen eher auf der Seite der linken Mehrheit in der Bevölkerung. Das intellektuelle Klima auf dem Campus blieb auch nach der Neuvereinigung im Vergleich zu Weimar völlig verändert.

Jenseits der SPD

Nach dem Zweiten Weltkrieg rekrutierte die westdeutsche SPD ihren Nachwuchs bis in die 1960er Jahre in wesentlichen aus vier Bereichen: den Betriebsgruppen der „DGB-Jugend“, aus dem SDS (bis 1960), aus dem Umfeld der mehr oder weniger autonomen „Sozialistischen Jugend – Die Falken“ sowie den „Jungsozialisten“ in der SPD.

Bis 1933 hatte der große SPD-nahe Jugendverband der SPD „Sozialistische Arbeiter-Jugend“ (SAJ) geheißt. Nach 1945 entstand die Jugendorganisation erneut, doch nun als *innerparteiliche Arbeitsgemeinschaft* „Die Jungsozialisten“. Die jugendbewegten Traditionsreste aus der Zeit der Weimarer „SAJ“ wurde jedoch auf der Nürnberger Jugendkonferenz der SPD 1946 ersatzlos gestrichen.

Als Altersgrenze wurde jetzt für die Jusos das 35. Lebensjahr festgelegt. Auf dieser Konferenz im Juli 1946, bei der die neuen „Jungsozialisten“ erstmals in Erscheinung traten, wurde von den geladenen Anwesenden als Führungsgremium ein „Arbeitsausschuß“ gewählt, der inoffiziell bereits am 23. April 1946 erstmals unter der Aufsicht des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Erich Olenhauer getagt hatte. So entstand denn auch ein parteikonformer SPD-naher Nachwuchsverband, der dann auch bis zur sogenannten Linkswende der Jusos auf dem Münchner Juso-Kongreß von 1969 dem SPD-Parteivorstand fast nie Ärger bereitet hat. Andererseits schlug aber auch aus dieser von oben angeleiteten Parteijugend zwei Jahrzehnte lang so gut wie kein intellektuell-politischer Funke.

Ganz andere Vorstellungen von Gesellschaftspolitik, innerparteilicher Demokratie und Selbstbestimmung existierten in der Gründergeneration des organisatorisch unabhängigen, zugleich jedoch parteiloyalen „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (SDS). Der harte Kern der rund 800 Gründungsmitglieder bestand größtenteils aus ehemaligen Frontsoldaten. Ihr Idol war der zehn Jahre lang in Nazi-KZs und Zuchthäusern inhaftiert gewesene Kurt Schumacher. Er verkörperte für eine Mehrheit der SDS-Gründer einen selbstbewußten Antikommunismus von links, einen offen zur Schau getragenen Widerwillen gegen jede Form von Unterwürfigkeit gegenüber den Besatzungsmächten sowie dem an den deutschen Universitäten vorherrschenden Fatalismus. Allerdings hatten die

SDS-Gründer gegenüber dem SPD-Parteivorstand letztlich erfolgreich darauf bestanden, daß der SDS seine organisatorische Autonomie gegenüber der Partei durchsetzen konnte, die dann nach dem Unvereinbarkeitsbeschluß der Mitgliedschaften in der SPD und im SDS geradezu das Wesen des Studentenbundes ausmachte. Da die Juso-Hochschulgruppen diesen Platz des SDS nie ausfüllen konnten, fehlt heute ein solcher autonomer linker Studentenbund an den Universitäten.

Die Jusos und der SDS stellten nach 1945 übrigens völlig unterschiedliche Organisationsformen dar: Während sich die Jusos als integrierter Teil der Partei verstanden (und heute vielfach erneut verstehen), fühlte sich der SDS vor 1961 als Sprecher der sozialdemokra-

tischen Intelligenz im Vorfeld der SPD. Die Differenzen zwischen den beiden Theoriezentren, den „Modernisierern“ von Godesberg – Willi Eichler (Konzeption), Susanne Miller (Schriftführerin), Heinrich Deist (Wirtschaft), Adolf Arndt (Rechtsstaat), Willy Brandt (Kalter Krieg, Berlin) – und den Vordenkern eines westlichen Marxismus im SDS – Klaus Meschkat, Jürgen Seifert, Michael Vesper u. a. –, führten unseres Erachtens dann im Oktober zum Unvereinbarkeitsbeschluß durch den Parteivorstand. Die Wege trennten sich, und in den kommenden Jahren schufen rund 20 SDS-Hochschulgruppen an westdeutschen bzw. Westberliner Universitäten und Fachhochschulen mit die Grundlage für die antiautoritäre Revolte der akademischen Jugend von 1967/1968.

Klaus Faber

Erwiderung zu den Bemerkungen von Tilman P. Fichter und Siegward Lönnendonker

Die Bemerkungen von Tilman P. Fichter und Siegward Lönnendonker beziehen sich auf einen Punkt in meinem Beitrag „Wahlen, Menschenrechte und Demokratieverteidigung“ in Heft 1/11 der *perspektiven* ds. An diesen Punkt knüpfen beide weitergehende Überlegungen zur SPD-Geschichte und insbesondere zur Geschichte von Studenten- und Jugendorganisationen in der SPD oder in SPD-Nähe an. Diese Überlegungen sind interessant, haben aber mit dem erwähnten Punkt in meinem Beitrag nichts oder nur sehr wenig zu tun.

In meinem Beitrag „Wahlen, Menschenrechte und Demokratieverteidigung“ habe ich, worauf Tilman P. Fichter und Siegward Lönnendonker Bezug nehmen, im Zusammenhang mit einer Beurteilung der Weimarer Demokratieverhältnisse, mit der Schilderung der starken Positionen völkischer, antisemitischer Gruppen und ab der zweiten Hälfte der 1920er Jahre auch des NS-Studentenverbandes NSDStB an den Hochschulen sowie mit der Darstellung einer 1927 erfolgten Abstimmung der preußischen Studentenschaften über einen vor allem gegen Juden gerichteten Arier-Paragrafen Folgendes ausgeführt: *„Die Studentenschaften fast aller preußischen Hochschulen – die einzige Ausnahme bildete die Technische Hochschule in Clausthal-Zellerfeld – stimmten für die Beibehaltung des Arier-Paragra-*

phens. Sie nahmen dafür die damit verbundenen Nachteile beim Rechtsstatus der Studentenschaft in Kauf. Ein Verbot der studentischen Vereinigungen mit einer antisemitischen Organisationsvorschrift stand nicht auf der politischen Tagesordnung. In das Bild passt, dass in der Weimarer Republik ‚Demokratie‘ und mit vergleichbarem Inhalt gefüllte Begriffe wie ‚Republik‘ häufig nicht nur von erklärten Demokratie- und Republikfeinden abgewertet und relativiert wurden. ‚Republik‘, die in diesem Zusammenhang auch für Demokratie stand, ‚Republik, das heißt nicht viel – Sozialismus ist unser Ziel‘, so lautete ein Slogan, den damals, auf der Grundlage eines merkwürdigen Demokratieverständnisses, der Studentenverband der SPD (SDS) in grotesker Verkennung der Bedrohungs- und machtpolitischen Lage sowie der sich daraus ergebenden politischen Prioritätensetzung verbreitete.“

In diesen Ausführungen treffen die Worte „Studentenverband der SPD (SDS)“ nicht zu, worauf mich, wofür ich ihm dankbar bin, Tilman P. Fichter in einem Telefongespräch im Januar dieses Jahres und dann erneut zusammen mit Siegward Lönnendonker in den oben wiedergegebenen gemeinsamen Bemerkungen aufmerksam gemacht hat. Ich hatte den Bericht über den erwähnten Slogan „...Sozialismus ist unser Ziel“ in den 1960er Jahren von einem Zeit-

zeugen gehört, der derartige Aussagen SPD-Studenten in der Weimarer Republik, nach meiner Erinnerung auch ausdrücklich dem „SDS“, zugeordnet hatte. Ich hätte diese – unzutreffende – SDS-Zuordnung überprüfen müssen. Der SDS ist eine Nachkriegsgründung, was Tilman P. Fichter und Siegwald Lönnendonker im Einzelnen schildern.

Auf der anderen Seite besteht zwischen Tilman P. Fichter, mit dem ich darüber im Januar gesprochen habe, Siegwald Lönnendonker und mir Einvernehmen darüber, dass es den zitierten Slogan im SPD-nahen Bereich in der Weimarer Republik gegeben hat (etwa im SAJ-Bereich). Eine „Belastung“ des Nachkriegs-SDS durch Vorgänge in der Weimarer Republik ist selbstverständlich in jedem Fall unsinnig – selbst wenn es eine Namenskontinuität gegeben hätte. Die in eine andere Richtung zielenden Andeutungen und Unterstellungen von Tilman P. Fichter und Siegwald Lönnendonker sind abwegig. Mir ging es darum, auf Schwächen in der Demokratieverteidigung, in der Antisemitismusabwehr und in der Beurteilung der NS-Gefahrendimension in der Weimarer Republik hinzuweisen. Der Slogan „Republik, das heißt nicht viel – Sozialismus ist unser Ziel“ steht für solche Fehleinschätzungen und auch für ein „merkwürdiges Demokratieverständnis“, das übrigens von der eindeutigen Mehrheit in der SPD von Weimar nicht geteilt wurde. Der antidemokratische und antisemitische NSDStB hatte, was ich in meinem Beitrag geschildert habe, bereits 1931 die Macht in der „Deutschen Studentenschaft“ ergriffen. Republik- und demokratietreue Studentenverbände

waren an den deutschen Hochschulen schon in den 1920er Jahren in der Minderheit. Es hätte also durchaus Anlass bestanden, auch im Hochschulbereich ein möglichst breites Bündnis zu schließen, das sich auf die Republik- und Demokratieverteidigung konzentriert.

Schließlich ist die Wiedergabe meiner Position zur „wehrhaften“ oder „streitbaren“ (auch gegenüber antisemitischen Tendenzen streitbaren) Demokratie, die es in Weimar noch nicht gegeben hat, in der Verkürzung durch Fichter und Lönnendonker ebenso problematisch. Im Original (Heft 1/11) lautet sie wie folgt: *„Erst nach dem 2. Weltkrieg setzte sich in verschiedenen westlichen Ländern und ebenso in Westdeutschland das Konzept der wehrhaften oder streitbaren Demokratie durch. Ein durch keine Rechtsänderung aufgegebenes Basiselement bildet nach diesem Demokratiekonzept, wie das u. a. Karl Popper in seinen Überlegungen zu den Grundanforderungen für eine ‚offene Gesellschaft‘ gesehen hat, der regelmäßige Regierungswechsel, der im Wettbewerb zwischen verschiedenen Parteien durch ergebnisoffene Wahlen vollzogen wird. Dazu kommen eine unabhängige Justiz und eine freie Presse. Wie alle anderen Vorkehrungen der Gewaltenteilung und -hemmung sind beide auf die Dauer nur durch den kontinuierlichen, unter Verzicht auf Aufstand und Bürgerkrieg erfolgenden Regierungswechsel zu sichern. Das gilt ebenso für die umgekehrte Wechselbeziehung zwischen Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und freien Wahlen; ohne Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit sind auf die Dauer freie Wahlen kaum denkbar. Die damit geschilderten Bedin-*

gungskonstellationen weisen auf Dispositionen und Traditionen der politischen Mentalität hin, die historisch nicht von Anfang an in allen Gesellschaften, z.B. in der deutschen Gesellschaft von Weimar und in der ersten Zeit nach 1945, umfassend ausgebildet war. Sie sind auch heute keinesfalls global gesichert.“

Übereinstimmung (die allerdings in den Bemerkungen von Fichter und Lönnendonker nicht sichtbar wird) gibt es demgegenüber auf anderen Gebieten. Tilman P. Fichter hat z.B. im Gespräch mit mir die Einschätzung vermittelt, dass manche in der SPD (und andere außerhalb der SPD) vor 1933 eine Gefährdungslage erwarteten, die sich an den historischen Erfahrungen mit den Sozialistengesetzen in der Kaiserzeit orientierte und damit der realen NS-Gefährdungsdimension in keiner Weise entsprach. Teile der Gewerkschaftsführung nahmen 1933 z.B. zunächst an, durch Distanzierung gegenüber der SPD könne das Fortbestehen unabhängiger Gewerkschaftsorganisationen im NS-Staat gesichert werden.

Zu Fragen zu einer anderen historischen Phase, die von Tilman P. Fichter und Siegwald Lönnendonker in ihren Bemerkungen angesprochen werden (und die, um es zu wiederholen, nichts mit meinem Beitrag im Heft 1/11 zu tun haben), wäre eine Auseinandersetzung erforderlich, die den Rahmen einer Erwiderung sprengt. Das gilt u.a. für die Schilderung des Verhältnisses zwischen SPD und SDS (bei dem nicht alles „Recht“ auf der SDS-Seite lag), für die Beurteilung der SDS-Rolle in der „antiautoritären Revolte der akademischen Jugend von 1967/1968“ (die gegenüber

den Aktivitäten vieler anderer Organisationen nicht überschätzt werden darf) oder für die Bewertung des Zustands im Vorfeld der SPD und in der SPD im Wissenschafts- und Kultursektor (die nicht nur am SDS-/SPD-Konflikt ausgerichtet werden sollte). Tilman P. Fichter und Siegwald Lönnendonker erwähnen zwar meine Funktionen im Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern (nicht aber diejenigen im HDS-Vorstand oder in der Redaktion dieses Hefts), befassen sich jedoch nicht näher mit den Organisationsbeispielen der Wissenschafts- und Kulturforen der Sozialdemokratie. Auf der Bundesebene sind die beiden Organisationen ganz in die SPD-Struktur eingegliedert. Auf der regionalen Ebene sind die von Weisungen unabhängigen Foren – übrigens auch aufgrund der Initiativen von Klaus-Jürgen Scherer im Wissenschaftsforum – zumeist rechtlich selbständige Organisationen, die zum Teil eigenständige Positionen entwickeln. Mit dem SDS sind also nicht alle „autonomen“ Vereinigungen im SPD-Vorfeld verschwunden, wie dies Tilman P. Fichter und Siegwald Lönnendonker offenbar für den Wissenschaftsbereich und die „Studentenbünde“ annehmen.

Eine kurze Bemerkung zu einem anderen Teil meines Artikels „Wahlen, Menschenrechte und Demokratieverteidigung“ in Heft 1/11 der *perspektiven* ds: Es geht dabei um die westliche humanitäre Interventionspolitik sowie die sichtbaren Mängel in der Koordination und der Kommunikation einer derartigen Politik. Bundesaußenminister Westerwelle hat sich inzwischen zu den

Maximen einer humanitären Intervention geäußert. Am Ende seien die Menschenrechte, auch im Bereich der Religionsfreiheit, sowie die Demokratisierung die entscheidenden Maßstäbe. Ungeklärt bleiben allerdings nach wie vor die innerwestliche Abstimmung sowie die Abwägung mit und die Abgrenzung zu machtpolitischen Fragen, etwa bei Entscheidungen über Sanktionen und militärische Interventionen. Eine in sich geschlossene und überzeugende politische Kommunikation zur westlichen Inter-

ventionspolitik und ihrer Prioritätensetzung gibt es zurzeit noch nicht. Wir wissen immer noch nicht, wie die unterschiedlichen Verhaltensweisen westlicher und europäischer Politik etwa gegenüber den jeweiligen oppositionellen Kräften im Iran, in Saudi-Arabien, in Libyen, in Syrien oder im Sudan zu begründen sind oder besser: abgestimmt werden können. Mit diesen Defiziten wird man nicht auf unbegrenzt lange Zeit politisch erfolgreich agieren können.

Berichte und Rezensionen

Kira Ludwig / Ralf Ludwig

Energiewende nicht isoliert betrachten. Kapitalismuskritik und Ökologie – ein Tagungsbericht

Manche behaupten, dass wir die drängenden Umweltprobleme überhaupt und schneller lösen könnten, wenn wir sie als unser lebenskulturelles Zentralthema setzen würden: Die Überlebensfrage wäre geklärt, wenn wir das, was wir bereits wissen, in einem Vernunftmodell schlicht und einfach umsetzen würden. Und zwar seit der Bericht des Club of Rome Anfang der 70er Jahre die Umweltpolitik mit all ihren Initiativen, Verbänden, Experten, Panels, Konferenzen, Action Plans und Zielen, Agenden, ja sogar Ministerien hervorgebracht hat. Das hat auch ganz viel mit Kultur zu tun. Aber die Überlebensfrage ist noch immer nicht geklärt, im Gegenteil. Es scheint wie verhext. Liegt es doch am System? Oder nur an „der“ Politik? Am Menschen? Nach dem neuesten Coup der Bundesregierung Merkel, die Energiewende unelegant zu verschlafen, weiß man nicht mehr so genau.

Um Bewegung von links in die Sache zu bekommen, organisierte die HDS e.V. Anfang Juni in Malente am Kellersee ein Seminar mit dem Titel „Kapitalismuskritik und Ökologie“. Der Versuch, die Dinge zusammen zu denken und nicht ständig nach Sparten getrennt, sollte versuchsweise eingelöst werden. Geseheitert sind wir damit nicht, aber einfach ist es auch nicht, und so haben wir

unter Weglassung vieler anderer zentraler Themenbereiche, die sich um Ökologie im Allgemeinen und Energiewende im Besonderen ranken, diskutiert. Der nationale Blickwinkel überwog stark, die Energiewende stand im Zentrum.

Transformationsdiskurse

Welche Diskurse werden 2012 geführt, die die Umweltdebatte nicht nur am Leben halten und weiterentwickeln, sondern die auch verständliche Beratung und Leitlinien für die praktische Politik bereithalten? In seinem Beitrag unterschied Ulrich Petschow vom Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Berlin, insgesamt vier Ansätze. Sie überschneiden sich an einigen Stellen.

Der *Nachhaltigkeitsdiskurs* ist ein Kind der 1980er Jahre und entstand aus dem Brundtland-Bericht. Nachhaltigkeit bedeutet Entwicklung zukunftsfähig zu machen und das wiederum meint, „dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generation zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können.“¹ Im Zentrum stehen der Mensch und seine Bedürfnisse. Ressourcennutzung, Technologie und Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sollen sich in einem Wandlungsprozess

1 Volker Hauff (Hrsg.): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven 1987.

auf die Bedürfnisse der kommenden Generation einstellen, sich selbst verändern und Gegenwart und Zukunft miteinander in Einklang bringen.

Der Haken an der Sache ist die Bedürfnisbefriedigung, denn dadurch erhalten Ökosysteme keinen *Wert an sich*, sondern nur im Hinblick auf den menschlichen Gebrauch. Dennoch prägt das Wort *Nachhaltigkeit* bis heute die Debatte, ist erfolgreich „unten“ angekommen und in – zumindest – die Rhetorik der Privatwirtschaft integriert. Freilich ist hier häufig nur die Nachhaltigkeit der Bilanz gemeint und nicht die der Ökosysteme. Der Begriff schließt aber auch die Möglichkeit von Verlustängsten und Verzichtdebatten in der Gegenwart oder zwischen den Generationen ein.

Das Konzept *green growth* fängt genau diese negative Auswirkung auf. Die als policy-Strategie von der UNEP und der OECD beschriebene Umsetzung von *sustainable development* propagiert Investitionen in nachhaltige Technologien und neue Verfahren und betont den internationalen Wettbewerb. So bliebe Wachstum möglich, Verhaltensänderungen wären nur graduell durch die Umgewöhnung auf andere Produkte nötig. Diesen Traum träumt auch die Sozialdemokratie in ihren Regierungsebenen gerne weiter.

Andere meinen erkannt zu haben, dass Wachstum eigentlich nicht mehr möglich ist. Doch was kommt in der *Post-Wachstums-Gesellschaft*? Zunächst einmal die Einsicht, dass die Voraussetzung für die grüne Wachstumsstrategie nicht gegeben ist: Effizienzsteigerungen müssten schneller greifen, als die Technik erneuert wird und sie erfordern, um

ihrerseits erfolgreich zu sein, das Wachstum geradezu. Die Spirale dreht sich weiter, der Kapitalismus scheint untauglich. Dieser Knoten muss durchgeschlagen werden, bevor die Katastrophe eintritt: *Design not desaster* ist das Stichwort, der Wandel soll politisch und ökonomisch gestaltet werden. So wollen die Post-Wachstums-Anhänger der negativen Verzichts- und Verlustdebatte entkommen, denn letztlich liefe ihr Konzept immer mindestens auf eine Stagnation hinaus, im Falle von *de-growth* sogar auf eine kontrollierte Schrumpfung. Schlüsselwörter der *de-growth*-Anhänger sind das „gute Leben“, „buen vivir“, eine neue Grammatik der Gerechtigkeit, kurz *kultureller Wandel*. Dieser Wandel deklariert alle die Chiffren durch, die wir aus der *sustainability*-Strategie bereits kennen, z.B. Aneignung der Gemeingüter, Deglobalisierung, neuen Formen der Arbeit, Ernährungssouveränität und Energiedemokratie. Zeit, Gerechtigkeit, Gemeinschaft, Selbstverwirklichung und Eigenverantwortlichkeit, bilden u. a. in dieser Vision Teile des „Kapitals“, über das wir verfügen. Aber egal wie die Gesellschaftsformation aussieht, die so eine Entwicklung ermöglicht, sicher ist: sie benötigt Energie.

Energiewende ist möglich!

Nina Scheer (Vorstand der Hermann-Scheer-Stiftung und Geschäftsführerin von UnternehmensGrün e. V.) brachte uns bereits am ersten Abend des Seminars auf den neuesten Stand in der Energiewende. Mehr als ein Jahr nach Fukushima blieb vieles liegen und so spitzt sich die Lage langsam zu: Die Leitungsnetze reichen nicht aus, es wird

viel mehr Energie hergestellt als transportiert oder gar gespeichert werden könnte. Über eine Verwendung der „überschüssigen“ Energie hat man sich zuwenig Gedanken gemacht. Der Ausbau erneuerbarer Energieträger bei privaten Unternehmen wurde durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) nahezu gestoppt, der Ausbau von Offshore-Anlagen würde viel mehr Zeit und Geld verschlingen, als wohlfeile Reden uns weismachen. Außerdem würden wir mit der Betonung von Offshore-Windenergie wieder die Energiewende in die Hände der großen EVU legen, die einzig über die erforderliche Finanzkraft verfügen. Nina Scheer hielt nicht hinterm Berg mit den Schwierigkeiten, die eine Nutzung erneuerbarer Energieträger im Vergleich zu der fossiler Energieträger mit sich bringt. Allerdings widersprach sie dem gebetsmühlenhaft vorgetragenen Argument, erneuerbare Energien seien nicht grundlastfähig. Sie sind es, aber mit ihren Spitzen und Fluktuationen schwerer regelbar. Ein großer Vorteil sei dabei, dass die beiden wichtigsten Energielieferanten Sonne und Wind sich genau ergänzen: Wenn Sonne scheint weht selten Wind. Und umgekehrt.

Nina Scheer zweifelte an, ob Offshore und der damit verbundene massive Ausbau der Netze eine wirkliche Option sei, zumal im Süden, wo die Stromtrassen hinführen sollen, parallel ebenfalls Kapazitäten für die Stromerzeugung ausgebaut werden. Sie plädierte dafür, die gegenwärtigen Notwendigkeiten stärker zu beachten, anstatt ständig „volatile“ Szenarien für die nächsten 50 Jahre zu entwerfen. Solche Langzeitplanungen halten uns letztlich immer da-

von ab, das Nötige zu tun und bergen die Gefahr, gesellschaftlich nicht akzeptiert zu werden (zu groß, zu teuer, dauert zu lange...). Eine Systemintegration, die jetzt nötig ist, müsste viele kleinere Lösungen beinhalten, die sich ergänzen. Wechselrichter und Pumpspeicher sind zwei Stichworte für die Praxis.

Auch widersprach sie nicht völlig einer Vergütungskürzung für die Einspeisung aus alternativen Energieträgern. Allerdings müsste diese Kürzung schleichend degressiv ausgestaltet werden. Außerdem könnte man über einen Speicherbonus nachdenken, wenn wirklich nur zwischengespeichert würde. Ungerecht erscheinen ihr Modelle wie die Netzentgeltbefreiung, die nur belohnt, dass der Strom – für was auch immer – einfach aus dem Markt genommen wird. Bei allen kleinen Ansätzen müsste man an die konzeptionelle Einbettung denken: Das Stichwort *local content* bedeutet in dem Zusammenhang, dafür zu sorgen, dass die Energie auch dort verbraucht wird, wo sie erzeugt wird, und dass die Produkte, die dafür nötig sind, ebenfalls ortsnahe hergestellt werden. In diesem Zusammenhang wurden die chinesischen Bemühungen, Solar- und Photovoltaikprodukte extrem billig – unter Preis – zu produzieren und zu vertreiben, kritisiert. Die USA haben längst Schutzzölle erhoben, um sich zu schützen. Gleichzeitig müsste man dennoch einen gewissen Wettbewerb aufrecht erhalten und im Rahmen von *competition content* dafür sorgen, dass nur diejenigen eine Vergütung erhalten, deren Kosten oberhalb eines zu ermittelnden Durchschnittswerts liegen.

Erfolge neu definieren

Der Umweltexperte Joachim H. Spangenberg stellte uns in einem fulminanten, reich bebilderten Vortrag die zentralen Fragen der „Nachhaltigkeit jenseits des Wachstums“. Das langjährige HDS-Mitglied ist heute am Helmholtz-Institut für Umweltforschung beschäftigt und kümmert sich um Themen wie „Integrierte Nachhaltigkeit“ oder „Sustainable Science“. Ausgangspunkt seines Vortrags war die These, dass wir inmitten einer wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und institutionellen Krise stecken, die diese aber in ihrer Tragweite leugnen. Zunächst beschrieb er die weltweiten sozialen und ökologischen Krisen dieses Jahrhunderts und die daraus resultierenden Risiken: Explosion der Energiepreise, Arbeitslosigkeit, Armut, Nord-Süd-Konflikt, Klimawandel, Spekulationsblasen und instabile Märkte. Die Herausforderungen sind vielschichtig. Ressourcenknappheit, Klimawandel und Biodiversitätsverlust, zivile und militärische Konflikte durch heutige Produktions- und Konsummuster, wachsende Gerechtigkeitslücken und ein außer Kontrolle geratener Finanzsektor seien gleichermaßen zu bewältigen. Erläutert am Beispiel der Kernenergie hält Spangenberg einen einfachen Technologietransfer für keine geeignete Lösung. Ziel sei vielmehr ein Leben und Wirtschaften im Umweltraum, das Grenzen respektiert. Erfolg müsse neu definiert werden. Neue Maßstäbe sollten definiert werden: Lebensqualität statt Wachstum für die Politik, langfristiges Gedeihen statt kurzfristiger Gewinnmaximierung für die Unternehmen, gu-

tes Leben statt ständigem Zuwachs für die Haushalte. Konzepte der Nachhaltigkeit betreffen alle Systemebenen und Dimensionen. Eine resiliente Wirtschaft muss mit allen genannten Herausforderungen fertig werden.

Zu den Ent-Täuschungen gehöre zweifellos, dass Wirtschaftswachstum weder zur Beseitigung von Einkommensdisparitäten noch von Umweltbelastungen geführt habe. Deshalb seien „Grünes Wachstum“ und technische Innovationen mit gesunder Skepsis zu betrachten. Letztlich müssten wir anders wirtschaften und arbeiten. Spangenberg schlägt als Lösung eine Krisenpräventionspolitik, Ressourcenproduktivität und Postwachstumswirtschaft vor. Gedanklich kulminiert dieser Ansatz in der Aussage „Eine nachhaltige Gesellschaft basiert auf einem fundamentalen kulturellen Wandel, nämlich der Einsicht, dass soziale wie ökologische Grenzsetzungen zwar Einschränkungen der Entscheidungsfreiheit des Einzelnen sein können, aber die Bedingung für die freie Entfaltung aller sind“. Die HDS kann sich glücklich schätzen, einen so versierten Experten zum Thema Nachhaltigkeit mit reicher Erfahrung in außerparlamentarischen und globalen Aktivitäten in ihren Reihen zu wissen.

Die Trägheit des Systems

Ralf Ludwig beleuchtete wissenschaftliche und politische Aspekte der Energieerzeugung und Speicherung. Der ehemalige Bundesvorsitzende der Jusos (1991-1993) ist heute Professor für Physikalische und Theoretische Chemie an der Universität Rostock und setzte sich in seinem Vortrag mit der Lang-

samkeit der Energiewende auseinander. Die erneuerbaren Energieträger müssten weiter ausgebaut, der Primärenergieverbrauch und die klimaschädlichen Treibhausgase deutlich gesenkt werden. Ein Jahr nach der Katastrophe von Fukushima und der von Bundeskanzlerin Merkel ausgerufenen Energiewende ist allerdings wenig passiert. Die beteiligten Ministerien sind nicht vernetzt und fahren unterschiedliche Strategien. Das Bundeswirtschaftsministerium mochte sich lange nicht vertraut machen mit dem Ausstieg aus der Kernenergie, setzt auf den Zubau von Kohlekraftwerken und favorisiert mit CCS (Carbon Capture and Storage) eine typische „End-of-the-pipe-Strategie“. Das Bundesumweltministerium verzettelte sich in der Debatte der Solarförderung. Das angegliederte Umweltbundesamt sieht eine Notwendigkeit für den Netzausbau, aber keine für neue Kraftwerke. Einzig das Bundesministerium für Bildung und Forschung setzt mit der „Innovationsallianz Photovoltaik“ und der Förderinitiativen „Netze und Energiespeicher“ und „Solares Bauen – Energieeffiziente Stadt“ bescheidene Akzente. Ganz ausgeklammert scheint das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zu sein. Scheinbar verständlich, weil die geplanten 1 Mio. Elektroautos nur einen marginalen Anteil an der Stromerzeugung ausmachen. Völlig unverständlich, weil der Verkehrssektor etwa ein Viertel des Energieverbrauchs ausmacht und Mobilität eine zentrale Frage im Zusammenhang mit der Energiewende darstellt. Die „Landkarte für Energieforschung“ steht für die Langsamkeit bei der Um-

setzung der Energiewende. Ein Jahr (!!!) nach Fukushima erstellt das BMBF eine „Landkarte“, die zeigen soll, „wer wo mit welchen Mitteln an welchen Energiethematen arbeitet, um Entscheidungsträgern in der Wirtschaft, der Politik und anderen gesellschaftlichen Bereichen Ansprech- und Kooperationspartner bekannt zu machen.“ Warum wissen wir das nicht längst, auch ohne Energiewende? Das ist Schneckentempo pur!

Die Bundesregierung zeigt bei der Energiewende eine Trägheit und Engstirnigkeit, die bei den Wissenschaftseinrichtungen längst überwunden ist. In der „Initiative Energiesysteme der Zukunft“ oder im „Forschungsforum Energiewende“ wird von einer zentralen Aufgabe für Forschung, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gesprochen, die eine ganzheitliche Sichtweise erfordert und Bewegung bei technologischen Innovationen ebenso einschließt wie die Ausbildung qualifizierten Nachwuchses. Anschließend stellte Ralf Ludwig einige neue Entwicklungen bei der Erzeugung, Speicherung und Nutzung von Wasserstoff vor. Wir dürften uns nicht ausschließlich auf den Ausbau der Netze verlassen. Notwendig seien geeignete Speichersysteme, um die fluktuierenden Energieangebote durch Wind und Sonne besser regulieren zu können. Mit Effizienzsteigerung, Forschung und Innovation und qualitativem Wachstum ließe sich die Energiewende bewältigen und die Klimaziele durchaus erreichen.

Bündnispartner für den Wandel?

Klaus-Jürgen Scherer diskutierte die Parteiprogrammatik von GRÜNEN, LINKEN und PIRATEN zwischen Kapitalis-

mus und Ökologie. Mit der Perspektive neuer Mehrheitsverhältnisse nach den nächsten Bundestagswahlen stellte er die Fragen: Reicht ein „Konzept des guten Kapitalismus“ aus für ein rot-grünes Projekt? Belassen wir es bei einer „Renaissance der Kapitalismuskritik“ oder benötigen wir ein „neues Fortschrittsmodell“? Die reformsozialistische Position in der SPD ging immer davon aus, dass es möglich sein muss, unterhalb der Schwelle des „ganz Anderen“ Systemfragen zu stellen. Auch der Begriff des „Ökosozialismus“ der früheren 1980er Jahre ging vom Demokratischen Sozialismus aus, der als Prozess, als dauernde Aufgabe und als Lernprozess so angelegt war, dass er viele Systemfragen aufwarf und nicht nur die des Privateigentums an Produktionsmitteln.

Doch was sagen die Grundsatzprogramme der Parteien? An der Piratenpartei ließ Klaus-Jürgen Scherer kein gutes Haar. Das Wort Solidarität tauche in deren Programm nicht auf. Die Computertechnik sei das Naturgesetz der Piraten. Für die Technikfetischisten sei das Internet das Leben selbst. Es gebe nur ein Thema: das Netz. Reale Kämpfe, Ungleichheit und Ökologie kommen nicht vor. Ein Rückfall hinter den Fortschrittsdiskurs der 1970er Jahre.

Das Grundsatzprogramm der LINKEN sei ziemlich sozialdemokratisch. So heißt es: „Demokratischer Sozialismus orientiert sich an den Werten der Freiheit, Gleichheit, Solidarität, an Frieden und sozialökologischer Nachhaltigkeit“. Dennoch würde man bei DER LINKEN den Verdacht nicht los, dass die Ökologie doch nur Tünche auf einem an sich anders konstruierten Ideen-

gebäude ist. In entscheidenden Kapiteln spielten Ökologie und Nachhaltigkeit keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Helga Grebing benannte es explizit in der anschließenden Diskussion: Der Nebenwiderspruch verblasst neben dem Grundwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital, auch wenn es inzwischen Umwelt-Arbeitskreise bei der Linken gebe, seien diese nur additiv, nicht eingebettet in ein umfassendes Konzept.

Für die Grünen ist die ökologische Frage natürlich der Identitätskern. Der Ausstieg aus der Kernenergie, die Grenzen des Wachstums, die radikale Kritik an drohenden ökologischen Krisenszenarien und politische Gegenstrategien, die eine Verhaltensänderung in den Mittelpunkt stellten, sind die Säulen der ökologischen Position der Grünen. Es fiel auf, dass vielen scharfen Analysen nur schwache Strategien folgten. Es bleibe unklar, wie der notwendige Zivilisationswandel überhaupt funktionieren soll.

Interessant sei aber eine Debatte, die an das sozialdemokratische Konzept der „öffentlichen Güter“² anknüpfe. In dieser Frage kulminierten „die sozialökonomischen Probleme, die sich unter den Bedingungen offener Märkte zwischen globaler Ökonomie und lokalen, historisch gewachsenen, sozialen und kulturellen Lebensräumen und –formen zuspitzen“ (Wolfgang Thierse).

Gesucht werde ein Dritter Weg zwischen Staatskapitalismus und Finanzkapitalismus. Diese theoretische Vorarbeit müsse geleistet werden, damit mit

2 Silke Helfrich, Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat, Bielefeld 2012.

einem Regierungswechsel eine sozial-ökologische Wende möglich werde.

Ethische Grundsätze in die Politik!

In der Diskussion wurde häufiger die Einschätzung vorgetragen, dass eine Zusammenarbeit mit den Grünen möglich und wünschenswert sei. Anknüpfungspunkte mit Umweltpolitikern auch bei Linken und Piraten seien vorhanden und machten punktuelle Zusammenarbeit möglich. Letztlich müssen wir uns mit allen „Öko-Sensiblen“ gemeinsam die Frage stellen: Wie müsste eine Politik aussehen, die ethische Grundsätze integriert? Thomas Krause berichtete aus Dortmund von Gesprächen zwischen Linken und SPD, um deutlich zu machen, es gibt ein linkes Projekt jenseits der Mitte. Er schätze die Belesenheit, wünscht sich aber mehr Realitätsnähe in der Politik.

Lösungsmöglichkeiten sind also durchaus da, aber die Willigkeit fehlt vielerorts noch und notwendige, heute machbare Schritte werden häufig durch langfristige Planungen und Szenarien verhindert. Für Ökonomen ist jeder Prozess reversibel, so fehlt das Gefühl für Dringlichkeit. Stehvermögen ist nötig, denn ohne Bestandsverluste wird der Wandel nicht möglich sein. In Anknüpfung an die Überlegung dem Naturverbrauch Natur einen Preis zu geben, formulierte Joachim Spangenberg zusammenfassend: Es darf nicht nur nach dem Geld gehen, sondern die Nicht-Geld-Argumente müssen ebenso in die Politik eingespeist werden.

Zum Erfolg der Tagung trug der Ort in zweifacher Hinsicht bei: Zum einen wehte der „Geist von Malente“ am Ort

der ehemaligen Vorbereitungsstätte der Fußballnationalmannschaft kurz vor der Europameisterschaft noch immer. Zweitens bot die Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, ein erfolgreicher freier Träger der politischen Bildung seit 1968, einen schönen Rahmen mit Tradition am Kellersee.

Nils Diederich

Rezension zu Gustav A. Horn: „Des Reichtums fette Beute. Wie die Ungleichheit unser Land ruiniert“.
Campus Verlag, Frankfurt/New York
2011, 270 S., 24,90 €.

Derzeit wird der Markt geradezu mit Druckschriften zugeschüttet, die erklären, wie falsch die bisherige, auf neoliberalen Ideen fußende Wirtschaftspolitik war und was der richtige Weg aus der Krise ist. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat just eine Schrift von Colin Crouch¹ mit ihrem Buchpreis ausgezeichnet; und Paul Krugmans² neuestes Opus erschien soeben in demselben Verlag wie Horns Buch. Zu schweigen von den Kampfschriften, in denen am Euro gezweifelt wird, wie jenes Pamphlet der wackeren Fünf – nicht Samurai, sondern Professores –, die ähnlich den Sieben Schwa-

1 Colin Crouch: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Suhrkamp: Berlin 2011.

2 Paul Krugman: Vergesst die Krise! Warum wir jetzt Geld ausgeben müssen. Campus: Frankfurt/M. 2012.

ben gen Karlsruhe ziehen³ oder jüngst Thilo Sarrazins Traktat.⁴

Horns Kampf ist gegen die wachsende Ungleichheit der Einkommen gerichtet. Und in der Tat stößt er damit vor zur zentralen Frage der sozialen Demokratie. Wir wissen, dass Ungleichheit ein Element der bisherigen Menschheitsgeschichte ist und auch der Schrei nach *égalité* in der französischen Revolution zunächst der Gleichberechtigung der Bourgeoisie galt, weder der Emanzipation der Frauen, noch der Sklaven in den Kolonien, geschweige denn der lohnabhängigen Arbeiterklasse. Erst die moderne soziale Demokratie versucht eine auf Chancengleichheit aller beruhende Gesellschaftsstruktur zu ermöglichen.

Es geht letztlich um das Verhältnis von Politik und Ökonomie. Inzwischen wissen wir, dass Marktwirtschaft kein Instrument zur Garantie der Freiheit und zur Herstellung von sozialer Gerechtigkeit und von Gleichheit ist. Wenn Kanzlerin Merkel einmal mit falschem Zungenschlag von „marktkonformer Demokratie“ gesprochen haben sollte, so kennzeichnet es nur die verblendete Überschätzung, denen manche Verfechter des Neoliberalismus verfallen sind. Nur der Primat der Politik ermöglicht, Regeln für eine gerechte Verteilung der

Ergebnisse des Wirtschaftens aufzustellen und durchzusetzen.

Wenden wir uns Gustav Horn zu. Wer ein Buch der schnellen Rezepte auf dem Weg zur Beseitigung von Ungleichheit erhofft, wird zunächst auf eine Geduldsprobe gestellt. Denn Horn ist ein Analytiker, der die Ergebnisse des wirtschaftlichen Handelns etwa seit der Jahrhundertwende und deren theoretische Grundlagen analysiert. Er führt uns in eine fundamentale Kritik an den derzeit wortführenden Ökonomen ein, denen er „intellektuelles Versagen“ vorwirft. Durch deren auf der „Dogmatik des Mainstreams“ beruhende Beratung ist es zu der Kette falscher wirtschaftspolitischer Entscheidungen gekommen, die die gegenwärtige Krise beschleunigt und zugleich die Ungleichheit verstärkt haben. Er erkennt zwei fundamentale Irrtümer des wieder belebten Neoliberalismus.

Erstens: Es wird behauptet, auf wohlfunktionierenden Märkten bekäme jeder genau den Stundenlohn, der seinem Grenzprodukt, das ist die Leistung der letzten geleisteten Stunde, entspräche, d.h.: „Jeder wird exakt nach seiner Leistung bezahlt. Es ist also im Rahmen eines solchen Modells nur logisch, zu behaupten, dass hinter einem hohen Gehalt oder einem hohen Gewinn auch eine hohe Leistung steckt.“⁵ Es ist die Absurdität des auf der Grenznutzenschule der Wende zum 20. Jahrhundert beruhenden Modelldenkens, dass Gerechtigkeit vom Ergebnis eines sozialen Prozesses her definiert wird.

3 Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling, Karl Albrecht Schachtschneider, Dieter Spethmann, Joachim Starbatty: Das Euro-Abenteuer geht zu Ende. Wie die Währungsunion unsere Lebensgrundlagen zerstört, Kopp: Rottenburg 2011.

4 Thilo Sarrazin: Europa braucht den Euro nicht: Wie unser politisches Wunschenken in die Krise geführt hat, Deutsche Verlags-Anstalt: Frankfurt 2012.

5 Horn, S. 46.

Jede Ausbeutung ist damit zu rechtfertigen, und das genau tun viele Ökonomen noch heute.

Zweitens: Horn widerspricht vehement der Behauptung, dass es „stabile Märkte“ geben könne: „Hier hat vor allem die vorherrschende Ökonomie versagt. Ihr Verständnis von Märkten als in sich stabilen Systemen, die stets eine effiziente Nutzung von Ressourcen gewährleisten und immer zu optimalen Ergebnissen für eine Volkswirtschaft führen, kann mit Fug und Recht als naiv bis gefährlich bezeichnet werden. Die aus dieser Sichtweise abgeleiteten Forderungen nach Deregulierung auch von Finanzmärkten, die von der Politik in vielen Ländern umgesetzt wurde, haben die Krise in meinen Augen erst möglich gemacht.“⁶

Wenden wir uns nun der Realanalyse des Krisenverlaufs zu. Horns erstes Anliegen ist die Suche nach den Ursachen für wachsende Ungleichheit. Er kann in der gegenwärtigen deutschen Ökonomie keine Zeitenwende erkennen. „Die ökonomische Wissenschaft“ mache „ungerührt dort weiter, wo sie schon vor der Krise stand“⁷, allenfalls akzeptiere sie die eine oder andere etwas strengere Regulierung auf den Finanzmärkten. Diese auf neoklassischen Gedanken beruhenden Vorstellungen hatten nach Horn die „moderne“ Wirtschaftspolitik des Bundeskanzlers Schröder infiziert: die Übernahme von Gedanken der britischen Labourpolitik des Tony Blair sollten zu höheren Wachstumsraten als die des „in

Deutschland praktizierten rheinischen Kapitalismus“ führen⁸. Horn nennt das einen „linken Neoliberalismus“⁹, dessen Maßnahmen zur Verstärkung von Ungleichheit geführt hätten. Förderung des Reichtums als vermeintlicher Motor des Wachstums habe wirtschaftspolitisch Vorrang vor Bekämpfung von Armut. Die große Koalition hat, so Horn, diese Politik (unter Übernahme der wesentlichen Elemente der Agenda 2010) fortgesetzt.

Bereits seit den 80er Jahren habe sich in den etablierten Wirtschaftswissenschaften eine „Kritik an zu viel Gleichheit entwickelt“, die letztlich von allen Bundesregierungen verinnerlicht und in Politik umgesetzt wurde. Die Agenda 2010 sieht er als markanten Meilenstein auf diesem Wege: nicht nur die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Koalition, auch die Steuerreformen mit Senkung des Spitzensteuersatzes oder die Einführung der pauschalen Kapitalertragssteuer hätten dazu geführt, dass Arbeitseinkommen rigider besteuert würden, als Kapitaleinkommen. Schlußfolgerung: „Die Früchte höherer wirtschaftlicher Leistung werden immer mehr zu einer Beute des Reichtums“¹⁰.

Wenn man diese Kritik akzeptiert, dann ist die Politik der schwarz-gelben Koalition lediglich eine milde Fortsetzung dessen, was Rot-Grün angestoßen hat! Dennoch beschleichen uns leichte Zweifel. Auch Horn ist nicht frei von Vereinfachungen. Er ist zuvör-

6 Ebd., S. 108.

7 Ebd., S. 13.

8 Ebd., S. 19.

9 Ebd., S. 20.

10 Ebd., S. 55.

derst Ökonom und bewegt sich auch in diesem Denkkreis. Doch die rein ökonomische Betrachtungsweise, die nur Einkommen vergleicht, greift zu kurz. Soziale Ungleichheit war ein Kernthema der Soziologie und auch der Politikwissenschaft seit den sechziger Jahren. Sie hat in Deutschland eben nicht nur Ursachen, die durch marktwirtschaftliche Regulierung, Arbeitsmarktreformen und Sozialtransfers zu bewältigen sind. Sie ist tief verwurzelt im Bildungssystem, in der Vermögensverteilung, die zu ungleichen Startchancen führt, aber auch in tradierten sozialen Strukturen, wie im Anschluß an den Soziologen Karl Martin Bolte viele Forscher gezeigt haben¹¹. Sicher wird die Ungleichheit verstärkt durch die Verteilung der Früchte der Leistungsgesellschaft, wie Horn zeigt. Er selbst erkennt Deutschland als „Mutterland der Ungleichheit“¹². Das kann nun nicht ausschließlich in der Einkommensverteilung begründet sein. Die Ursachen sind generell gesellschaftspolitisch, nicht allein wirtschaftspolitisch zu beseitigen. Horn erkennt das durchaus, thematisiert es aber letztlich erst ganz am Schluß eher skizzenhaft. Er will aus der Krise lernen und reißt die Themen Verteilungsgerechtigkeit, Umverteilung, Bildungssystem und Regulierung des Arbeitsmarkts als Aufgaben neuer Politik, die allerdings nur zu lösen seien, „wenn die Wirtschaft einigermassen kräftig

wächst“, wie er im letzten Absatz seines Buches betont.¹³

Der zweite Aspekt seiner empirischen Analyse betrifft die prinzipielle Unsicherheit des Marktgeschehens. Horn stellt fest, dass angesichts der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise „die Illusion von wohlfunktionierenden Märkten brutal zerstört“ wurde¹⁴. Er setzt – wie auch Crouch und Krugmann – auf die Rückerinnerung an J.M. Keynes und dessen Schlussfolgerungen aus der großen Weltwirtschaftskrise. Märkte seien Chaos. Sie sind nicht sicher in ihrem Ergebnis vorher zu bestimmen. Jede unternehmerische Investition birgt Risiken, aber ohne sie ist gesamtwirtschaftliches Wachstum nicht möglich. Daraus folgt das Paradox, dass der Faktor Unsicherheit an jedem Wachstum unlösbar haftet. Dies gilt insbesondere für Finanzmärkte mit ihrer (durch moderne Kommunikationsmittel eher noch beschleunigten) Transaktionsfrequenz und ihre hohe Preisflexibilität. Horn untersucht die Funktion der Finanzmärkte detailliert und setzt sich dabei kritisch mit den herrschenden Lehrmeinungen auseinander.

Er hat recht. Mir sei eine Abschweifung erlaubt. In jüngerer Zeit werden immer wieder auch Ökonomen mit Nobelpreisen ausgezeichnet, die Theorien mit mathematischen Methoden und statistischen Analysen über ephemere Erscheinungen von Wirtschaftsverläufen entwerfen. Der Eindruck der Vorusberechenbarkeit beruht aber oft auf einem fundamentalen Irrtum. Mag sein,

11 Vgl. hierzu z.B. unter vielen Reinhard Kreckel: Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Campus: Frankfurt/Main 1992.

12 Horn, a.a.O., S. 62.

13 Ebd., S. 257.

14 Ebd., S. 73.

dass jeder Handelnde genetisch vorprogrammiert ist. Mag sein, dass der modelltheoretisch erdachte homo oeconomicus rationale Entscheidungen fällt (oder versucht zu fällen). Da aber jedes Wirtschaftssubjekt für seine Entscheidungen antizipieren muss, wie sich andere Akteure verhalten werden, ergibt sich oft Ungewißheit über das mögliche Ergebnis. Modelltheorie ist in sich so schlüssig, weil sie weitgehend von realem Verhalten abstrahiert.

Wir wenden uns Horn zu, der uns aufklärt, dass Zyklen von Euphorie und Panik in einem unsicheren Umfeld in der Wirtschaftsgeschichte wieder und wieder aufgetreten sind.¹⁵ Depressionen sind – ähnlich wie Konjunkturzyklen – Ergebnis dieses suchenden Handelns der Entscheider in der Wirtschaft. In einer Phase naiver Marktgläubigkeit werden diese Schwankungen eher noch befördert.

Horns Analyse des Verlaufs der Finanzkrise seit etwa 2008 ist beispielgebend für eine verständliche Darstellung und dennoch wirtschaftswissenschaftlich fundierter Genauigkeit. „Der Markt“ – so seine Schlußfolgerung – „ist in sich instabil und braucht einen festen Rahmen.“¹⁶ Der Staat müsse seine wirtschaftspolitische Demutshaltung gegenüber den Märkten aufgeben. Eine moderne Marktwirtschaft bedürfe staatlicher Stabilisierung und Regulierung. Hierzu gehören, so darf man schließen, eine starke Kontrolle der Finanzmärkte und eine Beteiligung der

Wirtschaft – insbesondere der Banken – an den volkswirtschaftlichen Kosten, die sie verursachen. Leider lässt es Horn hier im Ungefähren.

Die Untersuchung von Horn ist, wie gesagt, sehr differenziert. Das ist ein Vorzug dieses Buches, obwohl Widersprüchlichkeiten nicht ganz vermeidbar sind. Kritisiert er einerseits den „linken Neoliberalismus“ lobt er andererseits die Konjunkturprogramme von 2008 und später. Glanzstück sei die Verlängerung der Kurzarbeiterregelung in Kombination mit Qualifizierungsmaßnahmen, dazu die Zurückhaltung der Gewerkschaften und die Stabilisierung der Einkommen der Beschäftigten. Das erste Konjunkturprogramm sei ein richtiger, wenn auch vielleicht zu kleiner Schritt gewesen. Er lobt auch das zweite Konjunkturprogramm, insbesondere die „Abwrackprämie“, auch wenn er die Steuersenkungen tadelte.

Es gibt auch Punkte, zu denen man mit Horn diskutieren möchte. Ein Beispiel greife ich heraus. Horn stellt fest, dass im Laufe der Finanzkrise „horrende Summen an Kapital, an Reichtum ... binnen kurzer Zeit vernichtet“ wurden.¹⁷ Und diese Mär von den Riesenverlusten wird immer wiederholt. Abgesehen von der Tatsache, dass Arme von diesen Verlusten nicht betroffen sind, müßte auch Horn wissen, dass diese nominalen Werte mit der Welt der Realwirtschaft nur wenig zu tun haben. Einfache Überlegung: Jemand hat ein Wertpapierpaket, das im Laufe der Zeit ansehnlich im Börsenwert um das zehner- oder zwanzig-

15 Ebd., S. 93.

16 Ebd., S. 253.

17 Ebd., S. 118 f.

fache angewachsen ist. Wie groß ist die Kapitalvernichtung, wenn diese Werte plötzlich verfallen? Messe ich sie am Tageswert vor dem Börsensturz oder z.B. am Beschaffungswert – unter Einberechnung der inzwischen eingestrichenen Dividenden und Zinsen?

Schlimm wird es, wenn Banken und Zocker das Geld von Sparern verbrennen. Ansonsten bewegt sich Vieles in dieser Finanzsphäre im Fiktiven. Auch die „Kapitalvernichtung“ ist etwas, was sich im Kopf der Beteiligten abspielt, in der Realität ist es lediglich der Verlust einer Illusion als Strafe für Spekulation. Es gibt dennoch viele, die von diesem Spiel gut leben.

Real ist der Verlust von Arbeitsplätzen als Folge von Einbrüchen in der Finanzsphäre. Und hier muß Regulierung der Finanzmärkte strikte Regeln vorgeben.

Dieses Buch verdient gelesen zu werden. Es ist trotz Eurokrise, die nur am Rande behandelt wird, aktuell und auch für Nicht-Ökonomen, trotz oft komplexer Problematik, verständlich geschrieben und kann auch neben den ökonomischen Riesen bestehen. Mir persönlich ist völlig unverständlich, wieso die Friedrich-Ebert-Stiftung für den Buchpreis ihren Blick nach England richtet, statt den Preisträger unter deutschen Autoren zu suchen: Horn kann gegen Crouch locker bestehen. Allerdings: er ist weniger radikal und ideologisch, eher analytisch, empirisch, abwägend. Er erinnert uns daran, dass Keynes zu Unrecht „vergessen“ wurde (ich meine Keynes wurde systematisch „verdrängt“), indem er die These von der prinzipiellen Unsicherheit der

Märkte wieder belebt. Neben Stabilität rückt für Horn die Verteilungsgerechtigkeit in den Vordergrund. So muß der Finanzmarkt kontrolliert und der Arbeitsmarkt dauerhaft gesichert werden. Dies ist schon fast ein wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm der politischen Linken in Deutschland und Europa.

Tobias Kühne

Rezension zu Siegfried Heimann: „Der Preußische Landtag 1899-1947. Eine politische Geschichte“. Hrsg. vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, Christian Links Verlag, Berlin 2011, 495 S., 39,90 €.

Die Literatur zur deutschen Geschichte der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts füllt ganze Bibliotheken und ist wohl selbst für die belesensten Historiker kaum zu überschauen. Dies vor allem auch im Bereich der Politikgeschichte, die sich mit den politisch agierenden Personen, Organisationen und Institutionen auseinandersetzt. Vor diesem Hintergrund ist es überraschend, dass der Berliner Historiker und Politikwissenschaftler Siegfried Heimann im Jahr 2011 die erste umfassende Darstellung der Geschichte des Preußischen Landtags¹ im *Zeitalter der Extreme* vorlegt.

Nun wirft der Untersuchungsgegenstand tatsächlich einige grundlegende Probleme auf, die zu dieser jahrzehn-

1 Bis 1918 bestand der Landtag aus dem „Herrenhaus“ als erster und dem „Abgeordnetenhaus“ als zweiter Kammer, von 1919 bis 1921 firmierte die Volksvertretung als „Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung“.

telangen Forschungslücke beigetragen haben mögen. In den so wichtigen Zäsuren von 1918/19 und von 1932 bis 1934 spielte der Landtag praktisch keine Rolle, war aufgrund der Revolution und des „Preußenschlags“ von 1932 politisch handlungsunfähig oder gar nicht erst existent. Darüber hinaus wurde Preußen nach der Reichsgründung von 1870/71 langsam aber stetig durch das Reich „mediatisiert“ und gleichsam durch die neu-preußischen Provinzen auch ein Stück weit „entpreußifiziert“, so dass sich auch der Fokus der Historiker vor allem auf die nationale und die lokalen Ebenen richtete. Und nicht zuletzt gibt es heute auch keine demokratische Traditionslinie, die man jenseits des Gebäudes an die wechselvolle Geschichte des Preußischen Landtags anknüpfen könnte. Die Geschichte dieses deutschen Parlaments ist also, will man sich nicht auf den chronologischen Ablauf politischer Verfahren beschränken, durchaus nicht so einfach zu schreiben, wie es auf den ersten Blick wirken mag. Dieses Unterfangen ist, um es vorweg zu nehmen, Siegfried Heimann in weiten Teilen hervorragend gelungen.

Dazu trägt schon die formale Gliederung bei. In zwei größeren chronologischen Blöcken widmet sich der Verfasser der Geschichte des Preußischen Landtags von 1899 bis 1918/19 und von 1919 bis 1932/33, wobei die Weimarer Republik im Zentrum des Buches steht, „die Zeitspanne also, die einem demokratischen und republikanischen Preußen bleiben sollte.“ (S. 14). In beiden Abschnitten werden auch jeweils die zeitgenössischen Parteiensysteme und das Preußische Staatsministerium se-

parat vorgestellt. Das geht in vieler Hinsicht über den Titel des Buches hinaus und macht es eher zu einer politischen Geschichte Preußens unter besonderer Berücksichtigung des Landtags, aber anders kann eine moderne Parlamentsgeschichte eben auch nicht geschrieben werden, wenn sie denn Leser finden soll.

Einen erheblichen Umfang seiner Darstellung jedoch räumt Siegfried Heimann in Längsschnitten jeweils jenen politischen Kontroversen ein, die den Landtag über Jahre oder gar Jahrzehnte hinaus beschäftigten und die uns ein wesentlich schärferes Bild von parlamentarischen Prozessen und preußischen Dilemmata zeigen, als dies mit einer rein zeitlichen Gliederung möglich gewesen wäre. Hier behandelt er zum Beispiel für das Kaiserreich die gescheiterten Anläufe zur Reform des Dreiklassenwahlrechts, den konservativen Widerstand der „Kanalrebelln“ gegen den Bau des Mittellandkanals und natürlich die Repressionspolitik gegenüber der Sozialdemokratie und dem politischen Katholizismus. Für die Weimarer Republik wären unter anderem zu nennen die „Frauenfrage“, das Problem des Antisemitismus sowie die heftig umstrittene Kirchenpolitik. Zum Schluss nimmt Siegfried Heimann den chronologischen Faden wieder auf und erzählt die Geschichte des Preußischen Landtags von 1933 bis 1947: Es ist nur noch die Geschichte eines Gebäudes, nach dem 18. Mai 1933 trat der Landtag nie wieder zusammen und wurde kurz darauf aufgelöst.

Mit grundlegend neuen Erkenntnissen kann Siegfried Heimann in seiner Studie nicht aufwarten, angesichts des

Forschungsstands ist dies auch kaum verwunderlich. Dennoch gelingt es ihm, Altbekanntes (wenigstens für die Historikerzunft) zu verdeutlichen und am Beispiel des Preußischen Landtags sehr plastisch zu schildern. An dieser Stelle seien nur drei von vielen Beispielen hervorgehoben, die der Rezensent mit besonderem Interesse gelesen hat.

Da ist etwa die Haltung des ostelbischen Konservatismus in der Auseinandersetzung um den Bau des Mittellandkanals in den Jahren um 1900. Mit welcher Chuzpe sich in dieser Angelegenheit die konservativen Abgeordneten gegen Kaiser, Kanzler und sogar militärische „Notwendigkeiten“ wandten, um die Wasserstraße aus egoistischen ökonomischen Motiven zu verhindern, zeigt doch noch einmal sehr deutlich und anschaulich, dass eine auf rücksichtsloser Interessenvertretung basierende Radikalisierung des preußischen Konservatismus schon lange vor 1918/19 zu beobachten war. Ebenso kann Siegfried Heimann am Beispiel der Abschaffung der Gutsbezirke im Jahr 1927 zeigen, dass konservative Obstruktionspolitik mit demokratischen Mehrheiten unter einer energischen Führung eben auch überwunden werden konnte.

Die Bühne des Preußischen Landtags zeigt auch sehr klar, mit welcher Beharrlichkeit und welchem destruktiven Engagement Demokratiefeinde von links und rechts jede Form demokratischer Kultur systematisch zerstörten. Und dies häufig genug gemeinsam und lange vor dem Aufstieg der NSDAP, die zahlreich dokumentierten Misstrauensanträge und politisch instrumentali-

sierten Untersuchungsausschüsse geben darüber eindeutig Auskunft. Siegfried Heimann weist hier sehr eindrucksvoll darauf hin, dass die Instabilität des Parlamentarismus und der Demokratie zwischen 1918 und 1933 nicht die Ursache, sondern die Folge der politischen Radikalisierung in Deutschland und Preußen war.

Sehr gut gelungen ist auch das Kapitel über die „Frauenfrage“. Mühselig war die Politik von Frauen und für Frauen, so der Verfasser, und wesentlich größer wurde der Frauenanteil im Parlament über die Jahre auch nicht. Doch waren etwa bei der SPD immerhin rund 15% der Abgeordneten im Landtag weiblich und die demokratischen Parteien konnten gegen zähen Widerstand auch manche Verbesserungen bei den Frauenrechten erzielen. Im Vergleich zur frühen Bundesrepublik jedenfalls sieht die Bilanz gar nicht so schlecht aus. Wer jedenfalls die Weimarer Republik und das demokratische Preußen lediglich als gescheitertes Experiment vor dem Hintergrund einer bundesrepublikanischen „Erfolgsgeschichte“ abqualifizieren möchte, wird doch an vielen Stellen eines Besseren belehrt.

Siegfried Heimanns Geschichte des Preußischen Landtags ist nicht nur abwägend im Urteil und anregend in der Darstellungsweise, sondern zudem stilistisch hervorragend geschrieben und sorgfältig lektoriert, auch wenn einige dem Aufbau geschuldeten Redundanzen in der ersten Hälfte des Buches vielleicht zu vermeiden gewesen wären. Lesbarkeit sollte ja nicht das geringste Qualitätskriterium auch einer wissenschaftlichen Arbeit sein, zumal diesem Buch

im Sinne des Verfassers und des Herausgebers sicher ein breites Publikum auch jenseits der Fachwelt zu wünschen ist.

Einige Kritikpunkte seien am Schluss aber nicht ausgespart. Die liberalen Parteien etwa bleiben gerade für die Zeit nach 1918 merkwürdig blass, obwohl doch gerade ihr Niedergang bzw. ihr Abdriften nach rechts die Demokratie auch in Preußen entscheidend schwächten. Auch hätte die regionale Differenzierung Preußens, die sich schließlich ja auch im Landtag widerspiegelte, an einigen Stellen stärker herausgearbeitet werden können. Nicht ganz nachvollziehbar ist aber vor allem, warum den im Anhang genannten Landtagsabgeordneten, die dem nationalsozialistischen Terror zum Opfer fielen, nicht ein eigenes Kapitel gewidmet ist. Über diese zumeist wenig bekannten Personen und ihre Leidensgeschichten hätte man gerne mehr erfahren als über die Geschichte des Landtagsgebäudes von 1933 bis 1945, ebenso über die Nachkriegskarrieren jener Abgeordneten, die Krieg und Verfolgung überlebten. Wenn der Herausgeber Walter Momper im Geleitwort ankündigt, dass sich ein Folgeband „mit den politischen Ereignissen und den unterschiedlichen Nutzungen des Gebäudes zwischen 1947 und 1990 beschäftigen“ wird (S. 9) möchte man hoffen, dass diese Kapitel nicht ausgespart bleiben.

Diese Anmerkungen sollen aber die Leistung Siegfried Heimanns nicht schmälern, dem Preußischen Landtag endlich einen angemessenen und würdigen Platz in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus eingeräumt zu haben.

Hannes Warnecke

Rezension zu Hartmut Elsenhans: „The Rise and Demise of the Capitalist World System“, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2011, 217 S., 22 €.

In vielerlei Hinsicht begibt sich der Autor dieses Buches auf eigene Wege. Wo andere Autoren in einer Festschrift auf ihr Lebenswerk zurückblicken und ihre Sichtweise durch die der Kollegen und Nachzügler kommentieren lassen, legt Hartmut Elsenhans, emeritierter Professor für Internationale Beziehungen in Leipzig, zu Ehren seines 70. Geburtstages nun einen Ausblick auf sein entstehendes sechsbändiges *opus magnum* vor. Wie es Heidrun Zinecker und Matthias Middel im Vorwort formulieren, hat das Werk Elsenhans' noch keinen Endpunkt gefunden. Anstatt also „nur“ zurückzublicken, entwickelt Elsenhans hier zum ersten Mal eine Synthese seiner Argumente, um den Aufstieg und den Niedergang des kapitalistischen Weltsystems zu erklären.

In einem ersten Argumentationsschritt betont Elsenhans die Spezifik des Kapitalismus, die sich darin ausdrücke, dass Kapitalismus eine instabile Produktionsweise repräsentiere, die durch die Unterschichten ständig gegen politische Eingriffe der Herrschenden verteidigt werden muss. Dieses Argument führt er im Folgenden sowohl theoretisch wie auch empirisch aus, um anschließend auf aktuelle Bedingungen von Globalisierung einzugehen. Die besondere Dynamik dieses Prozesses und damit der Bedingung für die zukünftige Entwicklung des Weltsystems sieht Elsenhans in der Schwäche des Zentrums, unterentwickelte Gebiete der Peripherie ange-

messen zu integrieren und dabei deren ökonomische Struktur derart zu verändern, dass sie autozentriertes Wachstum generieren könnten. Schon hier wird klar, dass der Autor einen einzigartigen Blickwinkel auf das kapitalistische Welt-system, geprägt durch entwicklungs-theoretische Grundlagen, einnimmt.

Doch beginnen wir zunächst mit der theoretischen Grundlage. Gegen Marx, aber auch gegen Weber verneint Elsenhans die zentrale Bedeutung der ursprünglichen Akkumulation. Nicht die Ausbeutung und die damit verbundene Bildung von Investitionen habe den Kapitalismus entstehen lassen, sondern vielmehr die allmähliche Stärkung der Verhandlungsmacht von Arbeit, so dass schließlich politische Formen der An-eignung von *surplus* ausgeschaltet und die Herrschenden auf den ökonomischen Wettbewerb beschränkt wurden (S. 29). Im Gegensatz zu den gängigen Analysen der Funktionsbedingungen von Kapitalismus betont Elsenhans hier also mit Keynes die Bedeutung steigen-der Masseneinkommen als Vorbedingung für kapitalistisches Wachstum (S. 38). Dem zu Grunde liegt eine Neuinterpretation der Bedingungen für Investitionen: während klassische und neoklassische Autoren voraussetzen, dass Unternehmer Profite reinvestieren, sehen Keynesianer Unternehmer nur Investitionen tätigen, wenn diese eine Nachfrageerweiterung erwarten. Anhand überzeugender historischer Belege schließt sich Elsenhans der zweiten Position an. Ihm zufolge entwickelte sich Kapitalismus in Westeuropa als „historischer Zufall“ (50). So hätten sich in Europa einzigartige Bedingungen her-

ausgebildet, die es der subalternen Klasse ermöglichten, ihre Verhandlungsmacht zu stärken und sich damit auf dem Markt gegen politische Zwänge zu behaupten (S. 72).

Diese Bedingungen können jedoch nach Elsenhans nicht ohne weiteres auf den Globalen Süden übertragen werden. Vielmehr penetrierte das kapitalistische Zentrum den Süden, ohne ihn jedoch gleichzeitig zu transformieren. Nach wie vor verhinderten bestimmte Strukturen den automatischen Übergang zum Kapitalismus: einerseits ein Überangebot an Arbeitskräften, die weniger produzieren, als sie zum Überleben benötigen und andererseits das Vorhandensein eines ökonomischen *surplus*, das in Form von Renteneinkommen und unter Ausschaltung von Konkurrenz politisch angeeignet wird. Weder der Kolonialismus noch die nationalen Befreiungsbewegungen der Dekolonisierung hätten es vermocht, diese Strukturen dahingehend zu verändern, dass die Unterschichten einen autonomen Zugang zum Markt erhielten. Mit dem Ende der Geschichte (Fukuyama) verfehlten auch die internationalen Finanzorganisationen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfond geeignete Strategien zu entwickeln, um Unterentwicklung zu überwinden.

An diesem Punkt schließt nun Elsenhans die Analyse des aktuellen Welt-systems und einen Ausblick auf die Zukunft an. Er sieht die „Gefahr, dass die Welt in einem immer steigenden Produktivpotential ertrinkt, das niemand durch steigende Nachfrage auf den Märkten steuern kann“ (S. 109). Trotz vorhandener Abwertungsmechanismen

sei der kapitalistische Impuls des Zentrums zu schwach um das Überangebot an Arbeitskräften produktiv zu absorbieren und Vollbeschäftigung zu erreichen. Mehr noch sieht Elsenhans neben der Tendenz zur weltweiten Unterkonsumption die Möglichkeit, dass Renteneinkommen vermehrt nun auch im Zentrum des Kapitalismus auftreten und dessen eigene Entwicklung hindern, was er speziell durch die gegenwärtige Finanzkrise untermauert (S. 120).

Durch die Konzentration auf diese externen Bedingungen des Niedergangs des Kapitalismus stellt sich die Frage, ob nicht auch im Elsenhans'schen Modell interne Mechanismen zur Auflösung der eigentlichen Entwicklungsdynamik – Verhandlungsmacht von Arbeit und Wettbewerb – führen könnten. So nimmt Elsenhans zwar an, dass Masseneinkommen als Vorbedingung für kapitalistisches Wachstum steigen müssen, wendet sich im Weiteren jedoch nicht dessen internen Implikationen zu. Stiegen Einkommen ständig, müsste dies ab einem bestimmten Punkt zur Folge haben, dass Arbeiter wegen der Saturierung des Konsums zunehmend sparen – also letztlich Finanztitel kaufen – oder aber sich der Konsum weitgehend diversifiziert, so dass er über rein maschinelle Massenprodukte nicht mehr erfüllt werden kann. Hier entstehen nun zwei Möglichkeiten der Monopolbildung, einerseits auf Seiten der Arbeiter selbst (auf dem Arbeitsmarkt) und andererseits bei den Unternehmern. Bei einer breiteren Palette neuer Produkte, die einerseits zur Befriedigung höchst individueller Bedürfnisse dienen, andererseits dadurch jedoch auch höchst unterschiedlich sein

müssen, nehmen folglich die Entwicklungskosten dieser Produkte zu. Nicht mehr die maschinelle Massenproduktion stünde nun im Vordergrund, sondern viel mehr die individuelle Produktion spezifischer Produkte. Mit steigenden Entwicklungskosten stünde „Lernen“ mehr und mehr im Zentrum des Wachstumsprozesses. Unter den Bedingungen der Monopolisierbarkeit von Wissen träten schließlich auch im Zentrum des Kapitalismus zunehmend Wissens-Renteneinkommen auf, die es nur gewissen Arbeitern ermöglichten, in ihr Arbeitsmarktsegment einzudringen. Durch die Schwierigkeit Wissen zu objektivieren hieße dies im Umkehrschluss, dass vermehrt Prestige darüber entscheiden würde, welcher Arbeiter in welches Arbeitsmarktsegment integriert werden kann. Gerade die Bedeutung von Prestige aber sieht Elsenhans als Hindernis für die Entwicklungsfähigkeit des Kapitalismus (S. 59). Auf der anderen Seite könnten aber unter den genannten Umständen auch Unternehmer dieses Wissen monopolisieren und damit den Kostendruck durch konkurrenzfähige Mitwettbewerber auf dem Markt ausschalten. Die Folge wäre schließlich, dass *newcomer* am Markt den Zugang zu Wissen teuer erkaufen müssten und schließlich vom Zugang zum Markt ausgeschlossen würden. Auch hier ließe sich also argumentieren, dass aus stetig steigenden Masseneinkommen Szenarien modelliert werden können, in denen Monopole und Renten auftreten. Die Folge wäre damit eine inhärente Zerfallsdynamik des Kapitalismus.

Doch auch dieser Punkt ist letztlich ein Blickwinkel auf Kapitalismus, der die

Position von Elsenhans bestärkt. Auch hier wäre der entscheidende Faktor die politische Stärkung der Subalternen gegen die Monopolmacht der Eliten.

Elsenhans bietet mit dem vorliegenden Buch einen kurzen und anspruchsvollen Einblick in sein Verständnis der Entwicklung und der Dynamik des Kapitalismus. Mit einem stark entwicklungstheoretischen Fokus eröffnet Elsenhans damit dem Leser eine nach wie vor fremde Betrachtungsweise, die in der aktuellen Debatte allzu oft untergeht. Die beeindruckende empirische Tiefe der Argumentation paart sich dabei mit theoretischer Finesse, die dem Leser jedoch auch einiges abverlangt. Eindrücklich zeigt Elsenhans, wie durch die Integration des Globalen Südens in das kapitalistische Weltsystem und die veränderte Dynamik unter dem Deckmantel Globalisierung die weitere Existenz des Kapitalismus gefährdet. Ein gelungenes Buch, das die Erwartung auf die angekündigten sechs Bände nur steigen lässt.

Edgar Göll

Rezension zu Kora Kristof: „Models of Change. Einführung und Verbreitung sozialer Innovationen und gesellschaftlicher Veränderungen in transdisziplinärer Perspektive“, Oekom Verlag, Zürich 2010, 580 S., Pb., 64 €.

Wohl keine Epoche in der Menschheitsgeschichte weist ein solch hohes Niveau an durchgreifenden Veränderungen und rapidem Wandel auf wie die jetzige Epoche. Mit der Entfaltung des Kapitalismus, vor allem seit der fordistischen Phase der kapitalistisch-industriellen Entwicklung ist Wandel und dessen Beeinflussung

zum Thema wissenschaftlicher Befassung geworden, weit über die rationale Gestaltung von Produktionsabläufen hinausgehend. Inzwischen liegen unüberschaubar zahlreiche und vielfältige Theorien und Konzepte vor, Wandel auf unterschiedlichen Ebenen und in allen Bereichen zu verstehen und zu gestalten. Das vorliegende Buch stellt den Versuch dar, ausgewählte theoretische Konzepte zu diesem Themenbereich aufzuarbeiten und eine Synthese zu bilden. Es handelt sich um die zur Veröffentlichung überarbeitete Version einer Habilitationsschrift an der ETH Zürich.

Ausgangspunkt der Darlegungen ist der aus zahlreichen Forschungsprojekten entstandene „Models of Change“-Ansatz des Wuppertal Instituts aus den 1990er Jahren. Seine sechs Phasen sind: Impuls, Aktivierung, Planung, Entscheidung, Realisierung, Fazit/Konsequenzen. Diese werden von Kristof weiter entwickelt. Der Aufbau des Buches ist klar gegliedert und nach der Erläuterung der Fragestellung und Forschungsdesign wird die „Theoriengeschichte der Wandlungsprozesse“ abgehandelt. Darin werden Konzepte aus Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Innovations- und Diffusionstheorien, Organisations- und Gruppenpsychologie, Soziologie und Politologie berücksichtigt und eine Übersicht hierüber geboten. Im folgenden Kapitel werden aus dem Blickwinkel wissenschaftlicher Theoriebildung Ansätze mit unterschiedlichen Perspektiven ausgewertet: Phasenmodelle, Akteursansätze, Veränderungsmodelle und empirische Studien über Veränderungsprozesse. Auch hier geht es Kristof darum, den Stand

der wissenschaftlichen Diskussion darzustellen, also zu zeigen, wie die „expliziten Theorien“ über Veränderungsprozesse (im Gegensatz zu „impliziten Theorien“, siehe weiter unten) aussehen. Aus dem umfangreichen Überblick sei ein Passus über implementationstheoretische Ansätze zitiert, der exemplarisch die üblichen Probleme mit der Umsetzung von sozialen Innovationen thematisiert: „Zentrale Probleme sind: die Organisationsspitze realisiert zu spät die durch sie zu lösenden Probleme; zentrale Implementierungsvorgaben sind nicht genügend konkretisiert und ihr Zeit- und Ressourcenaufwand wird unterschätzt; die aus der Strategieentscheidung resultierenden Aufgabenveränderungen wichtiger Akteure sind nicht klar genug definiert; die maßgeblich an der Strategieformulierung Mitwirkenden spielen keine entscheidende Rolle bei der Implementierung; ungeplante nicht vorhersehbare zentrale Probleme überlagern den Implementierungsprozess beziehungsweise konkurrierende Probleme ziehen die Aufmerksamkeit ab.“ (S. 197) Und als Quintessenz einer umfangreichen empirischen Studie über Erfolgsbedingungen von Wandel in Unternehmen zitiert Kristof aus einer Studie des Instituts für lernende Organisation und Innovation die dort formulierten sechs Faktoren: „die allgemeine Veränderungsbereitschaft der Mitarbeiter/-innen, der Grad der gewährten Eigenverantwortung, eine vorherrschende Vertrauenskultur, die Einstellung der Mitarbeiter/-innen zu Konflikten, die Leistungsbereitschaft und -förderung, und der allgemeine Umgang miteinander.“ (S. 217)

„Implizite Theorien“ als handlungsleitende Muster

In dem folgenden, über 220 Seiten umfassenden Kapitel werden dann die vierzig von der Autorin durchgeführten Experteninterviews ausführlich dargestellt. Dabei wird analysiert, welche „impliziten Theorien“ die einzelnen Persönlichkeiten benannt haben, die ihren Entscheidungen und ihrem Handeln zugrunde liegen. Zu den Interviewten gehören führende Wissenschaftler und Praktiker verschiedener Disziplinen, aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft, die im weiteren Sinn mit dem sozialökologischen Umbau in Deutschland vertraut und teilweise auch maßgeblich befasst sind. Besonders geachtet wurde auf die Aussagen und Einschätzungen zur Gestaltbarkeit von Wandel allgemein, zu wesentlichen Akteuren und deren einzelnen Rollen, zu individuellen Qualitäten von „change agents“, zu Lösungsansätzen bei Hindernissen, zu Zeitfragen (z.B. timing) und zu Rahmenbedingungen.

Die Auswertung dieser Interviews verbleibt weitgehend im beschreibenden. Etwaige Relationen und Typologisierung z.B. aufgrund des Hintergrunds der befragten Akteure unterbleiben. Wie schon bei dem ausführlichen Überblick über die expliziten Theorien von Prozessen des Wandels in den ersten Kapiteln erfolgt eine Auswertung insofern, als eine Summe gebildet, also die Übereinstimmung der sehr verschiedenen Ansätze und Theorien herausgestellt wird. Und so lautet die Erkenntnis der Untersuchung über die Beeinflussbarkeit von Prozessen sozialen Wandels in Kurzfassung: „Notwendig sind – ne-

ben einer guten Veränderungsidee – vor allem eine situationsadäquate Prozessgestaltung, das souveräne Bewegen im Akteursnetzwerk mit den jeweils sehr unterschiedlichen Prozesssichten, Fingerspitzengefühl bei einem am Ziel orientierten Kommunikations- und Beteiligungsprozess und das richtige Timing. Da Veränderungsprozesse nicht ‚generalstabsmäßig‘ zu planen sind, ist es sinnvoll, einen Mix unterschiedlicher Optionen und Instrumente für die Umsetzung gleichzeitig zu nutzen, um die ‚Trefferwahrscheinlichkeit‘ zu erhöhen. Außerdem sollte der Veränderungsprozess schrittweise angelegt werden, damit man sich in Iterationsschleifen Stück für Stück an das Ziel herantasten kann. Dies setzt eine kontinuierliche Evaluation und die gezielte Nutzung von Lernprozessen (Lernen erster und zweiter Ordnung) voraus.“ (S. 515)

Das neue „Model of Change“

Besonders gut wird von Kristof beispielsweise herausgearbeitet, welche Qualitäten und spezifischen Aufgaben diejenigen Personen erfüllen müssen, die Wandel gezielt vorantreiben wollen, die sogenannten „change agents“ als Träger von Veränderungsprozessen. Sie müssen gewissermaßen das objektive und subjektive Umfeld in allen wesentlichen Facetten genau kennen und „fühlen“, da dies auch mit Menschenführung zu tun hat. Vier Ebenen sind hier nach ihrer Einschätzung zu beachten: Wahrnehmung/Kennen, Bewertung/Können, Entscheidung/Wollen, Verhalten/Sollen (S. 518f.).

Die „Leitideen des neuen Veränderungsmodells“, wie es von Kristof vorgeschlagen wird lauten:

- „Veränderungsprozesse zu gestalten, ist eine Kunst
- Change Agents haben im Unterschied zur Zielgruppe den Veränderungsprozess schon hinter sich
- Widerstände sind integraler Bestandteil und Indikator für die Verbesserungspotentiale von Veränderungsidee und -prozess
- Veränderungsfördernde Verhaltensweisen und Randbedingungen erhöhen die Erfolgchancen
- Eine situationsadäquate Kombination unterschiedlicher Ansätze verbessert die Prozessgestaltung
- Nicht-lineare interdependente Fließprozesse dominieren in komplexen Systemen
- Rahmenbedingungen und ihr Einfluss auf den Veränderungsprozess sind Auslöser von Veränderungen, Institutionalisierungsoption oder Ziel von Veränderungswünschen (auf der Metaebene)“ (S. 536)

Das von der Autorin ausgearbeitete Veränderungsmodell zeichnet sich durch eine breite theoretische und empirische Fundierung aus, und es „ist komplex, dynamisch, systemisch und interaktiv“ (S. 535). Vor dem Hintergrund der immensen und akuten Herausforderungen für unsere Gesellschaften – Klimawandel, Finanz- und Wirtschaftskrise, Umbau von Produktionsweise, etc. – ist diese neue Konzeption sicherlich ein hervorragender Bezugspunkt für Akteure, die den Wandel in Richtung Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit voranbringen wollen – sei es in Organisationen, Unternehmen, Kommunen oder bundes- oder gar weltweit.

Der neuere Diskurs über gesellschaftliche Transformation, Transition Management, Sustainable Governance etc. dürfte von den Erkenntnissen der hier vorgestellten Studie sehr konstruktive Impulse erhalten. Der Schwerpunkt der betrachteten Veränderungsprozesse liegt gleichwohl nicht im gesamtgesellschaftlichen Bereich und bezieht sich auf stark operationalisierte Konzepte. Dies dürften wohl Gründe dafür sein, dass dezidiert progressive und linke Theorien von Gesellschaftsveränderung nicht einbezogen worden sind.

Der Band ist gekennzeichnet durch eine sehr gute Anschaulichkeit, die durch 100 Tabellen und 58 Abbildungen ermöglicht wird. Auch der Sprachstil ist trotz der Komplexität der Thematik und des ausgewerteten Materials sehr einfach. Kristof ist inzwischen als Abteilungsleiterin beim Umweltbundesamt in Dessau tätig. Bleibt zu hoffen, dass die zahlreichen interessanten Einsichten in Veränderungsprozesse in vielen gesellschaftlichen Bereichen, auch in den oberen Etagen von Politik, Verwaltung und Wirtschaft genutzt werden, um möglichst schnell und effektiv den dringend erforderlichen Umbau unserer nicht-nachhaltigen, zerstörerischen Gesellschaft voranzubringen.

Uli Schöler

Rezension zu Mario Kessler: „Kommunismuskritik im westlichen Nachkriegsdeutschland. Franz Borkenau, Richard Löwenthal, Ossip Flechtheim“, Verlag für Berlin-Brandenburg, Berlin 2011, 234 S.

Beginnen wir mit einem zunächst merkwürdig klingenden Widerspruch: Für die einen wird dieses Buch im besten Sinne des Wortes eine Entdeckung sein, für andere eher eine Enttäuschung. Wie lässt sich das erklären? Enttäuschen wird der vorliegende Band all diejenigen, die das durchaus beeindruckend zu nennende publizistische Schaffen des Autors in den vergangenen Jahren verfolgt haben und mit Blick auf den Titel der hier besprochenen Arbeit die begründete Hoffnung verbanden, dass sie sich nun erstmalig einem systematischen Vergleich der drei genannten Kommunismusforscher widmen würde. Dies – das sei vorweg gesagt – leistet der Band bedauerlicher Weise nicht, wenn man von einer eher cursorischen vergleichenden Betrachtung im dreiseitigen Nachwort einmal absieht. Für den Kenner des Keßlerschen Schaffens enttäuschender ist jedoch die Tatsache, dass alle drei Kapitel zu seinen drei Protagonisten nichts wirklich Neues enthalten, in ähnlicher Fassung bereits an anderer Stelle nachzulesen waren.

Da diese kritischen Einschränkungen allerdings nur für den kleinen Kreis von Spezialisten gelten dürften, überwiegen bei Weitem die Vorzüge der hier erstmals *gemeinsam* vorgenommene Präsentation von Vita und programmatisch-wissenschaftlicher Kommunismuskritik der drei genannten Forscher,

die damit gewissermaßen aus dem Dunkel des drohenden Vergessens wieder in unser Bewusstsein zurück geholt werden. Insbesondere für Franz Borkenau gilt, dass sein Wirken und sein Werk fast vollständig dem Vergessen anheim zu fallen drohte. Biographische Zugänge wurden selten versucht und sind nur für Spezialisten auffindbar. Dabei war er in den zwanziger Jahren eine der großen intellektuellen Hoffnungen der jungen KPD. Er prägte für einige Jahre ihren Studentenverband, die sog. „Kommunistische Studentenfraktion“ (Kostufra) und wirkte später unter anderem am Frankfurter Institut für Sozialforschung. Die KPD entledigte sich des kritischen Geistes 1929 durch Parteiausschluss wegen „Rechtsabweichung“. Keßler skizziert knapp Borkenaus weitere Lebensstationen, die ihn schließlich 1949 für wenige Jahre auf einen historischen Lehrstuhl an der Universität Marburg brachten. Bald zog er jedoch die Rolle als unabhängiger politischer Publizist vor. 1957 starb er gerade einmal 56-jährig unerwartet während eines Aufenthalts in Zürich.

Richard Löwenthal war so etwas wie der politische Ziehsohn Borkenaus. Immerhin acht Jahre jünger als sein Mentor folgte er ihm schon im zarten Alter von Anfang zwanzig als Reichsleiter der Kostufra. Als der noch jüngere gab Löwenthal ebenfalls berechtigten Anlass zu der Hoffnung, zu einer der intellektuellen Führungspersonlichkeiten der KPD aufsteigen zu können. Beide teilten jedoch das gleiche Schicksal des Parteiausschlusses 1929. Anders als Borkenau führte Löwenthals Weg über die Kommunistische Parteipositi-

on (KPO) und die Widerstandsorganisation „Neu Beginnen“ schließlich ins Londoner Exil, wo er als Radiojournalist arbeitete. Er kehrte erst in den fünfziger Jahren nach Deutschland zurück, lehrte am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin und wurde einer der führenden Parteintellectualen der SPD (rückte allerdings innerparteilich kontinuierlich nach rechts). Auch über Löwenthal liegt noch keine umfassende biographische Darstellung vor, die wichtige Arbeit von Oliver Schmidt über ihn endet mit der unmittelbaren Nachkriegsperiode.

Auch Ossip K. Flechtheim, über den die erste umfassendere biographische Würdigung von Mario Keßler stammt, gehörte in seinen frühen Jahren der KPD an. In der Heidelberger Kostufra traf der junge Jurastudent auf den fast gleichaltrigen Löwenthal, der dort bereits die bestimmende Rolle innehatte, aber wohl auch auf Borkenau. Die verschlungenen Wege des Exils führten ihn in die Schweiz, wo er sich erstmals auch wissenschaftlich-kritisch mit dem Bolschewismus auseinanderzusetzen begann. Auch Flechtheim organisierte sich in der Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“. Nach Deutschland kam er 1945 als Sektions- und Bürochef des US-Hauptanklägers für Kriegsverbrechen Robert M. W. Kempner zurück. Es brauchte einige Jahre, bis er sich entscheiden konnte, sein Exilland USA zu verlassen, wo er in verschiedenen Anstellungen als Hochschullehrer tätig war. Im akademischen Jahr 1952/53 wurde er schließlich als Professor an die Hochschule für Politik nach Berlin berufen und lehrte dort lange Jahre am OSI. Er hatte sich ebenfalls der SPD angeschlossen, wurde aber

– wie eine Reihe anderer kritischer linker Hochschullehrer – aufgrund ihrer Solidarisierung mit dem SDS 1961 wieder ausgeschlossen. In seiner Spätphase fand er dann in der Berliner „Alternativen Liste“ eine neue politische Heimat.

Es ist das große Verdienst dieses Bandes, dass wir nun erstmals die sich überschneidenden Kurzbiographien dieser drei kritischen Köpfe, die so unterschiedlich miteinander verwoben sind, nebeneinander präsentiert bekommen. Es fällt gleichzeitig das große Manko auf, dass bislang noch keine Geschichte der kommunistischen Studentenorganisation(en) der Weimarer Periode vorliegt – sie würde manchen biographischen Zusammenhang weiter erhellen können. Für alle drei ist bezeichnend, dass sie ihren intellektuellen Lebensweg als glühende Anhänger der kommunistischen Idee und Mitglieder der KPD begannen, sich zu unterschiedlichen Zeiten von ihr abwandten, zumindest vorübergehend der SPD angehörten – aber zugleich von diesem Kosmos des Kommunismus so sehr gefangen blieben, dass sie sich nun auch wissenschaftlich damit auseinandersetzten und in unterschiedlicher Intensität den Werdegang der Sowjetunion, der Kommunistischen Internationale wie des deutschen Kommunismus historisch-kritisch untersuchten.

Dies hier eingehend darzustellen, dazu fehlt der Raum, dazu sind auch die Zugriffe der drei Protagonisten zu unterschiedlich. Alle drei bedienten sich dabei phasenweise in unterschiedlichen Nuancierungen (und auch unterschiedlich lange) des Begriffes des Totalitarismus und damit des Vergleichs

zur faschistisch/nationalsozialistischen Herrschaft. Vereinfacht ausgedrückt lässt sich festhalten, dass Borkenau sich in seiner Kommunismuskritik am Weitesten von seinen Ursprüngen entfernte, im Sinne des vielfach verwendeten Begriffes zum „Renegaten“ wurde, der sich sogar phasenweise in den USA am Kreuzzug des McCarthyismus gegen die dortigen (oft vermeintlichen) kommunistischen Umtriebe beteiligte. Löwenthals bzw. Flechtheims Abkehr erfolgte langsamer, „organischer“, speiste sich zudem lange weiterhin – worauf Keßler in seiner Nachbemerkung hinweist – aus dem Erfahrungs- und Theoriebestand der Arbeiterbewegung. Alle drei hatten miteinander einen „wichtigen, wenngleich voneinander unterschiedenen Anteil an der Ausprägung der modernen Kommunismusforschung als Wissenschaftsdisziplin“ in Deutschland.

Keßlers Buch bietet einen ersten exzellenten Einstieg in eine kritische Rekonstruktion dieses Zusammenhangs, dessen Lektüre nur eindringlich empfohlen werden kann (ohne dass jede Einschätzung seiner meist ausgesprochen zurückhaltenden Beurteilungen geteilt werden müsste). Aber dieser kleine Band kann nur am Anfang einer noch zu leistenden genaueren Betrachtung stehen. Es fehlt noch der *systematisierende* Vergleich der Erträge der genannten drei Kommunismusforscher. Eine Kontrastierung mit den Auffassungen Wolfgang Abendroths, fast gleichaltrig mit Löwenthal und Flechtheim, der mit allen drei unterschiedlich lange und unterschiedlich gut bekannt bzw. befreundet war, wird aufgrund einer anstehenden Veröffentlichung des Rezensenten bald

möglich sein. Für diejenigen, die sich in der Zukunft vielleicht einer solchen Aufgabe der vergleichenden Forschung zuwenden werden, seien zwei weitere Protagonisten der folgenden Generation genannt, ohne deren Einbeziehung ein derartiges Unterfangen Stückwerk bleiben müsste: Wolfgang Leonhard und Hermann Weber. Sie gehören zwar einer anderen Alterskohorte an (verfügen deshalb auch über ein anderes Set prägender

Erfahrungen). Aber auch ihr Lebensweg begann im organisierten Kommunismus, mit dem sie in einem gegenüber der ersten Gruppe späteren Zeitraum (in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre) brachen. Beide prägten in noch stärkerem Maße als die hier behandelten Protagonisten die Kommunismusforschung in der Bundesrepublik. Man darf gespannt sein, wer sich dieser Herausforderung annimmt!

Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e.V.

Satzung

vom 25. April 1998
in der geänderten Fassung auf Beschluss der ordentlichen
Mitgliederversammlung vom 18. September 2003

§ 1. Name, Sitz und Aufgabenstellung (Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus)

1. Der Verein „Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus“ verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Der Verein soll in das Vereinsregister eingetragen werden. Der Sitz des Vereins ist Berlin.
2. Die „Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus“ (nachfolgend HDS) ist eine freie Vereinigung wissenschaftlich und politisch Interessierter mit dem Ziel der Entwicklung und Vermittlung einer praxisbezogenen Theorie des demokratischen Sozialismus.
3. Die HDS will
 - Fragen der Theorie und aktuelle Probleme des Demokratischen Sozialismus wissenschaftlich und publizistisch bearbeiten,
 - die Teilnahme ihrer Mitglieder an der öffentlichen Auseinandersetzung über diese Fragen fördern und ermöglichen,
 - unter den Mitgliedern und Interessierten einen Diskussions- und Arbeitszusammenhang über diese Fragen gemeinsamen Interesses herstellen und
 - Veröffentlichungen zu diesen Themen herausgeben und fördern,
 - den Austausch zwischen Theorie und Praxis unter demokratischen Sozialisten fördern sowie
 - junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an die öffentlichen Diskurse heranführen.
4. Die HDS ist organisatorisch unabhängig. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit liegt an den Hochschulen sowie in der publizistischen Öffentlichkeit.
5. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
6. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke erwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§2. Mitgliedschaft

1. Mitglied der HDS kann jeder werden, der ihre Grundsätze und Ziele fördern will. Über die Aufnahme als Mitglied entscheidet auf Antrag der Vorstand.
2. Von den Mitgliedern ist ein Mitgliedsbeitrag zu entrichten. Die Höhe des Mitgliedsbeitrags wird innerhalb des Rahmens bestimmter Richtsätze, die vom Vorstand festgelegt werden, von jedem Mitglied selbst bestimmt.
3. Die Nichtzahlung rückständiger Beiträge nach zweimaliger schriftlicher Erinnerung führt zum Ausschluss.
4. Der Austritt aus dem Verein ist jederzeit zulässig; er erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Über den Ausschluss von Mitgliedern, welche die Arbeit der HDS oder ihre öffentliche Wirkungsmöglichkeit schädigen, entscheidet der Vorstand.

§3. Organe

Ständige Organe der HDS sind:

- die Mitgliederversammlung und
- der Vorstand.

§4. Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand schriftlich einberufen. Sie tagt mindestens einmal im Jahr. Sie muss vom Vorstand zu weiteren Sitzungen einberufen werden, wenn ein Fünftel der Mitglieder es verlangt. Die Einladungsfrist für Mitgliederversammlungen beträgt drei Wochen. Wahlen können nur stattfinden, wenn sie unter Einhaltung der Einladungsfrist auf der Tagesordnung angekündigt sind.
2. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand geleitet, sofern sie keine eigene Versammlungsleitung wählt.
3. Wahlen dürfen nicht von Mitgliedern des Vorstands geleitet werden.
4. Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind zu Beweiszwecken in einem Sitzungsprotokoll festzuhalten, das vom jeweiligen Versammlungsleiter zu unterschreiben ist. Unübertragbare Aufgaben der Mitgliederversammlung sind:
 - die Bestimmung der Aufgaben und Grundlagen der HDS,
 - Wahl, Entlastung, gegebenenfalls Abwahl des Vorstands.

§5. Vorstand

1. Der Vorstand vertritt die HDS gerichtlich und außergerichtlich. Er leitet ihre Arbeit im Rahmen der Beschlüsse der Mitgliederversammlung. Vier Vorstandsmitglieder sind gemeinsam vertretungsberechtigt.

2. Der Vorstand ist vor allem verantwortlich für die Organisation der wissenschaftlichen und publizistischen Arbeit der Vereinigung, für die Werbung und Beteiligung der Mitglieder an dieser Arbeit. Er hat die Mitglieder laufend zu unterrichten.
3. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für zwei Jahre gewählt.
4. Der Vorstand besteht aus mindestens fünf Mitgliedern, die selbständig über Aufgabenverteilung und Geschäftsführung beschließen.
5. Ein Mitglied des Vorstands muss von diesem mit der Führung der finanziellen Angelegenheiten beauftragt werden. Auch das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied ist zur Vertretung des Vereins nur gemeinsam mit drei weiteren Vorstandsmitgliedern ermächtigt.
6. Eine ordentliche oder außerordentliche Mitgliederversammlung kann mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder Vorstandsmitglieder abwählen.

§6. Thematische Arbeitskreise

1. Die Mitglieder der HDS können Arbeitskreise zu festgelegten Themen und Projekten bilden. Zu diesen Arbeitskreisen können auch Nichtmitglieder hinzugezogen werden.
2. Die Arbeitskreise sollen in den Periodika der HDS über ihre Arbeit berichten. Eine Stimmbeteiligung ist damit jedoch nicht verbunden.

§7. Arbeitstagungen und Veröffentlichungen

1. Die HDS veranstaltet Arbeitstagungen und öffentliche Veranstaltungen zu Gegenständen ihrer Arbeit, zu denen die Mitglieder und gegebenenfalls die Öffentlichkeit eingeladen werden.
2. Der Vorstand leitet und koordiniert die Publikationstätigkeit der HDS. Veröffentlichungen im Rahmen der HDS bedürfen der Genehmigung durch den Vorstand.

§8. Jährlicher Haushaltsplan

1. Der Vorstand darf zu Beginn eines Geschäftsjahres nur finanzielle Verpflichtungen in Höhe des Beitragsaufkommens (ohne Spenden) des Vorjahres eingehen.
2. Darüber hinausgehende ausgabenwirksame Verpflichtungen dürfen erst eingegangen werden, nachdem die dafür nötigen Finanzmittel effektiv vorhanden oder durch rechtsverbindliche Vereinbarungen gesichert sind.

§9. Satzungsänderung

Das Statut kann mit einer Dreiviertelmehrheit der anwesenden Mitglieder auf einer eigens dazu einberufenen Mitgliederversammlung geändert werden, wenn die beantragte Änderung oder Ergänzung bei der fristgerechten Einladung bekannt gemacht worden ist.

§10. Auflösung des Vereins

1. Bei Auflösung der HDS oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt etwaiges Vermögen an den Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt e.V. mit Sitz in Bonn, der es unmittelbar und ausschließlich für steuerbegünstigte Zwecke zu verwenden hat, wobei für einen derartigen Beschluss zuvor die Zustimmung des Finanzamtes für Körperschaften einzuholen ist.
2. Im Übrigen ist jeder Beschluss über die Änderung der Satzung vor dessen Anmeldung bei dem Registergericht dem zuständigen Finanzamt vorzulegen.

§11. Schlussbestimmung

Diese Satzung vom 25. April 1998 wurde in der geänderten Fassung am 19. September 2003 von der ordentlichen Mitgliederversammlung der HDS e.V. in Berlin verabschiedet.

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup, Dipl.-Ökonom, Dipl.-Betriebswirt, Wirtschaftswissenschaftler an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Bocholt, Recklinghausen und Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik sowie Direktor im Westfälischen Energieinstitut. Letzte Buchveröffentlichungen: *Arbeit, Kapital und Staat, Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft*, 4. Aufl., Köln 2011, *Kritisches Handbuch der deutschen Elektrizitätswirtschaft*, 2. Aufl., Berlin 2011 (zusammen mit Ralf-M. Marquardt) und: *Der diskreditierte Staat. Alternativen zur Staatsverschuldung und zu Schuldenbremsen*, Bergkamen 2012.

Prof. Dr. Nils Diederich (*1934), Diplom-Volkswirt, Univ.-Prof. a.D. für Politische Soziologie, insbesondere Parteien, Wahlen, Verbände, und Innenpolitik, MdB 1976–1994 (SPD), Finanzausschuß, Haushaltsausschuß (1983–1994), bis 2005 zahlreiche Funktionen in der Berliner SPD, 2003–2010 Geschäftsführer der Vereinigung ehemaliger MdB u. MdEP. Herausgeber der *Perspektiven* ds.

Marcel J. Dorsch (*1984), Politikwissenschaftler M.A. und Diplom-Pädagoge (Univ.), Alumnus der Heinrich-Böll-Stiftung, Forschungsinteressen in Politischer Philosophie, Demokratietheorie und Fragen sog. global governance, derzeit tätig bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Beziehungen (GIZ) GmbH in Berlin.

Klaus Faber, Staatssekretär a. D., 1994 bis 1999 Staatssekretär des Kultusministeriums in Sachsen-Anhalt, Rechtsanwalt und Publizist in Potsdam, Kuratoriumsmitglied des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam, Vorsitzender des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern e.V., Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus; Mitglied der Redaktionen der Zeitschriften *Perspektive 21*, *Brandenburgische Hefte für Wissenschaft und Politik* sowie *Perspektiven* ds.

Dr. Tilman P. Fichter (*1937), Politikwissenschaftler, 1963–1970 SDS-Mitglied und zeitweise dessen Landesvorsitzender in Berlin. 1986–2001 Referent im SPD-Parteivorstand für Schulung und Bildung. Letzte Veröffentlichung: *Dutschkes Deutschland. Der SDS, die nationale Frage und die DDR-Kritik von links*, Klartext Verlag, Essen 2011 (mit Siegward Lonnendönker).

Dr. Edgar Göll (*1957), vormalis Werkzeugmacher, Verwaltungs- und Sozialwissenschaftler, seit 1995 als Zukunftsforscher vor allem am Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) in Berlin tätig. Außerdem Lehrtätigkeit im Masterstudengang „Zukunftsforschung“ der FU Berlin.

Dr. Horst Heimann (*1933), Politikwissenschaftler, Redaktionsmitglied der *perspektiven ds*, bis 1998 stellvertr. Leiter der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg.

Tobias Kühne (*1974), MA, Historiker und Wissenschaftlicher Bibliothekar. Bereitet derzeit ein Promotionsvorhaben zur Geschichte der Berliner Nachkriegs-SPD vor.

Kira Ludwig (*1965), BA Geschichte und Öff. Recht, derzeit Masterarbeit in der Zeitgeschichte an der Universität von 1419 zu Rostock, freie Dozentin in der politischen Erwachsenenbildung, Industriekauffrau.

Prof. Dr. Ralf Ludwig (*1961), lehrt Physikalische und Theoretische Chemie an der Universität Rostock. Assoziierter Professor und Forschungsbereichsleiter am Leibniz-Institut für Katalyse (LIKAT), etwa 130 Veröffentlichungen zu Arbeiten über Cluster, Flüssigkeiten und Grenzflächen, zahlreiche DFG- und BMBF-Projekte; Bundesvorsitzender der Jusos 1991–93 mit dem Arbeitsschwerpunkt Umwelt- und Energiepolitik.

Dr. Siegwald Lönnendonker (*1939), war seit 1962 SDS-Mitglied in Berlin. Ab 1978 Wissenschaftlicher Angestellter an der FU Berlin und Gründer und Leiter des Archivs „APO und soziale Bewegungen“. Seit 2004 Rentner. Letzte Veröffentlichung: *Dutschkes Deutschland. Der SDS, die nationale Frage und die DDR-Kritik von links*, Klartext Verlag, Essen 2011 (mit Tilman P. Fichter).

Roland Popp (*1955), Dipl.-Soziologe, war zuletzt Technischer Redakteur und Lektor bei einem Software-Unternehmen, Redaktionsleiter der *perspektiven ds*.

Dr. Nina Scheer (*1971), Geschäftsführerin von UnternehmensGrün e.V. und ehrenamtlicher Vorstand der Hermann-Scheer-Stiftung. Seit 2012 Mitglied in der Grundwertekommission der SPD. Bei Vorwärts|Buch ist kürzlich erschienen: *Energiewende fortsetzen. Regenerative Vollversorgung vor dem Durchbruch*.

Dr. Klaus-Jürgen Scherer (*1956), Politikwissenschaftler, Geschäftsführer des „Kulturforums in der Sozialdemokratie“ sowie Geschäftsführer der HDS. Redakteur der Zeitschrift „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“.

Prof. Dr. Uli Schöler (*1953), lehrt nebenberuflich Politikwissenschaften am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Hauptberuflich arbeitet der Jurist und Politikwissenschaftler als stellvertretender Direktor und Abteilungsleiter für Wissenschaft und Außenbeziehungen im Deutschen Bundestag. Für die SPD war er in früheren Jahren u.a. als Sekretär der Historischen sowie der Grundwertekommission beim Parteivorstand tätig, daneben in der Zeit des Chefredakteurs Peter Glotz Mitarbeiter des Redaktionskreises der Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte. Er war Mitherausgeber der Gesamtelten Schriften Wolfgang Abendroths. Letzte eigenständige Veröffentlichung: *Wolfgang Abendroth und die DDR – die DDR und Wolfgang Abendroth. Kritik einer Kampagne*, Hannover 2008

Dr. Carsten Sieling (*1959), MdB, ist Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages. Der Volkswirt war von 1995 bis 2009 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, davon seit 2005 Vorsitzender der SPD-Fraktion. Stellvertretender Vorsitzender der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion. Seit 2011 ist er Mitglied des Parteivorstandes der SPD.

Hannes Warnecke, Wiss. Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Leipzig (Lehrstuhl Prof. Dr. H. Zinecker).

Gert Weisskirchen (*1944), Prof. (em.), Lecturer an der Willy Brandt School of Public Policy an der Universität Erfurt. MdB 1976–2009, außenpolitischer Sprecher der SPD Bundestagsfraktion 1999–2009, Personal Representative of the Chairman in Office of the OSCE 2006–2009.

Dr. Christian Zimmermann (*1974), M.A., zur Zeit Lehrkraft für besondere Aufgaben (Sozialwissenschaften und ihre Didaktik) an der Universität Siegen, 2007–2010 Lehrkraft für Sozialkunde, Ethik und Deutsch an der Beruflichen Oberschule (Fachoberschule/Berufsoberschule) Marktheidenfeld, Veröffentlichungen zur politischen Theorie und Philosophie.